

Tom Mannewitz (Hrsg.)

Politische Kultur in der »Stadt der Moderne«

Tom Mannewitz (Hrsg.)

Politische Kultur in der
»Stadt der Moderne«

Chemnitzer Einstellungen zu
Demokratie, Politikern und Teilhabe



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

**Universitätsverlag Chemnitz
2017**

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Titelgrafik: Dirk Hanus | www.dirkhanus.de
Satz/Layout: Robin Graichen

Technische Universität Chemnitz/Universitätsbibliothek
Universitätsverlag Chemnitz
09107 Chemnitz
<http://www.tu-chemnitz.de/ub/univerlag>

readbox unipress
in der readbox publishing GmbH
Am Hawerkamp 31
48155 Münster
<http://unipress.readbox.net>

ISBN 978-3-944640-95-2

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:ch1-qucosa-204063>

Tom Mannewitz (Hrsg.)

Politische Kultur in der »Stadt der Moderne«

Inhaltsverzeichnis

Tom Mannewitz

Einleitung – lokale politische Kultur in Chemnitz 7

Robin Graichen, Kevin Scheibel, Christian Siegmund

Chemnitz Survey – Medien als Teilhabechance in Demokratien 15

Konrad Gerber-Fischbach, Sebastian Gläser, Nadine Leonhard,

Claudia Lingmann, Oliver Ulke

Unterscheidet sich die politische Kultur zwischen DDR- und
BRD-sozialisierten Chemnitzern? 57

Tina Kilian, Sebastian Lori, Liza Ruschin, Matthias Sauer

Konsequenzen des bürgerschaftlichen Engagements für die
Chemnitzer Zivilgesellschaft 129

Stefan Fischer, Toni Heinze, Miriam-Lara Hohage, Sophie Pojar

Die politische Beteiligung der Chemnitzer 193

Anhang

Fragebogen für Interviewpartner 239

Fragebogen für Straßenbefragung 243

Karte der Erhebungsorte mit Interviewhäufigkeiten 247

Einleitung – lokale politische Kultur in Chemnitz

von Tom Mannewitz

Sprechen Sozialwissenschaftler in Deutschland von regionaler politischer Kultur, läuft das auf zweierlei hinaus: Entweder (1) leitet sich der Regionalitätsbegriff aus dem politischen System des Bundeslandes oder der Kommune ab (regionale Gemeinschaften, regionale politische Eliten usw.). Dann meint regionale politische Kultur so etwas wie eine landestypische, zumindest aber subnationale politische Kultur oder auch Mentalität. Diese Forschung verfolgt meist einen historisch-qualitativen Ansatz, streicht die gewachsenen Traditionen und die politische Symbolik eines Landstrichs heraus. Oder (2) der Regionalitätsbegriff leitet sich aus der Differenzierung der politischen Kultur einer Gesellschaft ab, die regionale Typen oder Cluster hervorbringt. Der hierzu gehörige Forschungszweig arbeitet vorrangig mit quantitativen Umfragedaten als Indikatoren politischer Kultur.

Landestypischen Mentalitäten in Deutschland hat die Politikwissenschaft lange Zeit recht verhaltenes Interesse entgegengebracht – im Vergleich etwa zum Föderalismus, zur Verfassungsgerichtsbarkeit, zur Parteienforschung. Allerdings bewahrheitet sich der Satz „Totgesagte leben länger“: So erhalten in unregelmäßigen Abständen die örtlichen Färbungen beispielsweise in Baden-Württemberg¹, Bayern², Hessen³, Rheinland-Pfalz⁴ und in Sachsen⁵ Aufmerksamkeit. Ihnen gilt häufig ein besonderes Augenmerk in „Landeskunden“, überschrieben mit „Das politische System in ...“ oder „Politik in ...“. Selbst die politisch-kulturelle Binnendifferenzierung und lokale

¹ Siehe Weinacht, Paul-Ludwig: Politische Kultur am Oberrhein. Studien zur Geschichte Badens, Karlsruhe 2012.

² Siehe Glaab, Manuela/Weigl, Michael: Politik und Regieren in Bayern. Rahmenbedingungen, Strukturmerkmale, Entwicklungen, in: dies. (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern. Akteure, Strukturen und zentrale Entwicklungen der bayerischen Landespolitik, Wiesbaden 2013, S. 19-98.

³ Siehe Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur und politisches System in Hessen, Frankfurt a. M. 1998.

⁴ Siehe Sarcinelli, Ulrich/Falter, Jürgen W./Mielke, Gerd (Hrsg.): Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, Mainz 200; dies./Benzner, Bodo (Hrsg.): Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie, Wiesbaden 2010.

⁵ Siehe Gerlach, Siegfried: Sachsen. Eine politische Landeskunde, Stuttgart 1993.

Besonderheiten innerhalb einzelner Länder kommen dabei nicht zu kurz.⁶ Nicht zu vergessen sind Kontroversen um regionale Sonderfälle. Sie entzündeten sich etwa an der pointierten Frage, ob in Bayern die Uhren anders gehen als im Rest der Republik.⁷ Zugleich zeigt gerade diese Kontroverse, dass lange Zeit lediglich die landestypischen politischen Kulturen im Westen Deutschlands im Blick waren – nicht zuletzt aufgrund der deutsch-deutschen Teilung. Dem setzte der 3. Oktober 1990 ein Ende. Gleichwohl sollte es nach der Wiedervereinigung noch einige Jahre dauern, bis regionale politische Kulturen im Osten untersucht wurden.⁸ Mit Blick auf den inner-ostdeutschen Vergleich ist der Forschungsstand nach wie vor ausbaufähig.⁹

Was quantitative, auf Umfragen basierende Studien angeht, so rütteln sie an der etablierten Ost-West-These: Das zeigt ein Blick auf das interpersonale Vertrauen,¹⁰ das Sozialkapital,¹¹ den Wertewandel,¹² Partizipations-

⁶ Siehe exemplarisch für Baden-Württemberg Kießling, Rolf/Schiersner, Dietmar (Hrsg.): Erinnerungsorte in Oberschwaben. Regionale Identität im kulturellen Gedächtnis, Konstanz 2009; für Bayern Weigl, Michael/Zöhrer, Michaela: Regionale Selbstverständnisse und gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Tschechen, München 2005; für Nordrhein-Westfalen Rohe, Karl: Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, politische Kultur, Berlin 1988, ders./Kühr, Herbert: Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung, Königstein 1979.

⁷ Vgl. Falter, Jürgen W.: Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 13 (1982) Heft 4, S. 504-520; ders.: Wie gehen sie denn nun wirklich, die bayerischen Uhren?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 19 (1988) Heft 1, S. 113-114; Mintzel, Alf: Besonderheiten der politischen Kultur Bayerns. Facetten und Etappen einer politisch-kulturellen Homogenisierung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 295-308; ders.: Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18 (1987) Heft 1, S. 77-93.

⁸ Siehe etwa die Beiträge in Koschkar, Martin/Werz, Nikolaus (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden 2015.

⁹ Siehe etwa Blancke, Susanne/Tiemann, Heinrich: Regionale Kulturen in den neuen Bundesländern, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40 (1993) Heft 6, S. 537-543; Yoder, Jennifer: The Regionalization of Political Culture and Identity in Post-Communist Eastern Germany, in: East European Quarterly 32 (1998) Heft 2, S. 197-219.

¹⁰ Siehe Heinsohn, Till/Freitag, Markus: Auch Heterogenität zwischen den Ländern lässt sich zutage fördern. Die neuen Bundesländer aus vergleichender subnationaler Perspektive, in: Lorenz, Astrid (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Opladen u.a. 2011, S. 401-418.

formen¹³ und die subjektive Demokratieeffektivität/-legitimität¹⁴. Zwei Dinge demonstrieren derartige Studien: erstens, die sträfliche Vernachlässigung des Themas – der Forschungsstand ist nicht mehr als ein wissenschaftlicher Flickenteppich; zweitens, die Brüchigkeit der Ost-West-These. Angesichts vielfältiger Falsifikationen eines für die deutsche Politische-Kultur-Forschung zentralen Topos verwundert die geringe wissenschaftliche und gesellschaftliche Resonanz der an zwei Händen abzuzählenden Studien.

Politisch-kulturelle Unterschiede finden sich allerdings nicht nur *zwischen* verschiedenen Bundesländern, sondern auch *in* ihnen. Das beweisen Disparitäten etwa in Baden-Württemberg¹⁵, Hessen¹⁶ und Sachsen¹⁷. Gleichwohl: Analysen, die in die Bundesländer hineinblicken, um ihre lokale Kulturen aufzuschlüsseln, sind selten.¹⁸ Sie offenbaren den Einfluss von Identitäten auf die Verhaltenswirksamkeit politischer Werte in sub-regionalen Analyseeinheiten – Regierungsbezirke und Kommunen – in besonders augenfälliger Weise. Qualitative Felduntersuchungen – gleichsam „im Kleinen“ – könnten Hypothesen zu sozialen Mechanismen generieren, die später Gegenstand quantitativer Überprüfungen „im Großen“ (etwa im Land oder im Bund) sind.

¹¹ Siehe Freitag, Markus/Traunmüller, Richard: Sozialkapitalwelten in Deutschland. Soziale Netzwerke, Vertrauen und Reziprozitätsnormen im subnationalen Vergleich, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 2 (2008) Heft 1, S. 221-256.

¹² Siehe Mannewitz, Tom: It's the region, stupid. Deutschlands politische Kultur nach der staatlichen Einheit, in: MUT 47 (2012) Heft 10, S. 60-69.

¹³ Siehe Eilfort, Michael: Politische Partizipation und politische Kultur in Deutschland und seinen Regionen: Wandel wie Kontinuität, in: Dornheim, Andreas/Greifenhagen, Sylvia (Hrsg.): Identität und politische Kultur, Stuttgart 2012, S. 195-202.

¹⁴ Siehe Mannewitz, Tom: Kein Ost-West-Gegensatz: Regionale Unterschiede der deutschen politischen Kultur, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 62 (2014) Heft 2, S. 205-215.

¹⁵ Vgl. Wehling, Hans-Georg: Die Bedeutung regionaler Politischer-Forschung unter besonderer Berücksichtigung Württembergs, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen 1987, S. 259-266; ders.: Baden-Württemberg, in: ders. (Hrsg.): Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen 2004, S. 17-34, hier S. 22-24

¹⁶ Vgl. Schacht, Konrad: Politische Kultur und Bürgerbewußtsein in Hessen, in: Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur und politisches System in Hessen. Frankfurt a. M. 1998, S. 183-204, hier S. 189-198.

¹⁷ Vgl. Jesse, Eckhard/Schubert, Thomas/Thieme, Tom: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014, S. 299-303.

¹⁸ Siehe exemplarisch Gabriel, Oscar W.: Lokale Politische Kultur, in: von Alemann, Ulrich (Hrsg.): Politik. Eine Einführung, Opladen 1994, S. 201-252.

Vorliegender Sammelband, entstanden aus einem Seminar für MA-Studierende der Politikwissenschaft, das im Wintersemester 2015/2016 an der TU Chemnitz gehalten wurde, stößt in diese Lücke: Er will das Forschungsfeld „lokale politische Kultur“ am Beispiel Chemnitz beschreiben und ergründen. Die Veranstaltung war Teil des Moduls „Angewandte Forschungsmethoden“, das die Kenntnisse fortgeschrittener Studierender auf dem Gebiet der politikwissenschaftlichen Forschungsmethoden vertieft und anwendungsorientiert ausbaut. Was lag darum näher, als das Seminar in Form eines empirischen Projekts anzulegen?

Zu Beginn teilte sich das Seminar in vier, etwa gleichgroße Teilgruppen auf. Gegeben war lediglich die Leitfrage, die zugleich der Veranstaltung ihren Titel gab: „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit – wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“ Alles Weitere erarbeiteten sich die Studierenden weitgehend selbstständig: vom Erhebungsinstrument über die Datenerhebung und -auswertung bis hin zur Verschriftlichung in Form eines Projektberichts.

Vor der Datenerhebung stand die Präzisierung der Forschungsfragen. Erstaunlicherweise kristallisierten sich trotz der gemeinsamen Leitfrage schnell recht unterschiedliche Schwerpunkte heraus. Nach einer ersten theoretisch-konzeptionellen Sichtung der Forschungsfragen und Hypothesen zeichnete sich mündliche Befragung als Instrument der Wahl ab – schließlich handelt es sich um ein vorrangig studentisches Projekt mit begrenzten finanziellen und zeitlichen Ressourcen. Aus demselben Grund entschied sich die Seminargruppe für eine nach Geschlecht und Alter der Chemnitzer Bevölkerung quotierte Auswahl. Nach der Zusammenstellung der ersten Fragebogenversion, welche die ersten Fragedopplungen, schwer verständliche und für die Beantwortung der konkreten Hypothesen unnötige Fragen offenbarte, führte die Seminargruppe eine Reihe kombinierter Pretestverfahren durch, die der Praxistauglichkeit, der Verständlichkeit und der analytischen Schärfe der Umfrage auf den Grund gehen sollte. Dazu zählten insbesondere

- die ausführliche und umfassende Durchleuchtung aller Fragen auf Verständlichkeit, der kompletten Fragereihenfolge und der Antwortmöglichkeiten;
- der Standard Pretest, bei dem die Befragung bei einer kleinen Testgruppe durchgeführt und auffälliges Verhalten seitens der Interviewten an der entsprechenden Stelle notiert wird;

- das Problem Coding (ebenfalls bei einer kleinen Testgruppe), bei der das Verhalten der Probanden nur in „adäquat“ (0) und „inadäquat“ (1) verschlüsselt wurde (adäquates Verhalten entsprach dabei einer klaren, prompten Antwort auf die jeweilige Frage; inadäquates Verhalten etwa in Nachfragen, Denkpausen oder vermehrten Antwortverweigerungen);
- die Analyse von Antwortverteilungen, um fehlende Varianzen aufdecken und die Gründe bei der Fragengestaltung aufschlüsseln zu können.

Nach einer grundlegenden Überarbeitung des Fragebogens wurde dieser der Evaluationsstelle der TU Chemnitz übergeben, die sich dankenswerterweise bereiterklärte, ein digital auslesbares Dokument zu erstellen. Dadurch konnte die Seminargruppe die zeitaufwändige und höchst fehleranfällige manuelle Dateneingabe umgehen.

Die Datenerhebung, die zwischen dem 18. Dezember 2015 und dem 13. Januar 2016 an einer Reihe öffentlicher Plätze in Chemnitz stattfand, wurde von den Studierenden selbst durchgeführt. Die Befragungsorte wie der zugrundeliegende Fragebogen finden sich im Anhang dieses Sammelbandes. Die bescheidene Fallzahl (N=320) ist den begrenzten Ressourcen geschuldet: Das Ziel war es in erster Linie nicht, eine „repräsentative“ Umfrage zustande zu bringen, die um die 1000 Befragten verlangt hätte, sondern, den Studierenden die Teilnahme an einem kompletten Forschungsprojekt von der Konzeptualisierung bis zum Forschungsbericht zu ermöglichen. Sie sollten die damit verbundenen Unwägbarkeiten – etwa die Lösung gruppeninterner Konflikte, individuelles Selbstmanagement, die Abstimmung der Datenerhebung und -auswertung auf die Hypothesen, die Zurückweisung durch „Unwillige“ etc. – in vivo kennenlernen. Das Credo der zugrundeliegenden Vorlesung, die dem Seminar im Sommersemester 2015 vorangegangen war, – „grau ist alle Theorie“ – sollte durchbrochen werden. Die Anwendbarkeit dessen, was im Hörsaal vermittelt wurde, stand im Vordergrund des Forschungsseminars. Zugleich: Die Ergebnisse der vier Teilprojekte weisen über die 320 Befragten hinaus: Für die „Repräsentativität“ einer Umfrage ist nicht allein die Anzahl der Interviews entscheidend.

Vor dem Hintergrund der Ausrichtung des Seminars als forschende Lehre ist es eine besondere Freude, dass aus dem kleinen Projekt keine reinen Qualifikationsarbeiten hervorgingen, die nach ihrer Bewertung nun – neben einigen anderen – im Regal verstauben, sondern eine Sammlung veritaibler Studien zur politischen Kultur in der „Stadt der Moderne“ mit vier

recht unterschiedlichen Schwerpunkten. Was sind die wichtigsten Ergebnisse?

Die erste Gruppe fragt nach der Wahrnehmung digitaler Teilhabemöglichkeiten durch die Chemnitzer Bürger. Nicht nur Facebook und Twitter bieten mittlerweile eine interaktive Ergänzung zur konventionellen Partizipation in Form von Wahlen und Demonstrationen, sondern auch TV-Sendungen locken die Zuschauer mehr und mehr mit solchen Formaten. Allerdings zeigte sich, dass – und hier macht Chemnitz im Bundesdurchschnitt keine Ausnahme – derartige Angebote relativ verhalten auf- und wahrgenommen werden. Gleichwohl: Die Akzeptanz derartiger Ergänzungen fällt erstaunlich hoch aus. Dass die Mehrheit davon keinen Gebrauch macht, heißt also nicht, dass sie es für schlecht hält. Zugleich konnte diese Seminargruppe bestätigen: Die Mehrheit der Menschen informiert sich nach wie vor nicht via Internet über das politische Geschehen, sondern über das TV-Gerät. Damit bestätigt die, was die Medienforschung seit einiger Zeit weiß: Der Fernseher wird nicht durch das Netz abgelöst, sondern ergänzt. Dass das „Internet der Dinge“ im Bereich der politischen Kommunikation vor allem für Chemnitzer Jugendliche interessant ist, entspricht gleichfalls dem generellen Trend. In dieser Hinsicht ist die „Stadt der Moderne“ mithin keine Ausnahme.

Die zweite Gruppe, die sich eines Vergleichs von Chemnitzern annimmt, die einerseits in der DDR, andererseits in der Bundesrepublik großgeworden sind, fördert nicht weniger aufschlussreiche Einsichten zutage. Im Grunde handelt es sich um einen Vergleich zwischen jenen Chemnitzern, die in der DDR aufwuchsen, sowie später Zugezogenen bzw. jungen Chemnitzern, die – aufgrund ihres Alters – „Karl-Marx-Stadt“ nur mehr vom Hörensagen kennen. Beide Sozialisationsgruppen unterscheiden sich lediglich

- im Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht, das unter ehemaligen DDR-Bürgern negativer ausfällt,
- in der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation, die unter Ostsozialisierten tendenziell schlechter ist,
- im Vertrauen in den Linken-Politiker Gregor Gysi, der unter DDR-Sozialisierten besser abschneidet,
- in der schwächeren Bindung DDR-Sozialisierter an die Werte der Demokratie und
- in der negativeren Beurteilung der „Wende“ durch ehemalige DDR-Bürger.

In allen anderen Punkten – sei es das Vertrauen in die übrigen Institutionen der Bundespolitik, sei es das Vertrauen in die führenden Köpfe anderer Parteien – gibt es keine nennenswerten Unterschiede. Insofern sind die Chemnitzer ein blühendes Beispiel für jenen abflauenden Ost-West-Gegensatz, der sich auch im Vergleich der Bundesländer abzeichnet.

Das dritte Teilprojekt fragt nach der Relevanz des Ehrenamtes in Chemnitz. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Einwohner derartiges Engagement für unverzichtbar hält, betätigt sich lediglich eine (große) Minderheit in diesem Sinne – dann aber vor allem aus altruistischen, weniger aus egoistischen Gründen. Dabei ist – wenig überraschend – vor allem die regelmäßige, fest organisierte Vereinsarbeit im sozialen und im Sportbereich am weitesten verbreitet. Die politische Arbeit, die unter den abgefragten Bereichen der am seltensten ausgewählt ist, scheint – und hier ist Chemnitz eine gewisse Ausnahme – unter Frauen beliebter zu sein als unter Männern. Gleichwohl: Dies könnte der kleinen Stichprobe geschuldet sein. Zwei der wichtigsten Triebfedern hinter dem Engagement sind das Geschlecht und die Partnerschaft: Frauen und generell Menschen, die in einer Beziehung leben, engagieren sich häufiger als Männer bzw. Singles. Hingegen – und auch dies widerspricht der These eines harten Ost-West-Gegensatzes – spielt die Sozialisation eines Befragten keine Rolle: Ob jemand in der DDR oder in der (wiedervereinigten) Bundesrepublik aufwuchs, spielt für sein Engagement keine Rolle.

Das vierte und letzte Teilprojekt schließlich geht den Ursachen für die politische Teilhabe Chemnitzer Bürger auf Kommunal- und Landesebene auf den Grund. Die studentische Gruppe argumentiert mit dem Civic-Voluntarism-Modell, das besonders die verfügbaren materiellen Ressourcen, Zeit, und zivilgesellschaftliche „Skills“ in den Vordergrund hebt, sowie mit dem Political-Efficacy-Modell, bei der die wahrgenommene Responsivität der Politiker (externe Efficacy) sowie der subjektive Eindruck, etwas erreichen zu können (interne Efficacy), eine zentrale Rolle spielen. Unabhängig von den Zusammenhängen, zeichnet die Gruppe kein allzu düsteres Bild: Sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene hat die Mehrheit der Chemnitzer den Eindruck, die Politiker bemühten sich um die Belange der Leute und sie selbst könnten mit ihrer Stimme etwas bewegen. Wenngleich die Zustimmung jeweils nur bei rund 60 Prozent liegt, kann von einer tiefen Vertrauenskrise keine Rede sein. Hierin, aber auch in der großen Popularität direktdemokratischer Instrumente bilden die Chemnitzer ein verkleinertes

Abbild der bundesdeutschen Bevölkerung. Insgesamt stärkt der subjektive Eindruck, etwas mit dem eigenen Engagement bewegen zu können, auch die eigene Teilhabebereitschaft – auf Kommunal- wie Landesebene.

Was als kompetenzorientiertes Projektseminar begann, das MA-Studierenden der Chemnitzer Politikwissenschaft einen bleibenden Eindruck von sozialwissenschaftlicher Forschungspraxis sowie durch keine Vorlesung aufzuwiegende Erfahrungen bieten sollte, findet mit diesem Sammelband seinen Abschluss. An ihm haben nicht nur die Studenten selbst, sondern auch Katja Grobe von der Evaluationsstelle der TU Chemnitz, Cornelia Oertel vom Universitätsverlag sowie zwei meiner Hilfskräfte, Franziska Bell und Robin Graichen, erheblichen Anteil. Weil ohne sie ein solches Vorhaben nicht umsetzbar gewesen wäre, danke ich ihnen herzlich.

Chemnitz Survey – Medien als Teilhabechance in Demokratien

von Robin Graichen, Kevin Scheibel, Christian Siegmund

I	Inhaltsverzeichnis	
1	Einleitung.....	17
1.1	Problemstellung	17
1.2	Aufbau.....	18
2	Theoretische Ausgangslage	19
2.1	Zur Rolle von Medien bei der politischen Meinungsbildung in Demokratien.....	19
2.2	Ein Blick auf das Medienangebot im Raum Chemnitz und die grundlegenden Interaktionsmöglichkeiten	23
3	Methodik.....	29
4	Analyse der Chemnitz Survey	39
4.1	Zu den Umfrageergebnissen im Allgemeinen.....	39
4.2	Zu den Hypothesen	43
4.3	Die Umfrageergebnisse im Kontext anderer Studien	50
5	Schlussbetrachtung	51
II	Literaturverzeichnis	54

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Im Rahmen der Lehrveranstaltung „*Angewandte Forschungsmethoden II*“ an der Technischen Universität Chemnitz hat sich eine Gruppe von Studierenden der Leitfrage „*Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit – wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?*“ aus verschiedensten Perspektiven genähert. Sie setzte sich mit zivilgesellschaftlichen und systemtheoretischen Ansätzen, aber auch mit der Rolle der Medien – speziell des Fernsehens und Internets – in Chemnitz auseinander. Diese ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Mit der Wiedervereinigung brach in allen neuen Bundesländern die zentralisierte und staatlich kontrollierte Medienlandschaft weg, die noch in der DDR vorgeherrscht hatte. Heute sieht sich der Medienkonsument einer wachsenden Komplexität des Mediensystems gegenüber; er kann sich etwa durch das Aufkommen von immer neuen Onlineangeboten über das politische und gesellschaftliche Geschehen informieren. Längst beschränken sich jedoch die Möglichkeiten der Mediennutzung nicht mehr auf den „One-to-many“-Konsum, wie er etwa von konventionellen TV-Nachrichtensendungen bekannt ist. Mit dem Internet etablierte sich ein weiteres Medium neben den klassischen Massenmedien des 20. Jahrhunderts. Das World Wide Web Consortium um Tim Berners Lee, dem Erfinder des WWW, verfolgte unter „*Vision Rich Interaction*“ auch das Ziel, allen Menschen mittels Web-Partizipation und -Interaktion Informationsaustausch und Wissenszugriff zu ermöglichen.¹

Durch die Entwicklung von Web-2.0-Anwendungen, etwa Social-Media-Portalen, wird der früher passive Konsument auch ohne umfangreiches technisches Wissen zum aktiven Produzent (Prosumer) von Inhalten, indem er etwa online Medienbeiträge kommentiert und sich in Foren mit anderen (politisch) interessierten Nutzern austauscht, um an der politischen Diskussion teilzuhaben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Nutzungsgewohnheiten der Chemnitzer Bürger 25 Jahre nach der deutschen Einheit. Dabei kreist die Arbeit um die Fragen, ob und mit Hilfe welcher Medien

¹ Vgl. W3C Mission des World Wide Web Consortium (Hrsg.), online abzurufen unter: www.w3.org/Consortium/mission (9. März 2016).

sich Chemnitzer über das politische Geschehen informieren und inwiefern sie aktiv mit Medien interagieren und so eine neue Form der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe nutzen – und inwieweit sich das Verhältnis der Chemnitzer zu Medien vom bundesdeutschen Mittel unterscheidet. Die Arbeit konzentriert sich auf jene drei Kernbereiche, die den Forschungsgegenstand eingrenzen und in denen sich wohl der prägnanteste Wandel im Mediensystem der letzten 25 Jahren vollzogen hat:

- politische Kommunikation über das Fernsehen durch TV-Nachrichten und Talkshows
- politische Kommunikation über das World Wide Web
- die (hybride) Verknüpfung von klassischem Fernsehen mit Webapplikationen

1.2 Aufbau

Im folgenden Kapitel werden zunächst verschiedene theoretische Ansätze betrachtet, die sich mit der Rolle von Medien in der demokratischen Meinungsbildung beschäftigen. Kernstück des Abschnitts bildet das Modell politischer Kultur nach Karl Rohe. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls Bezug auf weiterführende Medienwirkungstheorien, wie etwa den Uses-and-Gratifications-Ansatz genommen, um einen noch präziseren Blick auf den Forschungsgegenstand zu ermöglichen. Darüber hinaus liefert Kapitel 2 einen Überblick über das Medienangebot in Chemnitz, das heißt, Medienzugänge von Chemnitzern und deren Interaktionspotential.

Kapitel 3 setzt sich mit der methodischen Vorgehensweise auseinander und erläutert die Datenerhebung näher. Es geht insbesondere auf die Entwicklung des finalen Erhebungsinstruments, die Vorüberlegungen und Herausforderungen während der Erstellung sowie auf die Änderungen in diesem Prozess ein.

Die Kapitel 4 und 5 beinhalten schließlich die statistische Auswertung der Daten sowie die Überprüfung aller Teilhypothesen. Zudem werden die Ergebnisse in Kontext zu vergleichbaren Studien gesetzt, um ein differenziertes Fazit zu ermöglichen und etwaige Chemnitzer Besonderheiten im Bereich der Mediennutzung zu erfassen. Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und das Gesamtfazit mit Bezug auf die Forschungsfrage markieren den Abschluss der Arbeit.

2 Theoretische Ausgangslage

2.1 Zur Rolle von Medien bei der politischen Meinungsbildung in Demokratien

Um die Wirkung von Medien auf öffentliche Meinung und politische Ansichten in Demokratien zu erklären, ist es notwendig der Frage nachzugehen, inwieweit Medien die politische Kultur beeinflussen. Einen ersten Ansatz hierfür lieferte die bekannte „Civic-Culture“-²-Studie von Gabriel Almond und Sidney Verba aus dem Jahr 1963. Sie verfolgt eine stark quantitative Vorgehensweise bei der Einordnung politischer Kulturen. Insgesamt werden drei idealtypische Kulturen (parochiale, Untertanen-, und partizipierende Kultur) definiert, abhängig davon, wie folgende Elemente des politischen Systems beurteilt werden: Aufbau und Struktur des Systems, Inputmöglichkeiten, Outputfähigkeiten und Selbstwahrnehmung. Die zugehörigen Einstellungen können den Autoren zu folge entweder negativ oder positiv ausfallen.

Einen zweiten – weniger quantitativen – Ansatz zur Erklärung von Veränderungen innerhalb der politischen Kultur liefert der deutsche Politikwissenschaftler Karl Rohe.³ Dieser kritisiert den Bezug auf die Einstellungen der Bürger gegenüber dem politischen System: „Von einem politisch-kulturellen Wandel kann nur dann gesprochen werden, wenn sich die Maßstäbe und Kategorien gewandelt haben und nicht automatisch schon dann, wenn sich die Einstellungen gegenüber einem politischen Regime, geschweige denn gegenüber einer Regierung verändern.“⁴ Um tiefgründige, historisch verwurzelte politische Vorstellungen – die über affektiv, momentane Einstellungen gegenüber dem politischen Systems hinausgehen – zu erfassen, unterscheidet Rohe zunächst zwischen einer politischen Deutungskultur und einer politischen Soziokultur, die beide zueinander im Verhältnis stehen (Abb.1): „Politische Deutungskultur ist gleichsam eine Kultur der Kultur, eine Metakultur, deren Funktion nicht zuletzt darin besteht, die auf der Ebene der Soziokultur gespeicherten, mehr oder weniger unbewußten

² Almond, Gabriel A./Verba, Sydney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

³ Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 1-21.

⁴ Ebd., S. 2.

Denk-, Rede- und Handlungsgewohnheiten zu thematisieren.“⁵ Sie stellt eine Art Diskussionsbühne dar, auf der soziokulturelle Gewohnheiten erörtert und in Frage gestellt werden. Sie bildet somit das Fundament für Veränderungen innerhalb der Soziokultur. So wurde etwa Homosexualität noch in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik soziokulturell in weiten Teilen der Gesellschaft – bis hin zum Bundesverfassungsgericht – als eine Art Krankheitsbild wahrgenommen, durch eine gesellschaftliche offenere Diskussion auf der Ebene der Deutungskultur stößt sie heute jedoch auf deutlich mehr Akzeptanz.

Damit es zu einer Veränderung innerhalb der Soziokultur kommen kann, müssen diese Diskussionen an die Gesellschaft adressiert werden. Hierbei spielen die Medien und ihr Potenzial, Öffentlichkeit herzustellen, eine tragende Rolle. So können etwa durch TV-Talkshows und Internetportale schnell (politische) Einstellungen vermittelt werden, um so gesamtgesellschaftliche Diskussionen anzustoßen. Bis vor wenigen Jahren befand sich die breite Masse der Bevölkerung dabei primär in der Rolle eines passiven Beobachters, der die Meinungen einiger weniger Eliten im Fernsehen aufnimmt und am nächsten Tag bestenfalls mit seinem unmittelbaren persönlichen Umfeld diskutieren konnte. Mit der Entwicklung moderner Kommunikationstechnologien eröffnete sich jedoch ein größeres Potenzial für den Einzelnen, direkt und ortsunabhängig in die Diskussion einzugreifen. Es gilt daher, in den folgenden Kapiteln zu überprüfen, in welchem Umfang die neuen, interaktiven (Online-) Partizipationsmöglichkeiten genutzt werden und so die Diskussion auf der Ebene der politischen Deutungskultur nach Karl Rohe mitgestalten.

Neben dem Modell der politischen Kultur von Karl Rohe ist die Forschungsfrage darüber hinaus mit verschiedenen Ansätzen von Medienwirkungstheorien verknüpft. Einer der offensichtlichsten Bezüge findet sich im Uses-and-Gratifications-Ansatz. Dieser reicht bis in die 40er Jahre zurück und wurde 1959 von Elihu Katz ausführlich beschrieben.⁶ Der Ansatz geht nicht von einem passiven bzw. beobachtenden Medienpublikum aus, sondern davon, dass Menschen Massenmedien dazu nutzen, um ihre Bedürf-

⁵ Ebd., S. 8.

⁶ Katz, Elihu: *Mass Communication Research and the Study of Popular Culture*, Pennsylvania 1959.

nisse zu befriedigen: Die „Auswahl und Nutzung von Medien ist zielorientiert, absichtsvoll und motiviert.“⁷

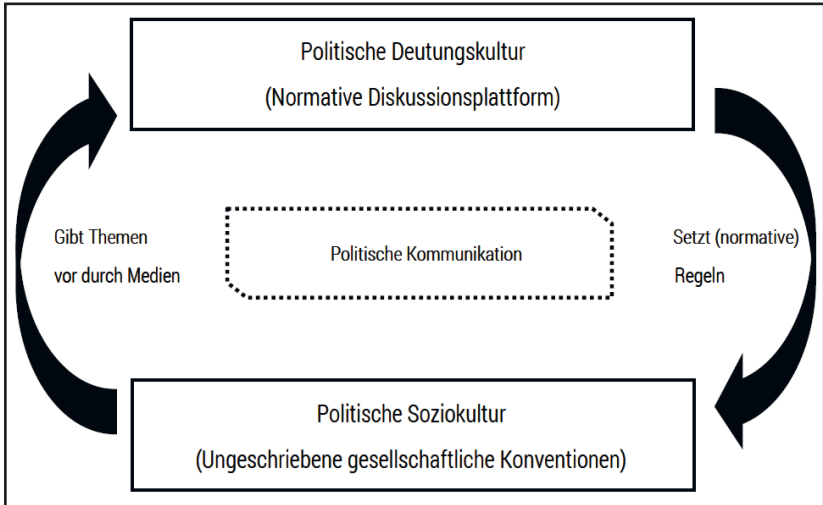


Abbildung 1: Politische Kultur nach Karl Rohe.

Der Medienkonsument entscheidet bewusst, über welche Medien er sich über das politische Geschehen informiert. Dabei erfolgt die Auswahl gemäß politischer Grundeinstellungen sowie Erwartungen. Daher ist es wahrscheinlich, dass Menschen eher diejenigen Medien konsumieren, die sie in ihren Ansichten bestärken. Dargestellt wird die Deutungskultur als einzeln verstandene Diskussionsbühne in mehrere kleine Bühnen aufgeteilt. So diskutieren etwa Stammler der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eher auf der Facebook-Seite der FAZ und weniger auf den Seiten anderer Tageszeitungen. Diese Teilung in unterschiedliche und in ihren politischen Grundeinstellungen annähernd homogener Diskussions-Communities wird besonders mit Blick auf Parteien deutlich: Ein Blick in die Social-Media-Portale der Bundestagsparteien etwa offenbart, dass sich in den Kommentaren meist Anhänger und Sympathisanten der Partei gegenseitig bestärken

⁷ Rubin, Alan: Die Uses-And-Gratifications-Perspektive der Medienwirkung, in: Schorr, Angela (Hrsg.): Publikums- und Wirkungsforschung. Ein Reader, Wiesbaden 2000, S. 138.

und kaum ein Austausch gegensätzlicher Meinungen erfolgt. Eine konstruktive Diskussion auf der Ebene der politischen Deutungskultur wird somit durch die Aufteilung in unterschiedliche Communities erschwert.

Das Awareness-Modell als Teil des Agenda Setting-Ansatzes geht wiederum davon aus, dass die Themenagenda maßgeblich die Publikumsagenda bestimmt, da Massenmedien „in der Regel die einzige Quelle für Bürger darstellen, um sich über politische Ereignisse zu informieren.“⁸ „Nach dem Awareness Model (Aufmerksamkeitsmodell) haben Massenmedien Einfluss darauf, welche Themen überhaupt öffentliche Aufmerksamkeit erlangen.“⁹ Im Zusammenhang mit Karl Rohe würde dies bedeuten, dass Massenmedien als eine Art Gatekeeper für die politische Deutungskultur agieren, indem Sie maßgeblichen Einfluss auf die Themenauswahl haben, die überhaupt in einem breiten Rahmen diskutiert werden können. Angesichts der Tatsache, dass heute nahezu jede Privatperson über das Internet leicht Inhalte veröffentlichen bzw. Themen vorgeben kann, erscheint das Agenda-Setting-Monopol der Massenmedien zunächst nicht schlüssig. Mit einem genaueren Blick auf die Inhalte von privaten Blogs, Social-Media-Pages oder Youtube-Channels fällt jedoch auf, dass Beiträge, die sich mit den aktuellen Themen der Massenmedien befassen, in der Regel die größte Reichweite generieren. Es erscheint daher für die Betreiber privater Web-2.0-Plattformen lohnenswerter, lediglich auf die Themen in den Massenmedien zu reagieren, statt zu versuchen, eigene Themen auf die Publikumsagenda zu setzen. Auf diese Weise kann ein größeres Publikum erreicht werden.

Politische Kommunikation kann durch das Web 2.0 zwar einen Beitrag zu den Diskussionen innerhalb der politischen Deutungskultur leisten, jedoch auf diesem Wege kaum völlig neue Themen in der Agenda etablieren.

⁸ Strohmeier, Gerd: Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden 2004, S. 198.

⁹ Ebd., S. 199f.

2.2 Ein Blick auf das Medienangebot im Raum Chemnitz und die grundlegenden Interaktionsmöglichkeiten

Massenmedien sind „als Träger der Massenkommunikation jene Medien, die Informationen dauerhaft (über eine Vielzahl an Themen) an ein großes, unabgeschlossenes bzw. disperses Publikum verbreiten.“¹⁰ Massenmedien, die als Träger politischer Kommunikation damit den wechselseitigen Prozess zwischen politischer Sozio- und Deutungskultur ermöglichen, können nach dieser Definition grundlegend unterschieden werden in a) Printmedien, b) Medien des Rundfunks bestehend aus Radio und Fernsehen, und c) Online-Medien auf Basis des Internets.¹¹

Der Blick auf das Medienangebot in Chemnitz soll der Aufteilung in diese Medienarten folgen, wobei Printmedien hier weiter in a1) überregionale Zeitungen und a2) Regionalzeitungen unterschieden werden, Medien des Rundfunks weiter in b1) öffentlich-rechtlichen Rundfunk und b2) privaten Rundfunk.¹² Relevant sind jene Medienangebote, die (auch) politische Inhalte vermitteln.

Zu den Printmedien nach a1) zählen alle im Raum Chemnitz erhältlichen überregionalen Zeitungen. Exemplarisch lassen sich hier benennen: die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, Die Welt, der Spiegel oder der Focus.¹³

Zu den Printmedien nach a2) zählen für den Raum Chemnitz die Sächsische Zeitung, die Chemnitzer Morgenpost (angehörig dem Verlag der Sächsischen Zeitung), die BILD Chemnitz (unter Führung der Redaktion Dresden) und insbesondere die Freie Presse Chemnitz.¹⁴

Zu den Medien des Rundfunks nach b1) zählen die im Raum Chemnitz empfangbaren Radio- und Fernsehkanäle von öffentlich-rechtlichen Anstalten. Dies sind überwiegend alle Sender, die sich unter dem Dach von ARD und ZDF befinden, sowie alle Dritten Programme der Landesrund-

¹⁰ Ebd., S. 27.

¹¹ Vgl. ebd., S. 27.

¹² Unterscheidung nach Otto, Kim et al.: Das Medienlexikon, Bonn 2012, S. 194f.

¹³ Brümmer, Ulrich: Medien und Medienpolitik, in: Jesse, Eckhard et al.: Politik in Sachsen. Wiesbaden 2014, S. 254f.

¹⁴ Vgl. Stawowy, Peter: Medien in Sachsen, Dresden 2011, S. 56f.

funkanstalten.¹⁵ Für den Raum Chemnitz ist dies der MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) mit einem Fernseh- und acht Radiokanälen.¹⁶

Zu den Medien des Rundfunks nach b2) zählen alle im Raum Chemnitz empfangbaren Fernseh- und Radiokanäle privater Anbieter. Überregionale Rundfunkanbieter, die teils neben Fernsehprogrammen auch Radiostationen betreiben, sind etwa die RTL-Gruppe und die Sat.1/ProSieben-Gruppe.¹⁷ Relevante private Radiosender sind daneben etwa Radio PSR, R.SA und Energy Sachsen.¹⁸ Im Raum Chemnitz existieren darüber hinaus die Rundfunkbetreiber Chemnitz Fernsehen (Sachsen Fernsehen) und Radio Chemnitz.¹⁹

Online-Medien sollen an dieser Stelle nicht konkret benannt werden. Sie können sowohl als Webangebote der klassischen Print- und Rundfunk-(Massen)-Medien existieren als auch als reine Online-Medien bzw. Online-Portale.²⁰ Insofern Online-Medien Webangebote klassischer Medien darstellen, werden hier die Angebote der klassischen Medien einfach ganz oder teilweise auch online zur Verfügung gestellt, aber „(o)ftmals machen sie auch ergänzende Informationen zu spezifischen Inhalten in ihrem ‚klassischen‘ Angebot verfügbar“. ²¹ Reine Online-Medien sind dagegen Angebote, deren (politische) Inhalte ausschließlich im Internet publiziert werden.²²

Da die Online-Medien global verfügbar sind, ist eine Gegenüberstellung zwischen lokalen bzw. regionalen und überregionalen Angeboten entbehrlich. Dadurch können Nutzer Angebote von Online Medien „prinzipiell voll nutzen, unabhängig von geographischen Bezugsgrößen“. ²³ Im Unterschied zu diesem digitalen Vertriebsweg sind die Medien des Printsektors und des Rundfunks auf ihrem „klassischen“ Vertriebsweg von geographischen Be-

¹⁵ Unterscheidung nach Otto et al. 2012, S. 194f.

¹⁶ Vgl. Stawowy 2011, S. 80.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 80.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 89.

¹⁹ Siehe hierzu Radio Chemnitz BCS Broadcast Sachsen GmbH & Co. KG (Hrsg.): www.radiochemnitz.de und Fernsehen in Sachsen GmbH (Hrsg.): www.chemnitz-fernsehen.de.

²⁰ Vgl. Strohmeier 2004, S. 56.

²¹ Ebd., S. 58.

²² Vgl. ebd., S. 58.

²³ Vgl. Meißelbach, Christoph: Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets, Baden-Baden 2009, S. 18.

zugsgrößen abhängig, sei es die Ausstrahlreichweite im Rundfunk oder die Verfügbarkeit von Zeitungen an einem bestimmten Ort.²⁴

Online-Medien zeichnen sich durch eine weitere Besonderheit gegenüber den nicht-internetbasierten, „klassischen“ Massenmedien aus. Da sie internetbasiert sind, bieten sie das Potential der Multimedialität, das heißt der Verknüpfung von Text, Bild, Film und Ton mit der interaktiven Einflussmöglichkeit seitens des Nutzers. Dieser ist hier also insbesondere in der Lage, die Informationsaufnahme zu beeinflussen wie auch eigene Informationen innerhalb der politischen Kommunikation auf einfachem, direktem Wege zu publizieren.²⁵

Für unsere Forschungsfrage sind nun jene Formate relevant, in denen primär politische Kommunikation stattfindet. Unterscheiden lassen sich diese Formate in informierende bzw. tatsachenbetonte Darstellungsformen und kommentierende bzw. meinungsbetonte Darstellungsformen. Über alle Typen an Massenmedien hinweg gehören zu den informierenden Darstellungsformen vor allem Nachrichten, Berichte, Reportagen und Dokumentationen sowie Interviews. Zu den wichtigsten meinungsbetonten Darstellungsformen zählen Kommentare, Glossen oder Leitartikel.²⁶ Im Bereich des Rundfunks sind darüber hinaus die politischen Talkshows relevant, da hier in besonderem Maße auch meinungsbetonte politische Kommunikation in Form von rhetorischem Wettkampf, politischem Werben und politischer Selbstdarstellung stattfindet.²⁷ Sie sind somit „nicht-fiktionale Fernsehsendungen, in denen im weitesten Sinne politische Fragen in der Form eines Gespräches thematisiert werden.“²⁸

Zu den wichtigsten politischen Talkshows im deutschen Fernsehen gehören die Sendungen „Anne Will“ (ARD), „Maischberger“ (ARD), „Hart aber fair“ (ARD), „Maybrit Illner“ (ZDF) und „Markus Lanz“ (ZDF). Bis zu ihrer Einstellung im November 2015 war die Sendung „Günther Jauch“ (ARD) mitunter die populärste politische Talkshow.²⁹ Zu den meist

²⁴ Vgl. Meißelbach 2009, S. 20.

²⁵ Vgl. Otto et al. 2012, S. 156.

²⁶ Vgl. Strohmeier 2004, S. 314.

²⁷ Vgl. Roth, Franziska S.: Die Rezeption politischer Talkshows im Fernsehen. Der Einfluss des Unterhaltungserlebens auf die Informationsverarbeitung, Wiesbaden 2016, S. 24.

²⁸ Ebd., S. 22.

²⁹ Vgl. Statista (Hrsg.): Zuschauermarktanteile der politischen Talkshows in ARD und ZDF im Jahr 2014, online abzurufen unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/487847/>

gesehenen TV-Nachrichtensendungen zählen etwa die „Tagesschau“ (ARD), das „heute-journal“ (ZDF) und „heute im ZDF“, die „tagesthemen“ (ARD), die „Sat.1 Nachrichten“ und „ProSieben Newstime“ sowie „RTL aktuell“.³⁰

Mit welchen dieser Angebote können die Chemnitzer Bürger nun auch prinzipiell interagieren? Unter Interaktivität bzw. Interaktion mit Medienangeboten wird hier nicht nur die unmittelbare, sofortige und dialoghafte Reaktion des Nutzers mit dem Medium verstanden, sondern jegliche Form sozialen Handelns, die als Reaktion auf ein massenmedial vermitteltes Ereignis innerhalb der politischen Kommunikation stattfindet. Interaktion ist also grundsätzlich nicht auf digitale Medien angewiesen, sondern kann auch gegenüber analogen bzw. klassischen Massenmedien stattfinden, wenngleich auf niedrigerem, unidirektionalem Interaktionslevel.³¹ Die folgende Abbildung zeigt die Sichtweisen auf die Mediennutzung und Interaktion zwischen Nutzern und (Massen)Medium:³²

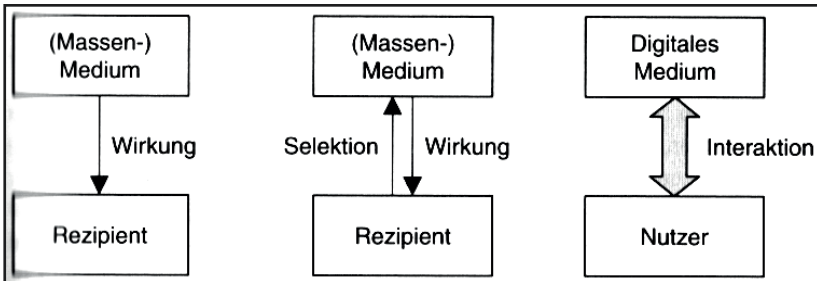


Abbildung 2: Sichtweisen der Mediennutzung und Medieninteraktion in der Medienpsychologie, aus Mangold 2005, S. 337.

umfrage/rmarktanteile-der-politischentalkshows-in-ard-und-zdf sowie NDR (Hrsg.): <http://daserste.ndr.de/guentherjauch/> (9. März 2016).

³⁰ Vgl. Statista (Hrsg.): Reichweiten ausgewählter Nachrichtensendungen in den Jahren 2014 und 2015 nach der durchschnittlichen Anzahl der Zuschauer (in Millionen), online abrufen unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160918/umfrage/reichweiten-ausgewaehlte-tv-nachrichtensendungen/> (9. März 2016).

³¹ Vgl. Otto et al. 2012, S. 102.

³² Mangold, Roland: Aufgaben der Medienpsychologie, in: Bruns, Kai et al.: Taschenbuch der Medieninformatik, München/Wien 2005, S. 337.

Die Abbildung soll im Wesentlichen den Unterschied zwischen klassischen Massenmedien und reinen digitalen Medien im Bezug auf die Interaktivität verdeutlichen: Interaktionsprozesse zwischen Rezipienten und klassischen Massenmedien verlaufen unidirektional und asynchron. Für in Zeitungen publizierte Nachrichten, Kommentare oder Berichte liegt das Interaktionspotential in Form von Leserbriefen, Anrufen oder auch Emails an die Redaktionen vor. Gleiches gilt für politische Talkshows, insofern die Interaktion asynchron verläuft, also nach, vor oder auch während einer Ausstrahlung im Rundfunk, unter der Voraussetzung, dass der Interagierende keine unmittelbare sofortige Rückantwort erhält. Mittels digitaler Online-Medien sind dagegen weitere Interaktionsprozesse möglich. „Das Internet ist schließlich ein hochgradig interaktives Medium. Vor allem Onlineportale und -plattformen erlauben es Besuchern, die Seite aktiv mitzugestalten.“³³ Diese Interaktionsprozesse zeichnen sich also durch einen vollwertigen Rückkanal aus und werden unter anderem ermöglicht durch Social Networks wie Facebook oder Twitter, Webportale klassischer Medien oder auch HbbTV bzw. Digitaltext, über den Nutzer eine weitere Informationsauswahl treffen können. Interaktion ist insbesondere möglich durch Kommentare in Social Networks oder auf dafür vorgesehenen Chaträumen in Webportalen, Bewertungen in Mediatheken oder auch durch eine Tele-Twitter-Funktion im Teletext. Die folgenden Abbildungen zeigen beispielhaft einige der aufgeführten Interaktionsmöglichkeiten mittels digitaler Medien.

³³ Otto et al. 2012, S. 102f.



Abbildung 3 (links) und 4 (rechts): Screenshots des Webportals zur Talkshow „Anne Will“. Interaktionsmöglichkeiten um Telefon, eMail, Social Networks werden genannt und zur Diskussion um das Thema der aktuellen Sendung eingeladen. Aus: daserste.ndr.de/annewill



Abbildung 6 (rechts): Screenshot des ARD Teletextes, der die Interaktionsmöglichkeit des Teletwitter zeigt. Während bestimmter Sendungen haben die Zuschauer die Möglichkeit, hier via Twitter an (politischem) Meinungsaustausch teilzunehmen, der live im Teletext auch von nicht Twitter nutzenden Zuschauern mitverfolgt werden kann. Aus: Das Erste Text.

Abbildung 5 (links): Screenshot aus dem Facebookaccount der Talkshow „Maischberger“. Durch unmittelbare synchrone (politische) Kommunikation wird das besonders hohe Interaktionspotential deutlich, da Online-Medien um Social Networks einen direkten Rückkanal zum Medienanbieter darstellen. Nutzer können Beiträge kommentieren und bewerten. Aus: www.facebook.com/maischberger/

3 Methodik

Das Forschungsprojekt entstand im Rahmen des Seminars „Angewandte Forschungsmethoden II“. Das Thema unserer Projektarbeit wurde mit Hilfe einer Leitfrage, an der sich unsere Untersuchung orientieren musste, eingegrenzt: „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit – wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“. Die selbstständige Einteilung in Teams führte zu vier Forschungsgruppen mit jeweils drei bis fünf Mitgliedern. Ziel war es, in der Seminargruppe ein gemeinsames Erhebungsinstrument (= Umfrage) zu entwickeln und anschließend – ebenfalls gemeinsam – praktisch umzusetzen. Dabei sollte sich jede Teilgruppe des Seminars einem selbst gewählten, inhaltlich interessierenden Aspekt des Themas zuwenden. Alle wirkten an der Konzeption und der Datenerhebung mit, doch jede Gruppe führte eigene Auswertungen durch. Die Forschungsgruppen hatten zunächst die Aufgabe, einen detaillierten Forschungsplan zu erarbeiten. Dieser umfasste eine gruppenspezifische Forschungsfrage, Unterfragen, die theoretischen Grundlagen, auf denen die Untersuchung beruhen sollte, sowie die Erhebungsinstrumente, das Forschungsdesign und einen Datenanalyseplan.

Die Kernfrage unseres Forschungsplans lautete: *Erkennen die Chemnitzer Bürger Interaktionsmöglichkeiten von Massenmedien als Teilhabechance in der politischen Willens- und Meinungsbildung an und wird das Potential von ihnen aktiv genutzt?* Die Unterfragen, die sich daraus ergaben, waren 1) Konsumieren die Chemnitzer politische Kommunikation durch Massenmedien? 2) Erkennen die Chemnitzer politische Kommunikation in Massenmedien als demokratische Teilhabechance an? 3) Nutzen die Chemnitzer Medien nur als passive Konsumenten oder interagieren Sie aktiv mit ihnen?

Für die Datenanalyse sollte eine Einmalbefragung als Querschnittsanalyse dienen. Ursprünglich war diese als Onlinebefragung über ein Webformular geplant. Als Alternative sollte eine Face-to-face-Befragung durchgeführt werden. Den Rahmen des Forschungsdesigns sollte eine Querschnittserhebung durch das einmalige Ausfüllen des Online-Fragebogens bilden. Basierend auf einer willkürlichen Auswahl an Einzelbefragungen sollte am Ende die Chemnitzer Bürgerschaft im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Die Grundgesamtheit sollten alle Personen bilden, die ihren Hauptwohnsitz in Chemnitz haben und über einen Internetzugang verfügen. Folgende Items waren vorgesehen:

Frage	Antwortmöglichkeiten	Skalenn.																																				
Einstiegsfragen																																						
Haben Sie Ihren Hauptwohnsitz in Chemnitz?	*Ja *Nein	Dich.																																				
Ihr Geschlecht	*M *W	Dich.																																				
Wie alt sind Sie?	*bis 20 *21 - 40 *41 – 60 *61+	Ordinal																																				
Über welche Medien informieren Sie sich über das politische Geschehen?	*Fernsehen *Radio *Zeitung *Internet *andere.....	Nominal																																				
Thematische Fragen I - TV Nachrichten																																						
Welche der folgenden Nachrichtensendungen verfolgen Sie?	<table border="1"> <tr> <td>ARD Tagesschau</td> <td>nie</td> <td>gelegentlich</td> <td>täglich</td> </tr> <tr> <td>ARD Tagesthemen</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ZDF Heute</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Sachsenpiegel</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>RTL aktuell</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>RTL Nachjournal</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>SAT1 Nachrichten</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Pro7 News</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>weitere.....</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	ARD Tagesschau	nie	gelegentlich	täglich	ARD Tagesthemen				ZDF Heute				Sachsenpiegel				RTL aktuell				RTL Nachjournal				SAT1 Nachrichten				Pro7 News				weitere.....				Ordinal
	ARD Tagesschau	nie	gelegentlich	täglich																																		
ARD Tagesthemen																																						
ZDF Heute																																						
Sachsenpiegel																																						
RTL aktuell																																						
RTL Nachjournal																																						
SAT1 Nachrichten																																						
Pro7 News																																						
weitere.....																																						
Fühlen Sie sich durch Nachrichtensendungen politisch gut informiert?	<table border="1"> <tr> <td>Nein</td> <td>eher Nein</td> <td>Eher Ja</td> <td>Ja</td> <td>Weiß nicht</td> </tr> </table>	Nein	eher Nein	Eher Ja	Ja	Weiß nicht	Ordinal																															
Nein	eher Nein	Eher Ja	Ja	Weiß nicht																																		
Nutzen Sie weiterführende Informationsangebote von TV Sendern?	*Nein *Webportale *Mediatheken *Social Networks (Facebook, Twitter etc.) *Teletext *HbbTV	Nominal																																				
Reagieren Sie aktiv (z.B. durch die Teilnahme an Diskussionen) auf aktuelle politische Themen in den Nachrichten?	*Nein *Ja, online durch Kommentare (Zu Videos/Artikeln) *Ja, online durch Bewertungen (z.B. Sterne-Rating) *Ja, durch eMails an TV Sender etc. *Ja, durch Zuschriften an TV Sender etc. (Briefe) *Ja, durch Anrufe bei der Redaktion	Nominal																																				
TV Nachrichten haben Einfluss auf die öffentliche Meinung	<table border="1"> <tr> <td>Nein</td> <td>eher Nein</td> <td>eher Ja</td> <td>Ja</td> <td>Weiß nicht</td> </tr> </table>	Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht	Ordinal																															
Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht																																		
TV Nachrichten haben Einfluss auf meine persönliche Meinung	<table border="1"> <tr> <td>Nein</td> <td>eher Nein</td> <td>eher Ja</td> <td>Ja</td> <td>Weiß nicht</td> </tr> </table>	Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht	Ordinal																															
Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht																																		
Thematische Fragen II - TV Talkshows																																						
Welche der folgenden TV Talkshows verfolgen oder verfolgten Sie?		gar nicht	gelegentl.	regelmäßig																																		
	Hart aber fair																																					
	Menschen bei Maischberger																																					
	Anne Will																																					
	Maybrit Illner																																					
	Unter den Linden																																					
	Das Duell bei N-Tv																																					
	Günther Jauch																																					
	Phoenix Runde																																					
	Absolute Mehrheit																																					
	Markus Lanz																																					
Weitere.....																																						
so gut wie immer	manchmal		so gut wie nie	Ordinal																																		

Abbildung 7: Entwurf des Fragenkatalogs.

Mit den erarbeiteten Hypothesen sollte die Datenanalyse umgesetzt werden. Mittels relativen Häufigkeitstabellen sollte der Anteil derer, (I.) die sich aktiv an Diskussionen beteiligen, (II.) die weiterführende Angebote von TV-Sendern und Formaten nutzen, (III.) die glauben, Nachrichten/Talkshows haben Einfluss auf ihre Meinung, (IV.) die glauben, Nachrichten/Talkshows haben Einfluss auf die öffentliche Meinung, ermittelt werden. Eine mögliche Korrelation sollte mit Hilfe der folgenden Hypothesen überprüft werden: (V.) Zusammenhang zwischen Altersklasse und Konsumhäufigkeit von Nachrichten/Talkshows, (VI.) Zusammenhang zwischen Altersklasse und Interaktionshäufigkeit mit Massenmedien, (VII.) Zusammenhang zwischen Art des Mediums und der Interaktion, (VIII.) Zusammenhang zwischen Konsumhäufigkeit und dem Interaktionshandeln.

Nach der individuellen Erarbeitung der Forschungspläne erfolgte eine Präsentation im Seminar Mitte November 2015. Sie bestätigte die Variabilität der Forschungsthemen und ihrer theoretischen Grundlagen. Bei keiner der Forschungsgruppen überschritten sich die Forschungsschwerpunkte. Die lebhaften und anregenden Diskussionen brachten neue Erkenntnisse und führten zu einer erneuten Überarbeitung unseres Forschungsplans. Mit der Konkretisierung unserer Forschungsfrage, den Unterfragen und den Hypothesen sollte das zu untersuchende Forschungsfeld eingegrenzt werden. Statt, wie geplant, eine Untersuchung aller Massenmedientypen durchzuführen, war der Fokus auf den Bereich Television eingegrenzt worden. Die neue Forschungsfrage lautete: *Erkennen die Bürger von Chemnitz interaktive Angebote der Massenmedien im Televisionsbereich als Teilhabechance zur politischen Willens- und Meinungsbildung an und wird das Potenzial von ihnen aktiv genutzt?* Die Unterfragen wurden ebenso reformuliert: (1. neu) Wie hoch ist der Anteil der Chemnitzer Bürger, der politische Kommunikation durch Angebote der Massenmedien im Televisionsbereich konsumiert? (2. neu) Wie hoch ist der Anteil der Chemnitzer Bürger, der politische Kommunikation in Angeboten der Massenmedien des Televisionsbereichs als demokratische Teilhabechance anerkennt? (3. neu) Wie hoch sind die Anteile der Chemnitzer Bürger, die Angebote der Massenmedien im Televisionsbereich nur als passive Konsumenten nutzen bzw. aktiv mit ihnen interagieren? Die Hypothesen wurden ebenso verändert: (I. neu) Der Anteil derer, die sich aktiv an Diskussionen beteiligen, ist geringer als der Anteil derer, die sich nicht aktiv an Diskussionen beteiligen.; (II. neu) Der Anteil derer, die weiterführende Angebote von TV-

Sendern und deren Formaten nutzen, ist geringer als der Anteil derer, die keine weiterführenden Angebote von TV-Sendern und deren Formaten nutzen. (III. neu) Mit steigendem Alter nimmt die Konsumhäufigkeit von TV-Nachrichten/Talkshows zu. (IV. neu) Mit steigendem Alter nimmt die Interaktionshäufigkeit bei TV-Nachrichten/Talkshows ab. (V. neu) Interaktionsmöglichkeiten via Internet bzw. Online/Social-Media generieren die höchste Interaktionshäufigkeit. Ebenso wurde der Fragebogen überarbeitet.³⁴ Es wurden Fragen, Antwortmöglichkeiten und Skalenniveaus überarbeitet.

Bei einem erneuten Treffen der Projektgruppen wurde das persönliche Face-to-face-Interview als Befragungsmethode festgelegt. Mit Hilfe einer standardisierten Einmalbefragung sollte die Querschnittsanalyse der Chemnitzer Bevölkerung entstehen. Das Zeitmanagement und der organisatorische Ablauf des Seminars ließen lediglich eine Querschnittsstudie zu. Die Verwendung eines Quotensamples sollte eine möglichst repräsentative Stichprobe garantieren. „Der Interviewer hat sich bei der Auswahl nach bestimmten Merkmalen der Befragten zu richten, die in einem bestimmten Verhältnis (Quote) im Sample auftreten sollen. [...] Die Quoten werden so gewählt, dass die Zusammensetzung des Samples in Bezug auf die ausgewählten Quotenmerkmale der Zusammensetzung der Grundgesamtheit [...] entspricht.“³⁵ Die Grundgesamtheit bildeten 215.493 Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger, da das Mindestalter für die Befragung auf 16 Jahre festgelegt wurde. Als Quotenmerkmale wurden das Alter und das Geschlecht festgelegt.

Die Einteilung erfolgte in drei Altersklassen und es entstand ein Quotensample mit 3 Gruppen: Gruppe 1 (27 Männer und 28 Frauen), Gruppe 2 (68 Männer und 71 Frauen) und Gruppe 3 (62 Männer und 64 Frauen). Die Stichprobengröße betrug $N=320$. Dadurch führte jeder Seminarteilnehmer 20 Face-to-face-Interviews durch.

Das persönliche Interview oder auch Face-to-face-Befragung genannt, hat Vor- und Nachteile für das Forschungsprojekt. Die Vorteile der Face-to-face Befragung sind vielfältig. Es sind längere und tiefere Interviews möglich. Außerdem sind direkte Rückfragen und Verständnisfragen mög-

³⁴ Siehe Abbildung 8.

³⁵ Wirtschaftslexikon (Hrsg.): Quoten-Sample, online abzurufen unter: www.wirtschaftslexikon.co/d/quoten-sample/quoten-sample.htm (11. März 2016).

lich. Die Datenerhebung durch den Interviewer bleibt beherrsch- und kontrollierbar. Es gibt geringe Ausfallquoten, jede Zielgruppe ist potenziell erreichbar und die Abbruchquote ist geringer, wenn der Interviewer persönlich anwesend ist.

G => 16 Jahre					
215.493					
N = 320					
G1 = 16 bis 29 Jahre		G2 = 30 bis 59 Jahre		G3 = >59 Jahre	
17,2%		43,3%		39,5%	
55		133		126	
♂ 27	♀ 28	♂ 68	♀ 71	♂ 62	♀ 64

Tabelle 1: Quotensample.

Nachteile sind der große Zeitaufwand und der Kostenfaktor. Mit zunehmender Standardisierung schwindet der Interviewer-Einfluss, doch Effekte wie Sympathie oder Antipathie können den Interviewten beeinflussen. Außerdem besteht die Gefahr einer subjektiven Vorauswahl des Interviewers aufgrund von Sympathie oder zur Erfolgsmaximierung. Die telefonische Befragung hätte eine andere Option für die Datenerhebung dargestellt. Die Vorteile einer telefonischen Befragung liegen vor allem im Kostenbereich, denn selbst bei großen Stichproben ist sie relativ kostengünstig. Durch die direkte Eingabe am Computer ist ein schnelleres Auswerten ebenso möglich, wie es Rückfragen des Interviewten und das Klären von Verständnisfragen sind. Es kann zu keiner subjektiven Vorauswahl durch einen Interviewer kommen. Nachteile können eine erhöhte Ablehnungsquote, ein kürzerer Befragungsumfang oder das Nichtvorhandensein eines Telefonanschlusses sein. Die Datenerhebung durch eine Online-Befragung wäre eine weitere Möglichkeit zur Datenerhebung gewesen. Hier liegen die Daten bereits digitalisiert vor und können daher schneller ausgewertet werden. Die niedrigen Kosten und die enorme Reichweite stellen weitere Vorteile dar. Es gibt eine höhere Akzeptanz aufgrund von Freiwilligkeit, Flexibilität und Anonymität. Ein Interviewer-Einfluss ist nicht vorhanden. Es können jedoch nur Personen mit einem Internetanschluss befragt werden. Die Grundgesamtheit ist schwer abzustecken und es besteht die Möglichkeit verfälsch-

ter Angaben. Außerdem können keine Verständnisfragen oder Rückfragen geklärt werden. Wie bereits erläutert, entschieden sich die Gruppen für das Face-to-face-Interview. Der Kosten- und Zeitaufwand, welche die größten Nachteile einer persönlichen Befragung darstellen, spielten in unserem Forschungsprojekt eine untergeordnete Rolle.

Nachdem die Befragungsmethode ausgewählt wurde, entstand Ende November der erste Entwurf des Fragebogens. Dabei kam es vor allem darauf an, Objektivität, Reliabilität und Validität in einem möglichst hohen Maß umzusetzen. „Bei einem vollständig strukturierten Interview werden (a) alle Fragen mit (b) vorgegebenen Antwortkategorien in (c) festgelegter Reihenfolge gestellt.“³⁶ Der Fragebogen sollte aus den vier Themenkomplexen der Forschungsgruppen bestehen. Die erste Forschungsgruppe beschäftigte sich mit dem bürgerschaftlichen Engagement der Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger und den Konsequenzen für die Zivilgesellschaft. Beim Themenkomplex, mit dem sich die zweite Forschungsgruppe auseinandersetzen wollte, sollte es um signifikante Unterschiede in der politischen Kultur zwischen Personen, die in der DDR sozialisiert worden sind, und denen, die in der BRD sozialisiert worden sind, gehen. Der dritte Themenkomplex sollte der Fragestellung nachgehen, inwieweit die Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger die interaktiven Angebote von Massenmedien im Televisionsbereich als eine Teilhabechance zur politischen Willens- und Meinungsbildung akzeptieren und ob das Potenzial aktiv von ihnen genutzt wird. Die vierte Forschungsgruppe beschäftigte sich mit den Einflussmöglichkeiten der Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger auf die Kommunal- und Landespolitik.

Durch die Abfrage mehrerer Themenkomplexe konnte jede Forschungsgruppe ihren eigenen Forschungsgegenstand bearbeiten. Im Forschungsseminar wurde ausführlich über die verschiedenen Items diskutiert. Einige wurden umformuliert oder weggelassen. Bei unserer Forschungsgruppe blieben neun von ursprünglich 15 Fragen erhalten. Die Items 6, 9, 10, 13, 17, 18 wurden entfernt, weil diese keinen Mehrwert für unseren Forschungsgegenstand dargestellt hätten (Abb. 8):

³⁶ Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendung, 18. Aufl., Hamburg 2007, S. 437.

Frage	Antwortmöglichkeiten	Skalenn.																																																
Einstiegsfragen																																																		
1. Haben Sie Ihren Hauptwohnsitz in Chemnitz?	*Ja *Nein	Nom./ Dich.																																																
2. Ihr Geschlecht	*M *W	Nom./ Dich.																																																
3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?		metrisch																																																
4. Über welche Medien informieren Sie sich über das politische Geschehen?	*Fernsehen *Radio *Zeitung *Internet *andere_____	Nominal																																																
Thematische Fragen I - TV Nachrichten																																																		
5. Welche der folgenden Nachrichtensendungen verfolgen Sie vorrangig?	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>nie</th> <th>gelegentlich</th> <th>täglich</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ARD Tagesschau</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ARD Tagesthemen</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ZDF Heute</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Sachsenspiegel</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>RTL aktuell</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>RTL Nachtjournal</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>SAT1 Nachrichten</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Pro7 News</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>weitere_____</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		nie	gelegentlich	täglich	ARD Tagesschau				ARD Tagesthemen				ZDF Heute				Sachsenspiegel				RTL aktuell				RTL Nachtjournal				SAT1 Nachrichten				Pro7 News				weitere_____				Ordinal								
		nie	gelegentlich	täglich																																														
ARD Tagesschau																																																		
ARD Tagesthemen																																																		
ZDF Heute																																																		
Sachsenspiegel																																																		
RTL aktuell																																																		
RTL Nachtjournal																																																		
SAT1 Nachrichten																																																		
Pro7 News																																																		
weitere_____																																																		
6. Fühlen Sie sich durch Nachrichtensendungen politisch gut informiert oder eher nicht?	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nein</th> <th>Ja</th> <th>Weiß nicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Nein	Ja	Weiß nicht				Ordinal																																										
Nein	Ja	Weiß nicht																																																
7. Nutzen Sie weiterführende Informationsangebote von TV Sendern?	*Nein *Webportale *Mediatheken *Social Networks (Facebook, Twitter etc.) *Teletext *HbbTV (SmartTV)	Nominal																																																
8. Reagieren Sie aktiv (z.B. durch die Teilnahme an Diskussionen) auf aktuelle politische Themen in den Nachrichten?	*Nein *Ja, online durch Kommentare (Zu Videos/Artikeln) *Ja, online durch Bewertungen (z.B. Sterne-Rating) *Ja, durch Emails an TV Sender etc. *Ja, durch Zuschriften an TV Sender etc.: (Briefe) *Ja, durch Anrufe bei der Redaktion	Nominal																																																
9. TV Nachrichten haben Einfluss auf die öffentliche Meinung	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nein</th> <th>eher Nein</th> <th>eher Ja</th> <th>Ja</th> <th>Weiß nicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht						Ordinal																																						
Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht																																														
10. TV Nachrichten haben Einfluss auf meine persönliche Meinung	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nein</th> <th>eher Nein</th> <th>eher Ja</th> <th>Ja</th> <th>Weiß nicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht						Ordinal																																						
Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht																																														
Thematische Fragen II - TV Talkshows																																																		
11. Welche der folgenden TV Talkshows verfolgen oder verfolgten Sie?	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>gar nicht</th> <th>gelegentl.</th> <th>regelmäßig</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Hart aber fair</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Menschen bei Maischberger</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Anne Will</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Maybrit Illner</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Unter den Linden</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Das Duell bei n-Tv</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Günther Jauch</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Phoenix Runde</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Absolute Mehrheit</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Markus Lanz</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Weitere_____</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		gar nicht	gelegentl.	regelmäßig	Hart aber fair				Menschen bei Maischberger				Anne Will				Maybrit Illner				Unter den Linden				Das Duell bei n-Tv				Günther Jauch				Phoenix Runde				Absolute Mehrheit				Markus Lanz				Weitere_____				Ordinal
		gar nicht	gelegentl.	regelmäßig																																														
	Hart aber fair																																																	
	Menschen bei Maischberger																																																	
	Anne Will																																																	
	Maybrit Illner																																																	
	Unter den Linden																																																	
	Das Duell bei n-Tv																																																	
	Günther Jauch																																																	
	Phoenix Runde																																																	
	Absolute Mehrheit																																																	
Markus Lanz																																																		
Weitere_____																																																		

12. In Talkshows sehe ich durch bestimmte Gäste meine Meinung vertreten.	so gut wie immer		manchmal		so gut wie nie		Ordinal
13. Talkgäste sollen verschiedene Meinungsbilder repräsentieren.	* stimme zu * stimme nicht zu						Nominal
14. Würden Sie die Möglichkeit nutzen, selbst Gäste vorzuschlagen?	*Ja *Nein *Weiß nicht						Nominal
15. Finden Sie die aktive Teilhabemöglichkeit an Talkshows (z.B. über Twitter oder Zuschriften) sinnvoll?	*Ja *Nein *Weiß nicht						Nominal
16. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeit aktiv?	*Nein *Ja, online durch Kommentare (Zu Videos/Artikeln) *Ja, online durch Bewertungen (z.B. Sterne-Rating) *Ja, durch Emails an TV Sender etc. *Ja, durch Zuschriften an TV Sender etc. (Briefe) *Ja, durch Anrufe bei der Redaktion						Nominal
17. TV Talkshows haben Einfluss auf die öffentliche Meinung.	Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht		Ordinal
18. TV Talkshows haben Einfluss auf meine persönliche Meinung.	Nein	eher Nein	eher Ja	Ja	Weiß nicht		Ordinal

Abbildung 8 (beginnt auf Vorderseite): Fragebogen.

Besonders das Item 10 und das Item 18 beinhalteten Fragestellungen, bei denen jeder Befragte vermutlich die gleiche Antwort gegeben hätte. Der erste Fragebogenentwurf enthielt insgesamt 29 Fragen (4-10 Fragen pro Gruppe) und die soziodemografischen Angaben (Geburtsjahr, Geschlecht, Familienstand, berufliche Stellung). Jeder Teilnehmer des Seminars sollte mit Hilfe des Fragebogens drei Standard- bzw. Problem-Pretests bis Mitte Dezember durchführen. Ziel war es, die Übersichtlichkeit des Fragebogens, die Verständlichkeit der Fragen, die Varianz der Antworten, Verständigungsprobleme, die Dauer der Befragung und die Feldbedingungen zu testen.

Um die Varianz bei unterschiedlichen Items zu überprüfen, werden manchmal offene Fragen formuliert. Bei unserer Forschungsgruppe wurde im Pretest offen gefragt, über welche Medien der Befragte sich hauptsächlich über das politische Geschehen informiert. Bei einem Standard-Pretest wird eine ganz normale Befragung vorgenommen. Außerdem muss der Interviewer für jedes Item eventuelle Auffälligkeiten notieren (Nachfragen u.v.m.). Bei einem Problem-Pretest muss der Interviewer zusätzlich zur normalen Befragung eine Codierung jedes einzelnen Items vornehmen. Bei einer klaren Antwort des Interviewten wird mit einer 0 codiert, anderenfalls mit einer 1.

Nach dem Abschluss der Pretests ergaben sich für unsere Forschungsgruppe lediglich bei einem Item Veränderungen. Die Formulierung der Frage 17 „Nutzen Sie hin und wieder die Möglichkeit von TV-Nachrichten zur Meinungsäußerung der Zuschauer?“ musste verändert werden. Der Pretest ergab, dass bei vielen Befragten Verständnisprobleme auftraten. Die neue Formulierung wurde deshalb auf die Frageformulierung der Frage 22 angepasst. Auch bei anderen Items des Fragebogens wurden leichte Veränderungen vollzogen. Der Themenkomplex unseres Forschungsgegenstandes sollte mit den Items 14-22 abgefragt werden. Auf dem finalen Fragebogen sahen die Items wie folgt aus (Abb. 9):

14. Über welche Medien informieren Sie sich über das politische Geschehen?		
<input type="checkbox"/> TV	<input type="checkbox"/> Radio	<input type="checkbox"/> Zeitung
<input type="checkbox"/> Internet		
15. Wie häufig sehen Sie die Nachrichten von Fernsehsendern?		
	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> mehrmals wöchentlich
	<input type="checkbox"/> gelegentlich	
	<input type="checkbox"/> nie	
16. Viele TV-Sender bieten weiterführende Informationsmöglichkeiten an. Nutzen Sie diese hin und wieder?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar Webportale	<input type="checkbox"/> Mediatheken
<input type="checkbox"/> Social Networks (Facebook, Twitter etc.)	<input type="checkbox"/> Teletext	<input type="checkbox"/> HbbTV (SmartTV/Digitaltext)
17. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar Online-Kommentare (zu Videos/Artikeln)	<input type="checkbox"/> Online-Bewertungen (z.B. Sterne-Rating)
<input type="checkbox"/> Emails an TV-Sender etc.	<input type="checkbox"/> Briefe an TV-Sender	<input type="checkbox"/> Anrufe bei der Redaktion
<input type="checkbox"/> Chat		
18. Wie oft verfolgen Sie Polit-Talkshows (wie z.B. Hart aber fair, Menschen bei Maischberger oder Anne Will)?		
<input type="checkbox"/> mehrmals wöchentlich	<input type="checkbox"/> 1x wöchentlich	<input type="checkbox"/> gelegentlich
<input type="checkbox"/> nie [weiter mit Frage 23]		
19. Wie häufig sehen Sie in Polit-Talkshows durch bestimmte Gäste Ihre Meinung vertreten?		
<input type="checkbox"/> so gut wie immer	<input type="checkbox"/> manchmal	<input type="checkbox"/> so gut wie nie
20. Würden Sie die Möglichkeit nutzen, selbst Gäste bei Polit-Talkshows vorzuschlagen?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> weiß nicht
21. Finden Sie die aktive Teilhabemöglichkeit an Talkshows (z.B. über Twitter oder Zuschriften) sinnvoll?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> weiß nicht
22. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei Polit-Talkshows?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar Online-Kommentare (zu Videos/Artikeln)	<input type="checkbox"/> Online-Bewertungen (z.B. Sterne-Rating)
<input type="checkbox"/> Emails an TV-Sender etc.	<input type="checkbox"/> Briefe an TV-Sender	<input type="checkbox"/> Anrufe bei der Redaktion
<input type="checkbox"/> Chat		

Abbildung 9: Items des finalen Fragebogens.

Mit dem Item 14³⁷ ist es möglich, die Unterfrage (1. neu)³⁸ zu beantworten (siehe oben). Es lässt sich herausfinden, wie hoch der Anteil der Chemnitzer Bevölkerung ist, der seine politische Kommunikation durch den Televisionsbereich bezieht. Die Items 16/17 sollen die Unterfragen (2./3. neu) beantworten. Wie ist der Anteil der Bürger, der im Televisionsbereich eine Teilhabemöglichkeit sieht und sie gegebenenfalls nutzt? Mit dem Item 16 ist es möglich, die Hypothese (II. neu)³⁹ zu überprüfen. Es kann der Anteil der Nutzer und Nichtnutzer weiterführender TV-Angebote ermittelt werden.

Ob sich die Chemnitzer Bürger aktiv an Diskussionen beteiligen – und in welchem Verhältnis – kann mit dem Item 17 überprüft werden (I. neu). Die Items 15/18 fragen nach der Konsumhäufigkeit von TV-Nachrichten/TV-Talkshows. In Verbindung mit dem Alter der Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger kann die Hypothese (III. neu) bearbeitet werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Hypothese (IV. neu) mit den Items 17/22 zu untersuchen. Die Interaktionshäufigkeit mit TV-Nachrichten/TV-Talkshows kann erschlossen werden (Berücksichtigung der Altersgruppen nötig). Außerdem können Aussagen zur Hypothese (5. neu) getroffen werden.

Mit Hilfe des Evaluationszentrums der TU Chemnitz wurde der Fragebogen in eine elektronisch auswertbare Form gebracht. Diese Formalien sind für die spätere Auswertung besonders wichtig. Die Auswertung mit einer Evaluationssoftware spart enorm viel Zeit und Kosten. Es wurden 320 Umfragen durchgeführt. Jeder Seminarteilnehmer hatte sich nach einer individuellen Befragungsquote zu richten. Mit der Frage (3)⁴⁰ nach dem Alter wurden die Befragten der jeweiligen Gruppe zugeordnet (Vgl. Quotensample-Altersgruppen/G=>16/Grundgesamtheit). Die Frage (1)⁴¹ schloss alle „Nicht-Chemnitzer“ von der Umfrage aus (Befragung wurde beendet). Das Quotensample konnte nur richtig umgesetzt werden, da die Merkmale, die definiert worden sind, beachtet wurden. Die Interviews wurden außerdem nummeriert.

³⁷ Item, das sich auf dem finalen Fragebogen befindet.

³⁸ 1-3 „neu“ sind die 3 Unterfragen des überarbeiteten Forschungsplans (siehe oben).

³⁹ I.-V „neu“ sind die Hypothesen des überarbeiteten Forschungsplans (siehe oben).

⁴⁰ „In welchem Jahr wurden Sie geboren?“ Interviewer muss das Geburtsjahr in verschiedene Kategorien eintragen (nach 2000 = Befragung beenden).

⁴¹ „Wohnen Sie in Chemnitz?“ JA oder NEIN (Wenn nein, Befragung beenden).

Der Interviewer hatte überdies die Aufgabe, den Ort der Befragung, seinen eigenen Namen, das Datum und die Uhrzeit vor dem Beginn der Befragung zu notieren. Somit war es im Nachhinein möglich, die Umfragequoten jedes Einzelnen zu überprüfen. Das „typische“ Interview wurde am 11. Januar zwischen 12 und 13 Uhr auf dem Chemnitzer Markt durchgeführt.

Die Datenerhebung musste innerhalb von vier Wochen abgeschlossen sein. Die eigentlichen Befragungen ließen sich trotz einiger Schwierigkeiten durchführen. Probleme gab es bei den Wetterbedingungen, wegen der Feiertage, der ablehnenden Haltung gegenüber Politik im Allgemeinen und der Auswahl der „richtigen“ Personen (Umfragequoten). Durch die wochenlange Planungs- und Vorbereitungszeit in den einzelnen Forschungsgruppen gab es keine Verständnisprobleme bei den Befragten. Der Kostennachteil dieser Befragungsart spielte bei diesem Forschungsprojekt eine geringere Rolle.

Die Forschungsteilnehmer wohnten meist selbst in Chemnitz und hatten dadurch geringere Anfahrtskosten. Für den Zeitaufwand wurden die Studentinnen und Studenten mit einem praxisorientierten Seminar „entschädigt“. Die Face-to-face-Befragungen endeten am 13. Januar 2016. Nach der Abgabe der Fragebögen und deren Auswertung durch das Evaluationszentrum wurde es möglich, die Forschungsfragen mit Hilfe der Daten rasch zu beantworten und aus den Rohdaten die gewünschten Berechnungen anzustellen. Zunächst musste jedoch eine Fehlerkontrolle bzw. -bereinigung stattfinden, um fehlende und falsche Angaben in Ordnung zu bringen.

4 Analyse

4.1 Zu den Umfrageergebnissen im Allgemeinen

Zunächst soll ein Überblick darüber gewonnen werden, über welche Medien sich die Befragten über das politische Geschehen informieren, um dadurch mit politischer Kommunikation in Kontakt zu kommen:

Über welche Medien informieren Sie sich über das politische Geschehen?

TV: 81,9% (262)

Zeitung: 55,0% (176)

Radio: 40,3% (129)

Internet: 47,8% (153)

Das Ergebnis zeigt, dass das Medium TV von den Chemnitzer Bürgern am häufigsten genutzt wird, um sich über das politische Geschehen zu informieren. Mehrfachantworten konnten bei dieser Antwort gegeben werden, sodass die möglichen Mediennutzungsarten sich nicht ausschließen. Mit der nächsten Frage soll in Erfahrung gebracht werden, wie häufig die Befragten Nachrichten von Fernsehsender verfolgen:

Wie häufig sehen Sie die Nachrichten von Fernsehsendern?

täglich: 49,2% (157)	gelegentlich: 17,6% (56)
mehrmals wöchentlich: 27,9% (89)	nie: 5,3% (17)

Das Ergebnis zeigt, dass TV-Nachrichten von einem Großteil der Befragten täglich verfolgt werden. Antworten lagen bei dieser Frage mit $N - 1 = 319$ vor. Anschließend wurde erhoben, inwiefern die Befragten neben Nachrichten weitere Informationsmöglichkeiten der TV-Sender nutzen:

Viele TV-Sender bieten weiterführende Informationsmöglichkeiten an. Nutzen Sie diese hin und wieder?

nein: 45,0% (144)
ja: 55,0%, davon (mit relativer Häufigkeit zu N gesamt):

HbbTV: 1,9% (9)	Teletext: 25,3% (81)
Webportale: 20% (64)	Social Networks: 21,3% (68)
Mediatheken: 24,1% (77)	

Die Antwortkategorie „nein“ wirkt disjunkt. Von den 320 Befragten nutzen damit 144 – dies entspricht einem Anteil von 45 Prozent – keine weiteren Informationsmöglichkeiten der TV-Sender, um sich über politisches Geschehen zu informieren. Die restlichen 55 Prozent der Befragten nutzen weiterführende Informationsmöglichkeiten der TV-Sender. Dies sind zum größten Teil online-basierte Informationsmöglichkeiten wie Webportale, Mediatheken und Social Networks. Dennoch sind in diesem Antwortteil Mehrfachantworten möglich. Damit bleibt hervorzuheben, dass gerade das Angebot „Teletext“ am meisten als weiterführende Informationsmöglichkeit genutzt wird. Im nächsten Schritt sollte erfasst werden, inwiefern die Befragten auch (inter)aktiv am politischen Diskurs durch Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten partizipieren:

Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten?

nein: 89,4% (270)

ja: 10,6%, davon (mit relativer Häufigkeit zu N gesamt):

Online-Kommentare: 10,9% (35)

Briefe an TV-Sender: 0,3% (1)

Online-Bewertungen: 7,5% (24)

Anrufe bei Redaktion: 0% (0)

Emails an TV-Sender: 0% (0)

Chat: 0,6% (2)

Auch hier wirkt die Antwortkategorie „nein“ disjunkt. Von den 320 Befragten wurde bei 302 ermittelt, dass sie TV-Nachrichten verfolgen. Von diesen nutzen 270 – dies entspricht einem relativen Anteil von 89,4 Prozent – keine aktiven Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten, mit denen sie am politischen Diskurs teilnehmen könnten. Die restlichen 10,6 Prozent der Befragten nutzen hingegen Teilhabemöglichkeiten. Dabei werden online-basierte Interaktionsmöglichkeiten wie Online-Kommentare oder Online-Bewertungen, die unter anderem über Social Networks ermöglicht werden, als zentrale Teilhabemöglichkeit am politischen Diskurs genutzt. Dennoch wird hier nur selten der synchrone Online-Kommunikationsmodus Chat genutzt; nicht genutzt wird der Online-Kommunikationsmodus Email an TV-Sender. Neben dem Aspekt der TV-Nachrichten, in denen politische Kommunikation vermittelt wird, gilt es im Folgenden das TV-Format der politischen Talkshow zu beleuchten:

Wie oft verfolgen Sie Polit-Talkshows?

mehrmals wöchentlich: 10,0% (32)

gelegentlich: 44,5% (142)

1x wöchentlich: 16,3% (52)

nie: 29,2% (93)

Von den 320 Befragten liegen von 319 die Antworten vor. Die Antwortkategorien sind hier antivalent, sodass tatsächlich 93 Befragte niemals – dies entspricht einem relativen Anteil von 29,2 Prozent – Talkshows im Fernsehen sehen. Intensiv verfolgen diese Art der politischen Kommunikation 32 Befragte, die angaben, mehrmals wöchentlich Talkshows zu sehen. Dies entspricht einem Anteil von 10 Prozent. 44,5 Prozent der Befragten konsumieren dieses Format hingegen nur gelegentlich, also weniger als im Schnitt einmal pro Woche. Nun sollten TV-Talkshow-Zuschauer kundtun, inwieweit sie von Talkgästen ihre (politische) Meinung vertreten sehen:

Wie häufig sehen Sie in Polit-Talkshows durch bestimmte Gäste Ihre Meinung vertreten?

so gut wie immer: 15,5% (36) so gut wie nie: 17,2% (40)
manchmal: 67,2% (156)

Hierauf haben 232 Befragte geantwortet. Davon fallen auf „manchmal“ 156, dies entspricht einem relativen Anteil von 67,2 Prozent. Gut zwei Drittel der Befragten finden demnach, dass sie in den Polit-Talkshows, die sie verfolgen, manchmal auch ihre eigene Position durch bestimmte Gäste vertreten sehen. Die anderen beiden Antwortmöglichkeiten „so gut wie immer“ und „so gut wie nie“ sind mit je ca. einem Sechstel der relevanten Befragten relativ ausgeglichen. Im nächsten Schritt wurde von den Talkshow-Zuschauern erhoben, inwiefern sie selbst Talkgäste vorschlagen können wollen würden, die etwa die eigenen (politischen) Interessen und Meinungen stärker vertreten:

Würden Sie die Möglichkeit nutzen, selbst Gäste bei Polit-Talkshows vorzuschlagen?

ja: 40,4% (94) nein: 40,8% (95) weiß nicht: 18,8% (44)

Insgesamt liegen für diese Frage 233 Antworten vor. Damit zeigt sich die gleiche Auffälligkeit wie bei vorheriger Frage. Davon entfallen 94 auf „ja“ und 95 auf „nein“. Dies entspricht den relativen Anteilen von 40,4 Prozent bzw. 40,8 Prozent. Rund vier von zehn Befragten würden es somit begrüßen, auch selbst Gäste für politische Talkshows vorschlagen zu können. Anschließend wurde erhoben, inwiefern die Befragten die aktive Teilhabemöglichkeit bei politischen Talkshows sinnvoll finden, die eine Chance zur unmittelbaren Partizipation am politischen Diskurs darstellt:

Finden Sie die aktive Teilhabemöglichkeit an Talkshows sinnvoll?

ja: 54,7% (128) nein: 22,2% (52) weiß nicht: 23,1% (54)

Auf diese Frage liegen 234 Antworten vor. Davon entfallen 54,7 Prozent auf „ja“ und 22,2 Prozent auf „nein“. Mehr als die Hälfte der Befragten empfindet die Chance zur aktiven Teilhabe am politischen Diskurs in Talkshows damit als sinnvoll. Letztlich sollte daran anknüpfend noch erhoben werden, ob überhaupt bzw. durch welche Mittel dann diese Chance

zur aktiven Partizipation am politischen Diskurs von den Befragten genutzt wird:

Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeit bei Polit-Talkshows aktiv?

nein: 90,3% (204)

ja: 9,7%, davon (mit relativer Häufigkeit zu N gesamt):

Online-Kommentare: 5,9% (19)

Briefe an TV-Sender: 0,9% (3)

Online-Bewertungen: 1,6% (5)

Anrufe bei Redaktion: 0,3% (1)

Emails an TV-Sender: 0,9% (3)

Chat: 1,3% (4)

Von den 320 Befragten verfolgen 226 Polit-Talkshows. Von diesen nutzen 204 – dies entspricht dem relevanten, relativen Anteil von 90,3 Prozent – keine Möglichkeiten zur Teilhabe bzw. Interaktion bei politischen Talkshows. Die restlichen Antworten können mehrfach belegt sein, wovon mit Abstand schließlich am häufigsten das Mittel „Online-Kommentare“ zur Interaktion bei Talkshows genutzt und hiermit das Potential zur Teilhabe am politischen Diskurs entfaltet wird. Wegen der geringen Fallzahl sind die Befunde jedoch kaum belastbar.

4.2 Zu den Hypothesen

1) Der Anteil derer, die sich aktiv an Diskussionen beteiligen, ist geringer als der Anteil derer, die sich nicht aktiv an Diskussionen beteiligen.

Beleuchtet werden soll hier die Situation unter den befragten Chemnitzern, inwieweit sie sich am politischen Diskurs beteiligen, der durch Massenmedien im Televisionsbereich initiiert ist. Von den Befragten nutzen 89,4 Prozent derer, die angaben, TV-Nachrichten zu verfolgen, keine aktiven Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten. Bei den Polit-Talkshows beträgt der Anteil derer, die ihre aktive Teilhabechance nicht nutzen, gar 90,3 Prozent. Die Hypothese erweist sich damit als bestätigt: Der Anteil derer, die sich aktiv an Diskussionen beteiligen, ist geringer als der Anteil derer, die sich nicht aktiv an Diskussionen beteiligen.

2) *Der Anteil derer, die weiterführende Angebote von TV-Sendern und deren Formaten nutzen, ist geringer als der Anteil derer, die keine weiterführenden Angebote von TV-Sendern und deren Formaten nutzen.*

Von den Befragten Chemnitzern gaben 45 Prozent an, keine weiteren Informationsmöglichkeiten von TV-Sendern zu nutzen. Das politische Geschehen wird damit von einem Großteil der Befragten über weiterführende Informationsmöglichkeiten von TV-Sendern genutzt, womit die Hypothese nicht bestätigt wird. Vielmehr gibt es mehr Menschen, die weiterführende Angebote von TV-Sendern und deren Formaten nutzen, als solche, die keine weiterführenden Angebote von TV-Sendern und deren Formaten nutzen.

3) *Mit steigendem Alter nimmt die Konsumhäufigkeit von TV-Nachrichten zu.*

Sowohl das Alter als auch die Häufigkeit des TV-Nachrichtenkonsums sind ordinalskaliert, womit zur Bestimmung eines Korrelationskoeffizienten Kendall's τ herangezogen wird. Für diesen ergibt sich folgender SPSS-Output:

Korrelationen

			3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?	15. Wie häufig sehen Sie die Nachrichten von Fernsehsendern?
Kendall-Tau-b	3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?	Korrelationskoeffizient	1,000	,258**
		Sig. (2-seitig)	.	,000
		N	320	319
	15. Wie häufig sehen Sie die Nachrichten von Fernsehsendern?	Korrelationskoeffizient	,258**	1,000
		Sig. (2-seitig)	,000	.
		N	319	319

** . Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Abbildung 10: Korrelationsanalyse Alter/Konsumhäufigkeit TV-Nachrichten.

Es ergibt sich ein Wert für Kendall's τ_b von 0,258. Die Korrelation ist dabei auf einem Niveau von 0,01 signifikant. Das heißt, es besteht eine mäßige Korrelation zwischen dem Alter und der Konsumhäufigkeit von TV-Nachrichten einer Person. Dies spricht dafür, dass mit steigendem Alter auch die Konsumhäufigkeit von TV-Nachrichten zunimmt. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent ist der ermittelte Korrelationswert hier keinem Zufall geschuldet: Die Korrelation zwischen Alter und der Häufigkeit des TV-Nachrichtenkonsums ist also sehr signifikant.

4) Mit steigendem Alter nimmt die Konsumhäufigkeit von TV-Talkshows zu.

Sowohl das Alter als auch die Konsumhäufigkeit von TV-Talkshows sind ordinalskaliert, womit zur Bestimmung eines Korrelationskoeffizienten ebenfalls Kendall's τ herangezogen wird. Für diesen ergibt sich folgender SPSS-Output:

Korrelationen

			3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?	18. Wie oft verfolgen Sie Polit-Talkshows (wie z.B. Hart aber fair, Menschen bei Maischberger oder Anne Will)?
Kendall-Tau-b	3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?	Korrelationskoeffizient	1,000	,170**
		Sig. (2-seitig)	.	,000
		N	320	319
	18. Wie oft verfolgen Sie Polit-Talkshows (wie z.B. Hart aber fair, Menschen bei Maischberger oder Anne Will)?	Korrelationskoeffizient	,170**	1,000
		Sig. (2-seitig)	,000	.
		N	319	319

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Abbildung 11: Korrelationsanalyse Alter/Konsumhäufigkeit TV Talkshows.

Es ergibt sich ein Wert für Kendall's τ_b von 0,170. Auch diese Korrelation ist auf einem Niveau von 0,01 signifikant. Es besteht nur eine schwache Korrelation zwischen dem Alter und dem Konsum von Polit-Talkshows einer Person. Dies spricht dennoch für die Hypothese, dass mit steigendem Alter der Konsum von Talkshows zunimmt. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent ist der ermittelte Korrelationswert keinem Zufall geschuldet: Je älter die Menschen, umso häufiger schalten sie „Anne Will“, „Markus Lanz“ etc. an.

5) Mit steigendem Alter nimmt die Interaktionshäufigkeit bei TV-Nachrichten ab.

Um dieser Hypothese nachzugehen, wird wiederum die ordinalskalierte, in Jahrzehnte klassifizierte Altersvariable herangezogen. Hier wird nun betrachtet, inwiefern die Befragten (nominal) angaben, interaktive Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten zu nutzen. Insofern dieser Wert mit steigender Alterskategorie sinkt, sei die Hypothese bestätigt. Es ergibt sich folgendes Ergebnis:

Altersklasse	Teilhabemöglichkeit TV-Nachrichten NICHT nein (=ja)
Vor 1950 (1)	4 von 71 (5,6%)
1951-1960 (2)	5 von 71 (7,0%)
1961-1970 (3)	6 von 57 (10,5%)
1971-1980 (4)	7 von 35 (20,0%)
1981-1990 (5)	24 von 62 (38,7%)
1991-2000 (6)	4 von 24 (16,7%)
Summe 320 - 270 = 50 ?	50

Tabelle 2: Korrelationsanalyse Interaktionshäufigkeit TV-Nachrichten/Alter.

Die Korrelationsanalyse nach Kendalls τ_b ergibt einen Korrelationszusammenhang zwischen Altersklasse und Interaktionshäufigkeit von 0,733. Die Signifikanz beträgt 0,039. Es liegt damit eine signifikante Korrelation vor: Mit steigendem Alter steigt auch die Interaktionshäufigkeit bei TV-Nachrichten. Damit wurde das Gegenteil der eingangs aufgestellten Hypothese gezeigt.

6) Mit steigendem Alter nimmt die Interaktionshäufigkeit bei TV-Talkshows ab.

Um dieser Hypothese nachzugehen, wird ebenfalls die ordinalskalierte, in Jahrzehnte klassifizierte Altersangabe herangezogen. Dazu wird betrachtet, inwiefern die Befragten (nominal) angaben, interaktive Teilhabemöglichkeiten bei TV-Polit-Talkshows zu nutzen. Insofern dieser Wert mit steigender Alterskategorie sinkt, sei die Hypothese bestätigt. Es ergibt sich folgendes Ergebnis:

Altersklasse	Teilhabemöglichkeit Polit-Talkshows NICHT nein (=ja)
Vor 1950 (1)	20 von 71 (28,2%)
1951-1960 (2)	20 von 71 (28,2%)
1961-1970 (3)	25 von 57 (43,9%)
1971-1980 (4)	17 von 35 (48,6%)
1981-1990 (5)	23 von 62 (37,1%)
1991-2000 (6)	11 von 24 (45,8%)
Summe 320 - 204 = 116 ?	116

Tabelle 3: Korrelationsanalyse Interaktionshäufigkeit TV Talkshows/Alter.

Der Korrelationszusammenhang nach Kendalls τ_b beträgt 0,552. Dieser ist jedoch nicht signifikant (0,126).

7) *Interaktionsmöglichkeiten via Internet bzw. Online/Social-Media generieren die höchste Interaktionshäufigkeit.*

Die zu den internetbasierten Interaktionsmöglichkeiten zählenden Interaktionsarten sind in der Tabelle grau schattiert. Dies betrifft die Kategorien Online-Kommentare, Online-Bewertungen, Emails an TV-Sender und Chat.

Interaktionsart	Interaktion TV-Nachrichten	Interaktion Polit-Talkshows
Online-Kommentare	35 (10,9%)	19 (5,9%)
Online-Bewertungen	24 (7,5%)	5 (1,6%)
Emails an TV-Sender	0	3 (0,9%)
Briefe an TV-Sender	1 (0,3%)	3 (0,9%)
Anrufe bei Redaktion	0	1 (0,3%)
Chat	2 (0,6%)	4 (1,3%)

Tabelle 4: Korrelationsanalyse Art der Interaktionsmöglichkeit/Interaktionshäufigkeit.

Die Auswertung zeigt, dass internetbasierte Kommunikation allein keine hinreichende Bedingung für hohe Interaktion ist, da sowohl Chat als auch Email-Kommunikation nur geringe Interaktionshäufigkeiten zeigen. Einzig Online-Kommentare, bei denen sich die Teilhabe am politischen Diskurs innerhalb der politischen Kommunikation ausdrückt, generierten sehr hohes Interaktionspotential. Der Hypothese ist also nur insofern bestätigt, als Online/Social-Media mit der Interaktionsform Online-Kommentare die höchste Interaktionshäufigkeit generiert.

8) *Je größer die Konsumhäufigkeit politischer Kommunikation im TV-Bereich, desto größer auch die Interaktionshäufigkeit.*

Aus einem häufigeren Konsum von Formaten der politischen Kommunikation im TV-Bereich, wie etwa TV-Nachrichten oder Polit-Talkshows, muss keine höhere Interaktionsquote folgen. So könnte es sein, dass gerade bei geringem Konsum dieser Formate die Interaktionsmöglichkeit umso intensiver genutzt wird. Empirisch erfasst wird die Hypothese mit den Variablen Konsumhäufigkeit TV-Nachrichten (News-Freq), Konsumhäufigkeit Polit-Talkshows (TalkshowsFreq), Interaktion bei TV-Nachrichten (PartTV-NewsNein, wobei 0=ja) sowie Interaktion bei Polit-Talkshows (TalkshowsPartNein, wobei 0=ja). Eine Angabe zur Häufigkeit TV-Nachrichten (ID 294) sowie eine Angabe Häufigkeit Polit-Talkshows (ID 165) fehlt im Datenmaterial. Diese Fälle werden bei der Ermittlung der Interaktionshäufigkeit nicht berücksichtigt. Somit zeigt sich folgendes Ergebnis:

Häufigkeit TV-Nachrichten	Interaktion TV-Nachrichten	Häufigkeit Polit-Talkshows	Interaktion Polit-Talkshows
Täglich (1) N=100	14 (14%)	Mehrmals wöchentlich (1) N=32	7 (21,9%)
Mehrmals wöchentlich (2) N=89	22 (24,7%)	Einmal wöchentlich (2) N=52	9 (17,3%)
Gelegentlich (3) N=56	10 (17,9%)	Gelegentlich (3) N=100	15 (15,0%)
Nie (4) N=17	(3) (17,6%)	Nie (4) N=93	(84) (90,3%)

Tabelle 5: Korrelationsanalyse Konsumhäufigkeit/Interaktionshäufigkeit.

Im Bereich der TV-Nachrichten kann nicht festgestellt werden, dass aus höherer Konsumhäufigkeit ein größeres Interaktionsniveau folgt. Auffällig ist, dass drei Befragte angaben, nie TV-Nachrichten zu konsumieren, aber dennoch auf TV-Nachrichten mittels Interaktionsmöglichkeiten reagieren.

Im Bereich der Polit-Talkshows zeigt sich, dass mit abnehmender Konsumhäufigkeit das Interaktionsniveau steigt, womit sich das Gegenteil der Hypothese in diesem Bereich schlussfolgern lässt. Paradox ist überdies Folgendes: 84 Befragte gaben an, nie Polit-Talkshows zu verfolgen – aber ebenso Teilhabemöglichkeiten mittels Interaktionsangeboten bei Polit-Talk-shows zu nutzen.

4.3 Die Umfrageergebnisse im Kontext anderer Studien

Interessant ist, inwieweit sich die Chemnitz-Survey von vergleichbaren Studien unterscheidet und somit eventuell Abweichungen im bundesdeutschen Kontext erkennbar werden. Empirische Daten über politische Nutzungsgewohnheiten im Internet sind rar. Als Vergleichsstudie bietet sich punktuell die aktuelle ARD/ZDF-Onlinestudie⁴² mit Stand 2015 an. Diese untersucht seit 1997 die gesamtdeutschen Nutzungsgewohnheiten im Internet und überschneidet sich in einigen Punkten mit den Items des Chemnitz-Survey. Die Studie „Online Mitmachen und Entscheiden“⁴³ des Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft von 2014 liefert einen zweiten Vergleichsansatz, der sich mit Teilhabechancen im Netz befasst.

Zunächst ist festzustellen, dass etwa 80 Prozent der Deutschen das Internet zumindest gelegentlich nutzen, 63,1 Prozent täglich. Für 76 Prozent dient das Internet als Informationsquelle, wobei 53 Prozent aktuelle Nachrichten über das Internet beziehen und 59 Prozent regelmäßig Artikel und Berichte im Internet lesen. Diese Zahlen decken sich in etwa mit den Umfrageergebnissen des Chemnitz-Survey aus der Frage „Nutzen Sie hin und wieder weiterführende Angebote von TV Sendern“, die von 55 Prozent bejaht wurde.

Ebenfalls deutlich wird, dass die generelle Bereitschaft zur Online-Partizipation in der Altersgruppe 18 bis 35 am höchsten ist: Im Rahmen der Humboldt-Studie gaben 58 Prozent der Teilnehmer in dieser Gruppe an, schon einmal online eine politische oder wirtschaftliche Teilhabechance genutzt zu haben. Zum Vergleich: Nur 49 Prozent der 35- bis 49-Jährigen

⁴² Vgl. ARD/ZDF-Medienkommission (Hrsg.): ARD/ZDF-Onlinestudie, online abzurufen unter : www.ard-zdf-onlinestudie.de/ (9. März 2016).

⁴³ Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft (Hrsg.): Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014, Berlin 2014, online abzurufen unter: www.hiig.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf (9. März 2016).

und 39 Prozent der über 50-Jährigen antworteten hier mit ja. Dies wird mit Blick auf die Frage nach der Interaktionshäufigkeit mit TV-Nachrichten durch den Chemnitz-Survey bestätigt: 48 Prozent derer, die ihre Teilhabeance bei TV-Nachrichten nutzen, sind zwischen 25 und 35 und somit mit Abstand die aktivste Gruppe. Nicht bestätigt werden diese Ergebnisse jedoch durch die Frage nach der Teilhabeance bei TV-Talkshows: Eine Mehrheit von 56 Prozent der positiv Antwortenden sind hier über 45.

Weiterhin ergab die Humboldt-Studie, dass im Mittel etwa 24,2 Prozent derer, die Online-Partizipationsmöglichkeiten kennen, diese auch nutzen. Es muss jedoch erwähnt werden, dass hierbei die Möglichkeit, sich an Online-Petitionen zu beteiligen, mit eingerechnet wurde. Dennoch wird die Nutzung der Teilhabeance bei TV-Nachrichten bzw. Talkshows diesem Wert nicht gerecht: Gerade einmal 10,6 Prozent (TV-Nachrichten) und 9,7 Prozent (Talkshows) der Befragten gaben an, ihre Teilhabeance zu nutzen, d.h. jeder Zehnte statt jeder Vierte.

5 Schlussbetrachtung

Zusammenfassend gilt es, die Frage zu beantworten, inwieweit die Bürger von Chemnitz interaktive Angebote der Massenmedien im Televisionsbereich als Teilhabeance zur politischen Meinungsbildung anerkennen und deren Potenzial nutzen. Es bietet sich an, einer Antwort über die im Forschungsplan bereits thematisierten Teilfragen näherzukommen.

Wie hoch ist der Anteil der Chemnitzer Bürger, die politische Kommunikation durch Angebote der Massenmedien im Televisionsbereich konsumiert?

Die Umfrageergebnisse zeigten, dass der Fernseher das am häufigsten genutzte Medium darstellt, mit dem Chemnitzer Bürger politische Kommunikation konsumieren. So gaben 262 der insgesamt 320 Befragten an, sich mittels TV über das politische Geschehen zu informieren. Weiterhin verfolgen 49,2 Prozent (157 von 320 Befragten) täglich TV-Nachrichten und 70,1 Prozent (226 von 319 Befragten) zumindest gelegentlich Polit-Talkshows. Die generelle Akzeptanz des Mediums TV als Quelle politischer Informationen ist in Chemnitz demnach unbestritten.

Wie hoch ist der Anteil der Chemnitzer Bürger, die politische Kommunikation durch Angebote der Massenmedien des Televisionsbereichs als demokratische Teilhabechance anerkennt?

Bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit von Teilhabechancen bei Polit-Talkshows lagen insgesamt 234 Antworten vor, von denen 54,7 Prozent diese Chancen für sinnvoll erachten. Lediglich 22,2 Prozent verneinten. Der große Anteil fehlender Antworten sowie die 23,1 Prozent der Befragten, die hier „weiß nicht“ angaben, könnten möglicherweise daraufhin deuten, dass sich viele Chemnitzer Bürger nichts oder nur sehr wenig unter Teilhabechancen in Bezug auf den Televisionsbereich vorstellen konnten. Weiterführende Angebote von TV-Sendern, die jenseits der üblichen One-to-Many-Kommunikation eine Interaktionsgelegenheit für den Konsumenten bieten, wären folglich bei etwa der Hälfte der Chemnitzer Bürger als eher unbekannt einzuschätzen. Dies unterstreichen auch die Konsumhäufigkeiten.

Wie hoch ist der Anteil der Chemnitzer Bürger, die politische Kommunikation durch TV-Angebote als Teilhabechance passiv bzw. aktiv nutzen?

Insgesamt ergibt die Nutzungshäufigkeit ein gespaltenes Bild. So nutzen etwa 9 von 10 der Befragten keine aktiven Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten oder Polit-Talkshows. Personen, die diese nutzen, greifen am häufigsten auf Onlinefunktionen wie Kommentare oder Bewertungen zurück.

Ein anderes Resultat ergibt sich mit Blick auf die passiven Nutzungsgewohnheiten. So nutzen 55 Prozent der Befragten weiterführende Angebote von TV-Sendern in Form von Webportalen, Mediatheken, Social Networks und dem Teletext, um zusätzliche Informationen zu erhalten, ohne dabei in irgendeiner Form selbst mit dem Medium zu interagieren. Weiterführende Angebote sind demnach der Hälfte der Befragten nicht fremd, lediglich die Interaktionsbereitschaft ist sehr viel niedriger, wodurch der Anteil der aktiven Nutzer im Vergleich zum Anteil der passiven und der „Nicht-“Nutzer sehr gering ausfällt.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass aktive Teilhabemöglichkeiten im Televisionsbereich alles andere als breit in der Chemnitzer Bevölkerung verankert sind. Das Kommunikationspotenzial, das insbesondere durch

moderne Web-2.0-Anwendungen gewährleistet wird, findet wenig Zuspruch bei einer Bevölkerung, die größtenteils eher die Rolle des traditionellen, passiv beobachtenden TV-Zuschauers einnimmt. Ein altersspezifischer negativer Zusammenhang zwischen Interaktionshäufigkeit und Lebensalter der Befragten konnte ermittelt werden. Auffällig ist dabei die Tatsache, dass Personen zwischen 25 und 35 überdurchschnittlich häufig weitere Angebote von TV-Nachrichten nutzen. Dies relativiert sich jedoch wieder mit Blick auf die Interaktionshäufigkeit mit Talkshow-Angeboten, bei der sich keine Altersgruppe durch besondere Nutzungsgewohnheiten abhebt.

Es erscheint daher fraglich, ob interaktive Zusatzanwendungen von TV-Sendern einen bedeutenden Beitrag zu den gesellschaftlichen Diskussionen auf Ebene der politischen Deutungskultur nach Karl Rohe leisten. Zweifelsfrei stellen sie einen Weg dar, auf dem breite Bevölkerungsteile ihre Meinungen in die Diskussion einfließen lassen könnten. Durch den geringen Zuspruch sind sie jedoch im Moment bestenfalls als Ergänzung zu anderen, etablierten Diskussionsplattformen zu sehen.

Verglichen mit anderen Studien zeigt der Chemnitz-Survey keine nennenswerten Abweichungen. Die Verknüpfung von TV und Interaktion, insbesondere durch Web 2.0, scheint zum derzeitigen Zeitpunkt ein Randphänomen zu sein. Aus diesem Grund gilt es in zukünftigen Arbeiten einerseits zu untersuchen, warum das Interaktionspotenzial weitestgehend ungenutzt bleibt und andererseits, inwiefern das Grunddesign derartiger Anwendungen optimiert werden kann, um das Potenzial weiter auszuschöpfen, bzw. Personen dazu zu bewegen, häufiger zu interagieren.

II Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel A./Verba, Sydney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.
- Brümmer, Ulrich: Medien und Medienpolitik, in: Jesse, Eckhard/Schubert, Thomas/Thieme, Tom: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014.
- Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendung, 18. Aufl., Hamburg 2007.
- Fragebogen zum Forschungsseminar „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit“, online abzurufen unter: <https://bildungsportal.sachsen.de/opal/auth/RepositoryEntry/591717908/CourseNode/88247480723607/dirpath/FragebogenFINAL.pdf> (12. März 2016).
- Frantz, Christiane (2009): Einführung in die Politikwissenschaft, Methoden. Online abzurufen uner: www.uni-muenster.de/imperia/md/content/ifpol/studieren/seminarmaterialien/grundkurs_1/gki_vorlesung_3_november_2009.pdf (10. März 2016).
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, Fragestellungen und Ansätze, in: Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1993.
- Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (Hrsg.): Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014, Berlin 2014, online abzurufen unter: www.hiig.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf (10. März 2016).
- Katz, Elihu: Mass Communication Research and the Study of Popular Culture, Pennsylvania 1959.
- Mangold, Roland: Aufgaben der Medienpsychologie, in: Bruns, Kai/Meyer-Wegener, Klaus: Taschenbuch der Medieninformatik, München/Wien 2005.
- Meißelbach, Christoph: Web 2.0 - Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets, Baden-Baden 2009.
- Otto, Kim/Scheurer, Hans/Vogel, Jochen: Das Medienlexikon, Bonn 2012.
- Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 1-21.

- Roth, Franziska S.: Die Rezeption politischer Talkshows im Fernsehen. Der Einfluss des Unterhaltungserlebens auf die Informationsverarbeitung, Wiesbaden 2016.
- Rubin, Alan: Die Uses-And-Gratifications-Perspektive der Medienwirkung, in: Schorr, Angela (Hrsg.): Publikums- und Wirkungsforschung. Ein Reader, Wiesbaden 2000.
- Springer Gabler Verlag (Hrsg.): Methodologie, online abzurufen unter: <http://wirtschafts-lexikon.gabler.de/Archiv/1793/methodologie-v11.html> (10. März 2016).
- Sauer, Matthias: Forschungsplan. Konsequenzen des bürgerlichen Engagements auf die Chemnitzer Zivilgesellschaft, online abzurufen unter: https://bildungsportal.sachsen.de/opal/auth/Repository-Entry/9591717908/CourseNode/86317657418981/dirpath/TP_Angewandte_Forschungsmethoden_II_Ruschin_Kilian_Lori_Sauer.pdf (11. März 2016).
- Stawowy, Peter: Medien in Sachsen, Dresden 2011.
- Strohmeier, Gerd: Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden 2004.
- Wirtschaftslexikon (Hrsg.): Quoten-Sample, online abzurufen unter: www.wirtschaftslexikon.com/d/quoten-sample/quoten-sample.htm (11. März 2016).
- Wirtschaftspsychologische Gesellschaft (Hrsg.): Das persönliche Interview in der Marktforschung, online abzurufen unter: www.wpgs.de/content/view/377/336/ (11. März 2016).

Unterscheidet sich die politische Kultur zwischen DDR- und BRD-sozialisierten Chemnitzern?

*von Konrad Gerber-Fischbach, Sebastian Gläser, Nadine Leonhard,
Claudia Lingmann, Oliver Ulke*

I	Inhaltsverzeichnis	
1	Einleitung.....	59
2	Historische Einordnung und theoretische Grundlagen	62
2.1	Bedeutung von politischer Unterstützung und Systemkultur für die Persistenz demokratischer Systeme	64
2.2	Sozialisation und politische Sozialisation	67
2.3	Konzeptualisierung der Wechselwirkungen von politischer Sozialisation und politischen Einstellungen	71
3	Methodik.....	77
3.1	Das Forschungsdesign.....	77
3.2	Das Erhebungsinstrument	78
3.3	Operationalisierung	80
3.3.1	Der erste Entwurf des Fragebogens	80
3.3.2	Der Pretest	84
3.3.3	Die Durchführung der Befragung	87
3.4	Datenanalyseplan	88
4	Analyse I.....	89
4.1	Vertrauen in Institutionen	89
4.2.1	Bundesverfassungsgericht	91
4.2.2	Bundespräsident.....	94
4.2.3	Bundestag	96
4.2.4	Bundesregierung	98
4.2.5	Fazit Institutionenvertrauen	100
4.3	Wirtschaftliche Situation.....	102
5	Analyse II.....	105
5.1	Vertrauen in Politiker	105
5.1.1	Angela Merkel	106
5.1.2	Sigmar Gabriel.....	109

5.1.3	Gregor Gysi.....	111
5.1.4	Claudia Roth	113
5.1.5	Gegenüberstellung	115
5.2	Kulturebene	117
5.3	Einschätzung der „Wende“.....	119
6	Zusammenfassung und Ausblick	122
II	Literaturverzeichnis	126

1 Einleitung

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel und sich der Eiserner Vorhang für Deutschland öffnete, strömten die Menschen zusammen und rissen das Bollwerk, das Familien und Freunde für fast 30 Jahre getrennt hatte, nieder. Willy Brandt, Altkanzler der Bundesrepublik, begleitete dieses historische Ereignis mit den Worten: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört“, und brachte damit das überschwängliche Gefühl der Deutschen in Ost und West zum Ausdruck, einer großartigen und friedlichen Zeit entgegenzugehen. Doch die anfängliche Euphorie sah sich bald mit der Wirklichkeit konfrontiert. Die Zeit der Trennung mitten durch Deutschland hatte ihre Spuren überall in der Gesellschaft hinterlassen – von den politischen Strukturen bis hinein in die Köpfe der Menschen. Diese Unterschiede über Nacht hinter sich zu lassen und einzureißen, wie die Mauer in der Nacht vom 9. November 1989, stellte sich als große gesellschaftliche Herausforderung dar, die auch heute noch, mehr als 25 Jahre später, nicht gemeistert ist.

Diese Arbeit greift an diesem Punkt an und nimmt Unterschiede und Gemeinsamkeiten der deutschen Bevölkerung in den Fokus. Im Rahmen des Seminars „Angewandte Forschungsmethoden II“, das im Wintersemester 2015/2016 an der Technischen Universität Chemnitz stattfand, haben wir uns die Frage gestellt: „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit – Wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“ Um sich einer Antwort zu nähern, wurde eine Umfrage ins Auge gefasst. Ziel war es zu erfahren, wie die hiesige Bevölkerung über die genannten Aspekte denkt und ihre Situation 25 Jahre nach der „Wende“ einschätzt. Schnell stellte sich heraus, dass die anfangs recht einfach formulierte Frage eine Vielzahl an Unterfragen und Spezifizierungen implizierte, womit eine Konkretisierung notwendig erschien. Unsere Teilgruppe entschied sich, den Sozialisationsprozess in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung zu stellen.

Ausgehend von der Tatsache, dass an dem Prozess der Deutschen Einheit eine große Bandbreite von Generationen sowohl aus Ost- als auch aus Westdeutschland beteiligt war und ist, erschien es uns wichtig, eben jene Unterschiede ins Auge zu fassen. Mit der Friedlichen Revolution brach das politische System der DDR zusammen und die Menschen des ehemaligen Ostblocklandes mussten sich in die bundesrepublikanische Gesellschaft einfügen und Stellung zu deren Grundwerten und Grundüberzeugungen bezie-

hen. Gleichzeitig mussten sich die Westdeutschen der neuen Situation anpassen. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründe beider Bevölkerungsteile spielten damals wie heute eine wichtige Rolle und sollten somit im Mittelpunkt unserer Untersuchung stehen. Theoretische Grundlage waren unter anderem die Überlegungen David Eastons und Dieter Fuchs' zum Thema der politischen Kultur und Sozialisation. Dieter Fuchs geht davon aus, dass politische Kultur, also eben jene Einstellungen zum politischen System und seinen Ausprägungen, die es zu untersuchen gilt, an die politische Sozialisation knüpft, welche wiederum durch die Gesellschaft, in der man aufwächst und lebt, vermittelt wird. Dabei geht es um die gegenseitige Beeinflussung von Gesellschaft und Individuum in den einzelnen Lebensphasen von Kindheit über Jugend, Ausbildung und Beruf bis ins hohe Alter. Demnach sollte es zwischen den einzelnen Generationen und je nach BRD- oder DDR-Sozialisation Unterschiede bei den generellen Einstellungen und Meinungen zur deutschen Demokratie, den Politikern und Teilhabechancen sowie zum Prozess der Wiedervereinigung geben. Die geplante Umfrage sollte Auskunft darüber geben, ob sich der unterschiedliche gesellschaftliche und politische Sozialisationsprozess in BRD und DDR auf die Meinungen und Einstellungen bezüglich der deutschen Wiedervereinigung und der aktuellen Situation der deutschen Demokratie auswirkt und wenn ja, in welchem Ausmaß. In klarer Form also die Frage: Gibt es einen signifikanten Unterschied in der politischen Kultur zwischen Chemnitzer Bürgern, die in der DDR, und jenen, die in der BRD sozialisiert wurden? Damit war klar, um welche Aspekte sich unsere Untersuchung drehen sollte und nach welchem Muster die Befragten gruppiert werden sollten.

Mit diesen Grundüberlegungen ging es an die Ausgestaltung des Fragebogens für die Umfrage, wobei schon im Vorfeld eine Face-to-Face-Befragung ins Auge gefasst wurde, da sich andere Untersuchungsdesigns – wie eine Telefonbefragung oder eine Internetumfrage – als zu teuer bzw. als nicht durchführbar offenbarten. Durch diese Gewissheit konnten wir uns auf die inhaltliche Ausgestaltung des Fragebogens fokussieren. Hierbei rückten zwei Problematiken in den Vordergrund: zum einen die sinnvolle Erfassung und Einteilung der Befragten nach den geforderten Sozialisationsgruppen, zum anderen die Auswahl von Möglichkeiten zur Erfassung der politischen Kultur. Da unsere Untersuchung sich eigens auf das Alter und den Geburtsort der Befragten bezog, war die Einteilung nach genannten Kriterien

schnell entschieden. Demnach sollte es zwei Gruppen geben; auf der einen Seite diejenigen, die in der DDR geboren und sozialisiert wurden, auf der anderen Seite jene, die eine BRD-Sozialisation erfahren haben. Hierbei waren die Erkenntnisse von David Easton und Dieter Fuchs wiederum von zentraler Bedeutung, um die entscheidenden Altersgrenzen festzulegen. Einen längeren Entscheidungsprozess zog die Auswahl von möglichen Fragestellungen für die Erfassung der politischen Kultur nach sich. Theoriegeleitet entschieden wir uns dabei für drei Ebenen: Bindung an demokratische Werte, Unterstützung von politischen Strukturen und Unterstützung von politischen Akteuren im Speziellen. Die Einstellungen der Befragten zu den drei Ebenen wurden mittels Indikatorfragen erfasst, um einen Rückschluss auf die zu vergleichenden Sichtweisen der Chemnitzer Bürger mit DDR- und mit BRD-Sozialisation ziehen zu können. Die Umfrage, die sowohl die hier behandelte Teilfrage als auch weiterführende Teilfragen der weiteren Seminarteilnehmer beantworten sollte, wurde anschließend im vierten Quartal 2015 und im ersten Quartal 2016 von den Seminarteilnehmern durchgeführt. Die Daten stellen demnach einen gemeinsamen Pool für das gesamte Seminar dar, womit sich unter Umständen weitere Überschneidungen und Korrelation zwischen den einzelnen Untersuchungsebenen feststellen lassen.

Der letzte Schritt der Untersuchung stellte für alle Teilgruppen des Seminars die Auswertung dar. Dabei soll sich zeigen, inwieweit die Forschungsfragen beantwortet und die damit verknüpften Ausgangshypothesen überprüft werden können. Sowohl die Annahme als auch die Ablehnung einer Hypothese kann in diesem Zusammenhang eine weiterführende Untersuchung nach sich ziehen und regt zu weiterer Forschung an.

Unser Projektbericht umreißt den Forschungsprozess und gliedert sich in vier Teile. Zunächst werden die theoretischen Grundlagen erläutert, nach denen sich unsere Teiluntersuchung ausrichtet. Dabei soll vor allem die begriffliche Basis für das weitere Vorgehen und das Verständnis der am Ende gewonnenen Umfrageergebnisse gelegt werden. Das Konzept der politischen Sozialisation und Unterstützung nach David Easton und Dieter Fuchs wird hier genauer erläutert. Weitergehend beschreibt der zweite Teil den Prozess der Fragebogenerstellung und die Methoden zur Auswertung und Untersuchung, also die konkrete Umsetzung der theoretischen Prämissen. Hier stehen die Pretests und die Umfrage im Mittelpunkt. Auch die Arbeit an den einzelnen Items des Fragebogens wird erläutert. Gerade

was den Auswahlprozess der Items und die Konzeptualisierung des Fragebogens angeht, wird hier ein genauerer Blick gewagt. An dritter Stelle stehen die beiden Analyseteile, die sich mit der statistischen Auswertung befassen. Hier entscheidet sich, ob sich die gesamte Vorarbeit in aussagekräftigen Daten widerspiegelt, mit denen man sich der Beantwortung der Forschungsfrage stellen kann. Die Methoden zur Auswertung der Daten, die im zweiten Teil erläutert wurden, kommen hier zur Anwendung. Hierbei zeigt sich, ob alle Eventualitäten berücksichtigt wurden. Auch die Wertigkeit der Daten tritt hierbei zu Tage. Es bleibt der weiterführenden Betrachtung im vierten Teil, den Forschungsprozess zu resümieren und eine Zusammenfassung zu liefern. Daran schließt sich die Aufgabe an, Fehlerquellen zu benennen, die die Ergebnisse nachhaltig beeinflusst bzw. sogar verfälscht haben könnten, die Aussagekraft der Erkenntnisse zu beurteilen, eine Interpretation zu wagen und gegebenenfalls auf weiterführende Arbeitsansätze hinzudeuten. Auch Hinweise für eine ähnliche Untersuchung und Vorschläge für eine Verbreitung und Verwendung der Untersuchungsergebnisse sind hier angebracht.

2 Historische Einordnung und theoretische Grundlagen

Die Grundlage aller gesellschaftlichen Prozesse bildet menschliches Handeln, das auf Erfahrungen, Vorstellungen, Einstellungen und Werten beruht. Jede Situation bietet eine gewisse Bandbreite an Handlungsmöglichkeiten, die wiederum eingeschränkt werden von Bedingungen im Handlungsumfeld, gesellschaftlichen Normen und Sanktionen. Die subjektiven Bedingungen für menschliches Handeln sind das Ergebnis eines kollektiven und individuellen Sozialisationsprozesses.¹ Rolf Klima definiert Sozialisation als

„Prozess, durch den das Individuum in eine soziale Gruppe eingegliedert wird, indem es die in der Gruppe geltenden sozialen Normen, insb. die [...] Rollenerwartungen, die zur Erfüllung dieser Normen und Erwartungen

¹ Vgl. Geulen, Dieter: Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz, Opladen 1998, S. 11.

erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die zur Kultur der Gruppe gehörenden Werte [...] erlernt.“²

Die Genese des subjektiven Handlungspotentials ist also abhängig von den historischen Bedingungen, unter denen ein Individuum aufwächst. Im Rahmen des Sozialisationsprozesses werden die angenommenen Werte, Normen und Erfahrungen verarbeitet, sodass das Individuum gesellschaftlich handlungsfähig wird.³

Unter diesen Gesichtspunkten ergibt sich aus den Entwicklungen nach dem Ende der DDR und der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern eine Reihe aufschlussreicher Forschungsfragen. Die DDR bestimmte das Leben ihrer Bürger bis in die höchstpersönlichen Lebensbereiche hinein. Der Erziehungs- und Bildungsweg, von der Kinderkrippe über die Kindergärten bis in Schule, Studium und Jugendorganisationen war auf die Ideologie und die Ausbildung der „sozialistischen Persönlichkeit“ abgestimmt.⁴ Theoretisch hätten diese Maßnahmen zu einer homogenen Gesellschaft loyaler Staatsbürger führen müssen, die von der Ideologie überzeugt sind und die staatliche Ordnung als legitim akzeptieren. Doch spätestens ab Mitte der 1980er Jahre wurden zunehmend Distanz, Unmut, Enttäuschung und Kritik in der Gesellschaft erkennbar. Obwohl in der DDR sozialisiert, waren diejenigen, die 1989 den Montagsdemonstrationen in Leipzig beiwohnten, nicht Teil der intendierten homogenen, unkritischen Gesellschaft. Nach dem Zusammenbruch der DDR waren die Menschen in den neuen Bundesländern mit neuen Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Zusammenleben konfrontiert.⁵ Nach der „Wende“ ergaben sich aus der Umwandlung von Diktatur in Demokratie neue Herausforderungen. Grundlegende Kenntnisse über demokratische Institutionen und Gewaltenteilung, die Voraussetzung für das Leben in einer Demokratie, mussten der Gesellschaft vermittelt werden. Die Erinnerungen der Bürger an die politische Beeinflussung und die Repressionen des DDR-Systems schufen zusätzliche Herausforderungen für das Bildungssystem.

² Klima, Rolf: Sozialisation, in: Wienold, Hans (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 4. grundlegend überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2007, S. 605.

³ Vgl. Geulen 1998, S. 12.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. ebd., S. 13.

Das grundsätzliche Misstrauen in die Politik galt es fortan zu überwinden.⁶ Zusätzlich führten die negativen Folgen des Einigungsprozesses dazu, dass sich die Bürger der neuen Bundesländer in einer „Minderheitensituation mit ungelöster Identitätsbestimmung, mit ambivalenten Haltungen zu demokratischen Werten, ja Demokratieverdruss“⁷ sahen.⁸ Mancher kritisiert gar, dass westdeutsche Politiker nach der „Wende“ die Mentalitätsunterschiede übersehen hätten, die sich durch die verschiedenen Sozialisationsmodelle entwickelt haben.⁹

2.1 Bedeutung von politischer Unterstützung und Systemkultur für die Persistenz demokratischer Systeme

Ein stabiles demokratisches System kann sich nicht nur durch das bloße Vorhandensein demokratischer Institutionen dauerhaft etablieren.¹⁰ Die Einstellung der Bürger ihnen und den Werten gegenüber ist maßgebend für die Persistenz eines demokratischen Regimes.¹¹ Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Ost- und Mitteleuropa stellte sich nach einiger Zeit die Frage, ob in den betreffenden Ländern eine politische Kultur existiert, die den neuen demokratischen Institutionen gerecht wird. Die politische Kultur als Zusammenhang der politisch relevanten Wissensbestände und Verhaltensdispositionen ist entscheidend für die Stabilität eines politischen Systems.¹²

⁶ Vgl. Westphal, Ricardo: Politische Sozialisation in DDR und BRD und ihre Folgen bis heute. Inwieweit prägten staatliche Organe Ost-West-Unterschiede?, Hamburg 2014, S. 132.

⁷ Künzel, Werner: Politische Bildung im Übergang zur Demokratie, zitiert nach: Westphal 2014, S. 132.

⁸ Vgl. Westphal 2014, S. 132.

⁹ Vgl. ebd., S. 133.

¹⁰ Vgl. Fuchs, Dieter: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden 2002, S. 27.

¹¹ Vgl. ebd., S. 30.

¹² Vgl. Fuchs-Heinritz, Werner: politische Sozialisation, in: Wienold, Hans (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 4., grundlegend überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2007, S. 606.

Diese Abhängigkeit beschrieb David Easton in seinem Konzept der politischen Unterstützung.¹³ Easton bestimmt „political community“, „regime“ und „political authorities“ als Orientierungsobjekte und unterscheidet zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung. Die diffuse Unterstützung gegenüber dem Regime gilt als wichtigste Kategorie für die Persistenz des demokratischen Regimes. Sie ist weithin unabhängig von den alltäglichen Politik-Outputs. Die Zufriedenheit mit dem alltäglichen politischen Output und politischen Entscheidungsträgern ist nach Easton „specific support“. Die konkreten Erfahrungswerte der Bürger mit den Outputs der politischen Entscheidungsträger beschreibt Easton als „trust“, die generelle Zustimmung zum Regime auf Basis der eigenen Wertvorstellungen als „legitimacy“. Für die Persistenz des demokratischen Regimes ist „legitimacy“ der bedeutendere Faktor.¹⁴ Easton misst die Persistenz eines demokratischen Regimes an der Unabhängigkeit der Unterstützung der Bürger von den alltäglichen Outputs der politischen Entscheidungsträger. Je mehr die Unterstützung auf den Wertorientierungen der Bürger beruht und von den alltäglichen politischen Outputs losgelöst ist, desto stabiler ist das demokratische System.¹⁵

In den Studien von Almond und Verba¹⁶, Verba¹⁷, Almond und Powell¹⁸ und Almond¹⁹ geht die dominante Kausalrichtung bei der Entstehung einer politischen Kultur von der politischen Sozialisation aus.²⁰ Dieter Fuchs extrahierte aus den genannten Studien 2002 das implizite Kausalmodell des

¹³ Vgl. Easton, David: A Reassessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5 (1975) Heft 4, S. 437.

¹⁴ Vgl. Fuchs 2002, S. 31.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 38.

¹⁶ Siehe Almond, Gabriel A./Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

¹⁷ Siehe Verba, Sidney: Conclusion. Comparative Political Culture, in: Pye, Lucian W./Verba, Sidney (Hrsg.): Political Culture and Political Development, Princeton 1965, S. 512-560.

¹⁸ Siehe Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham: Comparative Politics. System, Process and Policy, 2. Aufl., Boston 1978.

¹⁹ Siehe Almond, Gabriel A.: The Intellectual History of the Civic Culture Concept, in: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): The Civic Culture Revisited, Boston 1980, S. 1-36.; Almond, Gabriel A.: The Study of Political Culture, in: Almond, Gabriel A.: A Discipline Divided. Schools and Sects in Political Science, Newbury Park 1990, S. 138-169.

²⁰ Vgl. Fuchs 2002, S. 34.

klassischen Konzepts der politischen Kultur (Abbildung 1).

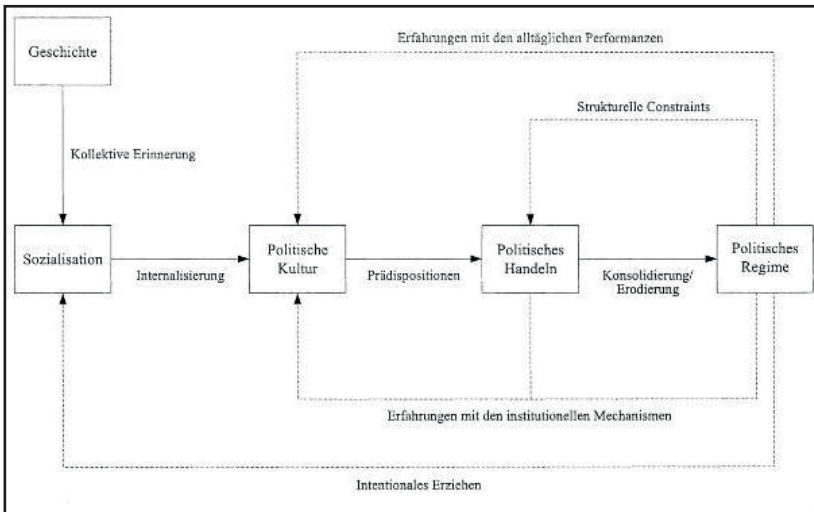


Abbildung 1: Das implizite Kausalmodell des klassischen Konzepts der politischen Kultur, aus: Fuchs, Dieter: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, S. 33.

Daraus ergibt sich die Sozialisation als dominante Ursache, beeinflusst von Geschichte und Erfahrungen mit dem politischen Regime. Die politische Kultur wird wiederum geprägt durch die Werte, Normen und Rollen, die während der Sozialisation von den Individuen verinnerlicht werden, und den Erfahrungen mit der alltäglichen Performanz und institutionellen Mechanismen des politischen Regimes. Die politische Kultur bestimmt das Handeln der Bürger. Dieses Handeln entscheidet langfristig über Konsolidierung oder Erosion des demokratischen Regimes.²¹

Auf dieser Annahme basiert die leitende Hypothese der vorliegenden Arbeit: Es existieren signifikante Unterschiede in der politischen Kultur zwischen Chemnitzer Bürgern, die in der DDR sozialisiert wurden und Chemnitzer Bürgern, die im wiedervereinigten Deutschland sozialisiert wurden.

²¹ Vgl. ebd.

2.2 Sozialisation und politische Sozialisation

Als politische Sozialisation werden die Prozesse beschrieben, in denen die Individuen gesellschaftlich relevante Inhalte der politischen Kultur verinnerlichen.²² Die politische Sozialisation ist ein Teil des politischen Prozesses, gekennzeichnet durch die Austragung von Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen über Politikinhalt im Handlungsrahmen politischer Institutionen.²³ Das politische System erfüllt hierbei Input-Funktionen (Sozialisation, Rekrutierung, Kommunikation, Artikulation und Aggregation) sowie Output-Funktionen (Regelsetzung, Regelanwendung, Regelauslegung).²⁴ Die politische Sozialisation ist eine der Input-Funktionen des politischen Systems, die spezialisierten Institutionen wie Parteien, Medien und Verbänden zugewiesen sind. Sie bildet die erste Phase des politischen Prozesses. In dieser Phase werden politische Wertvorstellungen vermittelt, Grundeinstellungen zum politischen System geformt und die Grundlagen für Stabilität oder Labilität demokratischer Einstellungen festgelegt. Die Akteure im politischen System wiederum sind durch politische Einstellungen und politisches Verhalten charakterisiert.²⁵ Politische Einstellungen sind „latente, geistige Bereitschaftszustände, die sich auf gesellschaftliche und politische Erfahrungen stützen“²⁶ und Ergebnisse politischer Sozialisation sind.

Der Sozialisationsprozess besteht aus zwei Phasen: der primären und der sekundären Sozialisationsphase. In der primären Phase, die in den ersten Lebensjahren stattfindet, werden die Weichen für die weitere soziokulturelle Entwicklung des Individuums gestellt. Maßgebende Akteure sind in erster Linie das Elternhaus und der enge Familienkreis. In der Primärsozialisationsphase werden grundlegende Werte, Normen und Verhaltensweisen entwickelt, die sich relativ schnell stabilisieren, sich aber im weiteren Ver-

²² Vgl. ebd.

²³ Vgl. Kevenhörster, Paul: Politikwissenschaft Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik, Opladen 1997, S. 58.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. ebd., S. 59.

²⁶ Ebd.

lauf noch verändern können.²⁷ Die primäre Sozialisation lässt sich noch weiter aufteilen: in die Soziabilisierung, die Fertigkeiten zum individuellen Überleben vermittelt, und die Enkulturation, in der das Individuum kulturelle Wertmuster vermittelt bekommt. Die „Verinnerlichung“ der erlernten Werte fügt die individuellen Bedürfnisse und die Rollenerwartungen des sozialen und politischen Systems zusammen.²⁸ Die politische Sozialisation ist eingebettet in den Sozialisationsprozess eines Individuums.²⁹

„Politische Sozialisation umfasst alle Lernprozesse, bei denen politische Kenntnisse, Fähigkeiten und Orientierungen auf Bürger übertragen werden. Diese Prozesse sind nicht auf bestimmte Erfahrungen, Umstände oder Altersgruppen beschränkt. Außerdem können Lernprozesse bewusst oder unbewusst stattfinden, sie können beabsichtigt oder unbeabsichtigt sein. Es handelt sich um einen lebenslangen Prozess des Lernens und des Sammelns von Erfahrungen.“³⁰

Demzufolge findet die *politische* Primärsozialisation innerhalb des Primärsozialisationsprozesses statt. Hier entwickelt sich die politische Grundpersönlichkeit des Individuums und es werden „Vorstrukturierungen“ für die spätere politische Kompetenz und Verhaltensweisen geschaffen. Für die „politische Grundpersönlichkeit“ ist die jeweilige „Selbst- und Sozialkompetenz“ maßgebend, die definiert wird durch die Fähigkeit, in Situationen des sozialen Handelns die eigenen Bedürfnisse zu vertreten und die Bedürfnisse der Interaktionspartner zu berücksichtigen. Dies erfordert einige Grundfunktionen des sozialen Handelns: Identitätsdarstellung, Empathie, Frustrationstoleranz und Flexibilität. Diese werden in der Primärsozialisation vor allem durch die Familie geprägt, später auch durch Peer-Groups in der Schule. Auch anthropogene Bedingungen und individuelle Reifungsprozesse beeinflussen die kognitiven und moralischen Voraussetzungen der Handlungskompetenz. Zusammenfassend entwickelt sich die „Selbst- und Sozialkompetenz“ also auf verschiedenen Ebenen: Auf der

²⁷ Vgl. ebd., S. 60.

²⁸ Vgl. Kevenhörster 1997, S. 60.

²⁹ Vgl. Strohmeier, Gerd: Politik bei Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 41/2005, S. 8.

³⁰ van Deth, Jan W.: Einführung: Kinder als junge Staatsbürger, in: van Deth, Jan W. et al.: Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr, Wiesbaden 2007, S. 12.

Ebene der allgemeinen Handlungskompetenz muss sich das Individuum in unterschiedlichen Situationen sozialer Interaktion bewähren. Auf der Ebene der kognitiven und moralischen bzw. emotionalen Kompetenz entwickelt sich die „Ich-Identität“ des Individuums über die Zeit. Diese beeinflusst das Verhalten des Individuums in sozialen Situationen.³¹ Die sozialen Kompetenzen bilden sich im Wechselspiel von personalen Situationen und sozialen Erfahrungen in unterschiedlichen Ausprägungen heraus und bilden die „Vorstrukturierungen“ für die späteren politischen Kompetenzen, sind aber noch veränderbar.³²

Im Verlauf der sekundären Sozialisation wird das Individuum mit gesellschaftlichen Rollen und Leistungsanforderungen vertraut gemacht und lernt im Zuge dessen einzelne Tätigkeitsfelder und Organisationen in Form von Beruf, Parteien und Verbänden kennen.³³ In der Phase der Sekundärsozialisation dehnt sich der Bereich der Akteure, die auf das Individuum einwirken, auf altershomogene Gruppen außerhalb der Familie aus. Die Bedeutung der Familie wird allmählich relativiert durch den wachsenden Einfluss von schulischem bzw. beruflichem Umfeld, Peergroups und Medien.³⁴ Grundlegend für die Prägungen in dieser Phase sind Grundüberzeugungen und Ideologien, durch die gleichzeitig praktische Regeln für gesellschaftliches und politisches Zusammenleben festgelegt werden.³⁵ Die in der Primärsozialisation angelegten „Vorstrukturierungen“ werden in dieser Phase stabilisiert, differenziert und transformiert und es findet eine zumindest vorläufige Festlegung der politischen Kompetenz statt. In der politischen Sekundärsozialisationsphase werden politische Kompetenzen analog zum kognitiven, moralischen Handlungsaspekt und dem Handlungsaspekt der Selbst- und Sozialkompetenz auf drei Ebenen erworben: politische Kenntnisse, politische Einstellungen und politische Aktivitätsbereitschaft.³⁶ In der Jugendphase beginnt das Individuum, sich seine eigene

³¹ Vgl. Weiß, Wolfgang W.: Ein theoretisches Modell politischer Sozialisation, in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981) Heft 12, S. 48.

³² Vgl. ebd., S. 50.

³³ Vgl. Kevenhörster 1997, S. 60.

³⁴ Vgl. Weiß 1981, S. 51.

³⁵ Vgl. Kevenhörster 1997, S. 60.

³⁶ Vgl. Weiß 1981, S. 50.

politische Welt zu konstruieren. Zunächst geschieht dies unkritisch durch Identifikation und Imitation.³⁷ Ab einem Alter von ca. 13 Jahren erfolgt eine kritischere, differenzierte Wahrnehmung von Problemen, die von den vorherigen, eher unkritischen Wahrnehmungen allerdings noch immer beeinflusst ist.³⁸ Der Erwerb der politischen Kompetenz erfolgt auf Basis der Selbst- und Sozialkompetenz und der politischen Grundpersönlichkeit in der politischen Primärsozialisation nach den beschriebenen Sozialisationsmechanismen, nur auf politischer Ebene. Gesellschaftspolitische Prozesse werden sowohl indirekt (beispielsweise durch Medien) als auch direkt durch eigene Erfahrungen mit dem Regime (z.B. durch Wehrdienst, Arbeitslosigkeit) und in sekundären Sozialisationsprozessen wie z.B. Gesprächen mit Eltern, Familie und Freunden verarbeitet. Diese Erfahrungen und der Austausch bilden die Grundlage für die politische Identität, die sich in dieser Phase herausbildet.³⁹ Für die Manifestation der politischen Identität sind die wachsende kognitive Kompetenz und die Identitätssuche ausschlaggebend, aber auch die vermehrten Möglichkeiten politischer Partizipation und die direkte Betroffenheit von gesellschaftspolitischen Gegebenheiten mit fortschreitendem Lebensalter haben entscheidenden Einfluss.⁴⁰

Primäre und sekundäre politische Sozialisation haben jeweils ihren eigenen Stellenwert bei der Herausbildung der politischen Persönlichkeit. In der politischen Primärsozialisation ist vor allem die latente Prägung des Individuums von Bedeutung, aber nur in der sekundären politischen Sozialisationsphase kann es zu manifesten Zügen kommen.⁴¹ Beide Phasen wirken aufeinander ein. Die eine Phase ist nicht wichtiger für die Herausbildung der politischen Einstellungen und Bewusstseinsstrukturen als die andere. Sowohl in der politischen Primär- als auch in der in der politischen Sekundärsozialisationsphase gibt es formative Jahre und sensible Lebensabschnitte, in denen die politische Identität entscheidend geprägt wird.

³⁷ Vgl. Easton, David/Hess, Robert D.: The Child's Political World, in: *Midwest Journal of Political Science* 6 (1962) Heft 3, S. 236.

³⁸ Vgl. Strohmeier 2005, S. 9.

³⁹ Vgl. Weiß 1981, S. 50.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 51.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 52.

2.3 Konzeptualisierung der Wechselwirkungen von politischer Sozialisation und politischen Einstellungen

Das Konzept der politischen Unterstützung von David Easton legt die sogenannte „diffuse“ Unterstützung der demokratischen Werte und Normen als wichtigsten Faktor für die Persistenz eines demokratischen Regimes fest. Die sogenannte „spezifische“ Unterstützung des alltäglichen Outputs des politischen Systems und die Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger sieht er in einer untergeordneten Rolle.⁴²

Dieter Fuchs differenziert diese beiden Arten der Unterstützung noch weiter. Basierend auf den Theorien Talcott Parsons'⁴³ und Niklas Luhmanns⁴⁴ unterteilt er demokratische Systeme in drei Ebenen: Kultur, Struktur und Prozess. Durch die informationelle Steuerung von „oben“ nach „unten“ steht die Kultur in der Hierarchie an oberster Stelle, an zweiter Stelle die Strukturebene und an dritter Stelle die Prozessebene. Nach Parsons umfasst der Kulturbegriff „politische Wertorientierungen, die als Konzeptionen des wünschenswerten Typs eines politischen Regimes definiert werden“⁴⁵. Die institutionelle Struktur eines demokratischen Regimes ist im Regelfall durch eine Verfassung festgelegt. Die darin enthaltenen Regeln sind unmittelbar mit politischen Wertorientierungen verknüpft. Sie „verschriftlichen“ die normativen Erwartungen an das Verhalten der Akteure im politischen Prozess. Niklas Luhmann beschreibt die Prozessebene als das Handeln der politischen Akteure, das zum einen strukturell durch die Vorgaben der Verfassung, zum anderen von den politischen Wertorientierungen beeinflusst wird.⁴⁶

⁴² Vgl. Fuchs 2002, S. 31.

⁴³ Siehe Parsons, Talcott: *The System of Modern Societies*, Prentice Hall 1971.

⁴⁴ Siehe Luhmann, Niklas: *Soziologie als Theorie sozialer Systeme*, in: Luhmann, Niklas: *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Band 1, 4. Aufl., Opladen 1970, S. 113-136., Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt 1984.

⁴⁵ Fuchs 2002, S. 35.

⁴⁶ Vgl. Luhmann, Niklas: *Soziologische Aufklärung I. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, 8. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 158f.

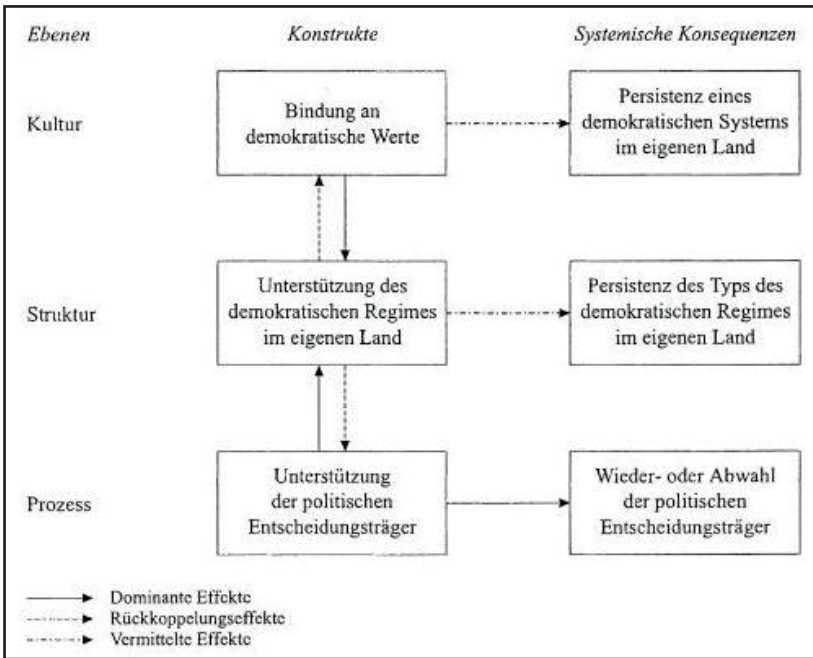


Abbildung 2: Spezifikation des Ebenenmodells eines demokratischen Systems als Einstellungsmodell, aus: Fuchs, Dieter: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, S. 37.

In seiner Spezifikation des Ebenenmodells eines demokratischen Systems als Einstellungsmodell (Abbildung 2) ordnet Dieter Fuchs den drei Ebenen jeweils spezifische Konstrukte der Unterstützung, basierend auf Eastons Konzept der politischen Unterstützung, zu.⁴⁷ Fuchs geht davon aus, dass die Einstellungen jeweils systemische Konsequenzen nach sich ziehen. Im Unterschied zu Easton hat er jedoch bei der Kategorisierung zwei Modifikationen vorgenommen:

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 36.

Fuchs bestimmt in seinem Ebenenmodell das politische Regime über seine institutionelle Struktur. Werte und Normen des politischen Systems, die Easton dieser Kategorie zurechnet, werden von Fuchs unter der Kategorie „Kultur“ gesondert erfasst. Weiterhin unterstellt Fuchs in seinem Modell Kausalbeziehungen zwischen den verschiedenen Typen des „regime support“, die von Easton nicht explizit erwähnt werden. Fuchs Konzeptualisiert sowohl „trust“ als auch „legitimacy“ als von den Wertvorstellungen der Bürger beeinflusste Faktoren. Das Vertrauen der Bürger erwirbt das Regime durch die Entsprechung der Wertorientierungen der Bürger und die Generalisierung der Erfahrungen mit dem Handeln der politischen Entscheidungsträger.⁴⁸

Die politische Primär- und Sekundärsozialisation sind entscheidend für die Entwicklung der politischen Identität des Individuums. Die in diesen Phasen erworbenen affektiv basierten politischen Grundeinstellungen haben eine nachhaltig prägende Wirkung auf das Individuum.⁴⁹

Für die Persistenz eines demokratischen Regimes ist vor allem die grundlegende Einstellung der Bürger zu demokratischen Werten von Bedeutung. Fuchs beschreibt den Effekt der Bindung an demokratische Werte auf die Persistenz des Regimes als vermittelten Effekt, „weil er sich über systemkonforme oder systemkritische Handlungen der kollektiven Akteure eines politischen Systems durchsetzt, die unter situativen und strukturellen Constraints stattfinden“⁵⁰. Wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, hat die Bindung an demokratische Werte einen dominanten Effekt auf die Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land, umgekehrt hat die Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land einen Rückkopplungseffekt auf die Bindung an demokratische Werte. Durch diese Trennung der Struktur- und Kulturebene wird deutlich, dass die Bindung des Individuums an demokratische Werte und die Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land nicht zwangsläufig miteinander

⁴⁸ Vgl. Fuchs 2002, S. 38.

⁴⁹ Vgl. Abendschön, Simone: Demokratische Werte und Normen, in: van Deth, Jan W. et al.: Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr, Wiesbaden 2007, S. 162.

⁵⁰ Fuchs 2002, S. 39.

korrelieren. Vielmehr kann es durchaus sein, dass die Demokratie für die Bürger zwar die beste Staatsform darstellt, sie die in dem jeweiligen Land vorherrschende Form der Demokratie jedoch nicht unterstützen.⁵¹

Die Zufriedenheit mit den Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger hat laut Dieter Fuchs einen dominanten Effekt auf die Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land. Umgekehrt hat diese wiederum einen Rückkopplungseffekt auf die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger. Doch auch hier ist eine Trennung möglich: Wer die politischen Entscheidungsträger unterstützt, muss nicht zwangsläufig mit dem vorherrschenden demokratischen System einverstanden sein.⁵²

Unser Untersuchungsgegenstand ist die Frage, ob signifikante Unterschiede in der politischen Kultur bestehen zwischen Chemnitzer Bürgern, die in der DDR sozialisiert wurden und Chemnitzer Bürgern, die in der Bundesrepublik sozialisiert wurden, – und wenn ja: wo und wie groß fallen sie aus?

Die Sozialisationsprozesse in einer Demokratie und in einer Diktatur unterscheiden sich bereits in ihrer Zielsetzung fundamental voneinander. Während in Demokratien durch die politische Sozialisation das Individuum zu einem politisch mündigen, kompetenten, systemtreuen, kritik- und handlungsfähigen Bürger geformt werden soll, ist die Zielsetzung politischer Sozialisation in Diktaturen die Generierung politisch unmündiger, einseitig gebildeter, regimetreuer, unkritischer und passiver Untertanen.⁵³

Nach Richert und Draht streben kommunistische Regime ein verändertes Wertesystem zu ihren Gunsten an. Sie sind darauf angewiesen, dass die Bevölkerung dieses Wertesystem zumindest teilweise übernimmt.⁵⁴ Diese Verinnerlichung ist, wie bereits ausgeführt, essentiell für den Fortbestand eines politischen Systems. In der DDR erfolgte die Verinnerlichung

⁵¹ Vgl. Fuchs 2002, S. 39.

⁵² Vgl. ebd.

⁵³ Vgl. Kuhn, Hans-Peter: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2000, S. 21.

⁵⁴ Vgl. Draht, Martin: Totalitarismus in der Volksdemokratie, in: Richert, Ernst: Macht ohne Mandat, Köln, Opladen 1963, zitiert nach: Westphal 2014, S. 32.

des Wertesystems durch verschiedene soziale Mechanismen: „Ein Moral-kodex von Arbeits-, Partei-, Gruppenmoral und Patriotismus, verbunden mit einem ‚System von Anspornungen‘ sorgte für die psychologische Befestigung des Wertesystems.“⁵⁵ Carolin Schöbel fasst die politische Sozialisation in der DDR unter dem Begriff „politisch-ideologische Erziehung“.⁵⁶ Für die jüngere Generation wurden die Berufs- und Lebensentwürfe in vorschulischen Einrichtungen, Schule, Ausbildung und Studium sowie den Jugendverbänden „Junge Pioniere“ (JP) und der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) organisiert. Die pädagogischen Zielvorstellungen der SED waren auch in deren Parteiprogramm festgeschrieben. Der junge Mensch sollte den Sozialismus verinnerlichen, von ihm überzeugt sein und ihn vertreten. Neben der „Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik“ war die „Liebe zur Arbeit, die Achtung der Arbeit und der arbeitenden Menschen“ ein wichtiger Eckpfeiler der Erziehungsziele.⁵⁷ Bereits in der Kindheit waren die DDR-Bürger angehalten, auch ihre Freizeit organisierten gesellschaftlichen Aktivitäten zu widmen, um sie möglichst unkontrollierbaren privat-gesellschaftlichen Einflüssen zu entziehen. Anpassung, Unterordnung und Konformität der Bevölkerung wurden durch Kontrolle der Staatssicherheit und Strafen, aber auch durch maximale soziale Absicherung und Versorgung der Bürger angestrebt.⁵⁸ In der DDR war die durchgängige Einwirkung in die alltägliche und private Umwelt von Kindern und Jugendlichen Teil des Erziehungskonzepts. Die SED entwickelte hierzu stets altersgerechte Strategien, um das politische Bewusstsein der Kinder und Jugendlichen zu beeinflussen und Unterstützung für den Sozialismus zu gewinnen.⁵⁹

⁵⁵ Stammer, Otto: Sozialstruktur und System der Werterhaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 76 (19569), S. 33.

⁵⁶ Schöbel, Carolin: Politische Sozialisation Ost-/Westdeutschland, S. 448, zitiert nach: Westphal 2014, S. 33.

⁵⁷ Vgl. Westphal 2014, S. 33.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 34.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 35.

Nach dem Zusammenbruch der DDR und der Implementation von Demokratie und Marktwirtschaft ergaben sich neue Herausforderungen. Die Erinnerungen der Bürger an die politische Beeinflussung und die Repressionen des DDR-Systems wirken bis heute nach. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit zu untersuchen, ob es Unterschiede in der Unterstützung der Bürger für das demokratische System zwischen der Gruppe gibt, die in der DDR bzw. den Ostblockstaaten sozialisiert wurde, und der Gruppe, die nach der deutschen Wiedervereinigung oder – vor der Wiedervereinigung – in Westdeutschland sozialisiert wurde.

Um dies überprüfen zu können, wurden für die drei Teilbereiche von Dieter Fuchs' Ebenenmodell (Abbildung 2) Items entwickelt, mit der die Einstellungen der Bürger zum demokratischen System erfragt werden können.

Bei der Befragung ist es zunächst wichtig festzustellen, welcher Sozialisationsgruppe der jeweilige Befragte angehört: der Gruppe, die in der DDR politisch sozialisiert wurde, oder der Gruppe, die im wiedervereinigten Deutschland bzw. Westdeutschland politisch sozialisiert wurde. Auf Basis der Erkenntnisse über die politische Sozialisation von Individuen ist der Punkt entscheidend, an dem das Individuum sich vom Elternhaus löst und die Integration in gesellschaftliche Funktionen und Rollen vollzogen wird. Diese „Freisetzungsprozesse“ und Vergesellschaftung kennzeichnen die Jugendphase. An deren Ende steht der Eintritt ins Erwerbsleben.⁶⁰ Dieser kann zwar bereits mit dem 16. Lebensjahr stattfinden, verschiebt sich aber durch längere Schulzeiten immer mehr nach hinten. Auch lassen die fließenden Übergänge zwischen den Sozialisationsphasen und die unterschiedlichen individuellen Entwicklungsgeschwindigkeiten keine feste „Trennlinie“ auf der Grundlage des Lebensalters zu.⁶¹

Bei der Einteilung der befragten Bürger in die beiden Sozialisationsgruppen ist es somit sinnvoller zu fragen, ob die Befragten ihre Kindheit *und* Jugend in der DDR bzw. den Ostblockstaaten verbracht haben. Durch

⁶⁰ Vgl. Möller, Denny: Steuerung und Qualität in der Jugendarbeit. Aspekte für ein Modell zur Steuerung der Jugendarbeit und ihrer Qualität, Hamburg 2013, S. 4.

⁶¹ Vgl. ebd.

diese Frage wird zum einen ausgeschlossen, dass der Befragte sich im entscheidenden Zeitraum seiner Sozialisation über längere Zeit außerhalb der DDR bzw. den Ostblockstaaten aufgehalten hat, zum anderen wird dem Befragten hier die Möglichkeit gegeben, die Länge seiner Jugendphase selbst zu bestimmen.

3 Methodik

3.1 Das Forschungsdesign

Unsere Haupthypothese behauptet die Existenz von signifikanter Unterschiede in der politischen Kultur zwischen Menschen, die in der DDR sozialisiert wurden, und Menschen, die in der BRD sozialisiert wurden. Es wird eine Wechselbeziehung zwischen der Kollektiv- und der Individual-ebene aufgebrochen. Die Kollektivebene bilden die Menschen mit den jeweiligen unterschiedlichen Sozialisationsprozessen (DDR und BRD). Die konkreten Ausprägungen der politischen Kultur bei den bestimmten Personen bilden die Individualebene. Allerdings bezieht sich die Untersuchungsgruppe nicht auf wenige konkrete Personen, sondern vielmehr auf Teilgruppen der Gesamtpopulation (alle Chemnitzer Bürger). Aus diesem Grund dominiert die kollektive Ebene.⁶²

Aufgrund der Möglichkeit, während des gesamten Forschungsprojektes nur eine einmalige Erhebung durchzuführen, gelangt hier das Cross-Sectional-Design (Querschnittserhebung) zur Anwendung. Es handelt sich, da die unabhängige Variable nicht manipuliert wird, um ein nicht-experimentelles Design. Ein Vergleich der verschiedenen Merkmale findet erst nach der Erhebung statt (ex-post).⁶³

Im Mittelpunkt der Befragung stehen alle Chemnitzer zum Zeitpunkt der Befragung. Die Ergebnisse können sich daher nicht auf größere Gruppen, wie auf alle deutschen Staatsbürger, beziehen. Damit die Erhebung repräsentativ bleibt, wurde ein Quotensample eingerichtet, das sich an Alter und Geschlecht der Chemnitzer orientiert. Die Quote wurde auf diese beiden Merkmale minimiert, da insgesamt nur 320 Befragungen durchgeführt wurden. Eine komplexere Differenzierung hätte den Nachteil gehabt, dass die Befragung mit Filterfragen, beispielsweise nach der beruflichen Stellung

⁶² Vgl. Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, 8. Aufl. Reinbek bei Hamburg 2014, S. 134ff.

⁶³ Vgl. ebd., S. 327ff.

beginnen hätte müssen. Diese hätten zum einen wahrscheinlich zu einer höheren Abbruchquote geführt, da sich die Befragten gleich zu Beginn zu sehr bedrängt fühlen bzw. sich dazu nicht äußern wollen. Zum andern wäre es komplizierter geworden, die Quote bei mehreren Merkmalen zu erfüllen, was mit einem größeren Zeitaufwand verbunden wäre (längere Suche nach den geeigneten Personen, die die Quote erfüllen).

Bei 320 geplanten Interviews und der aktuellen Chemnitzer Bevölkerung ergeben sich drei große Alterskategorien. Bis zum 29. Lebensjahr wurden insgesamt 27 männliche und 28 weibliche Personen befragt. In der Alterskategorie „30 bis 59 Jahre“ wurden insgesamt 68 Männer und 71 Frauen befragt. In der letzten Kategorie „ab 60 Jahre“ wurden 62 Männer und 64 Frauen befragt.

3.2 Das Erhebungsinstrument

Mehrere Erhebungsmethoden wurden diskutiert, zunächst die Telefonbefragung (computer assisted personal interview). Hierbei werden Telefonnummern mit Hilfe einer computergenerierten Zufallsauswahl kontaktiert (Random-Digit-Dialing). Die Antworten werden sofort elektronisch gespeichert, da gleich in den Computer eingegeben, was ein entscheidender Vorteil für diese Methode ist. Ein weiterer entscheidender Vorteil ist, dass mehr Daten pro Zeitaufwand erhoben werden können. Zudem sind mit telefonischen Befragungen ähnlich hohe Ausschöpfungsquoten wie bei einem Face-to-Face-Interview möglich. Telefoninterviews von einer Länge bis zu 45 Minuten bereiten in der Praxis keine großen Probleme. Auch Interviews von einer Länge bis 90 Minuten sind möglich, ohne beispielsweise eine zu große Abbruchquote zu riskieren, wiewohl die meisten Telefoninterviews in der Praxis auf eine Dauer von zehn bis 30 Minuten ausgelegt sind. Dennoch hat diese Methode auch massive Nachteile. Der größte liegt in hohen Kosten. Da diese das Budget des vorliegenden Forschungsprojektes übersteigen, ist dies zugleich der Hauptgrund, warum die Face-to-Face-Methode als Erhebungsinstrument gewählt wurde. Dennoch gibt es noch weitere Nachteile der Telefonbefragung. Die Stichprobe ist auf Menschen mit einem Festnetzanschluss reduziert, birgt die Gefahr, dass die arbeitende Bevölkerung mittleren Alters schwer zu erreichen ist, was die Erfüllung der festgelegten Quote erschweren würde. Dies würde eine höhere Anrufrequenz nach sich ziehen, um die gewünschte Datenvielfalt zu erreichen. Außerdem müsste mit einer erhöhten Abbruch-

quote gerechnet werden, da die Hemmschwelle bei einem unpersönlichen Telefonat deutlich niedriger ist als bei einer persönlichen Befragung.⁶⁴

Andere Methoden, wie die schriftliche oder die Online-Befragung, sind für dieses Forschungsprojekt ungeeignet. Gründe sind auch hier zum einen die Kosten und zum anderen die Rücklaufquote. Bei einer schriftlichen bzw. einer Onlinebefragung wäre es zudem schwierig geworden, die Quote zu steuern. Trotz der Vorteile, dass beispielsweise bei der Onlinebefragung Daten direkt elektronisch gespeichert werden und bei diesen Erhebungsinstrumenten deutlich weniger Menschen dazu tendieren, Fragen nach der sozialen Erwünschtheit zu beurteilen, fiel die Entscheidung letztlich – vor allem aus Kostengründen – auf die persönliche Befragung.⁶⁵

Ein weiterer Vorteil: Durch die subjektive Vorauswahl kann die Erfüllung der Quoten besser gesteuert werden, was die Anfragefrequenz bei den Passanten verringert. Dennoch birgt auch diese Methode einige Nachteile, etwa das Stresslevel der Befragten: Die Gefahr ist groß, dass Personen, die auf der Straße angesprochen werden, unter Zeitdruck stehen oder sich aufgrund der situativen Hektik (Ablenkung durch Lärm und Ähnlichem) nicht auf die Befragung konzentrieren können. Zudem ist aus diesem Grund die Anfragefrequenz erhöht. Schließlich ist es bei dieser Methode wahrscheinlich, dass die Befragten – der Anonymität zum Trotz – sozial erwünschte Antworten geben. Dies verzerrt das Forschungsergebnis. Da die Grundgesamtheit die Bürger der Stadt sind, kommt ein weiterer Nachteil bei dieser Methode hinzu: Es droht ein hoher Ausschluss von Befragten, die nicht Chemnitzer sind, sich aber dennoch zum Zeitpunkt der Befragung in Chemnitz befinden. Dazu gehören Touristen oder Studenten, die zwar in Chemnitz studieren, aber hier nicht wohnen. Auch dies erhöht die Anfragefrequenz und somit auch den Zeitaufwand für die Durchführung der Interviews. Alle Nachteile wiegen aber schließlich deutlich weniger als die Vorteile der geringen Kosten, der Quotenkontrolle und Interviews. Aus diesem Grund kamen nur die persönliche Befragung bzw. das Face-to-Face-Interview in Frage. Bei der Erhebungsmethode wurde das Projekt zu dem von der Evaluationsstelle der Technischen Universität Chemnitz unterstützt.

⁶⁴ Vgl. Diekmann 2014, S. 501ff.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 514-530.

3.3 Operationalisierung

3.3.1 Der erste Entwurf des Fragebogens

Im ersten Entwurf des Fragebogens standen zunächst vier Themenkomplexe im Mittelpunkt. Den ersten bildeten vier Einstiegsfragen:

1. Wann wurden Sie geboren?
2. Sind Sie Chemnitzer?
3. Haben Sie bis zu Ihrem 15. Lebensjahr durchgängig in der DDR gelebt?
4. Sehen Sie sich eher als Bundesdeutscher oder Ostdeutscher?

Diese Fragen sollten zunächst dazu dienen, Vergleichsgruppen herzustellen. Dies war notwendig, um die übergeordnete These zu belegen, die davon ausgeht, dass ein signifikanter Unterschied hinsichtlich der politischen Kultur zwischen Menschen existiert, die innerhalb und außerhalb der DDR sozialisiert wurden. Daher sollten bei Frage eins zunächst drei Antwortkategorien zu Verfügung stehen: geboren vor 1948; 1949 bis 1974; nach 1974. Alle Befragten, die zwischen 1949 und 1974 geboren worden sind, gelten als DDR oder westlich sozialisiert. Alle nach 1974 Geborenen gelten als in der BRD sozialisiert. Die Antwortmöglichkeit „vor 1948“ filtert alle Personen heraus, die weder in der DDR noch in der BRD sozialisiert worden sind. Diese Personengruppe war für die Forschungsfrage bzw. die sich daraus ableitende Haupthypothese irrelevant und sollte nicht berücksichtigt werden.

Die zweite Frage – eine Filterfrage – zielte auf die Grundgesamtheit ab. Es stehen nur die Chemnitzer Bürger im Mittelpunkt der Befragung. Dabei gilt: Chemnitzer ist, wer sich selbst als Chemnitzer sieht und daher die Frage mit „ja“ beantwortet. Alle Befragten, die hier mit „nein“ Antworten, sollten ebenfalls nicht berücksichtigt werden.

Frage drei sollte beispielsweise die Möglichkeit ausschließen, dass Personen, die in ihrer Kindheit und Jugend von der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten und nach 1990 wieder zurück in die Heimat gezogen sind, in eine falsche Sozialisationsgruppe eingeordnet werden.

Frage Nummer vier beschäftigt sich mit der Identität der Chemnitzer. Dabei sollte festgestellt werden, ob sie sich eher mit der Vor- oder Nachwendezeit identifizieren und welche Zeit das grundlegende Verständnis der gesellschaftlichen und politischen Umstände bestimmt. Es ließ sich vermu-

ten, dass sich die Sozialisationsgruppe „BRD“ eher als Bundesdeutsche fühlte als die befragten Personen der Sozialisationsgruppe „DDR“.

Der zweite bis vierte Fragekomplex bezogen sich auf verschiedene Dimensionen politischer Kultur. Folgende Fragen sollten die Wertedimension (zweiter Fragekomplex) ausreichend umfassen. Sie zielen auf die Einstellungen der Befragten zu grundlegenden Werten, die das Fundament des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland bilden.

5. Wie werden die folgenden Werte in der BRD umgesetzt (Freiheit, Gleichheit und Solidarität)?
6. Wie wichtig sind Ihnen folgende Werte (Freiheit, Gleichheit und Solidarität)?
7. Halten Sie die Demokratie für die beste Staatsform?

Frage fünf beschäftigte sich mit der Umsetzung der Werte in der BRD. Die Antwortmöglichkeiten reichen hier von „sehr gut“ über „eher gut“ weiter über „eher schlecht“ bis hin zu „sehr schlecht“. Hier wurde den Befragten die Möglichkeit offengelassen, keine Antwort abzugeben. Es lag die Vermutung nahe, dass es keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Werten bei der Umsetzung der Werte für die Sozialisationsgruppe „BRD“ gibt, jedoch für die Sozialisationsgruppe „DDR“. Die Gruppe „BRD“ ist damit aufgewachsen, dass alle drei Werte von großer Bedeutung sind. Die Sozialisationsgruppe „DDR“ hat hingegen den Vergleich zur DDR. Hier lassen sich wahrscheinlich signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Werten feststellen. Es lag die Vermutung nahe, dass in Deutschlands politischem System Freiheit als besser umgesetzt eingeschätzt wird denn Solidarität und Gleichheit.

Frage sechs beschäftigte sich mit Gleichheit, Freiheit und Solidarität – Grundwerte der Demokratie. Diese sollten als sehr wichtig, wichtig, unwichtig oder sehr unwichtig eingestuft werden. Die gerade Anzahl der Antwortmöglichkeiten sollte die Befragten zu einer Antwort zwingen und verhindern, dass die Befragten aus Verlegenheit die neutrale Mittelkategorie wählen. Mit der Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ sollte dennoch die Möglichkeit bestehen, sich bei einer Frage nicht zu äußern. Aus diesem Grund sind alle folgenden Antwortskalen nach diesem Muster aufgebaut. Hinter Frage sechs standen mehrere Hypothesen: Es ist davon auszugehen, dass es signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen geben wird. Bei der Sozialisationsgruppe „BRD“ lassen sich keine signifikanten Unter-

schiede zwischen den einzelnen Werten feststellen. Es ist davon auszugehen, dass die Antworten auf Grund der in der BRD abgeschlossenen Sozialisation positiv ausfallen, weil die Befragten mit diesen Werten aufgewachsen sind. Bei der Sozialisationsgruppe DDR lassen sich jedoch – so die Vermutung – signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Werten feststellen. Es wurde vermutet, dass dieser Sozialisationsgruppe „Freiheit“ am wichtigsten ist, da dieser Wert am wenigsten von allen drei genannten Werten in der DDR umgesetzt wurde.

Mit der siebenten Frage sollte zunächst eine Aussage über die grundlegende politische Einstellung der Befragten zur Demokratie getroffen werden. Dabei wurde zunächst davon ausgegangen, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen den beiden Sozialisationsgruppen hinsichtlich der Einschätzung der Demokratie als beste Staatsform geben würde. Diese Frage zielte bewusst nicht auf die Demokratiezufriedenheit ab, sie sollte vielmehr zeigen, ob es eine generelle Befürwortung der Demokratie als Staatsform gibt.

Der dritte Komplex beschäftigte sich mit den Strukturen der politischen Kultur. Hier standen folgende Institutionen im Vordergrund: das Bundesverfassungsgericht, der Bundespräsident, der Bundestag und die Bundesregierung. Folgende Fragen sollten gestellt werden:

8. Halten Sie die folgenden Institutionen für vertrauenswürdig (Bundesverfassungsgericht, Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung)?
9. Wie werden die Belange der Bürger Ihrer Meinung nach durch die folgenden Institutionen umgesetzt?

Bei Frage acht reichen die Antwortmöglichkeiten von „sehr vertrauenswürdig“ über „eher vertrauenswürdig“ weiter zu „eher nicht vertrauenswürdig“ bis hin zu „überhaupt nicht vertrauenswürdig“. Auch hier gibt es wieder die Möglichkeit „keine Angabe“ zu wählen. Bei dieser Frage lag die Vermutung nahe, dass das Vertrauen der Sozialisationsgruppe „BRD“ in die Institutionen aufgrund der längeren Erfahrung mit demokratischen Entscheidungs- und Implementationsstrukturen signifikant höher ist als das der Sozialisationsgruppe „DDR“. Desweiteren soll mit dieser Frage die gängige Hypothese geprüft werden, dass das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht und den Bundespräsidenten (aufgrund ihres vermeintlich unpolitischen Charakters) am höchsten und das Vertrauen in die Regierung (aufgrund ihrer mit Skepsis wahrgenommenen Verquickung mit „Partei-

klügel“, „faulen Kompromissen“ und Interessenpolitik) am geringsten ist. Diese „Hierarchie“ geht aus ähnlichen Umfragen, beispielsweise von Infratest dimap hervor.⁶⁶ Frage neun ist analog zu Frage fünf aufgebaut. Die Frage beschäftigt sich also mit der Umsetzung der Belange der Bürger durch die Institutionen bzw. mit der Repräsentation dieser Belange. Die erste Hypothese zu dieser Frage lautet: Die Bewertung der Repräsentation der „Belange der Bürger“ unterscheiden sich nicht signifikant von der Bewertung der Vertrauenswürdigkeit der Institutionen. Dennoch ist auch hier mit signifikanten Unterschieden zwischen beiden Sozialisationsgruppen zu rechnen. Die Beurteilung der Umsetzung der „Belange der Bürger“ ist in der Sozialisationsgruppe „BRD“ signifikant besser als in der Sozialisationsgruppe „DDR“, so die Vermutung.

Der vierte Fragenkomplex zielte auf die politischen Prozesse ab. Daher ergaben sich die folgenden Fragen:

10. Halten Sie die Arbeit der folgenden Personen für vertrauenswürdig?
11. Haben die neuen Bundesländer von der „Wende“ profitiert?

In Frage zehn sollten zunächst der Bundespräsident, Joachim Gauck, und die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, bewertet werden. In der weiteren Diskussion um Parteirepräsentanten, die im Deutschen Bundestag sitzen, gab es Diskussionen über noch aktuelle (aktive) Personen, über Partei- bzw. Fraktionsvorsitzende bis hin zu Personen mit großem Bekanntheitsgrad. Schließlich fiel die Entscheidung dann auf Sigmar Gabriel (SPD), Sahra Wagenknecht (Die Linke) und Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen). Das Bewertungsschema verhält sich analog zu Frage acht. Folgende Hypothesen standen hinter diesen Fragen: Das Vertrauen in die Amtsträger ist in beiden Sozialisationsgruppen geringer als in die Institutionen. Dabei ist das Vertrauen der Sozialisationsgruppe „BRD“ in die Amtsträger aufgrund größerer demokratischer Erfahrungswerte signifikant höher als das der Sozialisationsgruppe „DDR“.

Ähnlich verhält es sich mit Frage elf. Auch hier ist ein signifikanter Unterschied zwischen beiden Sozialisationsgruppen zu vermuten. Die neuen Bundesländer haben für die Sozialisationsgruppe „BRD“ stärker von der „Wende“ profitiert als für die Sozialisationsgruppe „DDR“: Hier stehen an-

⁶⁶ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.): Vertrauen der Bürger in die Politik gestiegen, 2009, online abzurufen unter: www.infratest-dimap.de/uploads/media/2009_03_18_Infratest-dimap_Institutionenvertrauen.pdf (8. März 2016).

steigende Arbeitslosigkeit, der Wegfall normativer Werte- und gesellschaftlicher Bezugssysteme als auch die Erosion sozialer Sicherheiten vielfach für den Transformationsprozess; dort trägt der Blick auf den Solidarpakt die Wahrnehmung. Die bitteren Vorwürfe – „Besser-Wessis“ versus „Jammer-Ossis“ – belegen die unterschiedliche Wahrnehmung.

Frage 12 ist unabhängig von den Dimensionen der politischen Kultur zu sehen und diente als Kontrollvariable der gesamten Befragung:

12. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation der Bundesbürger ein?

Die Beantwortung der Frage soll anhand einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) geschehen. Hinter dieser Frage verbergen sich die folgenden Hypothesen: Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation der Bundesbürger korreliert stark mit der Bewertung der persönlichen (eigenen) wirtschaftlichen Situation. Zudem führt eine höhere wirtschaftliche Zufriedenheit zu besseren Beurteilungen von demokratischen Werten, institutionellen Strukturen und politischen Prozessen. Auch innerhalb der Sozialisationsgruppen „BRD“ und „DDR“ sind signifikante Unterschiede bei der Unterstützung der politischen Kultur der Bundesrepublik in Abhängigkeit von der individuellen wirtschaftlichen Situation feststellbar.

3.3.2 Der Pretest

Da das vorliegende Projekt nur einen Teilaspekt eines großen Forschungsprojektes abbildete, wurde ein großer Fragebogen von insgesamt vier Studentengruppen zu verschiedenen Aspekten erstellt. Im Vorfeld wurden die Forschungspläne inklusive vorläufigen Fragebögen vorgestellt. Dabei gab es für jede Gruppe Feedback zum vorläufigen Fragebogen, den Items und Hypothesen. Auf der Grundlage des Feedbacks wurden die Fragen vor dem Pretest noch einmal überarbeitet:

Die vier Einleitungsfragen wurden größtenteils beibehalten. Die Antwortmöglichkeiten auf die Frage nach dem Geburtsjahr wurden leicht angepasst. Es gab nunmehr insgesamt sieben Antwortmöglichkeiten: vor 1950; 1951-1960; 1961-1970; 1971-1980; 1981-1990; 1991-2000; nach 2000. Die Ausweitung der Antwortkategorien ging auf die Erfordernisse der anderen Gruppen zurück. Des Weiteren wurde die Frage nach der DDR-Vergangenheit leicht verändert. Diese lautete nun: Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend

in der DDR verbracht („ja“ oder „nein“)? Der Grund für diese kleine Veränderung lag in den veränderten Antwortmöglichkeiten, der eben beschriebenen Frage und der leichteren Zuordnung der Befragten in die beiden Sozialisationsgruppen. Die Fragen nach den subjektiven Werten wurden nach dem Pretest alle gestrichen. Denn die Vermutung lag nahe, dass alle Befragten dazu tendieren, positiv zu antworten (soziale Erwünschtheit). Aus diesem Grund sollten die Werte aus einer anderen Richtung aufgegriffen werden. Um tatsächlich eine Beurteilung der demokratischen Werte treffen zu können, wurde nunmehr danach gefragt, ob die Befragten eine Aufweichung des Rechtsstaates befürworten oder eher nicht (Antwortmöglichkeiten: „eher ja“ und „eher nein“). Im Bereich der institutionellen Strukturen wurde die Frage nach der Repräsentation der Institutionen gestrichen, da hier mit identischen Antworten zu rechnen war wie bei der Frage nach der Vertrauenswürdigkeit der Institutionen. Diese wurde inklusive der Antwortmöglichkeiten beibehalten. Die Fragen im Bereich der politischen Prozesse wurden mit einer Ausnahme beibehalten. Um zu garantieren, dass bei der Frage nach politischen Eliten die Befragten die genannten Personen auch wirklich kennen und somit auch beurteilen, gab es im Pretest eine offene Frage nach der Kenntnis aktueller Politiker. Auch die Frage für die Kontrollvariable wurde beibehalten.

Dem Pretest für das vorliegende Forschungsprojekt lagen daher folgende Items aus unserer Gruppe zugrunde:

1. Sind Sie zufällig Chemnitzer(in)?
2. Geschlecht
3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?
4. Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht?
5. Wir leben ja in einem Rechtsstaat, der u.a. Grundrechte und politische Teilhabe gewährt. Finden Sie, diese Prinzipien sollten in Gefahrensituationen – etwa bei einem Terroranschlag oder wirtschaftlichen Krisensituationen – aufgeweicht werden?
6. Halten Sie folgende Institutionen für vertrauenswürdig?
7. Welcher aktuelle Politiker/welche Politikerin fällt Ihnen ein, wenn sie an folgende Parteien denken? (Union, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke).

8. Haben die neuen Bundesländer Ihrer Meinung nach von der „Wende“ profitiert?
9. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) ein?

Die Pretests – etwa 50 – wurden im Zeitraum vom 2. bis 15. Dezember 2015 durchgeführt. Sie dienten dazu, die Befragungszeit zu ermitteln, den Interviewfluss sicherzustellen, das Verständnis der Fragen zu prüfen, die Interviewer zu schulen und vor allem die Übersichtlichkeit und die Handhabbarkeit des Fragebogens zu testen. Die Pretests zeigten zum einen, dass mit einem Zeitaufwand von 20 bis 60 Minuten pro Interview zu rechnen war. Zum andern zeigte der Test auf, dass nur wenige Änderungen notwendig sind:

Der Pretest ergab, dass die ersten vier Fragen beibehalten werden konnten. Frage eins wurde leicht umgestellt und fragte danach, ob der Befragte in Chemnitz wohnt. Außerdem wurde bei Frage vier das Alter von Kindheit und Jugend auf die Vollendung des 15. Lebensjahres festgesetzt. Der Pretest ergab hier Rückfragen, auf welches Alter sich Kindheit und Jugend erstrecken. Dies führte zu Unsicherheiten der Interviewer beim Ausfüllen der Fragebögen. Frage fünf erwies sich im Pretest als zu umfangreich und komplex und wurde daher eingekürzt. Sie lautete nun: „Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden oder nicht?“ Für den Fall von Nachfragen wurde für den Interviewer ein Vermerk auf den Fragebogen gedruckt, dass es sich bei diesen Situationen um Terroranschläge oder wirtschaftliche Rezessionen handelt. Die bisherigen Antwortmöglichkeiten wurden um „weiß nicht“ erweitert. Frage sechs konnte im Pretest bestehen und bedurfte keiner Änderung. Bei der Frage nach den Politikern wurden die folgenden ermittelt: Angela Merkel (CDU), Sigmar Gabriel (SPD), Gregor Gysi (Die Linke) und Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen). Auch die letzten beiden Fragen haben den Pretest bestanden und konnten ohne Änderung in die tatsächliche Befragung übernommen werden. Der endgültige Fragebogenteil unserer Gruppe gestaltete sich daher wie folgt:

1. Wohnen Sie in Chemnitz?
2. Geschlecht
3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?
4. Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht?
5. Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden oder nicht?
6. Halten Sie folgende Institutionen für vertrauenswürdig?
7. ... und wie sieht es mit folgenden Personen aus?
8. Haben die neuen Bundesländer Ihrer Meinung nach von der „Wende“ profitiert?
9. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) ein?

3.3.3 Die Durchführung der Befragung

Jeder Interviewer wurde mit einem Erkennungsschild ausgestattet, auf dem dessen Namen, die Universität und die Professur genannt waren. Damit sollte der seriöse Eindruck der Befragenden gewahrt werden. Zudem wurde jeder mit kleinen Incentives (Kugelschreiber und Textmarker) mit dem Universitätslogo ausgestattet, die am Ende des Interviews den Befragten als kleines Dankeschön für die Teilnahme überreicht werden sollten. Außerdem erhielt jeder Interviewer für die Zeit der Befragung noch einen laminierten und gekürzten Fragebogen zur besseren Übersicht für die Befragten.

Insgesamt wurden 320 Befragungen im Zeitraum vom 18. Dezember 2015 bis zum 13. Januar 2016 durchgeführt, der Großteil im Zeitraum vom 5. bis zum 12. Januar 2016. Die Befragungen wurden in ganz Chemnitz durchgeführt – die meisten davon im Stadtzentrum. Insgesamt 76 Interviews wurden auf dem Markt, 22 am Roten Turm und 21 auf dem Rosenhof durchgeführt. Die Dokumentation der Befragungen zeigt weiterhin, dass die Interviews zwischen 8 und 19 Uhr stattfanden, und verstärkt in der Zeit zwischen 12 und 17 Uhr.

Mit Hilfe der Evaluationsstelle der Technischen Universität Chemnitz konnte der Fragebogen technisch umgesetzt und mit Hilfe der Statistik- und Analysesoftware SPSS ausgewertet werden.

3.4 Datenanalyseplan

Der erste Datenanalyseplan sah zunächst vor, die Befragten in die zwei genannten Gruppen „BRD“ und „DDR“ einzuordnen. In Gruppe „DDR“ sollten sich demnach alle Personen befinden, die vor 1974 geboren wurden und auf dem Gebiet der DDR sozialisiert worden sind. Die Gruppe „BRD“ bildeten alle Personen, die vor 1945 geboren und alle die ab 1974 geboren, aber nicht in DDR sozialisiert wurden.

Der ursprüngliche Fragebogen sah eine Indexbildung für die politische Kultur vor. Diese besteht aus drei Dimensionen (Werte, Strukturen und Prozesse), diese wiederum aus jeweils zwei Items (Identifikation und Umsetzung, Institutionsvertrauen und Repräsentation, Amtsträger und Entwicklung). Die Aggregation sollte jeweils über die Mittelwerte von Items zu den Dimensionen und von den Dimensionen zum Index erfolgen. Mit Hilfe der Indexbildung wäre ein Vergleich von beiden Gruppen auf allen Ebenen möglich gewesen und eventuell vorhandene signifikante Unterschiede hätten herausgearbeitet werden können. Mit Hilfe einer Partialkorrelation wäre die Bereinigung des Zusammenhangs zwischen Sozialisation und politischer Kultur (Haupthypothese) um die wirtschaftliche Situation (Kontrollvariable) möglich gewesen. Aufgrund der geschilderten Änderungen des Fragebogens waren noch folgende Hypothesen neben der eben benannten Haupthypothese zu überprüfen:

- (1) Es gibt signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen hinsichtlich der Wertedimension.
- (2) Das Vertrauen der Sozialisationsgruppe „BRD“ in die Institutionen ist signifikant höher als das der Sozialisationsgruppe „DDR“.
- (3) Das Vertrauen der Sozialisationsgruppe „BRD“ in die Amtsträger ist signifikant höher als das der Sozialisationsgruppe „DDR“.
- (4) Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen beiden Sozialisationsgruppen hinsichtlich der Entwicklung. Die neuen Bundesländer haben für die Sozialisationsgruppe „BRD“ stärker von der „Wende“ profitiert als für die Sozialisationsgruppe „DDR“.
- (5) Eine höhere wirtschaftliche Zufriedenheit führt zu besseren Beurteilungen von demokratischen Werten, institutionellen Strukturen und politischen Prozessen.

Die Einteilung in die beiden Sozialisationsgruppen wurde dabei vereinfacht und mit Hilfe der Frage „Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht?“ geregelt. Wer diese Frage mit „ja“ beantwortete, wurde der Sozialisationsgruppe „DDR“ zugeordnet, alle anderen der Gruppe „BRD“.

In der Wertedimension werden die Häufigkeiten für die beiden Sozialisationsgruppen miteinander verglichen. Relative und absolute Häufigkeiten sind hierfür das beste und einfachste Mittel. Zudem zeigt das Korrelationsmaß Phi, ob ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Sozialisation und demokratischen Werten besteht. Bei der Strukturdimension wird für das Vertrauen in jede einzelne Institution ebenfalls mit dem Vergleich von Häufigkeiten gearbeitet. Der Vergleich erfolgt hier jedoch unter Berücksichtigung eines T-Tests. Auch wird aus demselben Grund wie oben mit einem Vergleich von Häufigkeiten gearbeitet. Da die Variablen hier metrisch sind, ist ein T-Test möglich. Es kann daher festgestellt werden, ob diese Werte signifikant sind. Der Test bezieht zudem die Kontrollvariable ein. Dieses Vorgehen wiederholt sich auch bei den Hypothesen zu den einzelnen Amtsträgern und zur Entwicklung.

In der Analyse hätte auch die Möglichkeit bestanden, auf Signifikanzen aufgrund von Konfidenzintervallen zu schließen. Diese geben wahrscheinliche Ausprägungen in der Gesamtpopulation wieder. Diese sind jedoch im Gegensatz zu einem T-Test nicht immer deutlich erkennbar.⁶⁷ Der T-Test hingegen zeigt, ob H_0 (Mittelwertgleichheit) bestätigt werden kann oder widerlegt werden muss. Signifikanzen sind dadurch besser erkennbar.⁶⁸

4 Analyse I

4.1 Vertrauen in Institutionen

Als Gegenstand der Analyse zum Institutionenvertrauen wurden die vier „klassischen“ Institutionen, die das bundesrepublikanische parlamentarische Regierungssystem⁶⁹ konstituieren, als Umfrageitems gewählt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), der Bundespräsident (als Staatsoberhaupt), der Bundestag und die Bundesregierung konnten hierbei von den Befragten als entweder „sehr vertrauenswürdig“, „eher vertrauenswürdig“, „eher nicht

⁶⁷ Vgl. Diekmann 2014, S. 404ff.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 694ff.

⁶⁹ Regierung, Parlament, Staatsoberhaupt und Verfassungsgerichtsbarkeit. Vgl. Steffani, Winfried: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979.

vertrauenswürdig“ oder „überhaupt nicht vertrauenswürdig“ eingeschätzt werden.

Eine allgemeine Auswertung der Antworten ergibt, dass drei der vier abgefragten Institutionen als mehrheitlich vertrauenswürdig gelten. Das BVerfG beurteilten 85,2 Prozent der Befragten als sehr oder eher vertrauenswürdig. Bei dem Amt des Bundespräsidenten waren es 73,3 Prozent und beim Bundestag 52,3 Prozent. Lediglich die Bundesregierung verfehlt mit 45,5 Prozent knapp eine Mehrheit der Befragten, die sie als sehr oder eher vertrauenswürdig einschätzt (Vgl. Abbildung 3 auf der Folgeseite).

Die aktuelle Umfrage des Forsa-Instituts⁷⁰ zum Institutionenvertrauen aus dem Januar 2016 kommt zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Das BVerfG schneidet ebenfalls mit 72 Prozent Zustimmung am besten ab, an zweiter Stelle liegt der Bundespräsident mit 68 Prozent, der Bundestag und die Bundesregierung teilen sich den dritten Platz mit jeweils 44 Prozent. Die größten Unterschiede im Vergleich zu unserer Umfrage sind das um 13 Prozent geringere Vertrauen in das BVerfG und der um acht Prozent niedrigere Wert für den Bundestag. Letzterer genießt damit laut dieser Studie bei der Mehrheit der Befragten kein Vertrauen. Hingegen ist der Vertrauenswert für die Bundesregierung mit einer Abweichung von nur 1,5 Prozentpunkten mit dem von uns gemessenen Wert nahezu identisch.

Die Ergebnisse zum Vertrauen in die Institutionen decken sich mit den Erkenntnissen der auf diesem Feld etablierten sozialwissenschaftlichen Forschung.⁷¹ So sind Institutionen, die als über dem Parteienstreit stehend wahrgenommen werden, wie das BVerfG und der Bundespräsident, für viele Bürgerinnen und Bürger vertrauenswürdiger als die auf demokratische Konfliktaustragung spezialisierten Institutionen Bundestag und Bundesregierung.

⁷⁰ Stern Online (2016): Wem die Deutschen am meisten vertrauen, online abzurufen unter: www.stern.de/politik/deutschland/deutsche-vertrauen-eigenem-arbeitgeber--universitaeten-und-aerzten---umfrage-fuer-den-stern-6701676.html (20. März 2016).

⁷¹ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder (2014): Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, S. 204f. Online abzurufen unter: www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/deutschland-2014-25-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (20. März 2016).

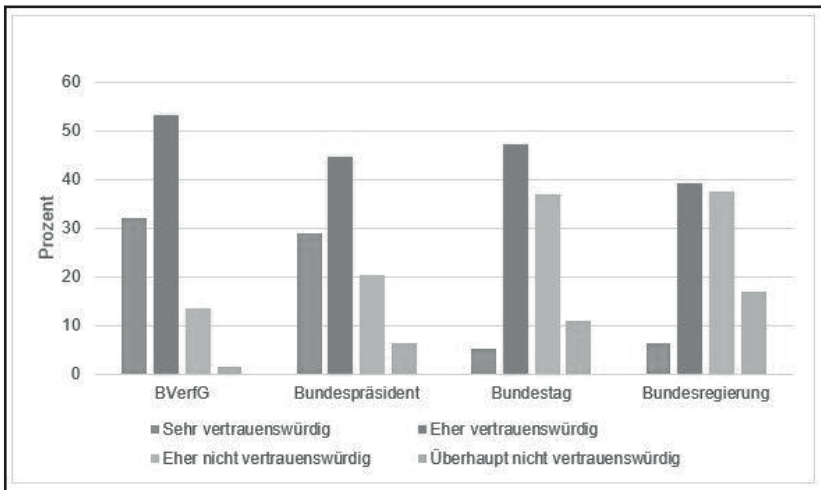


Abbildung 3: Vertrauen in Institutionen.

4.2.1 Bundesverfassungsgericht

Die weiterführende Auswertung der Umfrageergebnisse nach der Sozialisation in Ost oder West kann einen allgemeinen Überblick darüber geben, inwiefern dieser Gruppierungsfaktor Auswirkungen auf das Vertrauen in die politischen Institutionen und somit auf die Strukturebene hat. Ziel ist es dabei, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Einstellungen der zwei Sozialisationsgruppen zu identifizieren. Darauf aufbauend wird getestet, ob die Sozialisationsgruppe „BRD“ ein signifikant höheres Vertrauen in die politischen Institutionen der Bundesrepublik besitzt als die Sozialisationsgruppe „DDR“.

Bereits in der einführenden Analyse wurde herausgearbeitet, dass dem Bundesverfassungsgericht ein sehr hohes Vertrauen entgegengebracht wird. Uwe Kranenpohl⁷² führt dies vor allem auf das „apolitische Image“ des Gerichts zurück, welches deshalb als Institution „über den Parteien“ (S. 441)

⁷² Kranenpohl, Uwe: Die gesellschaftlichen Legitimationsgrundlagen der Verfassungsrechtsprechung oder: Darum lieben die Deutschen Karlsruhe, in: Zeitschrift für Politik 56 (2009) Heft 4, S. 436-453, hier S. 440-443.

wahrgenommen wird, dem eine „Freiheit von Interesseneinfluss“ und „harmonische Konfliktbeilegung statt konflikthafter Streitigkeit“ attestiert werden.

In den Antwortbereichen „sehr vertrauenswürdig“ und „eher vertrauenswürdig“ sind Unterschiede zwischen in der „DDR“ und in der „BRD“ sozialisierten Befragten erkennbar, wie in Abbildung 4 deutlich wird. So sprechen 28,5 Prozent der Ost-Sozialisierten dem Gericht das volle Vertrauen aus, in der Gruppe der West-Sozialisierten sind es sogar 39,6 Prozent. Demgegenüber lässt sich bei der Antwortkategorie „eher vertrauenswürdig“ kein großer Unterschied feststellen; 53,2 Prozent der Gruppe „DDR“ ordnen das BVerfG hier ein, bei der Gruppe „BRD“ sind es 52,7 Prozent.

Bei den zwei Antwortmöglichkeiten, die dem Gericht gegenüber Misstrauen zum Ausdruck bringen, sind die Antworthäufigkeiten (umgekehrt) ähnlich verteilt. So empfinden 16,5 Prozent der Gruppe Ost das Gericht als „eher nicht vertrauenswürdig“, bei der Gruppe West sind es nur 6,6 Prozent. Völliges Misstrauen sprechen lediglich 1,5 Prozent der Gruppe „DDR“ dem Gericht aus, bei der Gruppe „BRD“ sind es vergleichbar niedrige 1,1 Prozent.

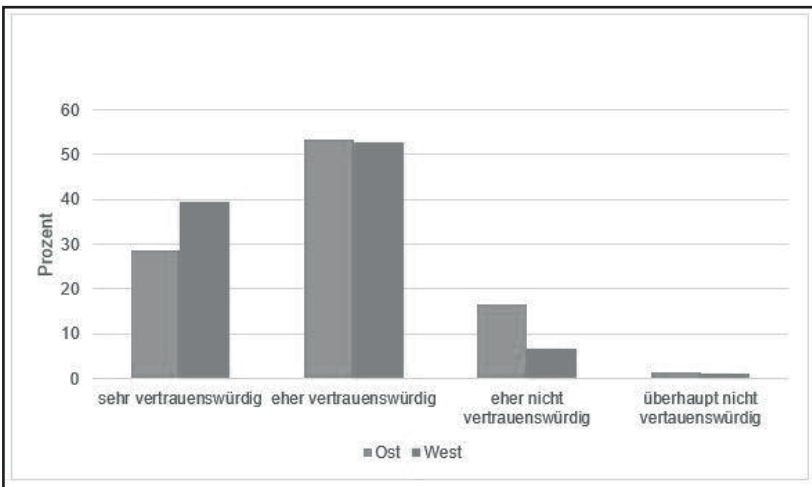


Abbildung 4: Vertrauen in das BVerfG nach Sozialisationsgruppe.

Durch die ähnliche Verteilung der Häufigkeiten zwischen den einzelnen Antwortkategorien bei einer generell positiven Einschätzung des Vertrauens in beiden Gruppen konnten die allgemeinen Annahmen zur perzipierten Vertrauenswürdigkeit des BVerfG bestätigt werden.

Für eine generelle Aussage über Unterschiede zwischen beiden Sozialisationsgruppen ist ein Vergleich der Mittelwerte der Antworten in Ost und West notwendig. Bei Gruppe „DDR“ ergibt sich ein Mittelwert von 1,91 und bei der Gruppe „BRD“ von 1,69. Somit bestätigt sich zwar das sozialisationsunabhängige positive Vertrauensbild gegenüber dem BVerfG, allerdings macht es auch deutlich, dass die Sozialisation einen solchen Einfluss ausübt.

Um dies näher überprüfen zu können, soll nun zunächst auf die Grundgesamtheit der Chemnitzer Bürger geschlossen werden. Auch hier lässt sich ein hohes Vertrauen gegenüber dem BVerfG feststellen. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent ordnen die Chemnitzer mit ostdeutscher Sozialisation ihr Vertrauen in das Gericht mit einem Wert von 1,81 bis 2,01 ein. Bei den Chemnitzern mit westdeutscher Sozialisation bewegt sich das Vertrauen in einem Bereich von 1,56 bis 1,82. In beiden Fällen sind die Wertebereiche klar unter der Trennschwelle von 2,5, die das Vertrauen bzw. Misstrauen in die Institutionen voneinander abgrenzt. Wie aus Tabelle 1 deutlich wird, überschneiden sich die Konfidenzintervalle beider Gruppen, allerdings sind die Mittelwerte von Ost und West vom Konfidenzintervall der jeweils anderen Sozialisationsgruppe nicht miteingeschlossen, sodass ein signifikanter Unterschied zwischen beiden vermutet werden kann. Dies soll im letzten Abschnitt des Kapitels mittels T-Test näher geprüft werden.

	Ost	West
Mittelwert	1,91	1,69
Standardabweichung	0,71	0,645
N	200	91
Konfidenz -	1,8115	1,55748
Konfidenz +	2,0084	1,82252
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 1: Konfidenzintervalle BVerfG.

Die Ergebnisse sind mit den Resultaten der Studie „Deutschland 2014“⁷³ nahezu identisch. Abgefragt wurden dort allerdings Gerichte allgemein auf einer Fünfer-Skala mit einer mittleren Antwortkategorie, wobei null der schlechteste und vier der beste mögliche Wert war. Das Vertrauen in die Gerichte liegt demnach in Westdeutschland bei 2,7 und in Ostdeutschland bei 2,5. Auch hier erhält die Gerichtsbarkeit mehrheitlich einen Vertrauensbeweis durch die Bevölkerung, mit minimalen Unterschieden je nach regionaler Herkunft.

4.2.2 Bundespräsident

Ähnlich wie das Verfassungsgericht gehört auch der Bundespräsident zu den Institutionen, die als überparteilich und Konflikt beilegend wahrgenommen werden. Somit sind auch bei dieser Institution höhere Zustimmungswerte als bei Bundestag und Bundesregierung erwartbar. Zu prüfen wäre auch, ob die ostdeutsche Herkunft des derzeitigen Amtsinhabers Joachim Gauck womöglich Auswirkungen auf das Vertrauen in Ost und West hat.

Bei der Beurteilung des Bundespräsidenten zeigt sich ein entsprechend positives Vertrauensbild in diese Institution in beiden Sozialisationsgruppen, wie es eben bereits beim BVerfG der Fall war (Vgl. Abbildung 5). So empfinden 26,9 Prozent der Gruppe Ost das Amt als sehr vertrauenswürdig, bei der Gruppe West sind es sogar 6,4 Prozentpunkte mehr. Eher vertrauenswürdig ist das Amt für 45,3 Prozent der „DDR“-Sozialisierten, bei den „BRD“-Sozialisierten sind es 43 Prozent. Bei den Befragten, die den Bundespräsidenten eher misstrauisch sehen, gibt es nahezu keinen Unterschied zwischen beiden Gruppen. 20,3 Prozent der Gruppe Ost ordnen das Amt in diese Kategorie ein, bei der Gruppe West sind es nur 0,1 Prozentpunkte mehr. Bei denjenigen, die dem Bundespräsidenten gar kein Vertrauen entgegenbringen, ist der Unterschied hingegen größer. 7,5 Prozent der Gruppe „DDR“ sehen ihn sehr kritisch, bei der Gruppe „BRD“ sind es nur 3,2 Prozent.

⁷³ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder (2014): Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts. S. 204f. Online abzurufen unter: www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/deutschland-2014-25-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-inheit,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (20. März 2016).

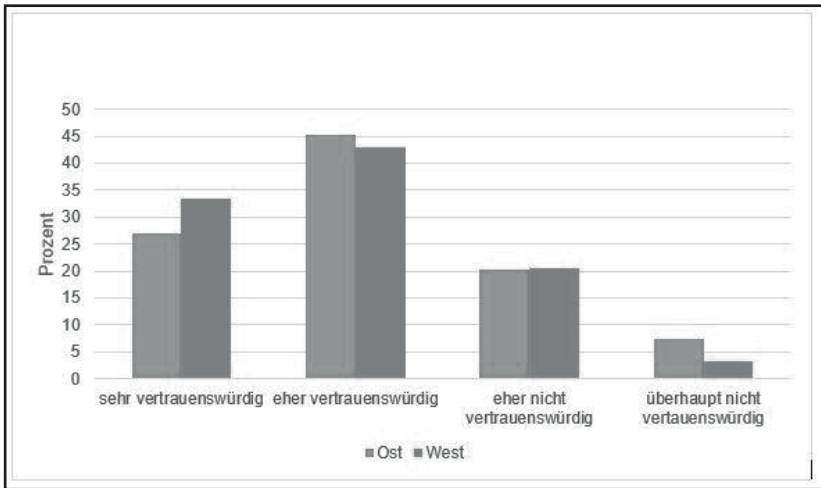


Abbildung 5: Vertrauen in den Bundespräsidenten nach Sozialisationsgruppe.

Bei der Betrachtung der Mittelwerte beider Personenkreise wird deutlich, dass mit einem Mittelwert von 2,08 bei den „DDR“-Sozialisierten und von 1,94 bei den „BRD“-Sozialisierten ein grundsätzliches Vertrauen gegenüber dem Bundespräsidenten feststellbar ist. In diesem Fall wird ein geringerer Unterschied bei den Mittelwerten von 0,14 im Vergleich zum BVerfG deutlich. In Bezug auf die Chemnitzer Bürger ergibt sich auch hier also eine klar vertrauensvolle Sicht auf diese Institution.

Der Wertebereich der Konfidenzintervalle erstreckt sich sozialisationsgruppenübergreifend von 1,77 bis 2,2 und ist damit klar der Antwortkategorie „eher vertrauenswürdig“ zuzuordnen. Trotz einer Überschneidung der Konfidenzintervalle beider Gruppen ist der Mittelwert der Gruppe der westsozialisierten Chemnitzer nicht vom Konfidenzintervall der Gruppe der ostsozialisierten Chemnitzer eingeschlossen (Vgl. Tabelle 2), sodass ein signifikanter Unterschied möglich sein könnte. Dies wird ebenfalls mittels T-Tests noch überprüft.

	Ost	West
Mittelwert	2,08	1,94
Standardabweichung	0,878	0,818
N	212	93
Konfidenz -	1,96181	1,77375
Konfidenz +	2,19819	2,10625
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 2: Konfidenzintervalle Bundespräsident.

Die Ergebnisse sind unwesentlich positiver als bei der bereits zitierten Umfrage des Forsa-Instituts, in der bundesweit 68 Prozent Zustimmung für das Amt des Bundespräsidenten gemessen wurden.⁷⁴ In unserer Befragung sind 72,2 Prozent der Gruppe Ost und 76,3 Prozent der Gruppe West, die den Bundespräsidenten für vertrauenswürdig halten. Zu ähnlichen Ergebnissen (in Bezug auf die Differenz zwischen Ost und West bei den positiven Antwortkategorien) kommt auch der „Sozialreport 2014“⁷⁵, in dem Bundespräsidenten sieben Prozentpunkte mehr Vertrauen im Westen als im Osten Deutschlands entgegengebracht werden. Ein regionaler Vertrauensbonus aufgrund der ostdeutschen Herkunft des derzeitigen Amtsinhabers fehlt somit.

4.2.3 Bundestag

Der deutsche Bundestag wird von der Mehrheit der Befragten ambivalent beurteilt: Vertrauen bzw. Misstrauen halten sich in etwa die Waage. Als sehr vertrauenswürdig stuften die Volksvertretung 6,6 Prozent der Umfrageteilnehmer mit „DDR“-Sozialisation ein. In der Vergleichsgruppe waren es hingegen nur 2,2 Prozent.

⁷⁴ Stern Online (2016): Wem die Deutschen am meisten vertrauen, online abzurufen unter: www.stern.de/politik/deutschland/deutsche-vertrauen-eigenem-arbeitgeber--universitaeten-und-aerzten---umfrage-fuer-den-stern-6701676.html (20. März 2016).

⁷⁵ Vgl. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (2014): Sozialreport 2014, S. 39. Online abzurufen unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Sozialreport_2014.pdf (20. März 2016).

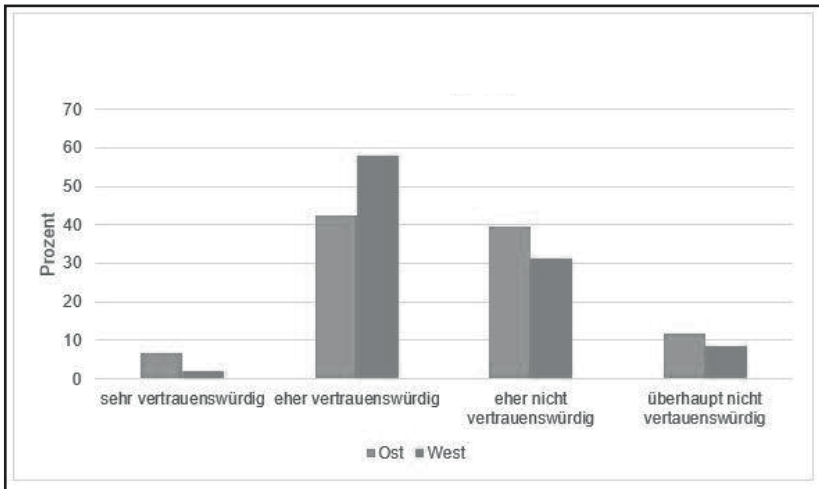


Abbildung 6: Vertrauen in den Bundestag nach Sozialisationsgruppe.

Umgekehrt fällt das Ergebnis bei der folgenden Antwortmöglichkeit aus. Mit einem Wert von 58,1 Prozent fanden die „BRD“-Sozialisierten den Bundestag mit 15,8 Prozentpunkten mehr als die „DDR-Sozialisierten“ als „eher vertrauenswürdig“. Bei den Kategorien, die Misstrauen zum Ausdruck bringen, sind die Ost-Sozialisierten jeweils stärker vertreten. So bringen dem Bundestag 39,4 Prozent geringes und 11,7 Prozent überhaupt kein Vertrauen entgegen. In der west-sozialisierten Vergleichsgruppe sind es nur 31,2 bzw. 8,6 Prozent. Abbildung 6 verdeutlicht, dass die Gruppe Ost einen breiter ausdifferenzierten Standpunkt im Bezug zum Bundestag vertritt und in den Kategorien für „sehr großes“ und „sehr niedriges“ Vertrauen stärker vertreten sind, die Gruppe West hingegen in der Kategorie „eher vertrauenswürdig“.

Der Vergleich der Mittelwerte verortet das Vertrauen der Gruppe „BRD“ in den Bundestag mit 2,46 noch leicht im positiven Bereich, bei der Gruppe „DDR“ ist mit einem Wert von 2,56 allerdings schon der negative Beurteilungsbereich erreicht. Dieser bemerkenswerte Unterschied wird unter Berücksichtigung der Konfidenzintervalle (Vgl. Tabelle 3) allerdings wieder egalisiert. So könnten die realen Werte in der Grundgesamtheit mit

einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent sowohl bei den Chemnitzern mit Ost-Sozialisation (2,45-2,67) als auch bei denen mit West-Sozialisation (2,32-2,6) auf beiden Seiten der Trennschwelle zwischen Vertrauen und Miss-trauen von 2,5 liegen.

	Ost	West
Mittelwert	2,56	2,46
Standardabweichung	0,784	0,685
N	213	93
Konfidenz -	2,45471	2,32078
Konfidenz +	2,66529	2,59922
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 3: Konfidenzintervalle Bundestag.

Die sich überschneidenden Konfidenzintervalle weisen somit nicht auf einen geringen Unterschied in der Grundgesamtheit aller Chemnitzer hin. Erstmals werden auch die Mittelwerte beider Gruppen vom Konfidenzintervall der anderen Gruppe eingeschlossen, was eine signifikante Differenz zwischen beiden Gruppen als sehr unwahrscheinlich erscheinen lässt.

Der Report „Deutschland 2014“⁷⁶ bestätigt nahezu diese Umfrageergebnisse. Dort erreicht der Bundestag in Westdeutschland einen Wert von 2,3 und in Ostdeutschland von 2,4 (Skala von null bis vier). Damit gehört die deutsche Volksvertretung in beiden Fällen klar zu der von uns nicht verwendeten mittleren Antwortkategorie. Auch hier sind die Mittelwertunterschiede zwischen den Gruppen Ost und West marginal.

4.2.4 Bundesregierung

Die Bundesregierung ist die einzige Institution, der eine Mehrheit der Befragten vorrangig Misstrauen entgegenbringt. Wie schon bei der Beurteilung des Bundestages neigen die Ost-Sozialisierten auch hier zu extremen Positionen als die Vergleichsgruppe. So halten sieben Prozent den Bundestag für sehr vertrauenswürdig und 18,2 Prozent misstrauen ihm völlig. Bei den West-Sozialisierten sind es nur 4,3 bzw. 14,3 Prozent. Bei den mittleren

⁷⁶ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder 2014, S. 204f.

Antwortkategorien hat die Gruppe „BRD“ vor allem bei der Antwortmöglichkeit „eher vertrauenswürdig“ mit 51,1 Prozent zu 34,1 Prozent einen Vorsprung, während bei der Antwortkategorie „eher nicht vertrauenswürdig“ die Gruppe „DDR“ mit 40,7 zu 30,4 Prozent wieder stärker vertreten ist. Es ist auffällig, dass damit 58,3 Prozent der befragten „DDR“-Sozialisierten der Bundesregierung nur wenig oder kein Vertrauen entgegen bringen, während dieser Anteil bei der Gruppe der „BRD“-Sozialisierten mit 44,5 Prozent deutlich kleiner ist (Vgl. Abbildung 7).

Mit einem Mittelwert von 2,7 wurde die Bundesregierung, im Vergleich zu den anderen abgefragten Institutionen, durch die Umfrageteilnehmer mit ostdeutscher Sozialisation am schlechtesten bewertet. In der Vergleichsgruppe fällt die Beurteilung der Regierung mit 2,54 ebenfalls eher kritisch aus. Auch hier ist es der schlechteste Vertrauenswert aller gemessenen Institutionen.

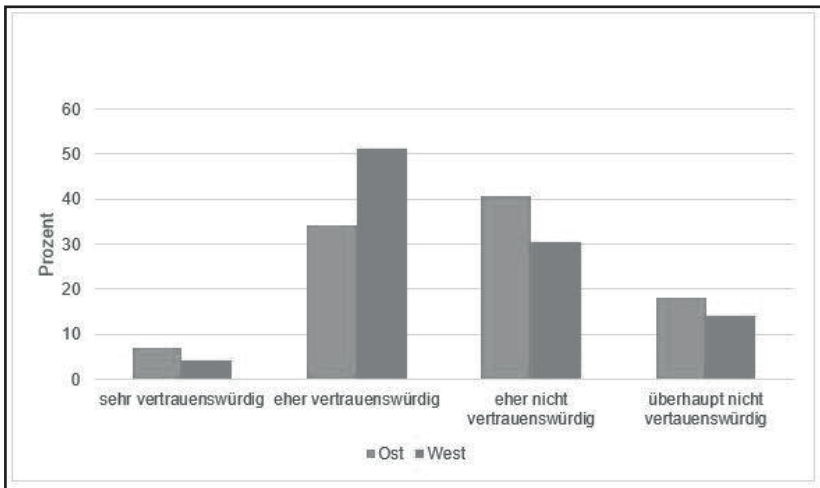


Abbildung 7: Vertrauen in die Bundesregierung nach Sozialisationsgruppe.

Auf die Grundgesamtheit der Chemnitzer Bürger geschlossen, bewegt sich das Konfidenzintervall mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent bei den „DDR“-Sozialisierten im Bereich von 2,59 bis 2,81 und damit bei „eher nicht vertrauenswürdig“. Bei der Gruppe der „BRD“-Sozialisierten könnte

der reale Wert zwischen 2,38 und 2,7 liegen, also lässt sich eine eindeutig negative Verortung des Vertrauens in die Bundesregierung hier nicht diagnostizieren. Aus Tabelle 4 wird ersichtlich, dass sich die Konfidenzintervalle beider Gruppen überschneiden. Allerdings wird zumindest der Mittelwert der Gruppe West nicht vom Konfidenzintervall der Gruppe Ost eingeschlossen. Ein signifikanter Unterschied ist also möglich. Dies wird im Anschluss per T-Test weiter untersucht.

Der „Sozialreport 2014“⁷⁷ kommt zu einem ähnlich kritischen Urteil der Deutschen über die Bundesregierung. Lediglich 22 Prozent der Ostdeutschen und 27 Prozent der Westdeutschen ordnen die Institution in eine der beiden positiven Antwortkategorien ein (Fünfer-Skala mit Mittelkategorie). Fasst man bei unserer Erhebung die positiven Antwortmöglichkeiten zusammen, sind es immerhin 41,1 Prozent der Gruppe „DDR“ und 55,4 Prozent der Gruppe „BRD“, die der Bundesregierung das Vertrauen aussprechen. Entsprechend ist der Unterschied zwischen beiden Sozialisationsgruppen bei den positiven Antworten mit 14,3 Prozentpunkten auch deutlich größer.

	Ost	West
Mittelwert	2,7	2,54
Standardabweichung	0,847	0,79
N	214	92
Konfidenz -	2,58652	2,37857
Konfidenz +	2,81348	2,70143
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 4: Konfidenzintervalle Bundesregierung.

4.2.5 Fazit Institutionenvertrauen

Grundsätzlich lässt sich bei einem Vergleich der Mittelwerte feststellen, dass die Ost-Sozialisierten allen vier getesteten Institution kritischer gegenüberstehen als die West-Sozialisierten. Darüber hinaus ist auffällig, dass die

⁷⁷ Stern Online (2016): Wem die Deutschen am meisten vertrauen, online abzurufen unter: www.stern.de/politik/deutschland/deutsche-vertrauen-eigenem-arbeitgeber--universitaeten-und-aerzten---umfrage-fuer-den-stern-6701676.html (20. März 2016).

Befragten mit ostdeutscher Sozialisation ebenfalls in allen vier Fällen zu einem größeren Anteil die Institutionen als „überhaupt nicht vertrauenswürdig“ eingestuft haben als die Sozialisationsgruppe „BRD“. Weiterhin bestätigen unsere Analysen die aus der Literatur bekannten Vertrauensdifferenzen zwischen den einzelnen Institutionen weithin. So erzielten BVerfG und Bundespräsident deutlich positive Bewertungen, beim Bundestag fiel das Ergebnis gemischt aus und der Bundesregierung stehen die Befragten größtenteils kritisch gegenüber.

Folgende T-Tests identifizierten signifikante Vertrauensunterschiede zwischen beiden Gruppen. Demnach gibt es einen solchen signifikanten Zusammenhang zwischen Sozialisation in Ost oder West und dem Institutionenvertrauen nur beim BVerfG (Vgl. Tabelle 5). Bei Bundespräsident und Bundesregierung lässt sich, obwohl es teilweise keine Überschneidung der Mittelwerte der einen Gruppe mit dem Konfidenzintervall der anderen Gruppe gab, kein signifikanter Zusammenhang nachweisen. Die relativ geringen Fallzahlen dürften daran nicht unbeteiligt sein, sodass bei größeren Umfragen signifikante Unterschiede zutage treten können.

Die Ausgangsthese, dass die unterschiedliche Sozialisation der Gruppen „BRD“ und „DDR“ zu signifikanten Auswirkungen hinsichtlich des Vertrauens in die politischen Institutionen der Bundesrepublik führt, hat sich in nicht mehr als einem von vier Fällen bestätigt. Entsprechend wurde sie in drei von vier Fällen falsifiziert.

	T	Df	Sig.
BVerfG	2,494	289	,013*
Bundespräsident	1,397	303	,163
Bundestag	1,076	304	,283
Bundesregierung	1,521	304	,129

Tabelle 5: T-Test für alle abgefragten Institutionen mit Sozialisation als Gruppierungsvariable.

4.3 Wirtschaftliche Situation

In diesem Abschnitt soll der Einfluss der Sozialisation auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik näher untersucht werden. Dies könnte Hinweise darauf liefern, ob es auch einen Zusammenhang zwischen der perceptiven wirtschaftlichen Situation und dem Vertrauen in demokratische Werte, institutionelle Strukturen und politische Prozesse gibt.

Die Testfrage lautete „Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation in Deutschland auf einer Skala von eins (= sehr schlecht) bis zehn (= sehr gut) ein?“. Dadurch waren zehn unterschiedliche Antworten möglich, die „weiß nicht“-Kategorie wurde von der Analyse entfernt.

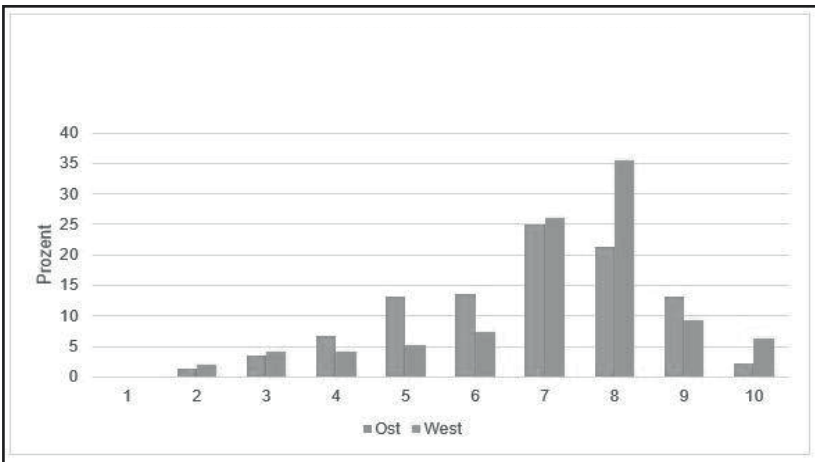


Abbildung 8: Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik nach Sozialisationsgruppe.

Insgesamt 317 Umfrageteilnehmer haben inhaltlich auf die Frage geantwortet. Kein Einziger, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Sozialisationsgruppe, hat dabei die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik mit dem „eins“ eingeschätzt. Die Verteilung der Antworten in beiden Gruppen besitzt starke Ähnlichkeit mit einer „Gauß-Kurve“, wobei die „DDR“-Sozialisierten mit 24,9 Prozent am häufigsten den Wert

„sieben“ gewählt haben, während die am meisten gegebene Antwort der „BRD“-Sozialisierten mit 35,4 Prozent dem Wert „acht“ zugeordnet werden kann.

Insgesamt hat der Großteil der Befragten ein positives Bild von der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik. So entfallen bei der Gruppe Ost 75,2 Prozent aller Antworten auf eine der fünf positiven Antwortkategorien („sechs“ bis „zehn“), bei der Gruppe West sind es sogar 84,4 Prozent (vgl. Abbildung 8).

Durch Zuordnung von Zahlenwerten zu den einzelnen Antwortmöglichkeiten (Antwort „eins“ = eins, Antwort „zwei“ = zwei usw.) ist auch hier die Berechnung von Mittelwerten für beide Testgruppen möglich. Die Trennung zwischen einer eher negativen und einer eher positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Situation liegt dabei beim Wert 5,5. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent liegt der reale Wert in der Grundgesamtheit bei den „DDR“-Sozialisierten zwischen 6,5 und 6,96 und bei den „BRD“-Sozialisierten zwischen 6,81 und 7,51. Damit überlappen sich zwar die Konfidenzintervalle, allerdings werden die Mittelwerte beider Gruppen nicht vom Konfidenzintervall der jeweils anderen eingeschlossen, sodass ein signifikanter Unterschied nicht auszuschließen ist (vgl. Tabelle 6).

	Ost	West
Mittelwert	6,73	7,16
Standardabweichung	1,753	1,773
N	221	96
Konfidenz -	6,49888	6,80533
Konfidenz +	6,96112	7,51467
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 6: Konfidenzintervalle Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands.

Diese Resultate gleichen den Ergebnissen der Studie „Deutschland 2014“⁷⁸. Die Untersuchung verwendet eine Fünfer-Skala von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ (inklusive einer Mittelkategorie) zur Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in Ost und West. Die Umfrage sieht zwar die Einschätzung

⁷⁸ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder 2014, S. 231.

der wirtschaftlichen Situation durch die Ostdeutschen als leicht besser an als durch die Westdeutschen, dennoch sind der grundsätzlich positive Trend bei der Beurteilung und eine ähnliche Gewichtung der Antworten auch hier erkennbar. Der größte Unterschied wird bei der Antwortmöglichkeit „gut“ deutlich, welche 49 Prozent der Ostdeutschen und 46 Prozent der Westdeutschen ausgewählt haben. Umgerechnet auf unsere Erhebung wären 46,2 Prozent der Gruppe „DDR“ und 61,4 Prozent der Gruppe „BRD“ dieser Kategorie zugehörig.

Unterzieht man die Frage nach der wirtschaftlichen Situation einem T-Test, ergibt sich ein signifikanter Unterschied zwischen beiden Sozialisationsgruppen (vgl. Tabelle 7).

	T	df	Sig.
wirtsch. Situation	-1,99	315	,047*

Tabelle 7: T-Test für die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation mit Sozialisation als Gruppierungsvariable.

In der DDR sozialisierte Chemnitzer beurteilen die wirtschaftliche Lage in Deutschland signifikant schlechter als jene, die aus den „alten Ländern“ stammen bzw. nach der Wiedervereinigung großgeworden sind. Es lässt sich im Rahmen der Datenanalyse leider nicht klären, wie sich die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation auf das Vertrauen in demokratische Werte, institutionelle Strukturen und politische Prozesse auswirkt. Da die Gruppe „BRD“ bei den meisten hier vorgenommenen Mittelwertvergleichen aber in Bezug auf die Werteebene, das Institutionenvertrauen und das Vertrauen in politische Entscheidungsträger positivere Werte erzielt hat als die Gruppe „DDR“, zum Teil signifikant, sollte der mögliche Einfluss der wirtschaftlichen Situation (an Stelle der Sozialisation) als Kontrollvariable in weiterführenden Untersuchungen genauer beleuchtet werden.

5 Analyse II

5.1 Vertrauen in Politiker

Für die Frage, inwieweit die Probanden die Vertreter der vier größten Parteien als vertrauenswürdig erachten, wurden vier Antwortmöglichkeiten gegeben, die sich von „sehr vertrauenswürdig“ über „eher vertrauenswürdig“, „eher nicht vertrauenswürdig“ bis „überhaupt nicht vertrauenswürdig“ erstreckt haben.

Lediglich zwei Politiker erhalten ein mehrheitlich positives Zeugnis. Gregor Gysi hielten 62,9 Prozent der Befragten für sehr oder eher vertrauenswürdig. Bei Angela Merkel waren es 56,5 Prozent. Im deutlichen Gegensatz dazu steht die Vertrauenswürdigkeit von Sigmar Gabriel mit 35,1 Prozent und Claudia Roth, die mit einer Häufigkeit von 26 Prozent als eher oder sehr vertrauenswürdig von den Befragten wahrgenommen wurden. Für Angela Merkel und Sigmar Gabriel nähern sich diese Werte an den ARD-DeutschlandTREND vom Januar 2016 an.⁷⁹ Dort verzeichnete die Kanzlerin ein Plus hinsichtlich der Zufriedenheit mit ihrer Arbeit, während bei Vizekanzler Gabriel die negativen Stimmen überwogen. Da Gregor Gysi auf die erneute Kandidatur zum Fraktionsvorsitz verzichtet hat und somit nicht in den aktuellen Umfragen des DeutschlandTRENDS vorkommt, müssen hier die Werte vom Oktober 2015 herangezogen werden.

Zu diesem Zeitpunkt waren 47 Prozent der Befragten mit seiner Arbeit zufrieden.⁸⁰ Da sich Claudia Roth schon 2013 von den Spitzenämtern ihrer Partei zurückgezogen hat, ist der Vergleich mit den Beliebtheitswerten aus diesem Jahr nicht sinnvoll. Auch die Sonntagsfrage⁸¹ als Indikator für die Beliebtheit der durch die Politiker repräsentierten Parteien spiegelt die Verhältnisse der vorliegenden Analyse über das Vertrauen in die Politiker wieder. Wenngleich die Ergebnisse der letzten Befragung vom September 2015 nicht mehr die neusten sind, ist die allgemeine Beliebtheit der CDU, sowie in abgeschwächter Form der Linken, ein augenscheinlich gefestigtes Phänomen im Freistaat. Das schlechtere Abschneiden der SPD und der Grünen deutet auf ein personenunabhängiges und eher parteigebundenes

⁷⁹ Vgl. Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND, Berlin, Januar 2016, S. 15f.

⁸⁰ Vgl. Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND, Berlin, Oktober 2015, S. 10.

⁸¹ Vgl. Infratest dimap, Sonntagsfrage zur Landtgswahl in Sachsen vom 16. September 2015: CDU 38, Prozent, SPD, 13 Prozent, Grüne 7 Prozent, Linke 17 Prozent.

Misstrauen hin. Inwieweit die Sozialisation in Ostdeutschland generell einen Einfluss auf die Bewertung der politischen Entscheidungsträger und speziell als Identifikationsfaktor mit den positiv bewerteten ostdeutschen Politikern gelten kann, wird die folgende Analyse der Umfrage zeigen.

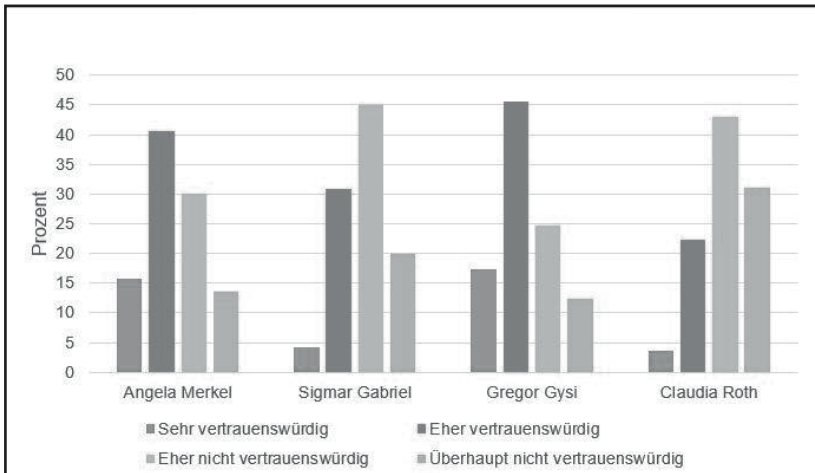


Abbildung 9: Vertrauen in Politiker.

5.1.1 Angela Merkel

Wie schon bei der allgemeinen Analyse deutlich geworden ist, genießt Angela Merkel ein relativ hohes Vertrauen. Die Gründe dafür können vielschichtig sein. Einerseits liegt die Annahme, die Politikerin sei aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft beliebter, nahe. Dies wird auch dadurch gestützt, dass mit Gregor Gysi der zweite ostdeutsche Politiker unter den Befragten ein positives Vertrauensbild vermittelte. Die besondere Identifikation mit einem Entscheidungsträger der gleichen Herkunft würde jedoch Unterschiede zwischen den beiden Sozialisationsgruppen voraussetzen. Andererseits könnte Angela Merkel von der Popularität ihrer Partei profitieren. Die aktuellen Umfragewerte der Sonntagsfrage⁸² bestätigen

⁸² Vgl. ebd.

diese Annahme. Auch das allgemein positive Bild der Bundeskanzlerin bei gesamtdeutschen Umfragen, wie dem ARD-DeutschlandTREND, entspricht unserem Befund. Nicht zuletzt ist zu vermuten, Angela Merkel profitiert vom sog. „Kanzlerbonus“.

Besonders in den Antwortbereichen „sehr vertrauenswürdig“ und „eher vertrauenswürdig“ lassen sich Unterschiede zwischen den in der DDR und in der BRD sozialisierten Befragten erkennen. Während 17,6 Prozent der Ost-Sozialisierten der Kanzlerin ihr volles Vertrauen aussprechen, sind es bei den West-Sozialisierten lediglich 10,6 Prozent. Dieser Unterschied kehrt sich jedoch schon bei der zweiten Antwortkategorie „eher vertrauenswürdig“ um. 46,8 Prozent der in der BRD sozialisierten Befragten, und damit zehn Prozentpunkte mehr als in der anderen Gruppe, ordneten ihr Vertrauen in Angela Merkel dieser Kategorie zu.

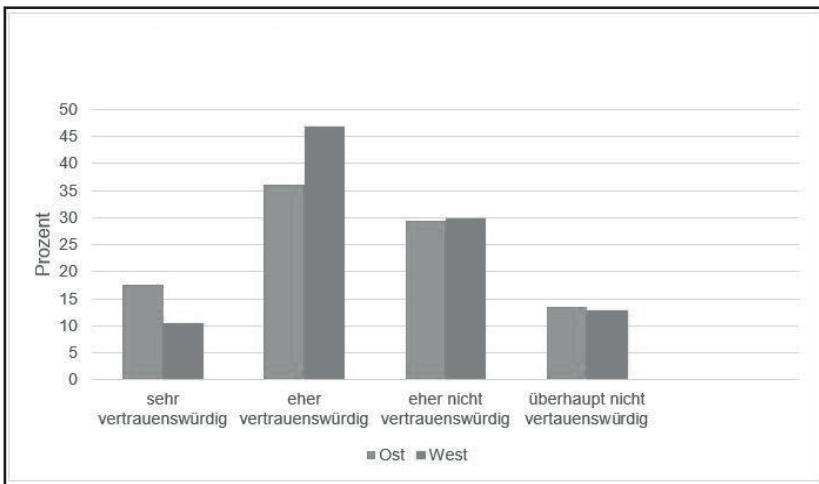


Abbildung 10: Vertrauen in Angela Merkel nach Sozialisationsgruppe.

Bei den beiden Antwortmöglichkeiten, die der Kanzlerin ein Misstrauen aussprechen, existieren, wie in Abbildung 10 deutlich wird, keine nennenswerten Unterschiede. Lediglich 0,4 Prozentpunkte mehr als die Gruppe Ost (29,4 Prozent) empfinden die Person als eher nicht vertrauenswürdig. 13,6 Prozent der in der DDR sozialisierten Befragten sprechen der Kanzlerin

jegliches Vertrauen ab, was 0,6 Prozentpunkte mehr sind als in der anderen Gruppe.

Angesichts der relativ gleichen Verteilung der Häufigkeiten zwischen den einzelnen Antwortkategorien, bei einer gruppenübergreifend positiven Einschätzung des Vertrauens, haben sowohl die Identifikation von Frau Merkel mit der Partei und die allgemein positive Bewertung der Arbeit der Bundeskanzlerin einen höheren Erklärungsgehalt für die Ausprägung der Antworten als die Identifikation mit der geografischen Herkunft.

Bei dieser Betrachtung wurde ein ambivalentes Vertrauensverhältnis deutlich, wenngleich noch keine eindeutige Aussage über generalisierbare Unterschiede zwischen den beiden Personenkreisen gezogen werden kann. Der hierfür notwendige Vergleich der Mittelwerte beider Gruppen ergibt für die Gruppe „DDR“ einen Wert von 2,4. Die Gruppe „BRD“ spricht der Kanzlerin als Mittelwert ein Vertrauen von 2,45 aus. Darin bestätigt sich einerseits das unabhängig von der Sozialisation, allgemein positive Vertrauensbild von Angela Merkel. Andererseits macht es deutlich, dass nur marginale Unterschiede im Mittel vorhanden sind.

	Ost	West
Mittelwert Ost	2,4	2,45
Standardabweichung	0,943	0,85
N	214	94
Konfidenz -	2,37163665	2,40704131
Konfidenz +	2,68105499	2,83662825
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 8: Konfidenzintervall Angela Merkel.

Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent ordnen die Chemnitzer mit ostdeutscher Sozialisation Angela Merkel ein mittleres Vertrauen von 2,37 bis 2,68 zu. Bei den BRD-sozialisierten Chemnitzern bewegt sich das Vertrauen in einem Bereich von 2,41 bis 2,84. In beiden Fällen tangiert der Wertebereich, je nach Auslegung, einerseits ein allgemein positives Vertrauensbild der Kanzlerin und andererseits ein allgemein negatives Vertrauensbild, da die Trennschwelle hierfür bei 2,50 liegt. Wie Tabelle 1 verdeutlicht, überschneiden sich die Wertebereiche der einzelnen Sozialisationsgruppen, sodass keine exakte Aussage darüber getroffen werden kann,

inwieweit eine der beiden Personengruppen aus der Grundgesamtheit der Kanzlerin mehr oder weniger Vertrauen entgegenbringt. Folgt man der Studie des INSA-Institutes vom September 2015, so sind die Verhältnisse des Vertrauens in die Kanzlerin umgekehrt zu den hier erhobenen Werten. Während dem Meinungstrend nach lediglich 24 Prozent der Ostdeutschen Angela Merkel am meisten vertrauten, waren es 33 Prozent der Westdeutschen.⁸³ Allerdings lässt sich dieses Umfrageergebnis aus zwei Gründen nur bedingt auf die hier vorliegenden Analyseergebnisse projizieren. Einerseits ist die Grundgesamtheit beider Umfragen verschieden, da der INSA-Meinungstrend alle Bundesbürger befragt hat, während die vorliegende Studie lediglich Chemnitzler befragte. Andererseits unterscheidet sich die Konzeption der Frage zwischen den Studien erheblich. Während das INSA-Institut nach dem beliebtesten Politiker fragt und somit eine Reihung vornimmt, wurde bei der vorliegenden Studie das Vertrauen für jeden einzelnen Entscheidungsträger abgefragt, ohne unter den abzufragenden Personen eine Reihung vorzunehmen. Letztlich bleibt somit auch unter Bezugnahme auf die Studie des INSA-Institutes festzuhalten, dass vorerst kein eindeutiges Stimmungsbild zugunsten oder zulasten der Bundeskanzlerin, je nach Sozialisationsgruppe, gezogen werden kann.

5.1.2 Sigmar Gabriel

Bei Sigmar Gabriel zeigt sich ein ähnlich ambivalentes Bild wie bei Angela Merkel. Während mit 4,5 Prozent 1,2 Prozentpunkte mehr Ost-Sozialisierte den Vizekanzler als sehr vertrauenswürdig einordnen, sind es bei der folgenden Antwortmöglichkeit mit 27,6 Prozent 6,5 Prozentpunkte weniger bei den Befragten mit ostdeutscher Sozialisation. Bei den beiden negativen Kategorien sind, wie auch schon bei Angela Merkel, die Verteilungen der Antworten ohne größere Unterschiede zwischen den Personenkreisen. 43 Prozent der Befragten mit Ost-Sozialisation und 44 Prozent der Befragten aus der anderen Gruppe empfinden den Vizekanzler als eher nicht vertrauenswürdig. 19,5 Prozent beziehungsweise 18,7 Prozent der BRD-Sozialisierten haben überhaupt kein Vertrauen in ihn.

⁸³ Vgl. Zeit Online (2015): Vertrauen der Ostdeutschen in Merkel schwindet, online abrufen unter: www.zeit.de/news/2015-09/25/bundesregierung-vertrauen-der-ostdeutschen-in-merkel-schwindet-25101802 (15. März 2016).

Bei der Anwendung derselben drei Annahmen über den Grund für die Ausprägung der Antworten wie bei Angela Merkel ergibt sich beim Vizekanzler ein ähnliches Bild. Wieder sind die Unterschiede zwischen den beiden Sozialisationsgruppen nicht derart prägnant, dass von einer geografischen Identifikation mit dem Entscheidungsträger ausgegangen werden kann. Das eher schlechte Abschneiden der SPD bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl in Sachsen gegenüber der CDU sowie die im ARD-DeutschlandTREND eher negative Bewertung der Arbeit des Vizekanzlers können auch hier als Erklärungsmöglichkeiten für das mehrheitliche Misstrauen der Befragten in den Entscheidungsträger dienen.

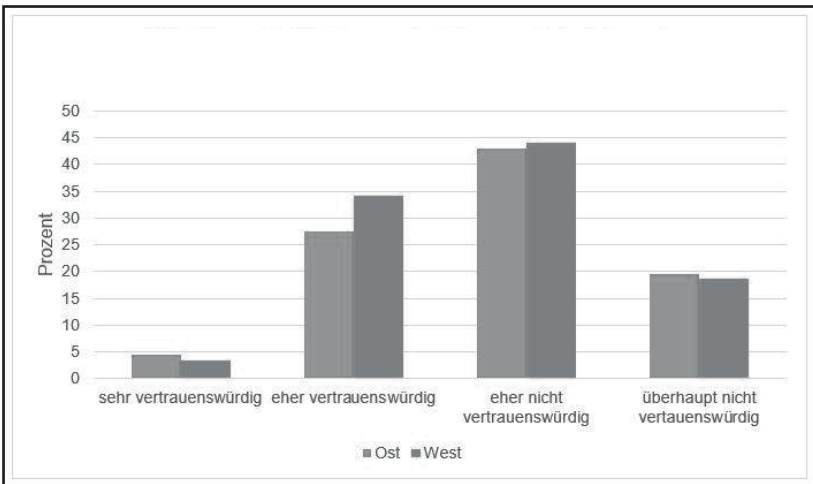


Abbildung 11: Vertrauen in Sigmar Gabriel nach Sozialisationsgruppe.

Die Betrachtung der Mittelwerte (2,82 versus 2,78) beider befragten Personengruppen offenbart, dass allgemeines Misstrauen gegenüber Sigmar Gabriel herrscht. Hier offenbart sich ein noch geringerer Unterschied bei den Mittelwerten, als es bei Angela Merkel der Fall war. Jedoch lässt sich in diesem Fall, anders als bei dem Vertrauen der Bevölkerung in Chemnitz, mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent sagen, dass die Chemnitzer, unabhängig ihrer Sozialisation, Sigmar Gabriel eher misstrauen. Wie Tabelle 9 offenbart,

fällt selbst bei einer optimistischen Schätzung zugunsten des Vizekanzlers das Vertrauen geringer als das Misstrauen aus.

Der Wertebereich des Konfidenzintervalls erstreckt sich von diesem leichten Misstrauen bis hin zu Werten über 3,0 und liegt damit im Rahmen zwischen „eher nicht vertrauenswürdig“ und „überhaupt nicht vertrauenswürdig“. Erneut überschneiden sich die möglichen Ausprägungen für die Grundgesamtheit, getrennt nach den Sozialisationsgruppen. Somit lassen sich keine Aussagen über ein dediziert anderes Vertrauensbild aufgrund der Sozialisation in der DDR oder BRD tätigen.

	Ost	West
Mittelwert Ost	2,82	2,78
Standardabweichung	0,812	0,786
N	209	91
Konfidenz -	2,7716962	2,71243595
Konfidenz +	3,08847929	3,17055319
$\alpha = 5\%$		

Tabelle 9: Konfidenzintervall Sigmar Gabriel.

5.1.3 Gregor Gysi

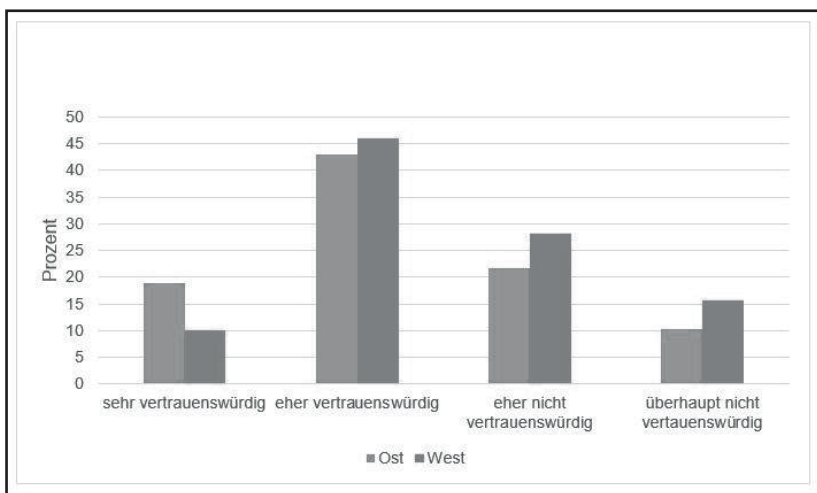


Abbildung 12: Vertrauen in Gregor Gysi nach Sozialisationsgruppe.

Mit Gregor Gysi existiert ein zweiter politischer Entscheidungsträger, dem die Befragten ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Als sehr vertrauenswürdig stuften ihn 19 Prozent der Umfrageteilnehmer mit DDR-Sozialisation ein. In der Vergleichsgruppe waren es 8,9 Prozent weniger.

Ein umgekehrtes Bild herrscht hingegen bei den folgenden Antwortmöglichkeiten. Mit einem Wert von 46,1 Prozent hielten die BRD-Sozialisierten den Linkenpolitiker um 3,1 Prozentpunkte mehr für „eher vertrauenswürdig“. In den negativen Vertrauenskategorien blieb dieses Verhältnis bestehen. Während lediglich 21,7 Prozent der Befragten mit Ost-Sozialisation Gregor Gysi als „eher nicht vertrauenswürdig“ einstufen, waren es unter den West-Sozialisierten 28,1 Prozent. Kein Vertrauen in den Entscheidungsträger hatten 10,4 Prozent der Gruppe mit DDR-Sozialisation, wobei dies 5,3 Prozentpunkte weniger Befragte waren als in der Vergleichsgruppe. Wie Abbildung 4 verdeutlicht, findet sich bei der Frage nach dem Vertrauen in Gregor Gysi eine größere Heterogenität in der Verteilung der einzelnen Antwortkategorien nach Sozialisation der Befragten wieder.

Anders als bei Angela Merkel und Sigmar Gabriel lassen sich bei Gregor Gysi Tendenzen zu einer geografischen Identifikation mit dem Entscheidungsträger finden. Die Unterschiede zwischen den Sozialisationsgruppen sind besonders bei den Antwortkategorien „sehr vertrauenswürdig“, „eher nicht vertrauenswürdig“ und „überhaupt nicht vertrauenswürdig“ erkennbar. Der Vergleich mit dem ARD-DeutschlandTREND verdeutlicht diese Annahme. Während Gregor Gysi dort kein mehrheitlich positives Zeugnis ausgestellt wird, vertraute ihm die Mehrzahl der Befragten der vorliegenden Studie. Damit ist die Ausprägung der Antworten kein gesamtdeutsches Phänomen. Hinsichtlich der Identifikation des Politikers mit der Partei ergibt sich kein eindeutiges Ergebnis. Zwar ist die Linke in Sachsen mit 17 Prozent bei der Umfrage zur Landtagswahl vom September 2015 zweitstärkste Kraft, die Kluft zwischen ihr und der CDU mit 38 Prozent ist jedoch so groß, dass eine Bezugnahme auf Umfragewerte der Linken als Erklärungsfaktor für das gute Abschneiden von Gregor Gysi wenig tauglich erscheinen.

Dies wird erstmalig auch im Vergleich der Mittelwerte der Antworten deutlich. Wenngleich das sich in Abbildung 13 abzeichnende, positive Vertrauensbild gegenüber dem Entscheidungsträger auch in den Mittelwerten widerspiegelt, so ist der Unterschied im Mittel bei den Werten 2,25 für die DDR-sozialisierten und 2,49 für die BRD-sozialisierten erstmals in den

Dezimalbereich gerückt. Dieses vorerst positive Vertrauensbild wird bei einem Blick auf die Grundgesamtheit der Chemnitzer Bürger getrübt. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent bewegt sich das Vertrauen der DDR-sozialisierten Chemnitzer in einem Wertebereich von 2,23 bis 2,51.

	Ost	West
Mittelwert Ost	2,25	2,49
Standardabweichung	0,904	0,881
N	208	89
Konfidenz -	2,23182247	2,44050552
Konfidenz +	2,51388752	2,90556687

$\alpha = 5\%$

Tabelle 10: Konfidenzintervall Gregor Gysi.

Damit ist trotz des nur kleinen Schnittpunktes mit dem Misstrauensbereich erneut kein eindeutiges Stimmungsbild vorhanden. Auch das Konfidenzintervall für die BRD-Sozialisierten tangiert beide Bewertungsbereiche. Darüber hinaus überlappen sich beide Wertebereiche. Anders als bei den vorangegangenen Analysen schließt das Konfidenzintervall der Gruppe West erstmals nicht den Mittelwert der Gruppe Ost ein. Daher ist von einem signifikanten Unterschied zwischen beiden Gruppen auszugehen, der mittels T-Test überprüft werden soll.

5.1.4 Claudia Roth

Ähnlich wie bei Sigmar Gabriel hat der Blick auf die allgemeine Verteilung der Antworten auch bei Claudia Roth gezeigt, dass die Befragten ihr mehrheitlich misstrauen. Dieses Bild wird auch bei der getrennten Betrachtung der Verhältnisse der einzelnen Antwortkategorien zwischen den Vergleichsgruppen erneut deutlich. Keiner der befragten BRD-Sozialisierten sprach der Grünenpolitikerin ein sehr hohes Vertrauen aus, während 4,8 Prozent der Vergleichsgruppe diese Kategorie wählten. Während 20,1 Prozent der Gruppe Ost und 27,7 Prozent der Gruppe West die Entscheidungsträgerin als „eher vertrauenswürdig“ einstufen, hat die Mehrzahl der Befragten aus beiden Sozialisationsgruppen ihr Misstrauen gegenüber der Politikerin geäußert. Demnach hielten 38,6 Prozent der Teilnehmer, die in der DDR ihre

Kindheit und Jugend verbracht haben, Claudia Roth für „eher nicht vertrauenswürdig“, wohingegen mit 53 Prozent über die Hälfte der Vergleichsgruppe diese Kategorie gewählt hat. Für „überhaupt nicht vertrauenswürdig“ erachteten 36,5 Prozent der ost-geprägten und 19,3 Prozent der west-geprägten Befragten Frau Roth. Wie Abbildung 13 verdeutlicht, sind beide Personenkreise bei der Umfrage eindeutig negativ gegenüber der Entscheidungsträgerin eingestellt. Obwohl die Verteilungen der Vertrauenskategorien, je nach Sozialisation, auf den ersten Blick sehr unterschiedlich wirken, liegen die Mittelwerte für beide Gruppen nah beieinander.

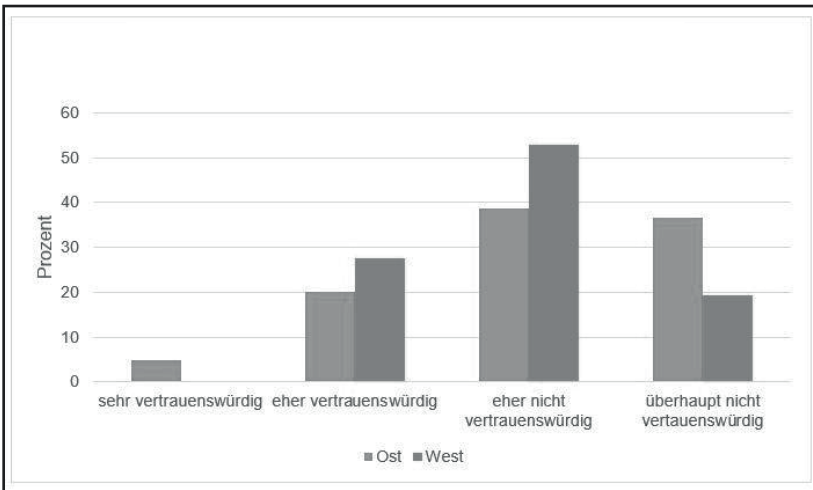


Abbildung 13: Vertrauen in Claudia Roth nach Sozialisationsgruppe.

Claudia Roth ist unter den abgefragten Politikern jene, der beide Gruppen der Befragten das größte Misstrauen entgegengebracht haben. Wenngleich sich die Mittelwerte zwischen beiden Sozialisationsgruppen nahezu gleichen, ist in Abbildung 13 ein mehrheitlich gemäßigtes Misstrauen der Sozialisationsgruppe BRD gegenüber der Vergleichsgruppe erkennbar. Daher lässt sich auf den Identifikationsfaktor der Herkunft als Erklärungsfaktor für die Ausprägung der Variable schließen und die Vermutung aufstellen, dass sich die Gruppe der Befragten, die ihre Kindheit und Jugend nicht in der DDR verbracht hat, eher mit der Grünenpolitikerin identifi-

zieren kann als die Vergleichsgruppe. Die Parteipräferenz der letzten Sonntagsfrage und das durch die Umfrageteilnehmer entgegengebrachte Vertrauen decken sich weithin. Mit sieben Prozent sind die Grünen unter den hier abgefragten Parteien der jeweiligen Politiker jene, die am schlechtesten abgeschnitten haben. Ein Vergleich mit Umfragen zur Zufriedenheit mit der Arbeit der Entscheidungsträgerin ist aufgrund der Aufgabe ihrer Parteiämter 2013 und der daher fehlenden Aktualität nicht sinnvoll.

Mit einem Wert von 3,07 wurde die Grünenpolitikerin im Vergleich zu den anderen abgefragten Akteuren durch die Umfrageteilnehmer mit ostdeutscher Sozialisation am schlechtesten bewertet. Auch unter der Vergleichsgruppe fällt der Mittelwert für das Vertrauen in die Politikerin mit 2,92 ähnlich schlecht aus und bedeutet, dass dieser Personenkreis ihr gegenüber das geringste Vertrauen aufbringt.

Auf die Grundgesamtheit der Chemnitzer Bürger geschlossen, bewegt sich die Grünenpolitikerin mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent bei den DDR-Sozialisierten im Bereich zwischen „eher nicht vertrauenswürdig“ und „überhaupt nicht vertrauenswürdig“. Hierin verdeutlicht sich das schlechte Abschneiden von Claudia Roth gegenüber den anderen abgefragten Politikern. Wie in Tabelle 11 erkennbar, überschneiden sich auch bei dieser Entscheidungsträgerin die Konfidenzintervalle beider Vergleichseinheiten; wobei anders – als bei Gregor Gysi – beide Gruppenmittelwerte vom Konfidenzintervall der jeweiligen Vergleichsgruppe eingeschlossen sind.

	Ost	West
Mittelwert Ost	3,07	2,92
Standardabweichung	0,869	0,684
N	189	83
Konfidenz -	2,9998364	2,8479244
Konfidenz +	3,38794856	3,28638432

Tabelle 11: Konfidenzintervalle Claudia Roth.

5.1.5 Gegenüberstellung

Der Vergleich der Mittelwertdifferenzen zwischen den beiden Sozialisationsgruppen mittels T-Test gibt Aufschluss darüber, inwieweit signifikante Unterschiede bei der Beantwortung der Umfrage durch die unterschiedlich

geprägten Personengruppen existieren. Hierbei soll bei einer abschließenden Gegenüberstellung der Ergebnisse die anfangs gestellte Hypothese bekräftigt oder widerlegt werden.

Ungeachtet der erzielten Mittelwerte lässt sich feststellen, dass die Befragten mit ostdeutscher Sozialisation in allen vier Fällen zu einem größeren Anteil die Politiker als sehr vertrauenswürdig eingestuft haben als die Vergleichsgruppe. Bei keiner anderen Frage können ähnliche Tendenzen festgestellt werden. Weiterhin bekamen die beiden Entscheidungsträger mit ostdeutschem Hintergrund ein allgemein positiveres Vertrauenszeugnis ausgestellt als die in der BRD geborenen Politiker.

Der T-Test bestätigt die Annahmen aus dem vorangegangenen Vergleich der Konfidenzintervalle für die beiden Vergleichsgruppen. Mit Ausnahme von Gregor Gysi besteht, wie Tabelle 12 deutlich macht, bei keinem der abgefragten Politiker ein signifikanter Vertrauensunterschied zwischen den Personen, die ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht haben, und jenen, die in der BRD sozialisiert wurden. Damit kann die Hypothese, es existiere ein signifikanter Unterschied zwischen DDR- und BRD-Sozialisierten, hinsichtlich des Vertrauens in die politischen Entscheidungsträger, in drei von vier Fällen abgelehnt werden.

	T	df	Sig.
Angela Merkel	-,397	306	,692
Sigmar Gabriel	,376	298	,707
Gregor Gysi	-2,151	295	,032*
Claudia Roth	1,559	196,385	121

Tabelle 12: T-Test für alle abgefragten Politiker mit Sozialisation als Gruppierungsvariable.

5.2 Kulturebene

Die folgende Betrachtung widmet sich der Wertedimension. Dafür wurde den Umfrageteilnehmern folgende Frage gestellt: „Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden dürfen oder nicht?“. Die Variable war derart ausgestaltet, dass lediglich zwei Antworten, „eher ja“ oder „eher nein“, möglich waren, wobei die „Weiß-nicht“-Kategorie erneut aus der Analyse genommen wurde.

Von den 300 befragten Teilnehmern der Studie sprachen sich 127 für die Aufweichung der Werte in Gefahrensituationen aus, wie beispielsweise einer wirtschaftlichen Rezession oder einem Terroranschlag. Im Gegensatz dazu waren mit 167 Antworten insgesamt 56,8 Prozent der Teilnehmer mehrheitlich gegen eine Abkehr von diesen Werten. Wie in Abbildung 14 deutlich wird, unterscheiden sich die beiden Sozialisationsgruppen in ihrem Antwortverhalten deutlich. Während mit 50 Prozent genauso viele Befragte mit DDR-Sozialisation eine Abkehr von den Werten der Demokratie befürworten wie ablehnen, können sich nur 28,4 Prozent der BRD-Sozialisierten das Aufgeben jener Werte in Gefahrensituationen vorstellen.

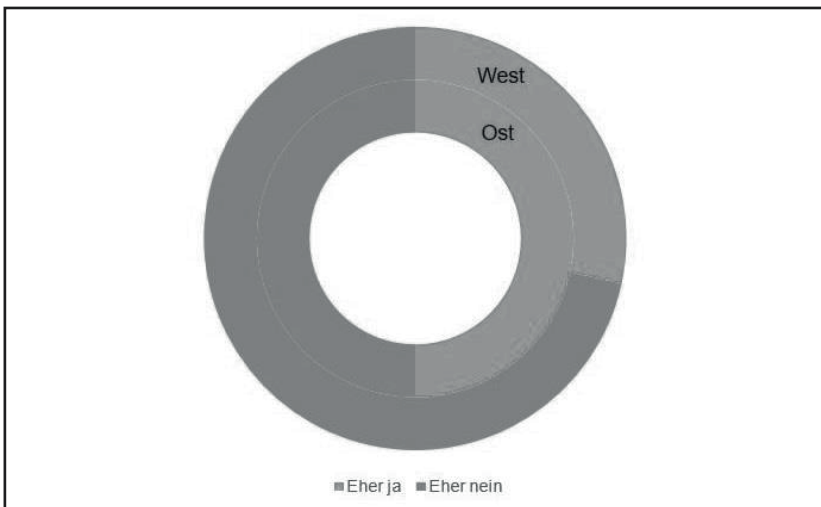


Abbildung 14: Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden dürfen oder nicht? Nach Sozialisationsgruppe.

Während mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent 20 Prozent bis 39 Prozent alle Chemnitzer, die ihre Kindheit und Jugend nicht in der DDR verbracht haben, die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufweichen würden, liegt das Vertrauensintervall der DDR-sozialisierten Chemnitzer zwischen 45 Prozent und 59 Prozent. Daher kann von einem signifikanten Unterschied der beiden Vergleichsgruppen ausgegangen werden. Ein Phi-Test bestätigt diesen Zusammenhang für die Grundgesamtheit: Der Wert liegt bei 0,200 (Sig.: 0,001): In der DDR aufgewachsene Menschen, die in Chemnitz leben, weisen damit eine geringere Bindung an die Werte unserer Demokratie auf, wenn auch nur wenig.

Obwohl die Demokratie unter den Bürgern in Ost- wie Westdeutschland generell einen hohen Zuspruch findet, existieren zwischen diesen beiden Gruppen auf gesamtdeutscher Ebene Unterschiede hinsichtlich der Wertedimension. Wie aus dem Sozialreport 2014 deutlich geworden ist, halten „[d]rei Viertel der Ostdeutschen und 86 Prozent der Westdeutschen [...] das Leben in einer demokratischen Gesellschaft für sehr wichtig/wichtig.“⁸⁴ Diese Differenz der Wertschätzung eignet sich nur bedingt als Begründung für die Diskrepanz zwischen den Sozialisationsgruppen BRD und DDR in der vorliegenden Studie, da sich trotz der Unterschiede Ost- wie Westdeutsche generell mit den demokratischen Werten verbunden gefühlt haben. Einen höheren Erklärungswert liefert die Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratieentwicklung.⁸⁵ Im Gegensatz zu den 70 Prozent der Westdeutschen, die mit diesem Prozess sehr zufrieden oder zufrieden sind, ist der Anteil der Ostdeutschen mit 57 Prozent geringer. Wenngleich bei beiden Erklärungsansätzen die Differenz zwischen den Bürgern in den neuen und alten Bundesländern gleich hoch ist, lassen sich die Unterschiede hinsichtlich der Verbundenheit mit den demokratischen Werten über den Stand der Demokratieentwicklung aufgrund der ähnlichen Streuung der Ergebnisse besser erklären. Gestützt wird dieses Phänomen mit dem Ergebnis aus der Studie „Deutschland 2014“, bei der sich herausstellte, dass Ostdeutsche die westdeutsche Demokratie, trotz der Übereinstimmung bei der Einschätzung von Grundwerten und Verfahrensgaranten, deutlich kriti-

⁸⁴ Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.: Sozialreport 2014, Berlin 2014, S.109.

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 109f.

scher bewerten.⁸⁶ Die Unterschiede in der Kulturebene, die durch die signifikant unterschiedliche Bindung an die demokratischen Werte nachgewiesen wurde, ist somit kein Chemnitzer Sonderfall, sondern ein generelles Phänomen zwischen Ost- und Westdeutschen.

5.3 Einschätzung der „Wende“

Der letzte Teil der Analyse widmet sich der Wiedervereinigung. Die Befragten sollten einschätzen, ob die neuen Länder von der „Wende“ profitiert haben oder nicht. Hierbei gilt es folgende Hypothese zu überprüfen: Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen beiden Sozialisationsgruppen. Die neuen Länder haben aus Sicht der Sozialisationsgruppe „BRD“ stärker von der „Wende“ profitiert als aus Sicht der Sozialisationsgruppe „DDR“.

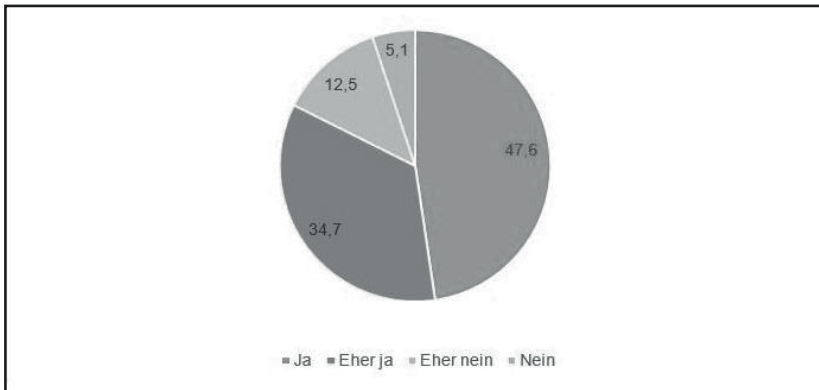


Abbildung 15: Haben die neuen Länder Ihrer Meinung nach von der „Wende“ profitiert?

Dabei zeigt sich ein äußerst positives Meinungsbild unter den Befragten. 82,3 Prozent der Umfrageteilnehmer waren der Meinung, die neuen Bundesländer hätten von der „Wende“ profitiert. Wie Abbildung 15 verdeutlicht, ist die Differenz zwischen jenen, die der Frage vollkommen zustimmen, und jenen, die eine eher positive Bilanz ziehen, marginal.

⁸⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Deutschland 2014, Berlin 2015, S.11f.

Nicht nur bei der allgemeinen Betrachtung, sondern auch bei der Differenzierung zwischen den Vergleichsgruppen nimmt, wie Abbildung 16 verdeutlicht, die Zustimmung mit jeder Kategorie von „ja“ bis „nein“ stetig ab. 52,7 Prozent der Sozialisationsgruppe „BRD“ sind überzeugt, dass die neuen Bundesländer von der „Wende“ profitiert haben, in der Vergleichsgruppe mit ostdeutscher Sozialisation 44,9 Prozent. Leichte Zweifel am Profit von der „Wende“ haben beide Gruppen annähernd gleichermaßen, wobei diesmal die Befragten, die ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht haben diese Antwortkategorie unwesentlich häufiger gewählt haben. Der Unterschied unter den mehrheitlich zweifelnden Befragten liegt mit 5,8 Prozentpunkten, bei 14,4 Prozent der Sozialisationsgruppe „DDR“, deutlich höher. Unter den Umfrageteilnehmern, die meinen die neuen Bundesländer hätten nicht von der „Wende“ profitiert haben, ist der Unterschied zwischen den Vergleichsgruppen bei einem Anteil der Sozialisationsgruppe „BRD“ von 4,3 Prozent und dem der Sozialisationsgruppe „DDR“ mit 5,6 Prozent wieder annähernd gleich. Dabei nimmt die Zustimmung unter den Befragten mit ostdeutscher Sozialisation einen Mittelwert von 1,81 und bei denen, die ihre Kindheit und Jugend nicht in der DDR verbracht haben, einen Wert von 1,65 an.

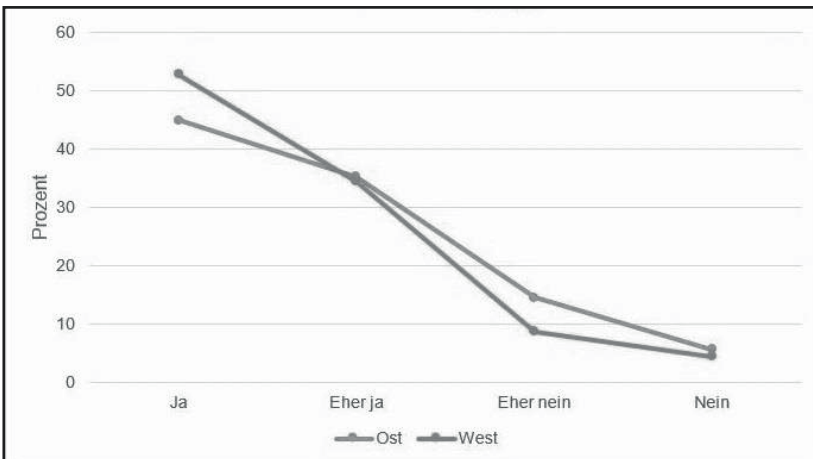


Abbildung 16: Haben die neuen Bundesländer Ihrer Meinung nach von der „Wende“ profitiert? Nach Sozialisationsgruppe.

Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent stimmen die Chemnitzer Bürger der Frage, ob die neuen Bundesländer von der „Wende“ profitiert haben, im Mittel mit einem Wert von 1,80 bis 1,82 zu. Bei den Chemnitzern, die nicht in der DDR sozialisiert wurden, nimmt das Konfidenzintervall des Mittelwertes einen Betrag von 1,62 bis 1,68 an.

Durch die fehlende Überschneidung der Konfidenzintervalle der jeweiligen Sozialisationsgruppe mit dem Mittelwert der Vergleichsgruppe liegt ein signifikanter Unterschied zwischen den Chemnitzer Bürgern mit DDR- und denen mit BRD-Sozialisation nahe. Außerdem bestätigt sich die Hypothese, dass die neuen Bundesländer für die Sozialisationsgruppe BRD stärker von der „Wende“ profitiert als für die Sozialisationsgruppe DDR.

Auch wenn in jüngsten Untersuchungen⁸⁷ eine gestiegene Lebenszufriedenheit unter Ost- sowie Westdeutschen in den Jahren seit der „Wende“ ersichtlich wird, so lassen sich dennoch signifikante Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern feststellen.⁸⁸ Diese können, ungeachtet der fehlenden Belastbarkeit der regionalen Unterschiede zwischen den einzelnen ost- und westdeutschen Bundesländern, auch als Erklärungsfaktor für die hier vorzufindende signifikant höhere Bewertung des Profits der neuen Bundesländer durch die Chemnitzer Bürger ohne DDR-Sozialisation herangezogen werden. Da dieser Erklärungsansatz jedoch nicht die Sozialisation, sondern lediglich den Wohnort als Gruppierungsvariable vorsieht, hat er keine ausreichende Aussagekraft für die Chemnitzer Bürger mit unterschiedlichem Sozialisationshintergrund. Eine bessere Erklärung bieten die teilweise nicht erfüllten Erwartungen der Ostdeutschen, die mit der „Wende“ einhergingen und eine kritischere Wahrnehmung der Demokratie bedingten.⁸⁹

⁸⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: ebd., S.79f.

⁸⁸ Vgl. Schupp, Jürgen et al.: Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nach der Wiedervereinigung, Berlin 2013, S. 39f.

⁸⁹ Vgl. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. 2014, S. 109f.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Auf Grundlage der theoretischen Vorarbeiten wurde ein Fragebogen mit einem Umfang von 29 Items gewonnen, von denen neun in dieser Teiluntersuchung verwendet wurden. Nach Abschluss der methodischen Überarbeitung durch das Seminar und den Pretest konnte der Fragebogen erfolgreich in einer Face-to-Face-Befragung mit 320 Befragten verwendet werden und lieferte die Daten.

Die in dieser Arbeit verwendeten Items enthielten Fragen zu Alter, Geschlecht und Wohnort der Befragten und zielten auf die Einstellungen und Meinungen zum Prozess der „Wende“ sowie zur Bindung an demokratische Grundwerte und Vertrauen in bundesdeutsche Institutionen und Entscheidungsträger. In Anlehnung an die Überlegungen David Eastons und Dieter Fuchs⁴ wurde untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen der Sozialisation eines Chemnitzers (DDR und BRD) und den genannten Einstellungen und Meinungen zur Wiedervereinigung gibt. Hierfür wurden in der Analyse Mittelwerte gebildet, die die Antworten der verschiedenen Items in Unterscheidung der beiden Sozialisationsgruppen abbilden. Mittels T-Tests konnte überprüft werden, ob es zu signifikanten Unterschieden zwischen den beiden Sozialisationsgruppen beim Antwortverhalten gekommen ist.

Die Analyse ergab nur hier und da signifikante Unterschiede zwischen beiden Sozialisationsgruppen. Bei drei von fünf Kategorien – der Beurteilung der bundesdeutschen wirtschaftlichen Situation, der Bindung an demokratische Grundwerte und die Beurteilung der „Wende“ – ergaben die T-Tests einen signifikanten Unterschied. Keine signifikanten Unterschiede zeigten sich hingegen beim Vertrauen in bundesdeutsche Institutionen und Spitzenpolitiker. Dabei decken sich unsere Erkenntnisse mit anderen sozialwissenschaftlichen Studien auf diesen Gebieten. So ist die signifikant höhere Bindung von Menschen mit BRD-Sozialisation an demokratische Grundwerte im Vergleich zu Bürgern mit DDR-Sozialisation bereits bekannt. Ebenso verhält es sich mit der Einschätzung der Wirtschaftssituation, die die Bürger mit BRD-Sozialisation im Mittel besser einschätzen, und bei der Beurteilung der „Wende“ für die neuen Bundesländer, die ebenfalls von den Bürgern mit DDR-Sozialisation schlechter eingeschätzt wird als von Bürgern mit BRD-Sozialisation. Ähnlich verhält es sich mit dem Vertrauen in bundesdeutsche Institutionen und Politiker, bei dem

zwischen den beiden Sozialisationsgruppen, wie sich in vergleichbaren Studien zeigt, keine signifikanten Unterschiede erkennbar sind.

Im Kern ging es in unserem Teil der Analyse um vier Ebenen politischer Kultur: die Beurteilung des Wiedervereinigungsprozesses, Bindung an demokratische Grundwerte und Vertrauen in politische Institutionen und Akteure. Auf der Ebene, die sich mit den Auswirkungen der „Wende“ auseinandersetzt, zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Vergleichsgruppen. Dazu zählen die Fragen nach der Einschätzung des Profits der „Wende“ für die neuen Bundesländer als auch die Einschätzung der aktuellen gesamtdeutschen Wirtschaftssituation. Gleiches zeigt sich bei der Bindung an die demokratischen Grundwerte. Mit Blick auf die Unterstützung des politischen Systems eröffneten sich in Abhängigkeit vom Sozialisationshintergrund nur geringe Unterschiede. Lediglich eine der drei diesbezüglichen Kategorien erwies sich als relevant. Konkret lautete die Frage: Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden dürfen oder nicht? Menschen mit DDR-Sozialisation tendierten im Vergleich zu Bürgern mit BRD-Sozialisation eher dazu, die Frage zu bejahen. Ein Grund mag die friedliche Revolution gewesen sein (neben der DDR-Erfahrung): Diese brachte in den neuen Bundesländern einen abrupten Systemwechsel mit sich, was sich auch in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Einzelnen widerspiegelte, da in der ehemaligen DDR eine starke Verquickung dieser Bereiche vorherrschte. Viele der ehemaligen DDR-Bürger sahen sich mit völlig neuen Lebensverhältnissen konfrontiert und erlitten wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückschläge (z.B. Verlust von Arbeitsplatz und beruflicher Absicherung). Dies kann im gesamtgesellschaftlichen Kontext als Krisensituation wahrgenommen werden. Auf Chemnitzer mit „BRD-Biographie“ dürfte dies nicht in diesem Ausmaß zutreffen. Die Neigung der ehemaligen DDR-Bürger, die Demokratie in Bedrohungssituationen aufzuweichen, sollte somit auch im Kontext der Transformationserfahrungen gesehen werden.

Neben dem Sozialisationshintergrund dürften folglich weitere Einflüsse und Wechselbeziehungen existieren, die mit der DDR-Biographie zu tun haben – wenn auch nicht unmittelbar. So ist die Einschätzung der Auswirkungen des Wiedervereinigungsprozesses bei den verschiedenen Untersuchungsgruppen nicht nur im Kontext der primären und sekundären Sozialisation zu sehen, sondern eng mit dem Erlebnis der „Wende“ bei ehemali-

gen DDR-Bürgern verwoben. Ähnlich der Beantwortung der Frage zur Aufweichung von demokratischen Werten in Gefahrensituationen zeigt sich bei den ehemaligen DDR-Bürgern eine schlechtere Bewertung der „Wende“. Dies kann ebenfalls eher im Zusammenhang mit dem bereits beschriebenen biographischen Hintergrund der Befragten gesehen werden, haben doch manche ehemalige DDR-Bürger im Prozess der Wiedervereinigung private, berufliche und finanzielle Einschnitte hinnehmen müssen. Dieses individuelle Erlebnis schlägt sich auch in der Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Situation nieder und kann damit den signifikanten Unterschied ebenso erklären wie der politische Sozialisationsprozess. Unsere Teiluntersuchung bestärkt damit Erkenntnisse ähnlicher Studien.

Im Grunde taten sich nur leichte bis keine signifikanten Unterschiede zwischen den Vergleichsgruppen auf. Aufschlussreich wäre ein Vergleich mit Befragungen aus der Zeit kurz nach der „Wendezeit“ um 1990 gewesen, da sich hier mitunter eine größere Diskrepanz gezeigt hätte. Im Hinblick auf die Chemnitzer Bevölkerung unterstreicht unsere Untersuchung die in anderen Studien gefundene zunehmende Angleichung mit geringen Unterschieden zwischen Bürgern mit DDR-Sozialisation und BRD-Sozialisation.

Gleichwohl: Die Aussagekraft der Daten ist begrenzt. Die verfügbaren Mittel sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in personeller Hinsicht waren beschränkt und ließen lediglich eine Untersuchung in kleinem Rahmen zu. Daher stellt auch die gesammelte Menge an Daten – es konnten nur 320 Bürger befragt werden – nur bedingt die nötige Bandbreite für eine fundierte Studie dar. Auch der Zeitraum und die Begleitumstände, in denen die Daten gesammelt wurden, mögen die Wertigkeit der Daten beeinflusst haben. Gerade um die Jahreswende 2015/2016 spielten die Jahreszeit – Auswirkungen auf das Antwortverhalten – und der gesellschaftspolitische Kontext der Flüchtlingskrise eine wichtige gesellschaftliche Rolle und könnten so mögliche – volatile – Abweichungen im Antwortverhalten verursacht haben. Des Weiteren können die Formulierungen der Fragen unterschiedlich verstanden werden und so andere Ergebnisse produzieren, als es vom Entwurf her beabsichtigt gewesen ist. In diesem Zusammenhang stehen auch die Antwortmöglichkeiten bei bestimmten Items. So ist es durchaus wahrscheinlich, dass der Befragte die Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ bevorzugt nutzt, um seine eigene Meinung nicht preisgeben zu müssen und sozial erwünscht zu antworten. Gerade bei einer Face-to-Face-Befragung ist dieses Muster häufig zu beobachten und könnte die vorliegen-

de Untersuchung beeinflusst haben. Alles in allem zeigen sich also eine Reihe möglicher Fehlerquellen, die die Aussagekraft der Daten beeinträchtigt haben könnte. Da die Analyse jedoch die meisten Befunde aus größeren und besser ausgestatteten Studien deckt, kann davon ausgegangen werden, dass die Studienqualität womöglich doch gar nicht so niedrig war.

Insgesamt geben die Ergebnisse Grund zur Freude, zeigte sich doch, dass die ehemals so unterschiedlichen deutschen Bevölkerungsgruppen, die sich auf den benachbarten Seiten der Mauer gegenüberstanden, einen gemeinsamen Weg in Wort und Tat eingeschlagen haben. Wer hätte gedacht, dass nur 25 Jahre nach der Wiedervereinigung so heterogene Bevölkerungsteile zu einer gemeinsamen Linie finden? Nach einer über 40 Jahre andauernden Trennung Deutschlands ist diese doch recht kurze Zeitspanne verschwindend gering. Und obwohl uns im täglichen Leben doch stets Anspielungen auf die einstige Trennung begegnen, zeigt sich in derartigen Umfragen eine zunehmende Angleichung der Gesellschaft. Mehr lässt sich aus den gewonnen Erkenntnissen bis zu diesem Zeitpunkt nicht ableiten, doch geben sie Ansporn zu weiteren Untersuchungen.

Ein langfristiges Monitoring politischer Meinung und Einstellungen in Chemnitz erscheint als lohnendes Feld. Mit den vorliegenden Daten ist ein Vergleich möglich, der die heutige Situation etwa mit jener in 25 Jahren in einen Vergleich setzt. Nicht weniger wünschenswert ist eine künftig größere Datenbasis. Die Weiterverwendung der vorhandenen Daten in einer größeren Studie erscheint lohnenswert. Daran schließen sich Hinweise und Ratschläge für ähnliche Untersuchungen in weiteren Seminaren und studentischen Projekten an. Erstens: Weniger ist mehr. So wurden der Fragebogen und die Untersuchungsziele im Laufe des Pretests komprimiert, um so bessere Ergebnisse erzielen zu können. Zweitens: Unterstützung seitens der Universität und vielleicht sogar von dritter Seite sowie die Einbettung des Forschungsprozesses in ein größeres Projekt der Universität sind anzuraten. Drittens, größere Projekte sollten geplant, Langzeitstudien ermöglicht werden. Der gegenseitige Nutzen für Universität und Studenten könnte so gesteigert, ein größeres Projekt angegangen werden – etwa zu Themen von länderübergreifender, gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Langfristig käme so ein Datenpool zustande, der in absehbarer Zeit eine Vielzahl von Analyse- und Lernmöglichkeiten eröffnet.

II Literaturverzeichnis

- Abendschön, Simone: Demokratische Werte und Normen, in: van Deth, Jan W. et al.: Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr, Wiesbaden 2007, S. 161-202.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Sind wir ein Volk?, Berlin 2015.
- van Deth, Jan W.: Einführung: Kinder als junge Staatsbürger, in: van Deth, Jan W. et al.: Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr, Wiesbaden 2007, S. 9-25.
- Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, 8. Aufl. Reinbek bei Hamburg 2014.
- Easton, David: A Reassessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5 (1975) Heft 4, S. 435-457.
- Easton, David/Hess, Robert D.: The Child's Political World, in: Midwest Journal of Political Science 6 (1962) Heft 3, S. 229-246.
- Fuchs, Dieter: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden 2002, S. 27-49.
- Geulen, Dieter: Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz, Opladen 1998.
- Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND Januar 2016, online abzurufen unter: www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1601_bericht.pdf (8. März 2016).
- Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2015, online abzurufen unter: www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/d1510_bericht.pdf (8. März 2016).
- Infratest dimap: Sonntagsfrage zur Landtagswahl in Sachsen vom 16. September 2015, online abzurufen unter: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen/sonntagsfrage/ (8. März 2016).
- Infratest dimap: Vertrauen der Bürger in die Politik gestiegen, 2009, online abzurufen unter: www.infratest-dimap.de/uploads/media/2009_03_18_Infratest-dimap_Institutionenvertrauen.pdf (8. März 2016).

- Kevenhörster, Paul: Politikwissenschaft Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik, Opladen 1997.
- Kuhn, Hans-Peter: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2000.
- Möller, Denny: Steuerung und Qualität in der Jugendarbeit. Aspekte für ein Modell zur Steuerung der Jugendarbeit und ihrer Qualität, Hamburg 2013.
- Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.: Sozialreport 2014. Die deutsche Vereinigung – 1990 bis 2014 – Positionen der Bürgerinnen und Bürger, Berlin 2014.
- Stammer, Otto: Sozialstruktur und System der Werterhaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 76 (1956).
- Strohmeier, Gerd: Politik bei Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 41/2005, S. 7 – 15.
- Schupp, Jürgen et al.: Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nach der Wiedervereinigung, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DIW Wochenbericht 80 (2013) Nr. 47, Berlin 2013.
- Weiß, Wolfgang W.: Ein theoretisches Modell politischer Sozialisation, in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.)/Kaase, Max (Hrsg.): Politische Vierteljahresschrift 22 (1981) Heft 12, S. 37-55.
- Westphal, Ricardo: Politische Sozialisation in DDR und BRD und ihre Folgen bis heute. Inwieweit prägten staatliche Organe Ost-West-Unterschiede?, Hamburg 2014.
- Wienold, Hans (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 4., grundlegend überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2007.

Konsequenzen des bürgerschaftlichen Engagements für die Chemnitzer Zivilgesellschaft

von Tina Kilian, Sebastian Lori, Liza Ruschin, Matthias Sauer

I Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	131
1.1	Problemstellung	131
1.2	Robert Putnams »Soziales Kapital«	133
1.3	Forschungsstand.....	137
1.4	Aufbau.....	142
2	Methodik.....	143
2.1	Rahmenbedingungen der Erhebung	143
2.2	Forschungsdesign.....	144
2.2.1	Hypothesen	144
2.2.2	Auswahl der Untersuchungsform	150
2.3	Fallauswahl	153
2.4	Erhebungsinstrument.....	155
2.4.1	Operationalisierung.....	155
2.4.2	Pretest	159
2.4.3	Endfassung und Durchführung	160
2.5	Datenanalyseplan	160
3	Analyse	161
3.1	Wer wurde befragt?.....	161
3.2	Welche Chemnitzerinnen und Chemnitzer engagieren sich, welche nicht?.....	166
3.3	Warum engagieren sich Chemnitzerinnen und Chemnitz?	167
3.4	Wie engagieren sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer?.....	170
3.5	In welchen Bereichen engagieren sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer?	171
3.6	Partizipationsformen	172
3.7	Ziele des ehrenamtlichen Engagements	173

3.8	Einfluss auf bürgerschaftliches Engagement.....	174
3.8.1	Partnerschaft und Kinder	174
3.8.2	Wirtschaftslage	176
3.9	Profit des Ostens durch die „Wende“	176
3.10	Gesamtschau.....	177
4	Fazit	178
4.1	Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	178
4.2	Mögliche methodische Probleme	183
4.3	Offene Fragen und Ausblick	184
II	Literaturverzeichnis	189

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

„Ironischerweise herrscht gerade im Augenblick des größten Triumphs der liberalen Demokratie auch in den etablierten Demokratien Westeuropas, Nordamerikas und Ostasiens Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit großer gesellschaftlicher Institutionen, darunter auch mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie. Zumindest in den USA gibt es Anlass für die Vermutung, einige der grundlegenden gesellschaftlichen und kulturellen Vorbedingungen für eine wirksame Demokratie seien in den letzten Jahrzehnten durch eine schleichende, jedoch weit verbreitete Abkehr der Bürgerinnen und Bürger von bürgergesellschaftlichem Engagement unterminiert worden.“¹

Ehrenamtliches Engagement² wird als durchweg positiv für die Entwicklung des Individuums als auch für den Zusammenhalt einer Gesellschaft angesehen. Dabei ist diese Art von Engagement gekennzeichnet durch eine freiwillige Übernahme von Tätigkeiten ohne materiellen Ausgleich, der in der Höhe eines täglichen Berufs ausfallen könnte. Außerdem wird dem Ehrenengagement eine Orientierung am Gemeinwohl attestiert.³ Häufig verbindet die Forschung zum Ehrenamt zwei Gedankengänge miteinander: Der eine ist ein normativer Demokratiediskurs, der andere ist ein partizipativer Diskurs über die Möglichkeiten der Beteiligung neben der Ausübung eines Berufes.⁴ Im Mittelpunkt steht der Begriff der Zivilgesellschaft, der zum einen die Bürger als solche erfasst; zum anderen aber auch „ein öffentliches Handlungsfeld zwischen Markt, Staat und Familie“⁵ darstellt. Die Menschen können darin miteinander interagieren und zur freien Selbstentfaltung beitragen. Bürgerliches Engagement gilt als positiver Einfluss hierauf.

¹ Putnam, Robert/Gross, Kristin A.: Einleitung, in: Putnam, Robert: (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2001, S. 15.

² Andere Bezeichnungen können auch bürgerliches Engagement oder freiwilliges Engagement sein.

³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland, Bericht der Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“, Berlin 2004, S. 18; Meyer, Thomas: Zivilgesellschaft, Politische Kultur und Politische Bildung, in: ders./Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung u. Bürgerkommunikation, Bonn 2002, S. 13.

⁴ Vgl. Meyer 2002, S. 14.

⁵ Ebd., S. 16.

Der Eintritt in freiwilliges Engagement kann zur politischen Partizipation gezählt werden. Sie umfasst „die Teilnahme wie Teilhabe“⁶ am demokratischen Prozess. „Partizipation [ist] als demokratisches Grundrecht unumstritten.“⁷ Es handelt sich dabei um zum großen Teil nicht verfasste und indirekte Formen von Partizipationstypen, im Sinne etwa von spontanen Hilfsaktionen oder der enerellen Bereitschaft im örtlichen Sportverein aus-zuhelfen.⁸ Besonders ist der „Akt sozialer Integration“⁹ bei der Ausübung eines Ehrenamtes. Das Individuum gibt einen Teil seiner privaten Freizeit auf, um soziale Ziele zu verwirklichen. Diese können unterschiedlicher Natur entspringen: Sie können aus einem Ereignis oder aus einer gemeinwohlorientierten Denkweise entstehen.¹⁰

Es sollte daher das Ziel einer jeden Gesellschaft sein, das freiwillige Engagement zu fördern. Insbesondere die westlichen Demokratien müssten darauf angewiesen sein. Sie können dadurch ein positiveres Lebensgefühl für die Menschen schaffen – nahezu kostenlos. Denn „[d]ie Qualität einer Gesellschaft bemisst sich unter anderem daran, in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger sich an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und inwiefern sie zu freiwilligem Engagement bereit sind.“¹¹ Eine Gesellschaft ist solidarischer und damit lebenswerter, je mehr Menschen sich für etwas „Gutes“, das Gemeinwohl, einsetzen.¹²

Die Frage ist aber: Warum kommt Robert Putnam zu dem Befund, dass die Quote der Engagierten eher abnimmt und dass das eine Qualitätsminderung der demokratischen Systeme zur Folge hat? Was hindert Menschen daran, einer freiwilligen Tätigkeit neben ihrem Beruf nachzugehen? Was hat es zur Folge, wenn eine Vielzahl von Engagierten für Staaten oder Regionen tätig ist? Putnam hat dies versucht mit dem Begriff

⁶ Schultze, Rainer-Olaf: Partizipation, in: Nohlen, Dieter/ders. (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2 N-Z, 4. aktual. Aufl., München 2010, S. 723.

⁷ Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin: Politische und soziale Partizipation, in: ders./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., München 2005, S. 526.

⁸ Vgl. ebd., S. 531.

⁹ Schultze 2002, S. 724.

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Gensicke, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 12/2006, S. 9.

¹² Vgl. Evers, Adalbert et al.: Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 14-15/2015, S. 4.

des Sozialen Kapitals zu definieren. Es soll im folgenden Kapitel erörtert werden.

Ziel dieser Teilarbeit des Forschungsprojektes „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit – wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“ ist es, einen Blick in die Chemnitzer Bürger zu wagen und nach den Möglichkeiten und der Nutzung von bürgerlichem Engagement zu fragen. Ebenso wird versucht, bestimmte Motive und Hemmnisse zu analysieren: Warum engagieren sich die Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger oder eben nicht?

1.2 Robert Putnams »Soziales Kapital«

Putnam bezieht den Begriff des sozialen Kapitals von Lyda Judson Hanifan.¹³ Sozialkapital ist demnach eine Verbindung zwischen Menschen, die in einem gegenseitigen Austausch zur Lösung von Problemen stehen. Dabei ist vor allem ein gewisses Maß an sozialer Empathie von Bedeutung. Oder in anderen Worten: „[T]hese tangible substances count for most in the daily lives of a people, namely, goodwill, fellowship, mutual sympathy and social intercourse.“¹⁴

Wenn die Menschen diese Ressourcen erkennen und dann auch in Verbindung miteinander nutzen, entstehen ausschließlich Vorteile für ihr persönliches Leben als auch für die Gemeinschaft und den Staat.¹⁵ Diese Vorteile sind im wirtschaftlichen Bereich zu beobachten, oder bei der qualitativ messbaren Performance von lokalen Verwaltungen. Ebenso sinkt dadurch in der Regel die Kriminalitätsrate. Für das Individuum hat das sowohl positive physische als auch psychische Auswirkungen.¹⁶ Grundlegend ist die Einsicht, soziale Netzwerke spielen eine Rolle.¹⁷

¹³ Ein Pädagoge, der in den USA zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts lebte und lehrte. Nach Putnam soll er innerhalb seiner Gemeinde Probleme erkannt haben, deren Ursprung u.a. im politischen und wirtschaftlichen Bereich lag. Hanifan versuchte die Probleme zu lösen, indem er seinen Mitbürgern die Vorteile von solidarischen Gemeinschaften näherbrachte. Vgl. dazu Putnam 2001, S. 16f.

¹⁴ Hanifan, Lyda Judson: The Rural School Community Center, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 67 (1916) Heft 6, S. 130.

¹⁵ Vgl. Putnam 2001, S. 17.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 19.

¹⁷ Ebd., S. 20.

„Die Grundidee des Sozialkapitals besteht darin, dass Familie, Freunde und Bekannte einer Person einen wichtigen Wert darstellen, auf den man in Krisensituationen zurückgreifen kann, den man um seiner selbst willen genießen und zum materiellen Vorteil nutzen kann. Was für den Einzelnen gilt, gilt umso mehr auch für Gruppen.“¹⁸

Durch die Interaktion von Menschen mit einem Minimum an Hilfsbereitschaft bzw. Gemeinwohlorientierung entstehen soziale Netzwerke. Je dichter diese sind, desto eher und stärker entstehen daraus Normen, die von den Mitgliedern eben jener Netzwerke akzeptiert und angewandt werden. Es basiert zu einem großen Teil auf gegenseitigem Vertrauen. Hilfsleistungen werden zumeist nicht „zurückgezahlt“, sondern sind ein Kredit für die Zukunft.¹⁹

Als Endergebnis steht die Erkenntnis, dass durch die Stärkung von Vertrauen und den Aufbau von sozialen Netzwerken Opportunismus eingedämmt und persönliches Wohlbefinden gesteigert werden kann.²⁰

Putnam versucht des Weiteren seine Theorie qualitativ hafter zu machen, indem er vier Dimensionen von Sozialkapital aufstellt. Die erste benennt er als „formelles versus informelles Sozialkapital“²¹. Als formelles Sozialkapital werden all jene Gruppen zusammengefasst, die über einen ausgeprägten Organisationsgrad verfügen, beispielhaft dafür stehen Gewerkschaften. Informelles Sozialkapital wiederum sind all jene Vereinigungen, denen eine gewisse Spontaneität in ihren Treffen innewohnt. Das sind z.B. Arbeitskollegen, die in ihrer Freizeit gemeinsam Sportaktivitäten durchführen. Beiden ist gemein, dass sie zwischen ihren Mitgliedern soziale Netzwerke einrichten und deswegen zu deren Vorteil werden können.²²

Die zweite Dimension behandelt die Dichte des sozialen Kapitals. Eine hohe Sozialkapitaldichte kann aus den bereits erwähnten Arbeitskollegen bestehen, die innerhalb ihrer Anstellung eng zusammenarbeiten, aber auch einen überwiegenden Teil ihrer Freizeit miteinander verbringen.²³ Demgegenüber steht die Kategorie der geringen Dichte. Dies sind „flüchtige Grußbekanntschaften, [...], oder auch nur eine zufällige Begegnung in einem

¹⁸ Ebd., S. 19.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 21f.

²⁰ Vgl. ebd., S. 22.

²¹ Ebd., S. 25.

²² Vgl. ebd.

²³ Vgl. ebd., S. 26.

Fahrstuhl“²⁴. Eine starke Bindung liegt vor, wenn es zu häufigen Kontakten zwischen Personen kommt. Demzufolge besteht eine schwache Bindung bei zufälligen bzw. weniger häufigen Kontakten zwischen Personen.

„Innenorientiertes versus außenorientiertes Sozialkapital“ ist die dritte Dimension. Während die erste Variante das Individuum aufgrund seiner Herkunft betrachtet und damit direkt an die eigene Persönlichkeit geknüpft ist, behandelt die zweite Variante Gruppen, die eher im Laufe eines Lebens hinzukommen und zumeist einen öffentlichen, zum Teil auch gemeinwohlorientierten Nutzen haben. Putnam führt als Beispiele in der ersten Variante Herrenclubs an und für die zweite Jugendinitiativen.²⁵

Die letzte Dimension wird von Putnam als „[b]rückenbildendes versus bindendes Sozialkapital“²⁶ bezeichnet. Ersteres verbindet Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, die jedoch ein gemeinsames Ziel besitzen. Die zweite Variante dagegen ist, ähnlich dem innenorientierten Sozialkapital, ausgelegt auf die Herkunft eines Individuums. Das bedeutet, dass ein Individuum eher dazu geneigt ist, sich mit anderen Menschen der gleichen Altersklasse, Herkunft oder des Geschlechts zu treffen und zu interagieren.²⁷ Putnam vermutet, dass die brückenbildenden Gruppen positiver auf das Individuum und die Gemeinschaft wirken – wenn auch nicht ausschließlich – als die bindenden. Bei letztgenannten besteht die Gefahr der Abschottung gegenüber anderen sozialen Gruppen und damit der Errichtung einer exklusiven, möglicherweise auch elitären Gruppe.²⁸

Von zentraler Bedeutung ist die Idee, dass mit der Modernisierung von Staaten und Gesellschaften die Kraft von Gemeinschaften und Bindungen, die positive Rückwirkungen auf die einzelnen Menschen zulassen, nachgelassen hat.²⁹ Allerdings, so Putnam, ist nicht die Modernisierung allein für einen Verfall sozialer Bindungen zuständig. Sondern sie ist die Folge einer Kombination aus verschiedenen Faktoren, wie etwa, dem Aufbrechen der traditionellen Familienverhältnisse, den Umstrukturierungen innerhalb der Arbeitswelt, der Wandlung des Alltagslebens, vor allem im Bereich der Freizeit mit den technologischen Neuerungen, oder dem wachsenden Wohl-

²⁴ Ebd.

²⁵ Vgl. ebd., S. 27f.

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. ebd., S. 28f.

²⁸ Vgl. ebd., S. 29.

²⁹ Vgl. ebd., S. 30.

stand bei gleichzeitigem Abbau von sozialen Programmen in den späten 1970ern und 1980ern.³⁰

Letztlich liegt Putnams Intention darin, die Veränderungsprozesse zu erklären, die zu einer Abnahme, aber auch einer Zunahme des sozialen Kapitals führen. Das Problem ist jedoch, dass Sozialkapital wahrscheinlich nicht direkt gesteuert werden kann. Es ist dem Anschein nach in manchen Situationen ein Zufall, der zur Entstehung von sozialen Netzwerken führt, die ebenso schnell zerbrechen wie sie wachsen. Generell ist soziales Kapital keine ausschließlich positiv besetzte Variable im gesellschaftlichen Bereich. Wie bereits angedeutet wurde, kann sie ebenso negative Auswirkungen auf eine Gesellschaft haben. Es kann kein Katalog erstellt werden, an dem Staaten oder deren Bürger kontrollieren, wie es um ihr ehrenamtliches Engagement steht. Putnam weist darauf hin, dass es in Staaten, trotz ähnlicher Rahmenbedingungen, mehrere unterschiedliche Faktoren geben kann, die das Sozialkapital und damit in gewisser Weise die Engagementquote heben oder senken können.³¹

Ein Faktor, der eine nahezu dauerhaft positive wie negative Wirkung auf das Sozialkapital hat, ist die Technologie, die den Individuen zur Verfügung steht. Einerseits verknüpft sie die Bildung von Netzwerken (z.B. das Internet). Andererseits fördert sie den Rückzug in das Private und löst damit den Menschen von seinen sozialen Kontakten und Netzwerken.³²

Ein weiterer Faktor ist der Mensch selbst. Hier besteht die Frage, zu welchem Zweck Sozialkapital benötigt wird, um damit bestimmte Ziele zu erfüllen. Es besteht ein Querverweis in die Wirtschaftstheorie (Spiel von Angebot und Nachfrage), der das Aufkommen von sozialem Kapital bzw. Vereinigungen begünstigen oder zurückhalten kann.³³

Schließlich der Staat kann die Bildung von sozialem Kapital begünstigen, aber auch behindern; etwa durch das Steuersystem, das gemeinwohlorientierte Organisationen mehr oder weniger blockieren kann. Ebenso kann der Zentralisierungsgrad eines Staates betrachtet werden. Ist er fest und starr in seinem Gebilde oder eher lose formiert? „[I]hre Struktur schafft politi-

³⁰ Vgl. ebd., S. 32-33.

³¹ Vgl. ebd., S. 36.

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. ebd., S. 37.

sche Möglichkeiten und trägt so zur Beteiligung von Bürgern und Gruppen an öffentlichen Angelegenheiten bei.“³⁴

Putnam führt zwar Studien an, die Auswirkungen von bürgerlichem Engagement auf die Lebenszufriedenheit feststellen, jedoch existiert laut seiner eigenen Aussage keine „systematische[...] Prüfung“³⁵, welche die Auswirkungen von Engagement auf die Qualität einer Demokratie untersucht. Zum einen kann die vorliegende Arbeit aufgrund des begrenzten Raumes und der Einschränkung der übergeordneten Forschungsfrage dem ebenso wenig gerecht werden. Zum anderen fehlt seiner Theorie damit an entscheidender Stelle nach wie vor der empirische Beleg.

1.3 Forschungsstand

Offe und Fuchs³⁶ versuchen die theoretischen Überlegungen Putnams anhand Deutschlands zu untersuchen. Sie fanden heraus, dass es eine relativ starke Korrelation zwischen potenziellen Engagierten und den Möglichkeiten, ein Ehrenengagement zu ergreifen, gibt: Je einfacher es ist, ein freiwilliges Amt zu übernehmen, desto eher engagieren sich die Menschen.³⁷ Es sollten demzufolge vereinfachte Zugangs- oder Informationsmöglichkeiten eingerichtet werden, die den Menschen eine Hilfestellung bieten, ein ehrenamtliches Engagement zu ergreifen. Ebenso ist auf den Wandel der Lebensverhältnisse einzugehen. Das bedeutet vor allem, die spontane Bereitschaft zu kurzfristigem Engagement anzunehmen. Spontaneität und Kurzfristigkeit korrelieren mit dem Alter, d.h. je jünger die Menschen sind, umso eher ist das Verlangen vorhanden, kurzfristig auszuhelfen. Zugleich steigt die Langfristigkeit von ehrenamtlichem Engagement mit dem Alter an.³⁸

In der Summe ergibt sich die „Stärke des Sozialkapitals“³⁹ aus einer Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse, die aus dem Zusammenspiel von Individuum und Individuen, lokaler, regionaler und landesweiter Politik sowie

³⁴ Ebd., S. 37.

³⁵ Ebd., S. 20.

³⁶ Offe, Claus/Fuchs, Susanne: Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Putnam 2001, S. 417-514.

³⁷ Vgl. ebd., S.486.

³⁸ Vgl. ebd., S. 487.

³⁹ Ebd., S. 499.

der wirtschaftlichen Situation in einem Staat entstehen. Dabei können in unterschiedlichen Regionen ebenso unterschiedlich starke oder schwache soziale Kapitalerfolge oder -misserfolge entstehen.

Drei Annahmen der Sozialkapitaltheorie haben Kritik auf den Plan gerufen: Erstens ist es schwierig, über die exakten Aktivitäten oder Strukturen von Vereinen informiert zu werden. Das betrifft sowohl große überregionale, als auch kleine lokale Gruppen, Verbände oder Initiativen. Zweitens bleibt die individuelle Ebene meist unberücksichtigt, etwa die Engagementmotivation. Es wird zwar unterschieden zwischen der Verbindung von Individuen aus homogenen oder heterogenen Gesellschaftsschichten, jedoch erhalten die persönlichen Motive eher wenig Bedeutung. Drittens wird gefragt, welchen Nutzen Vereine tatsächlich generieren.⁴⁰

Der Freiwilligensurvey ist in der Bundesrepublik die umfassendste Erhebung zum Thema bürgerliches Engagement. Er operiert mit dem Begriff des sozialen Kapitals, der stark an Putnams theoretisches Konstrukt erinnert. Der Freiwilligensurvey definiert bürgerschaftliches Engagement wie folgt: Es ist „freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftliche/kooperativ ausgeübt.“⁴¹ Das bürgerliche Engagement erzeugt soziales Kapital. Es schafft „Vertrauen, Solidarität und Bereitschaft zur Zusammenarbeit“⁴². Diese Eigenschaften sind nahezu identisch mit den von Putnam benannten Gewinnen für eine Gesellschaft, die durch soziales Kapital entstehen. Je längerfristiger ehrenamtliches Engagement ausgelegt ist, desto stärker werden diese Werte bei den engagierten Bürgern verankert und desto leichter hält eine Gesellschaft Konflikte aus.⁴³

Der Hauptbericht des Freiwilligensurveys von 2009 hat einen Anstieg der Engagementquote von 34 Prozent im Jahr 1999 auf 36 Prozent im Jahr 2009 festgestellt. Das ist für einen Zeitraum von zehn Jahren ein relativ geringer Wert. Dies spricht entweder für den Befund von Offe und Fuchs oder ist der Stichprobenstreuung zuzuschreiben. Hingegen sind 71 Prozent

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 505.

⁴¹ Der Freiwilligensurvey von 2009 definiert nicht exakt, was er unter „sozialem Kapital“ versteht, jedoch ist im Bericht von 2005 der Hinweis auf folgende Quelle enthalten, aus welcher zu entnehmen ist, was unter „sozialem Kapital“ zu verstehen ist: Bundesministerium für Familie, Perspektiven für Freiwilligendienste, S. 18.

⁴² Ebd.

⁴³ Vgl. ebd.

der Bevölkerung gesellschaftlich aktiv, d.h. „im dritten Sektor bzw. in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft“⁴⁴. Problematisch ist die Definition, wonach Tätigkeiten erst dann als freiwillig bzw. ehrenamtlich gelten, wenn sie „seit etwa 10 Jahren“⁴⁵ ausgeübt werden. Engagierte ohne Festlegung auf einen längerfristigen und thematisch begrenzten Engagementbereich fallen „unter den Tisch“. Freiwilliges Engagement ist jedoch nicht durch Langfristigkeit definiert. Gerade Spontanität und Kurzfristigkeit müssten ebenso erfasst werden. Dadurch gelangten zwar mehr Schwankungen in die Untersuchung, man würde aber Trends eher erfassen können.

Der Bericht deutet jedoch das Gegenteil an. Es wurde festgestellt, dass sich die sozialen Netzwerke im Heimatort immer mehr durch die Mobilität verringern, d.h. durch den Umzug von Menschen. Dadurch schwankt die Entwicklung von Freundes- oder Bekanntenkreisen. Im Ergebnis wird aber von den Menschen der Versuch unternommen, ihre private Integration in eine öffentliche zu wandeln.⁴⁶ Das bedeutet, dass neue soziale Netzwerke an den neuen Heimatorten gebildet werden. Gleichzeitig können die wichtigen privaten Verbindungen und Beziehungen in den Hintergrund geraten, sodass „ein Gefühl des Verlusts inniger sozialer Verbundenheit“⁴⁷ entsteht. Die engen Beziehungen zur eigenen Familie oder ehemaligen Jugendfreunden schwinden und werden ersetzt durch einen weitläufigen und lockeren Bekanntenkreis.

Der Beitrag zum Gemeinwohl ist eines der stärksten Motive für den Eintritt in ein Ehrenamt.⁴⁸ In keinem Widerspruch dazu steht die Hoffnung oder der Wunsch, durch die Ausübung ebenfalls berufliche, daher egoistische, Motive zu verfolgen. Überwiegend sind diese Motivgänge bei eher jungen Menschen anzutreffen.⁴⁹ Zufriedenheit mit den Umständen, ob privater oder öffentlicher Natur, lässt darauf schließen, dass das Motiv, zum Gemeinwohl beizutragen, am stärksten geäußert wird. Daher ist der Drang, etwas in eine subjektiv positivere Richtung zu bewegen größer, als rein nach egoistischen

⁴⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, München 2010, S. 5.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 10.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 12.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 14.

Motiven zu handeln und um in der Konsequenz das Zusammenleben zu verbessern.⁵⁰

Soziales Engagement wird aber auch von der Zufriedenheit mit der unmittelbaren Lebensumgebung, d.h. dem Gefühl des Zusammenhalts innerhalb der nachbarschaftlichen Umstände beeinflusst.⁵¹ Dieses ist in Deutschland als überwiegend gut einzuschätzen. Der Bericht stellt fest, dass der Zusammenhalt einerseits als wichtig für die Lebenszufriedenheit angesehen wird. Andererseits stellt er aber auch fest, dass Menschen in besseren sozialen Umständen ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl entwickeln. Eine brückenbildende Funktion ist demzufolge eher nachrangig.⁵² Der soziale Zusammenhalt hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: von der Ansässigkeit am Wohnort (je länger eine Person an einer Stelle lebt, desto eher empfindet sie den sozialen Zusammenhalt als gut oder besser) und von der Größe des Wohnortes (in kleineren Dörfern oder Städten steigt die Zufriedenheit eher an als in Ballungszentren).⁵³ Der Grund liegt in der eher anzunehmenden Verkleinerung des Freundeskreises mit zunehmender Größe der Stadt.⁵⁴

Zmerli⁵⁵ misst der Unterscheidung zwischen „gesellschaftlich förderlichen und schädigenden Formen sozialen Kapitals“⁵⁶ eine hohe Bedeutung zu. Denn Putnam weist darauf hin, dass eine exklusive Gruppenbildung dazu neigt, Konflikte zu verstärken. Dagegen können brückenbildende Bürgervereinigungen dazu beitragen, gesellschaftliche Konflikte zu minimieren. Somit „können nun auch gesellschaftliche Phänomene theoretisch erklärt werden“⁵⁷. Daraus ergibt sich eine gesellschaftliche Landkarte, die aufzeigt, wo bürgerliche Gruppen einerseits zusammenkommen und andererseits, aus welchen sozialen Milieus sie sich zusammensetzen. Dies hilft gesellschaftliche Spannungen aufzuklären. Ebenso können positive

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 16.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 78.

⁵² Vgl. ebd., S. 80f.

⁵³ Vgl. ebd., S. 82.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 81.

⁵⁵ Siehe Zmerli, Sonja: Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts, Baden-Baden 2008.

⁵⁶ Ebd., S. 52.

⁵⁷ Ebd., S. 53.

Beispiele von bürgerlichen Vereinigungen hervorgehoben und gefördert werden.⁵⁸

Kritik wird dahingehend angeführt, dass die von Putnam gern zitierte Gruppe mit brückenbildendem Charakter nicht ausschließlich positive Effekte für eine Gesellschaft hervorrufen muss.⁵⁹ Als Beispiel wird die nordirische Gesellschaft angeführt, in der es eine Vielzahl von brückenbildenden Gruppen gibt, denen allem Anschein nach ein gemeinwohlorientierter Charakter zu Grunde liegt. Jedoch wird dieser dadurch ausgebremst, dass in Nordirland die religiöse Zugehörigkeit eine übergeordnete Rolle spielt. Sie führt dazu, dass die Gesellschaft gespalten bleibt und Konflikte verstärkt werden.⁶⁰ Es ist daher nicht allein die brückenbildende Funktion und damit die Verringerung von gesellschaftlichen Konflikten, die im Mittelpunkt bei der Bildung von Gruppen stehen sollte, sondern eher die „normative Ausrichtung sozialer Netzwerke, welche [...] erkennbaren Einfluss auf die individuellen Einstellungen und Orientierungen der Netzwerkangehörigen ausüben sollte.“⁶¹ Je gemeinwohlorientierter ein Netzwerk ist, desto eher hat es positive Auswirkungen auf seine Mitglieder in Bezug auf seine Einstellungen und Handlungsweisen. Ferner hat das soziale Kapital eine positive Rückwirkung auf die Gesellschaft.

Hill und Matsubayashi⁶² greifen diese These wieder auf und stellen für die USA fest, dass allein die Anzahl und die Zusammensetzung von Vereinen mit brückenbildenden Funktionen keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Regierungen haben. Der entscheidende Faktor bei diesen Netzwerken ist, dass sie meist auf einer kleinen lokalen Ebene beschäftigt sind. Des Weiteren sind sie besonders aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung nicht unbedingt in der Lage, politisch geschlossen auf- und der Politik gegenüberzutreten. Letzten Endes bedeutet dies, dass kaum eine Wirkung von einem Netzwerk auf höhere Politikebene ausgeht. Sie betonen jedoch, dass kleine heterogene und lokale Bürgervereinigungen für das

⁵⁸ Vgl. ebd.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 54.

⁶⁰ Vgl. ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Siehe Hill, Kim Quaille/Matsubayashi, Tetsuya: Civic Engagement and Mass-Elite Policy Agenda Agreement in American Communities, in: *American Political Science Review* 99 (2005) Heft 2, S. 215-224.

Individuum durchaus von Nutzen sein können.⁶³ Interessanterweise wird jedoch die negative Auswirkung von inklusivem und damit bindendem Sozialkapital bestätigt. Bei diesen Netzwerken verhält es sich exakt umgekehrt zu den heterogenen und damit brückenbildenden Gruppen. Aufgrund ihrer homogenen Zusammensetzung können sie geschlossen auftreten und Forderungen an politische Ebenen oder Regierungen stellen, sie besitzen dahingehend eine größere Einflussmöglichkeit.⁶⁴

Ähnlichkeiten zu dieser Studie weist de von Teorell⁶⁵ zu Schweden nach. Der Kern seiner Analyse liegt ebenso auf der Annahme, dass die Mitgliedschaft in Netzwerken zu einer erhöhten politischen Partizipation bzw. Rückwirkungen auf die Politik führt. Im Ergebnis steht für Schweden fest, dass die politische Partizipation eines Individuums ebenfalls nicht unbedingt davon abhängt, ob es zu brückenbildenden oder bindenden Gruppen gehört, sondern von der Anzahl der Netzwerke. Erst dadurch werden politisches Interesse und Partizipationsbereitschaft ausgelöst.⁶⁶

1.4 Aufbau

Im folgenden Kapitel wird das Forschungsdesign ausgearbeitet und festgelegt. Dabei stehen die Vor- und Nachteile einzelner Erhebungsmethoden ebenso im Vordergrund wie die Hypothesen und deren Übertragung in Items. Zugleich wird der Weg von der ersten Bearbeitung und der Anfertigung der Fragen dargestellt bis zur Entscheidung und ersten Evaluierung durch den Pretest.

Im dritten Kapitel folgt die Auswertung der Daten. Der Fokus liegt auf den Fragen, die das Thema „bürgerliches Engagement“ betreffen. Jedoch werden ebenso die Fragenkomplexe der anderen Bereiche einbezogen. Dadurch sollte es möglich sein, durch nicht erfasste Fragen einen größeren Bezug zum Thema Engagement herzustellen. Die Auswertung der Fragen erfolgt unter Hilfe der Statistikverarbeitungssoftware SPSS.

⁶³ Vgl. ebd., S. 223.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 221f.

⁶⁵ Teorell, Jan: Linking Social Capital to Political Participation: Voluntary Associations and Networks of Recruitment in Sweden, in: *Scandinavian Political Studies* 26 (2003) Heft 1, S. 49-66.

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 62.

Abschließend folgen eine Zusammenfassung und Auswertung. Hinzu wird ein Fazit gezogen, in dessen Mittelpunkt die Probleme bei der Ausarbeitung und Durchführung der Umfrage stehen.

2 Methodik

2.1 Rahmenbedingungen der Erhebung

Das Seminar, in dessen Rahmen diese Untersuchung stattfand, diente der praktischen Anwendung der in den vorangehenden Lehrveranstaltungen vermittelten theoretischen Grundlagen zur Entwicklung von Forschungsdesigns für wissenschaftliche Arbeiten. Forschungsentwürfe sollten hierbei in Gruppen elaboriert und später im Seminar vorgestellt sowie diskutiert werden. Im vorliegenden Fall wurde den Studierenden durch die Seminarleitung lediglich das Thema „Chemnitz nach 25 Jahren deutscher Einheit. Wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“⁶⁷vorgegeben. Der Fokus lag auf einer regionalen Erhebung. Des Weiteren wurde das Forschungsgebiet der regionalen politischen Kultur mit grundlegenden methodischen und theoretischen Forschungsmethoden verknüpft. Den Studierenden war die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes sowie der Methoden freigestellt. Neben der Evaluation des bürgerschaftlichen Engagements als Teil der Chemnitzer Zivilgesellschaft, der sich die vorliegende Arbeit intensiv widmet, hielten drei weitere Themen Einzug in das ganzheitliche Studierendenprojekt. Zum einen wurde der Frage nachgegangen, auf welche Weise sich Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger über politische Themen informieren und welche Medien sie hierbei nutzen. Zum anderen folgte eine Seminargruppe der Frage nach der Vertrauenswürdigkeit von Politikern und Institutionen in den Augen der Chemnitzer. Die vierte Projektgruppe untersuchte die Frage nach der Wahrnehmung politischer Teilhabechancen.

Dieses heterogene Spektrum an Untersuchungsgegenständen galt es praktisch in Einklang zu bringen. Zunächst stand die Erarbeitung des Forschungsdesigns im Mittelpunkt, wobei die Studierenden selbstständig Hypothesen entwickelten und diese mit Items unterlegten, die sodann in

⁶⁷ Siehe dazu die Projektseite des Forschungsseminars, Juniorprofessur für Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden, online abzurufen unter: www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pf/forschung/chemnitz-teilhabe.php (17. März 2016).

einem Fragebogen mündeten. In der nächsten Phase waren die Gruppen mit der Schwierigkeit konfrontiert, sich auf ein geeignetes Erhebungsinstrument zu einigen. Im Ergebnis einigte sich das Seminar auf eine persönliche Befragung, was von den Studierenden ein hohes Maß an Flexibilität und Kompromissbereitschaft erforderte. Die Items jeder Seminargruppe waren einer offenen Diskussion ausgesetzt und wurden – sofern nötig – präzisiert oder gestrichen. Daran schloss sich ein Pretest an, der in niedriger Fallzahl die Items unter Feldbedingungen auf die Probe stellte. Das hohe Maß an konstruktiver Zusammenarbeit unter den Seminargruppen sowie der offene Umgang der Teilnehmer mit Feedback verhalfen dem Fragebogen zu seiner finalen Gestalt, wie er im Anhang einsehbar ist.

Die Befragung oblag den Seminarteilnehmern in Eigenverantwortung, wobei ihnen Zeitrahmen, Anzahl der Befragungen sowie eine Quotenstichprobe nach Alter und Geschlecht als feste Orientierung gegenüberstanden. Abschließend war es Aufgabe der Seminargruppen, eine Analyse der Ergebnisse vorzunehmen. Am Ende des Projektes entstanden vier Projektarbeiten, die für viele Studierende die erste praktische Forschungsanwendung darstellte.

2.2 Forschungsdesign

2.2.1 Hypothesen

Die Untersuchung der Konsequenzen des bürgerschaftlichen Engagements für die Chemnitzer Zivilgesellschaft basiert auf der Annahme, dass eine aktive Bürgerschaft eine bessere Zivilgesellschaft bedeutet. Nach Detlef Pollack zeigt sich eine Zivilgesellschaft umso gefestigter, je höher das Engagement ausgeprägt ist.⁶⁸ Nicht nur die Zivilgesellschaft als Ganzes, sondern die aktiven Bürger selbst profitieren von ihrem Engagement. Sie bildet ebenso den Mittelpunkt Putnams Untersuchungen zum „Sozialen Kapital“ und dient als theoretischer Rahmen für diese Arbeit. Neben diesem Fundament greifen die hergeleiteten Hypothesen ebenso auf empirische Untersuchungen bürgerschaftlichen Engagements zurück. Gerade die sozio-

⁶⁸ Vgl. Pollack, Detlef: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie, in: Klein, Ansgar et al. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Wiesbaden 2004; Enquetekommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestags, Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002.

strukturelle sowie die soziodemografische Dimension sind Gegenstand umfassender Längs- und Querschnittstudien wie dem „Freiwilligensurvey“ (FWS).⁶⁹ Die darin gewonnenen Daten zeigen, dass eine aktive Bürgerschaft Dynamiken unterworfen ist, die sich in strukturellen Veränderungen manifestierten. Der seit 1999 erhobene Freiwilligensurvey stellte in den jüngsten Untersuchungen beispielweise einen Anstieg des Engagements ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger fest.⁷⁰ Zugleich veränderten sich der Organisationsgrad sowie die Arten des Engagements.⁷¹ Zudem basieren die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements auf alters- sowie sozialstrukturellen Faktoren.⁷²

Die grundlegende Absicht der vorliegenden Untersuchung ist es, sowohl Pollacks und Putnams theoretisches Fundament als auch die deutschlandweit erhobenen Daten zum bürgerschaftlichen Engagement im regionalen Kontext zu überprüfen. Am Beispiel der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Chemnitz werden unterschiedliche Teilergebnisse aus Theorie und Empirie getestet. Hierfür wurden insgesamt sechs Hypothesen getestet.

Zunächst greift Hypothese 1 die empirischen Befunde des Freiwilligensurveys auf und nimmt an, dass die darin festgestellten strukturellen Veränderungen des bürgerschaftlichen Engagements grundsätzlich auf das Alter der aktiven Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen sind.⁷³ Jüngere Engagierte haben demnach eher Zugang zu neuen Partizipations- bzw. Engagementformen, ältere wiederum fühlen sich von klassischen Partizipations- bzw. Engagementformen angesprochen. Bereits an dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass neben der hier herangezogenen „klassischen Form“ der Wahlbeteiligung ebenso der Organisationsgrad des Engagements eine Rolle spielt. Robert Putnam geht davon aus, dass durch die technologische Entwicklung die Vorteile klassischer Engagementformen eingeholt wurden.⁷⁴ Ebenso seien die Umstrukturierung des Alltags und der Arbeitswelt, aber auch der wachsende Wohlstand dafür verantwortlich, dass neue

⁶⁹ Die letzte Publikation des Freiwilligensurveys erfolgte im Oktober 2010 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Sommer 2016 wird der FWS 2014 erwartet.

⁷⁰ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 24.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 28.

⁷² Vgl. ebd., S. 32, 34 und 38.

⁷³ Vgl. ebd., S. 20 und 28.

⁷⁴ Vgl. Putnam 2001, S. 36.

Engagementformen entstanden, die eher von jüngeren, technikaffinen Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden. Die Prüfung der Hypothese legt daher den Fokus auf die Abhängigkeit der Partizipations- bzw. Engagementformen vom Alter der engagierten Bürgerinnen und Bürger.

Als klassische Partizipationsformen werden alle Arten der direkten Beteiligung am politischen Geschehen angesehen. Es handelt sich um die konventionellen Formen politischer Partizipation. Das beinhaltet die Beteiligung an Wahlen, aber auch an Bürgerinitiativen zur eventuellen Einsetzung von Volks- oder Bürgerentscheiden.⁷⁵

Dem gegenüber stehen die hier bezeichneten neuen Formen der Partizipation, die als Ausprägungen der „sozialen Partizipation“⁷⁶ gelten. Das beinhaltet zu einem überwiegenden Teil jene Bereiche, in denen die Individuen nicht direkt politische Entscheidungen beeinflussen, sondern eher in einem Rahmen der sozialen Integration tätig sind. Dabei sind „die förmliche Mitgliedschaft in einer Organisation oder Aktionsgruppe, die aktive Mitarbeit in ihr, die Übernahme von Ehrenämtern, die Beteiligung an nach außen gerichteten Aktivitäten der Organisation“⁷⁷ von Bedeutung.

H1a: Je älter die/der befragte Chemnitzer Bürger/in, desto höher ist die Teilnahme an klassischen Partizipationsformen, insbesondere der Wahlbeteiligung.

H1b: Je jünger die/der befragte Chemnitzer Bürger/in, desto höher ist die Teilnahme an neuen Partizipationsformen, insbesondere bürgerschaftlichen Engagements.

H0: Das Alter der Chemnitzer/innen hat keinerlei Einfluss auf die Form der Partizipation bzw. des Engagements.

Hypothese 2 verknüpft zentrale Aussagen Putnams mit Aussagen über altersabhängige Strukturen im bürgerschaftlichen Engagement des Freiwilligensurvey.⁷⁸ Nach Putnam bilden stabile, Halt gebende Werte das Funda-

⁷⁵ Vgl. Gabriel 2005, S. 534-537.

⁷⁶ Ebd., S. 537.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, „Jugend“ S. 148ff., „Ältere Menschen“ S. 155ff.

ment „sozialen Kapitals“. Daraus entsteht gemeinwohlorientierte Hilfsbereitschaft, die auf Interaktion mit anderen Menschen basiert. Diese gebe nicht nur Halt, sondern sorgen auch durch den Aufbau sozialer Beziehungen für Zufriedenheit.⁷⁹ All dies treffe vor allem auf „klassische“ Formen gemeinwohlorientierten Engagement zu. Dem stehen neuere, von der jüngeren Generation wahrgenommene Formen des Engagements gegenüber, einhergehend mit technischen Neuerungen, verändertem Alltags- und Arbeitsleben. Diese Form dürfte eher egoistisch-individuell motiviert sein. Jüngere Bürger engagieren sich demnach, da Engagement aus ihrer Sicht nachhaltig positive Effekte auf ihre Karriere ausübt und die Chancen bei der Vergabe von Studien-, Stipendien- oder Arbeitsplätzen erhöht. Ebenso stellt die persönliche Profilierung innerhalb einer universitären Ausbildung eine Schlüsselqualifikation für Studierende dar. Praktika und freiwilliges Engagement gelten damit als unverzichtbare Bausteine für eine persönliche sowie berufliche Weiterentwicklung außerhalb des Curriculums und der „Pflichtübungen“ an allen Ausbildungseinrichtungen. Teil eines Teams von Freiwilligen zu sein trägt nicht zuletzt zur Erfüllung des Wunsches nach Gemeinschaft unter Gleichaltrigen bei. Gerade junge Menschen sehen ihr Engagement in universitären Vereinen oder in anderen Einrichtungen dahingehend mehr als Hobby denn als Engagement. Untersucht wird folglich die Abhängigkeit der Zielsetzung des Engagements vom Alter der Befragten:

H2a: Wenn sich jüngere Chemnitzer Bürger/innen bürgerschaftlich engagieren, dann aus einer egoistisch-individuellen Motivation.

H2b: Wenn sich ältere Chemnitzer Bürger/innen bürgerschaftlich engagieren, dann eher gemeinwohlorientiert.

H0: Das Alter der Chemnitzer/innen hat keinerlei Einfluss auf die Zielsetzung des Engagements.

Hypothese 3 basiert auf empirischen Daten des Freiwilligensurveys, die im regionalen Kontext einer erneuten Überprüfung unterzogen werden soll. Alle bisherigen Surveys verzeichneten Besonderheiten bei der Häufigkeit

⁷⁹ Vgl. Putnam 2001, S. 22.

von bürgerschaftlichen Engagements unter bestimmten sozialen Gruppen. So gehen Familien bzw. Engagierte mit Kindern häufiger einer Freiwilligenarbeit nach als ledige bzw. kinderlose Bürgerinnen und Bürger. Laut Survey bewirkt die Einbindung von Erwachsenen in die sozialen Aktivitäten der Kinder, insbesondere in Schule und Kindertagesstätten, einen konsequenten Anstieg in der Bereitschaft zum Engagement.⁸⁰ Dies hängt eng mit einem weiteren Befund zusammen, wonach Frauen seltener und weniger stark organisiert sind als Männer.⁸¹ Zu untersuchen ist folglich die Abhängigkeit der Häufigkeit und Intensität des Engagements einerseits von der Anzahl der Kinder sowie andererseits vom Geschlecht:

H3a: Wenn Chemnitzer Bürger/innen einen Partner und Kinder haben, dann engagieren sie sich eher.

H3b: Chemnitzer Bürgerinnen engagieren sich seltener als männliche Bürger.

H0: Kinder, Familienstand und Geschlecht der Chemnitzer Bürger/innen haben keinen Einfluss auf Intensität und Häufigkeit des bürgerschaftlichen Engagements.

Hypothese 4 greift auf Putnams Aussage zurück, dass soziales Kapital insbesondere dort vorhanden ist, wo Menschen ihre Ressourcen wahrnehmen und einsetzen. Dies können materielle wie immaterielle Kapazitäten sein; bedeutsam ist jedoch deren Einsatz zugunsten der Gemeinschaft zu Gute kommt, was wiederum positive Auswirkungen auf die Person ausübt, die ihre Ressourcen eingesetzt hat.⁸² Daher müssen potenzielle Freiwillige bereit sein, Kosten auf sich zu nehmen, die sie in die Gemeinschaft investieren. Diese Bereitschaft kann durchaus von der Perzeption der individuellen, als auch öffentlichen (gemeinschaftlichen) wirtschaftlichen Lage abhängen. Dahingehend überprüft die vierte Hypothese die Verbindung von Engagement und wirtschaftlicher Situation.

⁸⁰ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009, S. 164.

⁸¹ Ebd., S. 167f.

⁸² Putnam 2001, S. 19.

H4: Je besser die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage, desto höher ist der Anteil derer, die sich engagieren.

H0: Die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage hat keinen Einfluss auf die Häufigkeit des Engagements.

Hypothese 5 folgt den Befunden Putnams zur Einschätzung der Wirtschaftslage, wie sie in der vierten Hypothese erläutert wurden. Im Kontext der Wiedervereinigung spielt diese Einschätzung für Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger eine ewichtige Rolle. Die Erfahrung der „Wende“, die mit dem wirtschaftlichen Niedergang und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Verbindung steht, könnte nach Putnam die Bereitschaft senken, eigene (knappe) Ressourcen in bürgerschaftliches Engagement zu investieren. Hypothese fünf untersucht daher die Häufigkeit des Engagements abhängig von der Einschätzung des Mehrwertes der „Wende“:

H5: Je stärker die Einschätzung, der Osten hätte von der „Wende“ profitiert, desto engagierter die Menschen.

H0: Die Einschätzung der Wiedervereinigung hat keinen Einfluss auf das Engagement.

Schließlich führt Hypothese 6 die vorangehenden Thesen fort und stellt die Frage, inwieweit die Sozialisierung während der Phase der Teilung Deutschlands einen Einfluss auf die Häufigkeit des Ehrenamtes hat.⁸³ Mit Beginn der Nachkriegszeit wurde der Versuch unternommen, das Vereinswesen wiederzubeleben. Die Menschen in Westdeutschland entwickelten vielfach eher eine Abneigung gegen politische Parteien oder Vereine. Üblicherweise wird dies als „Ohne-mich“-Haltung⁸⁴ bezeichnet. Diese

⁸³ BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S.26. Neben der Tatsache, dass freiwilliges Engagement „traditionell“ in Westdeutschland häufiger aufzufinden ist, gibt es weitere Unterscheidungskriterien, wie die immensen strukturellen Unterschiede des freiwilligen Engagements. So ist Engagement naturgemäß häufiger in ländlichen Gebieten als in städtischen Ballungsgebieten, aufgrund des stärkeren Zusammenhalts innerhalb der Bevölkerung, vgl. ebd., S. 80. In den neuen Bundesländern sind die ländlichen Gebiete jedoch in diesem Punkt den Städtischen in besonderem Maß zurückgestellt.

⁸⁴ Offe/Fuchs 2001, S. 438.

Einstellung änderte sich in der Nachkriegszeit in Richtung einer Neigung, aus „ideologisch verwischten Anliegen im Bereich der Freizeitaktivitäten“⁸⁵ Vereinen beizutreten oder sie zu gründen. Hinzu kam ein stetig wachsender Überschuss an freier Zeit etwa durch verkürzte Arbeitszeiten.⁸⁶ Die staatlich kontrollierten und eingerichteten Organisationen in der DDR wiederum töteten jedes Verlangen danach ab, privates ehrenamtliches Engagement zu übernehmen und verankerten eine tiefe Skepsis gegenüber jedweder „Vereinsmeierei“.⁸⁷ Das Vereinsleben war durch Zwang statt Freiwilligkeit gekennzeichnet.⁸⁸ Die Wiedervereinigung brachte zudem „transplantierte“ und „quasi-koloniale“ Vereinsstrukturen⁸⁹, die eher auf Ablehnung trafen. Ein weiterer Faktor könnte die gestiegene und im Vergleich zu den alten Bundesländern höhere Arbeitslosigkeit sein, „die sich in einer abnehmenden Neigung zum Engagement niederschlug.“⁹⁰

H6: Wenn die Befragten in den alten Bundesländern sozialisiert wurden, engagieren sie sich eher, als wenn sie ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht haben.

H0: Die Häufigkeit des Engagements hängt nicht von der Sozialisierung in den alten Bundesländern bzw. der DDR ab.

2.2.2 Auswahl der Untersuchungsform

Für die Auswahl einer passenden Untersuchungsform waren zwei Rahmenbedingungen maßgeblich. Erstens: Zunächst musste berücksichtigt werden, dass vier unterschiedliche Erhebungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Zweitens: Sowohl zeitlich als auch personell und finanziell waren dem Studierendenprojekt enge Grenzen gesetzt: In einem Zeitraum von vier Wochen sollten die Studierenden selbstständig eine Erhebung vornehmen, die die finanziellen Ressourcen der leitenden Juniorprofessur nicht übersteigt. Vor diesem Hintergrund diskutierten die Seminarteilneh-

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Vgl. ebd., 439f.

⁸⁷ Vgl. Putnam 2001, S. 763.

⁸⁸ Vgl. Offe/Fuchs 2001, S. 437.

⁸⁹ Putnam 2001, S. 763.

⁹⁰ Ebd.

mer die ihnen zu Verfügung stehenden Untersuchungsformen aus, die sich nach Diekmann auf drei wesentliche Befragungstypen reduzieren lassen:⁹¹ persönliches Face-to-face-Interview, telefonisches Interview und schriftliche Befragung.

Schriftliche Befragungen weisen ein annehmbares Kosten-Nutzen-Kalkül auf und sind daher für vollstandardisierte Befragungen sehr geeignet⁹², da sie die „unnötige“ Interaktion mit den Interviewten vermeiden. Dadurch hält sich auch der Zeitraumen für ein Interview in Grenzen. Des Weiteren bieten schriftliche Befragungen ein gewisses Maß an Anonymität, was das wahrheitsgemäße Beantworten der Fragen befördert und soziale Erwünschtheit verringert.⁹³ Da diese Befragungsform insbesondere durch konventionelle sowie elektronische Post erfolgt, erreichte sie dementsprechend viele Menschen. Demgegenüber wirken einige Faktoren nachteilig. Die Interview-situation steht zu keinem Zeitpunkt unter der Kontrolle des Befragers. Somit können etwaige Rückfragen nicht erfolgen und die Gefahr besteht, dass Befragungen unvollständig oder gar nicht angeführt werden. Zudem muss vermutet werden, dass viele Fragebögen in Phasen mehr oder weniger großer Unkonzentriertheit ausgefüllt werden. Ebenso entzieht sich die Rücklaufquote einer sicheren Kalkulation. In der Regel gestaltet sich diese mit unter 50 Prozent als sehr gering, was zu geringer Validität führen kann.⁹⁴ Summa Summarum kam diese Untersuchungsform für das vorliegende Projekt nicht infrage. Einerseits war damit zu rechnen, dass ein umfangreicher Fragebogen potenzielle Interviewte abschreckt und demnach die Rücklaufquote als niedrig anzusiedeln sein wird – mit den entsprechenden Folgen für die Datenauswertung. Andererseits standen den Projektteilnehmern keine finanziellen Ressourcen für den postalischen Versand sowie die Frankierung der Rücksendeumschläge zur Verfügung, sodass von vornherein nur das Versenden auf dem elektronischen Wege infrage kommen konnte. Die nötigen Kontaktdaten waren jedoch nicht verfügbar.

Telefonische Interviews gehören zu den am häufigsten verwendeten Befragungsformen bei quantitativen und standardisierten Erhebungen.⁹⁵ Diese

⁹¹ Vgl. Diekmann 2014, S. 437.

⁹² Vgl. Sedlmeier, Peter/Frank Renkewitz: Forschungsmethoden und Statistik. Ein Lehrbuch für Psychologen und Sozialwissenschaftler, 2. Aufl., München 2013, S. 84.

⁹³ Vgl. ebd.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 85.

⁹⁵ Vgl. Diekmann 2014, S. 437.

Form profitiert von der umfassenden und einfachen Erreichbarkeit der Befragten, da gut 90 Prozent der hiesigen Haushalte über einen Telefonanschluss verfügen.⁹⁶ Unter entsprechenden Vorkehrungen, wie vorherige schriftliche Kontaktierung, lassen sich zudem ähnlich hohe Beantwortungsquoten von 50 bis 70 Prozent erreichen wie bei der persönlichen „Face-to-face“-Befragung.⁹⁷ Des Weiteren können sehr ausführliche Interviews von bis zu 1,5 Stunden durchgeführt werden.⁹⁸ Damit können eher komplexe Fragen Bestandteil des Interviews werden, ohne die Befragten zu überfordern. Gegen die Wahl des telefonischen Interviews stand vor allem die praktische Durchführbarkeit des Projektfragebogens. Zunächst muss festgehalten werden, dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung auf eigenen Wunsch nicht im Telefonbuch zu finden ist. Da dies unter Umständen auf bestimmte Bevölkerungsanteile zurückzuführen sein könnte, würde dies zu Verzerrungen führen. Des Weiteren haben telefonische Interviews den Nachteil der Generierung von Antworten gemäß der sozialen Erwünschtheit⁹⁹, die aufgrund der Vielzahl an politisch sowie gesellschaftlich relevanten Fragen des Projektes zu weiteren Verzerrungen führen können. Für die Seminarteilnehmer stand zudem fest, dass die Durchführbarkeit durch Länge und Fragmentierungsgrad des gemeinsamen Fragebogens einen Hauptnachteil für die Interviewten in puncto Länge und Verständlichkeit darstellt. Essentiell war demnach die Möglichkeit der Befragten, den Fragebogen vor sich zu haben.

Das mündliche Face-to-face-Interview (auch Paper-and-Pencil-Interview)¹⁰⁰ stand schlussendlich als Befragungsform des Projektes fest. Obwohl diese Erhebungsform ebenso Schwächen aufweist, stellt sie ein relativ ressourcenschonendes Mittel der Datenerhebung mit hohem Erfolgswert dar. Der Zeitaufwand ist je nach Grad der Standardisierung recht gut kontrollierbar. Relativ geringe Anonymität erschwerten wiederum sensible Fragen. Zugleich kann die „Betreuung“ des Befragten durch den Interviewer gewährleistet und mit entsprechender vorheriger Sensibilisierung ungewollte Einflussnahme verhindert werden. Zudem besitzt der Interviewer die Möglichkeit, die Übergänge innerhalb der Befragung ähnlich wie bei einem

⁹⁶ Vgl. ebd.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 503.

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 504.

⁹⁹ Ebd., S. 504f.

¹⁰⁰ Ebd., S. 512f.

Telefoninterview schonend zu gestalten. Hauptkriterium bei der Festlegung auf ein persönliches Interview war die Entwicklung einer Quotenstichprobe, deren Kontrolle am ehesten von der Face-to-face-Methode gewährleistet werden kann. Da die Quote auf einer simplen Distinktion nach Alter (drei Ausprägungen) und Geschlecht ausgerichtet ist, kann eine Überprüfung ohne weiteres durch den Interviewer erfolgen. Zwar könnte ferner durch die anderen Formen das Quotenziel erreicht werden, jedoch ist je nach Methode entweder mit vielen nicht erfolgreichen Versuchen (Telefoninterview) oder mit viel Datenausschuss (schriftliche Befragung) zu rechnen; ohnehin knappe Ressourcen würden vergeudet.

2.3 Fallauswahl

Gemäß der Zielstellung des Projektes bildete die Grundgesamtheit der Erhebung die Bevölkerung der Stadt Chemnitz, die am 31. Juli 2015 etwa 240.000 Personen umfasste.¹⁰¹ Als Bürgerin bzw. Bürger von Chemnitz gilt, wer seinen gewöhnlichen Wohnsitz in der Stadt besitzt – unabhängig von Haupt- oder Nebenwohnsitz bzw. der Dauer des bisherigen Aufenthaltes. Geprüft wird dieser Umstand in der Befragung durch eine Filterfrage zu Beginn: Etwaige Missverständnisse, die aus der Filterfrage entstehen könnten, wurden durch den Befragter selbst ausgeräumt.

Die Seminarteilnehmer sollten sich selbst an einer Erhebung von der Planung bis zur Dokumentation praktisch versuchen. Daher war von der Seminarleitung eine feste Zahl von 20 Interviews je Seminarteilnehmer ausgegeben, 320 Personen insgesamt.

Des Weiteren einigten sich die Projektgruppen auf die Einrichtung einer festen, kombinierten Quote.¹⁰² Sie umfasste zum einen das Geschlecht und zum anderen das Alter. Für beide Merkmale wurden Daten der Stadt Chemnitz genutzt. Die Ermittlung des Geschlechts wurde durch die Interviewer eigenständig vorgenommen (Frage 2).

Den zweiten Teil der Quote umschließt die Festlegung auf drei Alterskohorten G1, G2 und G3. Die für die Auswertung wichtigsten Alterskohor-

¹⁰¹ Vgl. Stadt Chemnitz (Hrsg.): Zahlen und Fakten, online abzurufen unter: www.chemnitz.de/chemnitz/de/die-stadt-chemnitz/stadtporrait/zahlen-fakten/ (24. März 2016).

¹⁰² Vgl. Diekmann 2014, S. 390f.

ten gingen jedoch aus Erkenntnisgründen über die drei Auswahl-Kohorten hinaus (Frage 3).

Die Alterskohorte G1 entspricht „jüngeren Chemnitzerinnen und Chemnitzern“, die im Alter von 15 bis 29 Jahren anzusiedeln ist und etwa 15,3 Prozent (37.000) der hiesigen Bevölkerung umfasst. Kohorte G3 entspricht den „älteren Chemnitzern“ im Alter von über 60 Jahren, die etwa 39,5 Prozent (95.000) der Grundgesamtheit bilden. Als Vergleichsgruppe für die hier vorzunehmende Analyse dienen schließlich Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger, die eine mittlere Kategorie (G2) bilden, bestehend aus 30- bis 59-Jährigen; dies entspricht einem Anteil von 39,1 Prozent (94.000). Die übrigen gut sechs Prozent (14.000) der Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger „scheidert“ aufgrund ihres Alters an der Quote und umfasst Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Diese Festlegung orientiert sich an der Methodik des Freiwilligensurveys, nach dem Jugendliche erst ab einem Alter von 14 bis 15 Jahren fähig sind, Partizipationsformen wie Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement umfassend wahrzunehmen.¹⁰³

Die Tabelle 1 zeigt die für die Erhebung relevante Quotenstichprobe gemäß der Merkmalsverteilung nach Geschlecht und Alter, die aufgrund der engen Orientierung an der Chemnitzer Bevölkerung grundsätzlich repräsentativen Charakter einnimmt.

	G1		G2		G3		Summe
	♂	♀	♂	♀	♂	♀	
<i>absolut</i>	27	28	68	71	62	64	320
<i>relativ</i>	8,4%	8,8%	21,3%	22,2%	19,4%	20,0%	100%

Tabelle 1: Quotenstichprobe.

¹⁰³ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 18.

2.4 Erhebungsinstrument

2.4.1 Operationalisierung

<i>Variable</i>		<i>Ausprägungen</i>	<i>Skala</i>	<i>Hypothese</i>	<i>Frage</i>
1	Alter der Bevölkerung	>65/56-65/46-55/36-45/26-35/16-25/<16	Ordinal	H1a/b, H2a/b	3
2a	Klassische Partizipationsformen	Wahlbeteiligung der letzten Kommunalwahl	Nominal, dichotom	H1a	Meta-daten
2b	Neue Partizipationsformen	-	Nominal, polytom	H1b, H3a	6
3	Motive bzw. Ziele des Engagements	Gemeinnutz/ Eigennutz	Nominal, dichotom	H2a, H2b	8
4	Anzahl der Kinder	Ja/Nein	Nominal, dichotom	H3a, H3b	29
5	Geschlecht	♂/♀	Nominal, dichotom	H3b	2
6	Familienstand	Alleinstehend/ Verheiratet bzw. in fester Partnerschaft	Nominal, dichotom	H3b	28
7	Allgemeine Wirtschaftslage	1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut)	Metrisch, polytom	H4	13
8	Profit des Ostens von der „Wende“	Nein/eher nein/eher ja/ ja	Ordinal	H5	12
9	Sozialisation	Ja/Nein	Nominal, dichotom	H6	4

Tabelle 2: Übersicht der verwendeten Variablen.

Zur Konstruktion des Erhebungsinstrumentes galt es, die Variablen zu systematisieren und zu operationalisieren, um sie für die Datenanalyse vorzubereiten. Die Tabelle 2 (Vorseite) zeigt eine Übersicht aller zu operationalisierenden Variablen, deren Ausprägung sowie ihre Verwendung.

1) Die Einteilung der Geburtsjahrgänge in Dekaden wurde aus praktikablen Gründen erwogen.

2a) Für die Häufigkeit an klassischen Partizipationsformen diente die Wahlbeteiligung der Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger bei den vergangenen Kommunalwahlen, aufgeschlüsselt nach Alter als Indikator. Die Daten hierfür sollten dabei nicht durch das Erhebungsinstrument, sondern durch Metadaten gewonnen werden, wie sie die amtlichen Wahlstatistiken üblicherweise bereitstellen.

2b) Ausschlaggebend für die Beteiligung an neuen Partizipationsformen ist die Häufigkeit des Engagements allgemein, unabhängig von dem Engagementbereich oder dem Organisationsgrad. Die allgemeine Häufigkeit des Engagements wird durch die Frage ermittelt, ob der Befragte einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgeht oder nicht. Einhergehend mit der Bejahung soll zum Zweck der weiteren Analyse in derselben Frage der genaue Ehrenamtsbereich ermittelt werden (Sport, Umwelt- und Naturschutz, Kultur, politisches Engagement, sozialer Bereich und Sonstiges). Ebenso stand es offen, diese Frage zu verneinen.¹⁰⁴ Die Auswahl der Engagementbereiche orientierte sich an den Ergebnissen des Pretests¹⁰⁵, bei dem die Items des Freiwilligensurveys¹⁰⁶ überprüft und die am häufigsten genannten unter Berücksichtigung einer praktikablen Anzahl in den Fragebogen übernommen wurden.

¹⁰⁴ Die Festlegung auf die genannten Ehrenamtsbereiche wird im Kapitel 2.4.2 zur näheren Erläuterung des Pretests beschrieben.

¹⁰⁵ Siehe Kapitel 2.4.2.

¹⁰⁶ Der Freiwilligensurvey 2009 nannte insgesamt 14 Engagementbereiche, was aufgrund der geringen Anzahl an Befragten zu einer nicht praktikablen Fragmentierung geführt hätte und daher durch die Wahl von Sonstiges erfasst wird. Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 93.

3) Die Motivation hinter dem Engagement soll in dichotomer Weise durch die Antwortmöglichkeiten „Eigennutz“ und „Gemeinnützigkeit“ festgestellt werden. Da diese Variable sozial erwünschte Antworten provoziert, bei denen die Präferenz in Richtung Gemeinnutz geht, wurde versucht, die wahrheitsgemäße Beantwortung durch eine „abfedernde“ Frageformulierung zu erzielen. Zusätzlich wurde die Frage offen gestellt, sodass auch eine Tendenz zu einem der beiden Ausprägungen als eindeutige Beantwortung bewertet werden kann.

4) Die Anzahl der Kinder im Haushalt wird zweiwertig erhoben: Kinder oder Enkelkinder sind im Haushalt oder nicht. Die Erfassung des Items wird im soziodemografischen Teil des Fragebogens vorgenommen und lediglich dichotom (ja oder nein) codiert, wobei auch eine Verneinung der Antwort möglich ist.

5) Das Geschlecht wurde dichotom (männlich oder weiblich) erfasst.

6) Bezüglich der Operationalisierung der Variable „Familienstand“ wurde eine Skalierung festgelegt, die sich lediglich auf zwei Items beschränkt: alleinstehend sowie verheiratet/feste Partnerschaft. Die Frage selbst wurde in der Praxis offen gestellt und eine Einordnung durch den Interviewer selbständig vorgenommen. Für die vorliegende Arbeit war es grundsätzlich nicht zielführend, eine weitere Aufschlüsselung vorzunehmen. Lediglich die Verneinung der Antwort stand den Befragten zusätzlich zur Verfügung.

7) Die Variable „Allgemeine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage“ entstammt aus dem Variablenkatalog einer der drei weiteren Seminargruppen und wurde zur Ergänzung der relevanten Hypothesenanalyse herangezogen. Anhand der persönlichen Einschätzung auf einer Likert-Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) wurde die Variable operationalisiert.

8) Des Weiteren wurde die Einschätzung der Lage in Ostdeutschland im Kontext der Wiedervereinigung von einer der weiteren Projektgruppen herangezogen. Anders als die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage fokussiert diese Variable darauf, ob die neuen Bundesländer von der „Wende“ profitiert haben. Dementsprechend liegen die Antworten auf einer Skala

von „nein“ über „eher nein“ und „eher ja“ bis „ja“. Ebenso bestand die Möglichkeit für die Interviewten die Beantwortung der Frage zu verneinen.

9) Darüber hinaus wurde die Ost-West-Sozialisierung erhoben. Erfasst wurde, ob der/die Befragte sowohl Kindheit als auch Jugend bis zu einem Alter von 15 Jahren in der DDR verbracht hatte oder nicht. Schließlich wurden Variablen in den Fragebogen aufgenommen, die sich nicht direkt in den aufgezeigten Hypothesen wiederfinden. Im fortschreitenden Verlauf der Umsetzung des Forschungsdesigns konnte diese nicht aufrechterhalten werden, da sie für die Prüfung der Hypothesen als irrelevant zu betrachten waren.

10) Der subjektive Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements unter Chemnitzer Bürgerinnen und Bürgern stellt einen wichtigen Teil der Datenanalyse dar. Mit der Frage soll eine Auseinandersetzung mit dem Themenfeld provoziert werden. Der Anteil der Personen, die „verzichtbar“ antworteten, sowie deren soziodemografischer Hintergrund, stellen den Erkenntniswert dar.

11) Der Organisationsgrad ehrenamtlichen Engagements diene konzeptuell der Einteilung, in welchem Umfang die ehrenamtlich Engagierten tätig sind und in welchem Grade diese fest in das Engagement eingebunden sind. Für weiterführende Forschungen kommt dem Organisationsgrad eine herausgehobene Rolle zu. Die Frage, wie viel Zeit eine Person in ihr Engagement investiert und welchen Platz dieses im alltäglichen Leben einnimmt, ist grundlegend für die Analyse des Engagement-Wandels, wurde hier aber ausgespart.¹⁰⁷

12) Dem Berufsstand, der ebenso Bestandteil des Erhebungsinstrumentes ist, kam im Verlauf der Analyse keine entscheidende Rolle zu, aber zur Charakterisierung der Stichprobe und des Engagements in Chemnitz war er zentral.

¹⁰⁷ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 107f.

2.4.2 Pretest

Als Ziel des Pretests wurde ausgegeben, die Verständlichkeit der Fragen zu prüfen, bei zunächst offen gestellten Fragen die Antwortvarianz zu ermitteln sowie eventuelle Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Fragen zu ermitteln. Für den Interviewer selbst stand der Fokus auf der Überprüfung der generellen Übersichtlichkeit und des Einsatzes des Erhebungsinstrumentes unter Feldbedingungen. Auf Basis der Erkenntnisse sowie der anschließenden Plenumsdiskussion wurden danach teilweise Konkretisierungen, weitere Ausführungen sowie teilweise auch Streichungen vorgenommen. Aufgrund der limitierten Kapazitäten des Projektes sah die Projektleitung davon ab, mehrere Voruntersuchungen vorzunehmen, wie sie in der empirischen Sozialforschung üblich sind.¹⁰⁸ Für das Projekt sollte eine willkürliche Stichprobe von insgesamt drei Voruntersuchungen je Seminarteilnehmer erhoben und eine Beobachtung der oben beschriebenen Bedingungen vorgenommen werden.

Im Fall von Frage 4 ergaben sich Schwierigkeiten in der persönlichen Einschätzung der Befragten, inwieweit diese sowohl Kindheit als auch Jugend in der DDR verbracht haben, was dazu führte, dass die Frage nicht hinreichend beantwortet werden konnte. Zur Konkretisierung wurde für den finalen Fragebogen schließlich das Ende der Jugend auf die Vollendung des 15. Lebensjahres festgelegt.

Frage 6 wurde bei der Voruntersuchung bewusst offen gestellt, damit relevante Engagementbereiche stichprobenartig erfasst werden konnten. Basierend darauf wurden letztlich die fünf am häufigsten genannten Engagementbereiche (sowie „Sonstiges“) in den Fragebogen aufgenommen. Zur Ermittlung der Zielsetzungen von bürgerschaftlichen Engagement in Frage 7 wurde zunächst eine offene Frage gewählt, um die vorgesehene Dichotomisierung in Eigennutz und Gemeinwohlorientierung zu rechtfertigen. Zwar resultierte erwartungsgemäß ein sehr heterogenes Antwortfeld; dennoch ergaben sich keine Schwierigkeiten, diese zu dichotomisieren. Für den finalen Fragebogen konnten daher die vorgesehenen Items platziert werden. Für die Filterfragen bzw. für die Quoten relevanten Fragen 1, 2 und 3 ergaben sich keinerlei Schwierigkeiten.

¹⁰⁸ Vgl. Diekmann 2014, S. 195.

2.4.3 Endfassung und Durchführung

Ausgehend von den Ergebnissen der Voruntersuchung und der anschließenden Diskurse, entstand ein 29 Fragen umfassender Fragebogen. Die Seminarteilnehmer befragten zwischen dem 17. Dezember 2015 und dem 14. Januar 2016 innerhalb der Stadt Chemnitz insgesamt 320 Personen. Neben den Fragen wurden Datum, Zeit und Ort der Befragung festgehalten. Die Quoten nach Altersgruppen und Geschlecht wurden zuvor gleichmäßig auf die Studierenden verteilt, sodass jeder Interviewer verantwortlich für die Erfüllung „seiner“ Quote war. Zur Unterstützung der Erhebung wurden zudem Incentives in Form kleiner Schreibartikel angeboten, um die Erfolgsquote positiv zu beeinflussen. Ebenso spielte die Transparenz für die Befragung eine wichtige Rolle; so waren die Studierenden von der Seminarleitung angehalten, den Kontext der Befragung zu erläutern sowie bei Rückfragen den Kontakt zur Projektleitung zugänglich zu machen. Zur weiteren Unterstützung erhielten die Befragten einen laminierten, übersichtlich gestalteten Bogen, auf dem sie die Befragung selbst verfolgen konnten, während der Interviewer selbstständig die Antworten auf dem „offiziellen“ Fragebogen markierte.

2.5 Datenanalyseplan

Zu Beginn der Datenanalyse steht die Ermittlung der Häufigkeitsverteilungen aller für die vorliegende Projektarbeit verwendeten Variablen. Zunächst werden geschlechts- sowie altersspezifische Ausprägungen näher betrachtet, anschließend der Familienstand, die Anzahl der Kinder sowie die Häufigkeit derer, die ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht haben. Hypothese H6 wird verifiziert, wenn es einen positiven Zusammenhang zwischen der Sozialisation im Osten und der Höhe der Engagementquote gibt.

Der zweite Teil der Analyse widmet sich den Häufigkeitsverteilungen des Engagements bei Männern und Frauen mittels einer Vier-Felder-Tabelle unter Berücksichtigung des Durchschnittswertes. Die Werte werden mit den bundesweiten Engagementquoten, die durch Freiwilligensurvey bereitgestellt werden, verglichen und mittels Vier-Felder-Tabelle dargestellt. Der dritte Teil geht der Frage nach, warum sich Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger engagieren. Hierzu werden einerseits der Stellenwert des Engage-

ments graphisch sowie die Altersverteilung tabellarisch aufgezeigt. Zudem veranschaulichen Häufigkeitsverteilungen die Zielsetzungen des Engagements anhand des Merkmals „Geschlecht“. Teil vier widmet sich der Frage nach dem Organisationsgrad des Engagements, dessen Häufigkeiten mittels einer Vier-Felder-Tabelle ersichtlich werden. Anschließend werden die Häufigkeitsverteilungen der Engagementbereiche und das Engagement nach Altersgruppen analysiert. H1 ist verifiziert, wenn die neuen Partizipationsformen eher von jungen, die klassischen Partizipationsformen eher von den alten Chemnitzerinnen und Chemnitzern genutzt werden.

Teil sieben vertieft die Motive bürgerschaftlichen Engagements anhand der relativen und absoluten Häufigkeiten von Eigen- sowie Gemeinnutz in Relation zu den Alterskohorten. Liegt ein Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und den Zwecken des bürgerschaftlichen Engagements vor, gilt Hypothese H2 als verifiziert.

Schließlich widmet sich der achte Teil den Einflussfaktoren auf das bürgerschaftliche Engagement. Zunächst wird die Häufigkeitsverteilung des Engagements bei Befragten mit und ohne Kinder bzw. Enkelkinder im Haushalt sowie in Bezug auf den Familienstand untersucht. Haben das Geschlecht, der Familienstand und Kinder einen Einfluss auf die Engagementquote, ist die Hypothese H3 verifiziert. Daraufhin wird untersucht, inwieweit die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage mit dem Engagement im Zusammenhang steht. Darüber hinaus wird analysiert, ob eine Abhängigkeit zwischen der Häufigkeit des Engagements sowie der Einschätzung, der Osten hätte von der „Wende“ profitiert, besteht (H5). Die Hypothese ist bei einem positiven Zusammenhang verifiziert.

3 Analyse

3.1 Wer wurde befragt?

Insgesamt wurden 320 Chemnitzerinnen und Chemnitzer im Alter von mindestens 16 Jahren befragt. In der Stadt Chemnitz leben 215.493 Menschen¹⁰⁹, die mindestens 16 Jahre alt sind und somit der Grundgesamtheit angehören.

¹⁰⁹ Stand: 31.07.2015, www.chemnitz.de

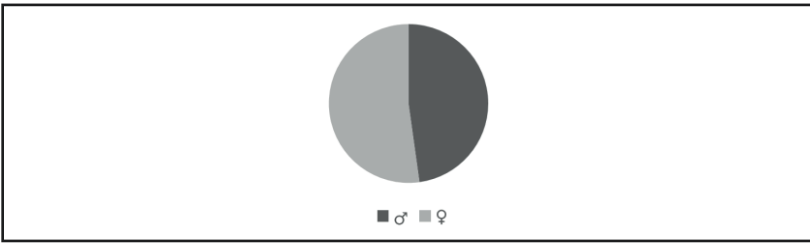


Abbildung 1: Geschlechterverteilung in der Quotenstichprobe, N=320.

In Abbildung 1 ist erkennbar, dass die Geschlechter innerhalb der Stichprobe ungefähr gleichverteilt sind. Das leichte Übergewicht zu Gunsten der weiblichen Befragten ist auf die höhere Lebenserwartung weiblicher Menschen in Industriestaaten zurückzuführen. Sie tritt daher insbesondere in den höheren Altersklassen auf, wie in Abbildung 2 erkennbar. Sie wurde bereits in der Konstruktion der Quote berücksichtigt und ist erwünscht.

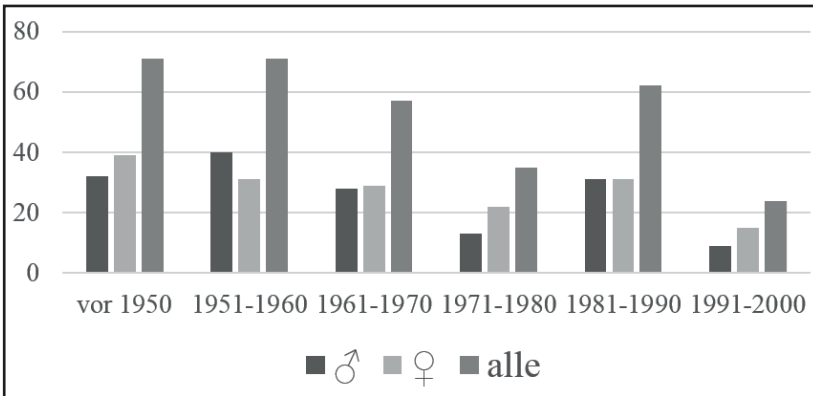


Abbildung 2: Geschlechts- und Geburtskohorten innerhalb der Quotenstichprobe, N=320.

Abbildung 2 zeigt, dass es sich bei den Befragten vor allem um ältere Bürgerinnen und Bürger handelt. Über 60 Prozent der Befragten sind 46 Jahre oder älter. Dieser Befund ist auf den demografischen Aufbau der Stadt Chemnitz zurückzuführen, die den Titel der „ältesten Stadt Deutsch-

lands“¹¹⁰ trägt und in Zukunft laut Prognosen auch den Titel „älteste Stadt Europas“¹¹¹ tragen wird. Die Geschlechtsverteilung divergiert in den einzelnen Geburtskohorten der Befragten zum Teil stark. Der hohe Anteil an 26- bis 35-Jährigen ist auf den Status der Stadt Chemnitz als Universitätsstandort¹¹² zurückzuführen. Der „Einbruch“ der Geburtsjahre 1971 bis 1980 ist mit dem Wegzug von Absolventinnen und Absolventen in andere Regionen Deutschlands erklärbar. Im Jahr 2015 verließen etwa 2.000 Absolventinnen und Absolventen die Technische Universität Chemnitz mit einem Hochschulzeugnis.¹¹³

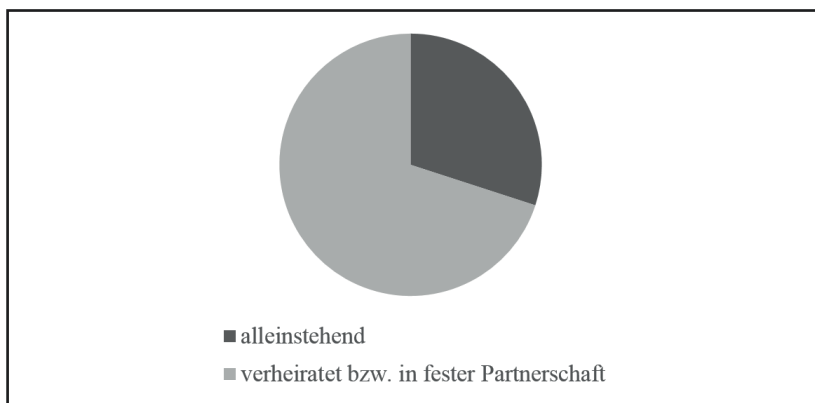


Abbildung 3: Familienstand der Befragten, N=317 (3 fehlend).

¹¹⁰ Vgl. FAZ Online (2011): Perspektiven der Stadt: Chemnitz, Geriatriker aller Länder: Vereinigt euch!, online abzurufen unter: www.faz.net/aktuell/reise/perspektiven-der-stadt-9-chemnitz-geriatriker-aller-laender-vereinigt-euch-11505562.html (8. März 2016).

¹¹¹ Vgl. Müller, Egon (Hrsg.): Demografischer Wandel – Herausforderungen für Arbeits- und Betriebsorganisation der Zukunft, Berlin 2012, S. 384.

¹¹² Im Jahr 2015 waren 11.904 Studentinnen und Studenten an der Technischen Universität Chemnitz immatrikuliert.

¹¹³ Vgl. Steinebach, Mario/Schäfer, Andy (2015): Uni aktuell, Absolventen: Sie können stolz auf sich sein, online abzurufen unter: www.tu-chemnitz.de/uk/pressestelle/aktuell/1/6580 (15. März 2016).

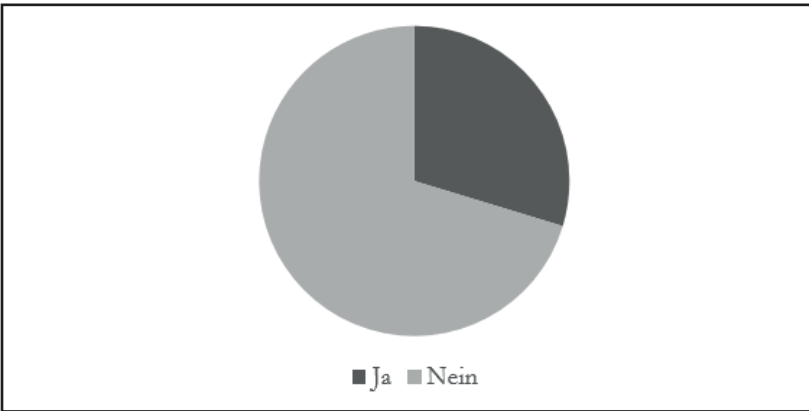


Abbildung 4: Kinder oder Enkel als Haushaltsmitglieder, N=317 (3 fehlend).

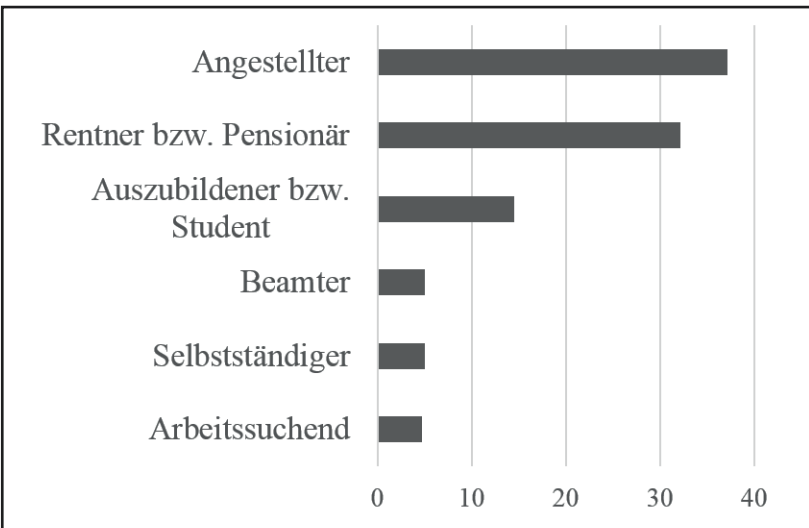


Abbildung 5: Berufsstand der befragten Chemnitzerinnen und Chemnitzer, N=315 (5 fehlend).

Ungefähr ein Drittel der Befragten ist alleinstehend. Die Mehrheit befindet sich in einer festen Partnerschaft oder ist verheiratet. Drei von zehn der befragten Chemnitzerinnen und Chemnitzer gaben an, dass zurzeit mindestens ein Kind oder Enkelkind in ihrem Haushalt lebt. Der am häufigsten angegebene Berufsstand ist der des Angestellten, gefolgt von Rentnern bzw. Pensionären und Auszubildenden bzw. Studenten. Beamte, Selbstständige und Arbeitssuchende sind mit 5 bzw. 4,7 Prozent kaum vertreten. Im Vergleich lag die Arbeitslosenquote im Februar dieses Jahres bei 9,1 Prozent.¹¹⁴ Damit sind Arbeitssuchende in der Befragung unterrepräsentiert.

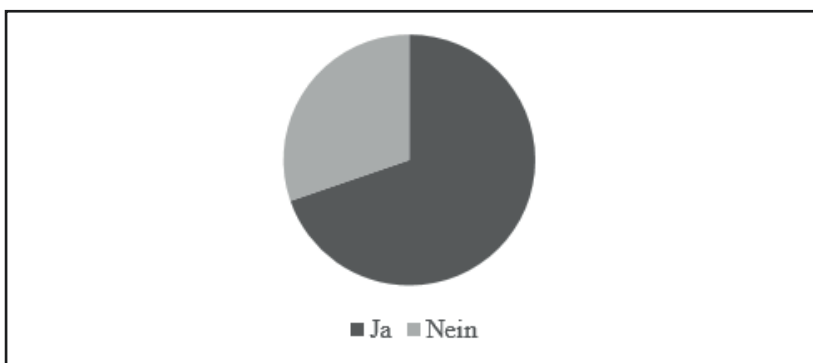


Abbildung 6: Sozialisation in der DDR (Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht?), N=317 (3 fehlend).

Der typische Befragte ist demnach weiblich, verheiratet oder in fester Partnerschaft und vor 1951 bzw. zwischen 1951 und 1960 geboren. Sie ist als Angestellte tätig, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik sozialisiert und lebt ohne Kinder oder Enkelkinder in ihrem Haushalt.

¹¹⁴ Vgl. Agentur für Arbeit (2016): Arbeitsmarkt im Überblick - Berichtsmonat Februar 2016 – Chemnitz, online abzurufen unter: statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/BA-Gebietsstruktur/Sachsen/Chemnitz-Nav.html (15. März 2016).

3.2 Welche Chemnitzerinnen und Chemnitzer engagieren sich, welche nicht?

In Tabelle 3 ist erkennbar, dass sich unter den Befragten mehr Frauen als Männer ehrenamtlich engagieren. Über 42 Prozent der befragten Chemnitzer gaben an sich zu engagieren. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent sind demnach zwischen 36,5 Prozent und 47,9 Prozent der Chemnitzerinnen und Chemnitzer ehrenamtlich aktiv. Etwa ein Drittel der männlichen und die Hälfte der weiblichen Befragten engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich. Diese Quote ist höher als im Bundesdurchschnitt und entspricht nicht der üblichen Geschlechtsverteilung unter Ehrenamtlichen im gesamten Bundesgebiet, wie in Tabelle 4 erkennbar. Allerdings lässt sich wegen der Stichprobengröße nicht ohne Weiteres sagen, ob sich der Unterschied in der Stichprobe auf die Chemnitzer Grundgesamtheit übertragen lässt.

	<i>Engagiert</i>	<i>Nicht engagiert</i>
♂	34,64%	65,36%
♀	49,10%	50,90%
<i>Durchschnitt</i>	42,19%	57,81%

Tabelle 3: Chemnitzer Engagementquote, N=320.

	<i>Engagiert</i>	<i>Nicht engagiert</i>
♂	40%	60%
♀	32%	68%
<i>Durchschnitt</i>	36%	64%

Tabelle 4: Freiwilliges Engagement nach Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland.¹¹⁵

¹¹⁵ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S.99.

Die bundesweite Engagementquote liegt nach dem letzten Freiwilligen-survey 2009¹¹⁶ bei 36 Prozent. Im Bundesdurchschnitt engagieren sich mehr Männer als Frauen – anders als in Chemnitz.

	<i>DDR</i>	<i>BRD</i>
<i>Engagiert</i>	42,5%	40,6%
<i>Nicht engagiert</i>	57,5%	59,4%

Tabelle 5: Engagementquote nach Sozialisation in der DDR bzw. BRD, N=317 (3 fehlend).

Tabelle 5 verdeutlicht, dass sich – unabhängig von der Sozialisation – keine Unterschiede der Engagementquote ergeben. Damit kann angenommen werden, dass die unterschiedliche Sozialisation von Chemnitzer Bürgern (DDR versus Bundesrepublik) keinen Einfluss auf die heutige Engagementquote hat. Damit wurde die Hypothese falsifiziert.

3.3 Warum engagieren sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer?

Abbildung 7 unterstreicht die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Chemnitzer Zivilgesellschaft. 92 Prozent der Befragten geben an, ehrenamtliches Engagement sei für Chemnitz unverzichtbar. Die Zustimmung zu dieser Aussage steigt kontinuierlich mit dem Alter der Befragten an, wie in Tabelle 6 erkennbar. In der Grundgesamtheit liegt der Anteil derer, die Engagement für unverzichtbar halten, zwischen 89 und 95 Prozent. Die Befragten, die älter als 56 Jahre sind, geben zu mehr als 95 Prozent an, dass Engagement für die Chemnitzer Gesellschaft unverzichtbar ist. Die Unter-25-Jährigen teilen diese Meinung zum Großteil. Jedoch hält jeder Fünfte dieser Alterskohorte ehrenamtliches Engagement für verzichtbar.

¹¹⁶ Die letzte Erhebung aus dem Jahr 2014 wird zurzeit noch ausgewertet und erscheint voraussichtlich im Sommer 2016.

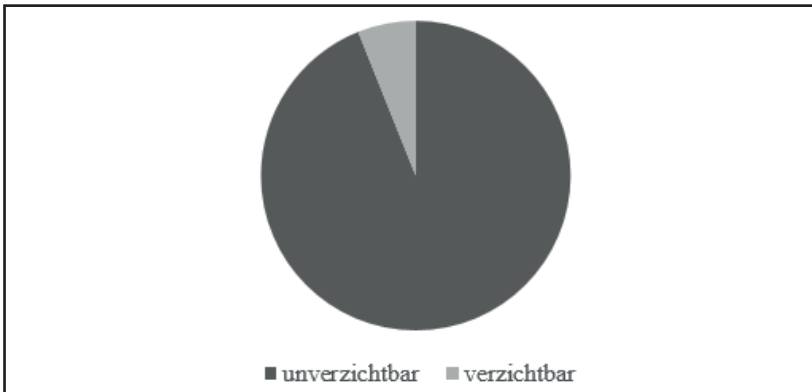


Abbildung 7: Ist ehrenamtliches Engagement für Chemnitz unverzichtbar oder eher nicht?
N=297 (23 fehlend).

Dieser Befund lässt sich auf den kontaktstiftenden Effekt des Engagements zurückführen. Vor allem ältere Menschen sind wenig in familiäre Strukturen integriert, da die Mobilität zu einer hohen geografischen Distribution der eigenen Familie führt. Aus diesem Grund stellt die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen, vor allem für die älteren Bürgerinnen und Bürger ein fundamentales Motiv dar, da sie als Akteur sowie auch als Adressat von Interesse sind. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Freiwilligensurvey: „Für ältere Menschen, die diesen zwischengenerativen Kontakt weniger haben, ist daher das Engagement als Kontaktmöglichkeit zu Menschen in jüngeren und mittleren Jahren wichtiger.“¹¹⁷

Die Motive für ehrenamtliches Engagement lassen sich vereinfacht in eigennützliche und gemeinnützliche unterscheiden. Ungefähr ein Drittel der männlichen Befragten gab Eigennutz als Motiv an. Die restlichen zwei Drittel verfolgen gemeinwohlorientierte Motive. Die weiblichen Befragten geben zu 75 Prozent an, dass sie gemeinwohlorientierte Ziele mit ihrem ehrenamtlichen Engagement verfolgen. Das bedeutet, dass die weiblichen Befragten im Vergleich zu ihrem männlichen Pendant eher dazu neigen gemeinwohlorientierte Ziele zu verfolgen. Dieser Befund ist durch die geschlechtsspezifische Einteilung der Engagementbereiche gestützt. Die

¹¹⁷ BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009, S. 21.

statistische Analyse des Zusammenhangs zwischen gemeinnützlichen Motiven und dem Geschlecht erbrachte einen geringen positiven Wert von $C=0,164$ bei einem Signifikanzniveau von $0,01$. Der Zusammenhang zwischen eigennützlichen Motiven erbrachte einen Wert von $C=0,007$, der als nicht signifikant einzuschätzen ist. Damit sind die beschriebenen Befunde nicht auf die Grundgesamtheit aller Chemnitzerinnen und Chemnitzern übertragbar und die Hypothese ist falsifiziert.

<i>Geburtsjahr</i>	<i>unverzichtbar</i>	<i>verzichtbar</i>
<i>Vor 1951</i>	98,48%	1,52%
<i>1951-1960</i>	95,45%	4,55%
<i>1961-1970</i>	94,23%	5,77%
<i>1971-1980</i>	93,55%	6,45%
<i>1981-1990</i>	91,94%	8,06%
<i>1991-2000</i>	80,00%	20,00%
<i>Durchschnitt</i>	92,28%	7,72%

Tabelle 6: Unverzichtbarkeit von ehrenamtlichen Engagement nach Geburtsjahr, relative Prozent, N=297 (23 fehlend).

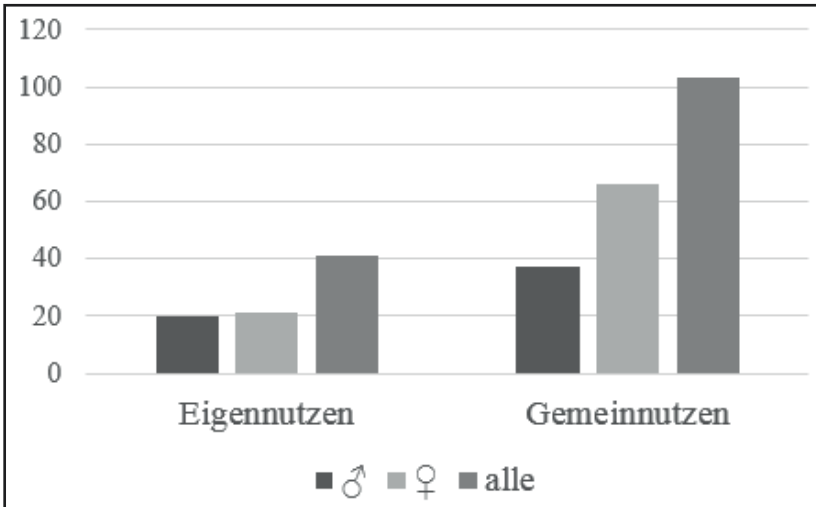


Abbildung 8: Motive ehrenamtlichen Engagements unter Chemnitzer Bürgerinnen und Bürgern, N=87, Mehrfachantworten möglich.

3.4 Wie engagieren sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer?

Tabelle 7 zeigt, dass es Unterschiede beim Organisationsgrad des ehrenamtlichen Engagements gibt. Am häufigsten findet Engagement in regelmäßigen und festen Strukturen statt. Selten ist hingegen eine unregelmäßige

	<i>fest</i>	<i>spontan</i>	<i>Summe</i>
<i>regelmäßig</i>	59	21	80
<i>unregelmäßig</i>	32	19	51
<i>Summe</i>	91	40	131

Tabelle 7: Wie ist Ihr Engagement organisiert?, N=131, Mehrfachantworten möglich.

und spontane Struktur. Der Wert $\Phi=0,12$ verdeutlicht einen schwachen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit und dem Organisationsgrad des Engagements. Regelmäßiges Engagement ist demnach meist fest organisiert, unregelmäßiges eher spontan.

3.5 In welchen Bereichen engagieren sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer?

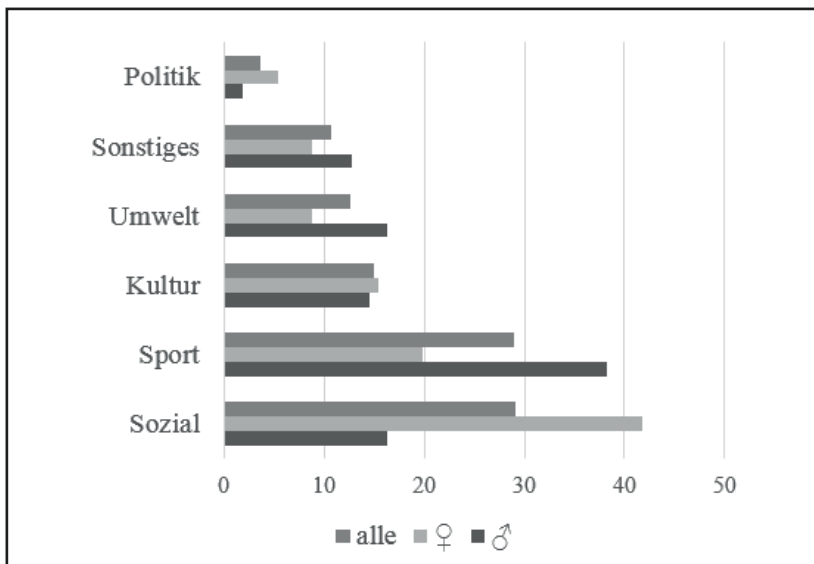


Abbildung 9: Engagementbereiche – Männer und Frauen im Vergleich, N=107, Mehrfachantworten möglich, relative Angaben.

Engagement kann in vielfältigen Formen zum Ausdruck kommen. Chemnitzer Engagement findet vor allem in den Bereichen Soziales, Sport und Kultur statt. Soziales Engagement umfasst freiwillige Tätigkeiten in Kindergärten und Altenheimen, aber auch Spenden an karitative Organisationen oder Flüchtlingshilfe. Sie wird überdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeführt. Männliche Befragte sind überdurchschnittlich engagiert im Sport, wie in Abbildung 9 erkennbar. Auch der Umwelt- und Naturschutz wird in-

nerhalb der Befragung eher von Männern denn Frauen als Engagementbereich benannt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Umwelt- und Naturschutz nicht nur Tierheimarbeit, sondern auch Angler- und die Jagdvereine umfasst, die in aller Regel einen hohen Anteil männlicher Mitglieder aufweisen. Kulturelles Engagement stellt sich als geschlechtsunspezifischer Bereich heraus, in dem ungefähr gleich viele Männer wie Frauen engagiert sind. Im politischen Engagement dominieren Frauen, ein überraschender Befund, wenn man bedenkt, dass die Politik auch heute noch ein männerdominierter Bereich ist. Er umfasst neben Interessenvertretungen und festem Engagement in politischen Organisationen wie Parteien und Wählerverbänden auch kurzfristige Formen des Engagements, wie Unterschriftenaktionen oder Formen politischer Bildung.

Überträgt man diese Bereiche auf die Grundgesamtheit, liegt der Bereich Umwelt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zwischen 8,75 und 23,03 Prozent, soziales Engagement zwischen 34,13 und 53,73 Prozent, kulturelles Engagement zwischen 12,56 und 28,56 Prozent und Sport zwischen 26,65 und 46,25 Prozent. Für den Bereich des politischen Engagements kann keine statistische Fehlerspanne festgelegt werden.

3.6 Partizipationsformen

<i>Klassifikation nach Alter</i>	<i>Engagiert</i>	<i>Nicht engagiert</i>
>56	39,5%	60,5%
36-55	45,7%	54,3%
16-35	41,5%	58,5%

Tabelle 8: Anteil der Engagierten nach Altersgruppen, N=320.

In Tabelle 8 ist erkennbar, dass der Anteil der engagierten Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Altersgruppen schwankt. Den höchsten Anteil an Engagierten findet man in der Altersgruppe zwischen 36 und 55 Jahren. Am wenigsten engagiert sind die Befragten über 56.

Der Anteil derer, die sich im Mittel über alle Altersklassen engagieren, ist in der Stadt Chemnitz mit 42 Prozent deutlich höher als der Bundeschnitt von 36 Prozent¹¹⁸. Dies kann auf eine Stichprobenverzerrung oder auf ein besonders ausgeprägtes Engagement innerhalb der Stadt Chemnitz zurückzuführen sein. Dies wäre ein überraschender Befund, denn die Engagementquote in den neuen Bundesländern liegt im Mittel immer noch unter deren der alten Länder.¹¹⁹

Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent liegt die Engagementquote der über 56-Jährigen zwischen 33,8 Prozent und 45,2 Prozent in der Grundgesamtheit, die der 36- bis 55-Jährigen in einem Intervall zwischen 39,9 Prozent und 51,5 Prozent und der 16- bis 35-Jährigen zwischen 35,82 Prozent und 47,2 Prozent. Da die beiden Vergleichsgruppen G1 und G3 eine große Schnittmenge aufweisen, kann keine generalisierende Aussage über den Zusammenhang zwischen Alter und Engagementquote getroffen werden. Damit ist die Hypothese weder verifizier- noch falsifizierbar.

3.7 Ziele des ehrenamtlichen Engagements

In Tabelle 9 ist erkennbar, dass weniger als 70 Prozent der älteren Befragten (G3) Gemeinnutz als Motiv für ihr ehrenamtliches Engagement angaben. Etwas mehr als jeder Vierte der jungen Vergleichsgruppe (G1) gab an, dass er mit seinem Engagement egoistisch-individuelle Ziele verfolgt. Die Gruppe mit dem höchsten Anteil egoistisch-individueller Ziele ist die Gruppe 2 der 36-55-Jährigen. Die statistische Analyse des Cramers-V-Wertes ergab einen Wert von 0,144 bei einem Signifikanzniveau von 0,248 (Gemeinnutz) bzw. einen $V=0,045$ bei einem Signifikanzniveau von 0,986. Damit wurde die Hypothese falsifiziert.

¹¹⁸ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 8.

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 24.

		>56 (G3)	36-55 (G2)	16-35 (G1)	Summe
<i>Eigen- nutz</i>	absolut	12	11	18	41
	relativ	31,58%	25,58%	28,57%	
<i>Gemein- nutz</i>	absolut	26	32	45	103
	relativ	68,42%	74,42%	71,43%	
<i>Summe</i>		38	43	63	144

Tabelle 9: Motive des ehrenamtlichen Engagements nach Altersklassen, N=144.

3.8 Einfluss auf bürgerschaftliches Engagements

3.8.1 Partnerschaft und Kinder

	<i>(Enkel-) Kinder im Haushalt?</i>	
	Ja	Nein
<i>Engagiert</i>	46,81%	40,81%
<i>Nicht engagiert</i>	53,19%	59,19%

Tabelle 10: Engagement nach (Enkel-)Kindern im Haushalt, N=317 (3 fehlend).

Die Befragten engagieren sich eher, wenn in ihrem Haushalt Kinder bzw. Enkelkinder leben. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Möglichkeiten sich zu engagieren, in den Bereichen der Kindertages- und Bildungseinrichtungen verbreitet sind, da vorhandene Strukturen häufig bereits institutionalisiert sind und nicht erst mühevoll aufgebaut werden müssen. Darüber hinaus aktivieren Kinder ihre Eltern zu ehrenamtlichen Engage-

ment: „Eltern [werden] durch ihre Kinder in vielfältige Zusammenhänge des Engagements hineingezogen, ganz besonders in die Bereiche Kindergarten und Schule, aber auch Sport, Kultur und Musik, Kirche und Jugendarbeit.“¹²⁰ Zusätzlich sind Kinder eine zentrale Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements, wie bereits der Freiwilligensurvey feststellte.¹²¹ Mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent sind zwischen 41,01 Prozent und 52,61 Prozent der Chemnitzer engagiert, die in ihrem Haushalt mindestens ein Kind oder Enkelkind haben. Im Gegensatz dazu sind zwischen 35,13 Prozent und 46,49 Prozent der Chemnitzer ohne Kind engagiert. Die Überschneidung der Bereiche lässt keine eindeutige Aussage über die Grundgesamtheit zu. Es wäre im Rahmen des Möglichen, dass in der Grundgesamtheit der Anteil derer, die sich engagieren und kein Kind oder Enkelkind in ihrem Haushalt haben, höher ist als derer mit Kind im Haushalt. Daher kann die Hypothese innerhalb der Stichprobe verifiziert, allerdings kann sie nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Zieht man die statistische Analyse des Zusammenhangsmaßes Phi zu Rate, erhält man einen Wert von $\Phi=0,055$, der ebenfalls keinen signifikanten Zusammenhang verdeutlicht.

	<i>Engagiert</i>	<i>Nicht engagiert</i>
<i>Alleinstehend</i>	20%	37,36%
<i>Partnerschaft bzw. Heirat</i>	80%	62,64%

Tabelle 11: Engagement nach (Enkel-)Kindern im Haushalt, N=317 (3 fehlend).

Unter den befragten Chemnitzerinnen und Chemnitzern sind 39 Prozent engagiert. Danach lebt der Großteil von 80 Prozent in einer festen Partnerschaft oder ist verheiratet. Lediglich 20 Prozent der befragten Chemnitzer, die sich engagieren, sind alleinstehend. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent führen zwischen 75,36 Prozent und 84,64 Prozent der enga-

¹²⁰ BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 17.

¹²¹ Ebd., S. 37.

gierten Chemnitzer eine Beziehung. Das heißt nur ein Viertel des Chemnitzer Engagements geht von alleinstehenden Bürgern aus, ein ziemlich klarer Befund, der unsere Hypothese verifiziert.

3.8.2 Wirtschaftslage

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass soziales Engagement von der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage abhängt. Der Anteil der Engagierten ist unter den Bürgerinnen und Bürgern umso größer, je eher die Wirtschaftslage mit 6 oder höher eingeschätzt wird. Vor allem im Bereich der Einschätzung der Wirtschaftslage zwischen 2 und 3 ist der Anteil derer, die sich engagieren, gering. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil unter denen, die die Wirtschaftslage mit 8 oder besser bewerten, bei über 45 Prozent.

Die statistische Analyse des Cramers V ergab einen Wert von 0,204. Dieser bezeugt einen schwachen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und der Engagementquote. Jedoch ist dieses Ergebnis mit einem Signifikanzniveau von 0,101 nicht übertragbar auf die Grundgesamtheit aller Chemnitzerinnen und Chemnitzer.

3.9 Profit des Ostens durch die „Wende“

Abbildung 10 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen der Engagementquote und der Einschätzung, dass der Osten von der „Wende“ profitiert hat. Man erkennt, dass der Großteil der Befragten der Meinung ist, dass die neuen Bundesländer von der Wiedervereinigung profitiert haben. Über 80 Prozent der Befragten stimmen der Aussage, der Osten habe von der „Wende“ profitiert, mit „ja“ oder „eher ja“ zu. Unter den Engagierten ist diese Meinung häufiger vertreten als unter Nicht-Engagierten. Nur knapp 10 Prozent der ehrenamtlich aktiven Befragten stimmt dieser Aussage „nicht“ oder „eher nicht“ zu. Der Cramers-V-Wert von $V=0,237$ verdeutlicht den Zusammenhang, der zwar schwach ausgeprägt, aber vorhanden ist. Das Signifikanzniveau von 0,001 lässt eine Generalisierung auf die Grundgesamtheit zu. Damit wurde die Hypothese verifiziert.

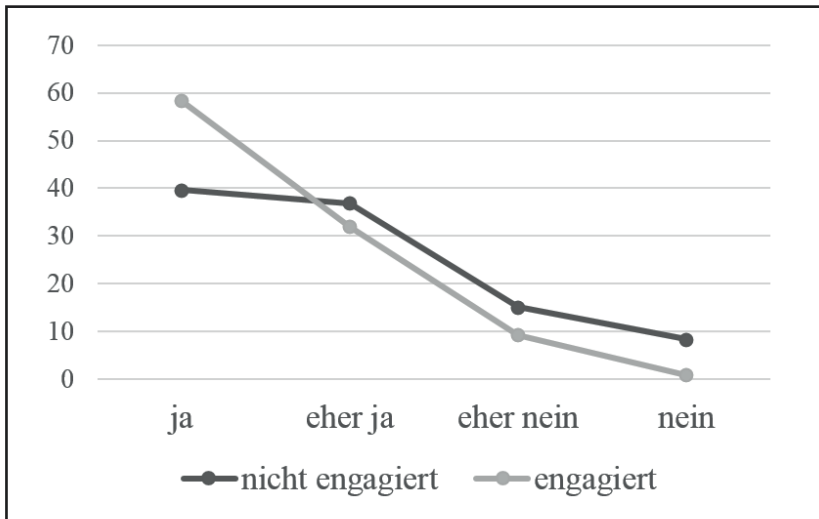


Abbildung 10: Anteil des ehrenamtlichen Engagements nach der Einschätzung der Profitierung des Ostens von der „Wende“, N=319 (1 fehlend).

3.10 Gesamtschau

Die Hypothesen 3a, 3c und 5 konnten bestätigt werden, wie in Tabelle 13 erkennbar. Die restlichen Hypothesen konnten zum Teil in der Stichprobe verifiziert, aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden, sodass sie für die Chemnitzer Gesellschaft falsifiziert wurden.

H1 konnte weder falsifiziert noch verifiziert werden. Daher steht eine weitere Prüfung aus, ob jünger Chemnitzerinnen und Chemnitzer neue Partizipationsformen eher nutzen und die älteren eher auf klassische Formen zurückgreifen. H2 konnte falsifiziert werden. Es konnte nicht festgestellt werden, dass es zwischen dem Alter der Befragten und dem Zielen von Engagement einen Zusammenhang gibt. Die Hypothesen H3a und c konnten verifiziert werden. Demnach ist Chemnitzer Engagement eher weiblich und eher durch partnerschaftliche Strukturen geprägt. Kinder oder Enkelkinder im Haushalt haben jedoch keinerlei Einfluss auf das Engagement. Die Prüfung von H4 ergab keinen schlüssigen Zusammenhang zwischen Einschätzung der Höhe der allgemeinen Wirtschaftslage und des

Anteils an Engagement. Nach der Prüfung von H5 wurde festgestellt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Einschätzung, der Osten hätte von der „Wende“ profitiert, und der Engagementquote gibt. Die Hypothese wurde verifiziert. Im Gegensatz dazu konnte der Einfluss der Sozialisation (DDR oder BRD) nicht bestätigt werden. Die Hypothese wurde falsifiziert.

	<i>H1</i>	<i>H2</i>	<i>H3a</i>	<i>H3b</i>	<i>H3c</i>	<i>H4</i>	<i>H5</i>	<i>H6</i>
Falsifiziert	-	✓		✓		✓		✓
Verifiziert	-		✓		✓		✓	

Tabelle 12: Ergebnisübersicht.

4. Fazit

4.1 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Wichtigster Akteur des Ehrenamtes ist das Individuum. Als interessant galt demnach die Frage, aus welchem Zweck sich Personen freiwillig engagieren. Laut Freiwilligensurvey 2009 gelten sowohl der Wunsch nach einer Stärkung der Gesellschaft als auch die Chance zum beruflichen Einstieg und der damit verbundene Qualifikationserwerb als Motive des Engagements. Innerhalb der Interviews in Chemnitz sollten die engagierten Personen nun angeben, aus welchem Grund diese ihrem Amt nachgehen. Die Zuordnung oblag dem Interviewer. Interessant hierbei schien die Überprüfung, ob die Motive jüngerer Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Identitätsbildung, der Selbstfindung und des beruflichen Qualifikationsdruck („Generation Praktikum“) eher egoistisch-individuellen Zwecken zuzuschreiben wären und die Engagierten ehrenamtliche Arbeit als erweitertes Qualifikationsfeld¹²² beanspruchen würden. Der Zusammenhang zwischen dem Alter einer Person und den damit verbundenen Zielen des Gemeinwohls oder Eigennutzes wurde jedoch nicht bestätigt.

¹²² Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 148.

Das Alter ist demnach nicht ausschlaggebend für die Motivlage.¹²³ Die Beweggründe für Personen zum freiwilligen Engagement sind außerdem durch einen generellen Kultur- und Wertewandel gekennzeichnet. Allgemein kann man von einer Aufwertung von persönlichen Motiven gegenüber Pflichtmotiven sprechen; dennoch gilt es, die Lebenskultur- und Qualität (des Gemeinwohls) durch bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu beeinflussen.¹²⁴ Problematisch ist jedoch, dass sich insgesamt 144 Personen zur Motivlage ihres freiwilligen Engagements äußerten. Dies übersteigt jedoch die Anzahl derer, die eigentlich angaben sich zu engagieren. Die Stichprobe unterlag demnach einem systematischen Fehler.

Aufschlussreich in Bezug auf Ehrenamtsforschung erschien die Frage nach den Partizipationsformen. Der vermutete Zusammenhang zwischen dem Alter einer Person und der strukturellen Form des bürgerschaftlichen Engagements galt es durch die Befragung zu überprüfen. Als problematisch hierbei erwies sich die fehlende Datenlage der letzten Kommunal- und Landtagswahl. Leider gelang es der Projektgruppe nicht, an eine repräsentative Wahlstatistik der Stadt Chemnitz zu gelangen und damit Aussagen über das altersabhängige Wahlbeteiligungs- oder Abstimmungsverhalten treffen zu können. Selbstkritisch ist anzumerken, dass die Datenlage vor der Durchführung des Projekts nicht geprüft wurde. Dennoch muss man der Stadt Chemnitz die Frage nach Transparenz stellen.

Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement wird oftmals in Verbindung mit familiären Strukturen gebracht. Sowohl der Familienstand als auch das Vorhandensein von Kindern sind Faktoren, die sich positiv auf die Bereitschaft zum Ehrenamt auswirken. Trotz des demografischen Wandels und den damit verbundenen rückläufigen Zahlen der Familienjahrgänge tragen diese stabilisierend zum Ehrenamt insgesamt bei.¹²⁵ Einerseits bilden Kinder die Brücke dazu, dass sich Eltern sozial engagieren, andererseits führen Eltern ihre Kinder an die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten heran (bindendes Sozialkapital).¹²⁶ Die Chemnitzerinnen und Chemnitzer bestätigten diesen Zusammenhang.¹²⁷ Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen (Enkel-) Kindern und der Bereitschaft des bürgerschaftlichen

¹²³ Vgl. Tabelle 9.

¹²⁴ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 19.

¹²⁵ Vgl. ebd., S. 162.

¹²⁶ Vgl. Kapitel 1.2.

¹²⁷ Vgl. Tabelle 11.

Engagements ist jedoch nicht gegeben.¹²⁸ Die Befragten sollten angeben, ob Kinder *oder* Enkelkinder in ihrem Haushalt leben würden. Anzunehmen wäre, dass im Haushalt lebende Enkel bei den älteren Befragten das Ergebnis verzerren, da nicht geprüft wurde, ob und wofür sich diese engagieren. Zu überprüfen wäre außerdem, ob ein Ost-West-Unterschied in Bezug auf Ehrenamt durch (Enkel-) Kinder besteht.

Der Freiwilligensurvey von 2009 gibt Auskunft darüber, dass die am stärksten frequentierte Engagementbereitschaft im Bereich Sport liegt.¹²⁹ Unsere Befragung bestätigte die hohe Engagementquote, aber auch der Bereich Soziales wurde besonders oft von Chemnitzerinnen genannt. Es ist interessant festzustellen, dass das Engagement im Politik- und Interessenvertretungsbereich mehr von Frauen als von Männern benannt wurde; entgegen der Tatsache, dass Politik auch heute noch als Männerdomäne gilt. Dieses durchaus überraschende Ergebnis könnte nicht zuletzt aus der divergierenden Rolle der Frau in der DDR im Vergleich zum Frauenverständnis der Bonner Republik resultieren. Auch die in der DDR sozialisierten Frauen waren teilweise an der Friedlichen Revolution und am Transformationsprozess beteiligt – eine Tatsache, die den Zugang zu politischer Partizipation nach der „Wende“ eventuell vereinfachte. Moderne Partizipationsformen könnten ebenfalls ausschlaggebend sein, dass sich Frauen aktiver in politische Belange einbringen. Die Befragten hatten bei der Angabe des Engagementbereichs zudem die Möglichkeit, *Sonstiges* anzugeben. Problematisch hierbei ist, dass diese Kategorie nicht die letztgenannte ist. Eventuell wurde hier falsch zugeordnet. Gibt es Schnittmengen zu anderen Bereichen? Die Antwortkategorien waren zu allgemein und möglicherweise auch unzureichend gewählt. Alternativ hätte die Frage offen gestellt werden können oder die Engagementbereiche an die des Freiwilligensurveys angeglichen werden müssen, um eindeutige Aussagen treffen zu können.

Darüber hinaus setzte die Teilbefragung den Fokus auf die Einflussnahme der wirtschaftlichen Situation auf bürgerschaftliches Engagement. Soziales Kapital steht im engen – positiven – Zusammenhang mit wirtschaftlicher Stärke. Innerhalb dieser Forschungsarbeit wurde untersucht, inwieweit die positive Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der

¹²⁸ Vgl. Tabelle 10.

¹²⁹ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 7.

Bundesrepublik darüber Aufschluss gibt, ob sich Personen freiwillig engagieren. Das Ergebnis stellte zwar einen schwachen Zusammenhang zwischen beiden Variablen innerhalb der Stichprobe fest, jedoch reicht dieser nicht aus, um ihn auf die Grundgesamtheit zu übertragen (Signifikanzniveau 0,101).¹³⁰ Neben der persönlichen Einordnung der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands auf einer Skala 1 bis 10 wäre es von Vorteil gewesen, die städtische Wirtschaftskraft zu beurteilen und Bezug auf die eigene wirtschaftliche Situation zu nehmen. Dies hätte Auskunft über einen Zusammenhang zwischen Bereitschaft zum Ehrenamt und der Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Situation erteilt. Auch kann eine Kontrollvariable hinzugezogen werden, die nach der subjektiven Einschätzung der Lebensqualität des Einzelnen in der Stadt Chemnitz fragt. Damit könnte man testen, ob ein positiver Zusammenhang zwischen der Bereitschaft zum Ehrenamt und Zufriedenheit innerhalb der Stadt besteht. Bürgerschaftliches Engagement fördert ein positives Lebensgefühl und damit die Qualität einer Gesellschaft.¹³¹ Eine ausgeprägte Zivilgesellschaft geht zumeist mit wirtschaftlicher Stärke einher. So könnte man der Frage nachgehen, ob eine hohe Lebensqualität, die durch das Vorhandensein gut ausgebauter ehrenamtlicher Strukturen gekennzeichnet ist, sich ebenfalls positiv auf die Wahrnehmung der individuellen wirtschaftlichen Situation auswirkt.

Die weiteren Forschungsschwerpunkte richteten sich auf mögliche grundlegende Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Es wurde geprüft, ob ein Zusammenhang zwischen Engagementquote und Sozialisation besteht.¹³² Nach Angaben des Freiwilligensurveys von 2009 liegt die Engagementquote in den neuen Bundesländern mit 31 Prozent hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt (36 Prozent)¹³³ wiewohl diese im Vergleich zum Freiwilligensurvey von 1999 angestiegen ist. Unsere Stichprobe ergab eine relative Gleichverteilung von Engagierten, die sowohl in der DDR als auch in der alten Bundesrepublik sozialisiert wurden. Regionale Unterschiede scheinen somit eher marginal. Die unterschiedlichen Datenlagen können einerseits auf Fehler bei der Erhebung rückführbar sein oder müssten erneut geprüft werden. Auch gab es bereits

¹³⁰ Vgl. Abbildung 10.

¹³¹ Vgl. Kapitel 1.1.

¹³² Vgl. Tabelle 6.

¹³³ Vgl. BMFSFJ Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 24.

innerhalb der Seminardiskussion Kontroversen bei der dazugehörigen Frage im Fragebogen: „*Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend in der DDR verbracht?*“ Die von den Seminarteilnehmern gesetzte Grenze von mindestens 15 Jahren, die auf eine Sozialisation in neuen oder alten Bundesländern schließen lassen sollte, war subjektiv gewählt. In dieser Frage bedarf es weiterer Nachforschungen, zum Beispiel, ob die Eltern der Person in den alten oder neuen Bundesländern aufgewachsen sind, da diese zumeist Werte und Normen auf ihre Kinder übertragen. Der Ort des Aufwachsens könnte dabei eher von sekundärer Bedeutung sein.

Der Zusammenhang zwischen Engagementquote und der Einschätzung, die neuen Bundesländer haben von der „Wende“ profitiert, scheint demgegenüber eindeutiger. Ein Großteil der Chemnitzerinnen und Chemnitzer, die sich engagieren, sehen für die Region einen Mehrwert der Wiedervereinigung.¹³⁴ Dieses Ergebnis kann einerseits daraus resultieren, dass ein Großteil der jüngeren Engagierten die DDR nicht kennenlernten und nach westlichem Modell sozialisiert wurde. Andererseits könnte der Zusammenhang zwischen Nicht-Engagement und negativen Erfahrungen durch die „Wende“ mit der Motivationslage erklärbar sein. Persönliche Schicksalsschläge, wirtschaftlicher Ruin und flächenübergreifende Arbeitslosigkeit können Gründe dafür sein, der Wiedervereinigung keinen positiven Stellenwert beizumessen. Dies könnte sich auf die generelle Bereitschaft auswirken, ehrenamtlich tätig zu werden. Auch kann es Probleme gegeben haben, sich den neuen – westlichen – Strukturen anzupassen. Die kritische Bewertung all jener Tätigkeiten, die in der DDR vollzogen wurden (darunter auch von Organisationen und Vereinen), könnte den Unterscheid der Engagementquoten in alten und neuen Bundesländern der frühen 1990er Jahre erklären.¹³⁵ Diese Annahmen bedürfen weiterer Prüfungen, zum Beispiel Fragen nach der Lebensqualität vor und nach der „Wende“ oder nach der Beurteilung staatlicher Strukturen (für Organisationen und Vereine) vor und nach 1990.

¹³⁴ Vgl. Abbildung 11.

¹³⁵ Vgl. Volkssolidarität – Bundesverband e. V. (Hrsg.): Ehrenamt in der Volkssolidarität, Berlin 2001, S. 14.

4.2 Mögliche methodische Probleme

Der Fragebogen durchlief einige Zwischenschritte. Das Seminar setzte den Forschungsschwerpunkt auf die politische Kultur der Stadt Chemnitz nach 25 Jahren deutscher Einheit: Wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen? Die Seminarteilnehmer waren dazu angehalten, eigenständig Themen (in Anlehnung an die allgemein formulierte inhaltliche Richtung) zu wählen, eigene Forschungsdesigns zu erarbeiten und letztendlich einen eigenständigen Fragebogen zur Beantwortung der nach den einzelnen Projektgruppen aufgestellten Hypothesen zu entwickeln. Nach der Vorstellung dieser insgesamt vier Einzelprojekte galt es ein geeignetes Erhebungsinstrument zu finden und ausgewählte Fragen zusammenzufassen. Diese Aufgabe erforderte ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft, die ursprünglichen Fragebögen in ihrer Komplexität zu reduzieren. Die Frage war zu stellen, ob die Beantwortung der Hypothesen und Forschungsfragen noch hinreichend möglich war. Nichts desto trotz löste die Seminar-Methode lebhaft Debatten aus und schulte die Studierenden im Erstellen und Durchführen von Forschungsarbeiten.

Im Zuge des Seminars einigten sich die Seminarteilnehmer auf eine Quotierung nach Altersgruppe und Geschlecht. Im Voraus wurden die Quoten auf die Studierenden aufgeteilt, die fortan in Eigenverantwortung die Einhaltung berücksichtigen mussten. Die Festlegung der Quote basierte auf Daten der Stadt Chemnitz. Die Bestimmung des Alters ergab sich aus der Abfrage des Geburtsjahrs, die Bestimmung des Geschlechts oblag dem Interviewer selbst. Problematisch hierbei ist die schon angesprochene Diskrepanz zwischen der festgelegten Altersquote (auf Grundlage der Stadt Chemnitz) und der tatsächlich erfassten Geburtsjahre in divergierenden Dekadenschritten (Fragebogen), was die Zuordnung zu den Alterskohorten erschwerte und eine Anpassung verlangte, was schließlich zu einer leichten Verzerrung der Altersquote führte.¹³⁶ Auch divergieren der Erhebungs- und Auswertungszeitraum zu Ungunsten der Bestimmung des Alters der befragten Person, einerseits durch die Länge des Erhebungszeitraums und andererseits durch den Jahreswechsel (2015 zu 2016). Die Nicht-Einhaltung der Quote könnte teilweise auch durch menschliches Versagen zustande gekommen sein, da die Studierenden die Umfragequoten eigenverant-

¹³⁶ Vgl. Kapitel 2.4.1.

wortlich erfüllen mussten. Die Seminarteilnehmer führten bisher wenige bis keine Face-to-face-Interviews durch und waren demnach ungeschult. Gleichwohl erhielten die Studierenden durch die Seminarleitung wertvolle Hinweise für die Durchführung der Interviews.

Ein weiterer Interview-Effekt könnte sein, dass die Studierenden womöglich im eigenen Bekanntenkreis interviewten. Die Wahrung professioneller Distanz wäre demnach nicht mehr vollständig gewährleistet. Auch in Bezug auf den Zeitpunkt der Befragung kann sich eine Stichprobenverzerrung ergeben. Ein Großteil der Interviews wurde zwischen 10 Uhr morgens und 17 Uhr nachmittags durchgeführt, weshalb viele Erwerbstätige sicherlich nicht angetroffen werden konnten.

Der Störfaktor der sog. sozialen Erwünschtheit¹³⁷ könnte auch bei der Beantwortung einiger für uns relevanter Fragen für erstaunliche Ergebnisse gesorgt haben. So auch bei Frage 6: „Engagieren Sie sich zurzeit irgendwo ehrenamtlich – wenn ja, wo?“ Über 42 Prozent aller Chemnitzerinnen und Chemnitzer gaben an, sich zu engagieren. Diese Engagementquote liegt über dem bundesdeutschen Durchschnitt.¹³⁸ Somit könnte man davon ausgehen, dass die Frage aufgrund negativer Empfindungen, der Angst vor sozialer Ablehnung und Unbehagen falsch beantwortet wurde. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die Befragten mit den Termini „Engagement“ und „Ehrenamt“ falsche oder keine Definitionen verbinden. Diesem Umstand hätte man durch kurze definitorische Worte am Anfang der Frage zum Engagement der Person vorbeugen können. Soziale Erwünschtheit kann auch bei den Fragen nach der Unverzichtbarkeit von ehrenamtlichem Engagement und nach den Motivlagen das Ergebnis verzerrt haben. Der wahre Wert dieser Antworten (ohne den Effekt der sozialen Erwünschtheit) ist jedoch nicht ermittelbar; gegebenenfalls müsste man die Frage umformulieren oder eine andere Operationalisierung wählen.

4.3 Offene Fragen und Ausblick

Als Zivilgesellschaft beschreibt man die Kapazität der gesamten Gesellschaft, neben der Selbstorganisation eigene Ressourcen zur Problemlösung einzubringen (Sozialkapital), ohne dabei von staatlichen oder erwerbs-

¹³⁷ Vgl. Diekmann 2008, S. 447ff.

¹³⁸ Vgl. BMFSFJ, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 5.

wirtschaftlichen Eingriffen abhängig zu sein. Sie ist etwa von der Anzahl der Organisationen, dem Vorhandensein bestimmter Werte (welche für die Zivilgesellschaft von gewisser Bedeutung sind) und staatlichen Strukturen für die Organisation der Zivilgesellschaft abhängig.¹³⁹

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Indikator für die Qualität einer Zivilgesellschaft. Demnach sollte das Ziel einer jeden Gesellschaft darin bestehen, freiwilliges Engagement zu fördern, da die Stärkung des Gemeinwohls in unmittelbarem Zusammenhang mit einer – subjektiv – lebenswerten und solidarischen Gesellschaft steht.¹⁴⁰ In Bezug auf ehrenamtliches Engagement in Chemnitz liefert die durchgeführte Studie Aussagen darüber, wie viele Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger sich engagieren, welche Personengruppen ehrenamtlich aktiv sind und in welchen Bereichen das Engagement ausgelebt wird. Um Aussagen über Konsequenzen bzw. Auswirkungen auf die Chemnitzer Zivilgesellschaft treffen zu können, bedarf es weiterer und kleinteiligerer Untersuchungen. Nichts desto trotz liefert die Studie wichtige Ergebnisse, welche die Basis weiterer Untersuchungen zu bürgerschaftlichem Engagement bilden können.

Das Engagementpotenzial der Chemnitzerinnen und Chemnitzer wurde in der Untersuchung nicht abgefragt. Dieses liefert jedoch wichtige Antworten darauf, ob grundsätzliches Interesse und die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten vorhanden sind. Im Freiwilligen-survey spricht man von „externem Potenzial“. Vorangegangene Untersuchungen ergaben, dass die Bereitschaft zum Engagement und der Anteil der tatsächlich Engagierten fast deckungsgleich sind, womit ein Großteil der (deutschen) Bevölkerung aufgeschlossen gegenüber bürgerschaftlichem Engagement ist.¹⁴¹ Wäre dieses Ergebnis mit der Chemnitzer Bürgergesellschaft vergleichbar, scheinen die Gründe von immenser Bedeutung, warum sich die Personengruppe der Interessierten bislang nicht engagiert, obwohl sie es grundsätzlich vorhat. Dies wiederum könnte Rückschlüsse auf die Strukturen liefern, wie z. B. Ehrenamt in Chemnitz organisiert ist, welche (Informations-)Lücken bestehen oder ob es bürokratische Hürden

¹³⁹ Vgl. Breukelchen, Tanja: Die Zivilgesellschaft erforschen. Wie sieht die Zivilgesellschaft aus und woran lässt sie sich messen? Interview mit Prof. Dr. Helmut Arnheier, in: change. Das Magazin der Bertelsmann Stiftung Nr. 3/2012, S. 54.

¹⁴⁰ Vgl. Kapitel 1.1.

¹⁴¹ Vgl. BMFSFJ Hauptbericht des Freiwilligen-surveys 2009, S. 8.

gibt, die den Zugang zur Freiwilligenarbeit erschweren und wie diese abgebaut werden könnten.

Der erste Entwurf unseres Fragebogens beinhaltete die Frage zur Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger bei einem hypothetischen Hochwasser in Chemnitz. Diese Frage wurde kontrovers diskutiert. Sie hätte eventuell Auskunft darüber geben können, wie viel generelle Spendenbereitschaft der Chemnitzer Bürger zugunsten der Zivilgesellschaft vorhanden gewesen wäre. Das Beispiel war kleinteilig gewählt, hätte jedoch womöglich Rückschlüsse auf die generelle Einstellung zum Ehrenamt in Chemnitz liefern können.

Weiterhin müsste untersucht werden, wie es um das grundlegende politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger bestellt ist. Dieses bildet meist die grundlegende Stufe (politischer) Partizipation am öffentlichen Leben. Demnach könnte der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Engagementquote untersucht werden. Dies könnte Rückschlüsse darauf liefern, wie politische Bildung innerhalb der Stadt Chemnitz (bzw. des Bundeslandes Sachsen) gefördert werden sollte. Wie kann man dem landläufigen Problem der Politikverdrossenheit aktiv entgegenwirken? Auch wäre in diesem Zusammenhang untersuchungswürdig, welche Nachwuchsarbeit (politische) Organisationen betreiben sollten. Wie kann man die Mitgliedschaftsquoten dauerhaft fördern und stabilisieren? Die Bindungskraft gemeinschaftlicher Organisationen, das Aufweichen traditioneller Familienstrukturen und der technologische Fortschritt gelten als Herausforderungen für das Ehrenamt.¹⁴² Wie kann man dem entgegenwirken bzw. daraus positive Umstrukturierungen in der Organisation des Ehrenamtes vornehmen?

Auch wenn der Rückgang der Engagementquote Jüngerer durch die von uns durchgeführten Untersuchungen nicht bestätigt wird, sollte man diesen generellen Trend ernst nehmen.¹⁴³ Als Gründe dafür gelten u.a. der Berufseinstieg, die zunehmende Mobilität und ein Mangel an zeitlichen Ressourcen.¹⁴⁴ Auch hier sind die Weichenstellungen aus Politik und Gesellschaft gefragt.

¹⁴² Vgl. Kapitel 1.2.

¹⁴³ Vgl. BMFSFJ Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 17.

¹⁴⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung, Berlin 2012, S. 13f.

Weiterhin relevant für das bürgerschaftliche Engagement ist es, nach der Organisationsform des Engagements in Chemnitz zu fragen. Als Organisationsformen zählen Vereine (die laut Freiwilligen survey die größte Zahl der Engagierten abdecken), religiöse Einrichtungen (Kirche), Gruppen und Initiativen, staatliche und kommunale Einrichtungen, Verbände, Parteien und Gewerkschaften sowie private Einrichtungen und Stiftungen.¹⁴⁵ Wie wurden bereits Engagierte auf ihr Einsatzgebiet aufmerksam? Dies führt zu der Frage, ob Bürgerinnen und Bürger der Stadt Chemnitz überhaupt um die Informationsstellen Bescheid wissen, die sich um die Vermittlung und Förderung der an Ehrenamt interessierten Menschen kümmern. Diese Ergebnisse würden Rückschlüsse darauf geben, ob städtische Informationsstellen oder die Präsenz des Freiwilligenzentrums Chemnitz¹⁴⁶ und der Bürgerstiftung für Chemnitz¹⁴⁷ weiterer Förderung bedürfen. Bereits Putnam machte auf die Wirkung des Zeitalters der Technologie (sowohl positiv als auch negativ) aufmerksam.¹⁴⁸ Interessant hierbei wäre, ob sich Ehrenamt durch das Internet organisiert und welche Altersgruppen dies nutzen. Weiterhin wären die Unterfütterung bzw. die Erweiterung der durchgeführten quantitativen Studie mit qualitativen Elementen von Vorteil. Dies könnte durch Interviews mit „Anbietern“ ehrenamtlicher Tätigkeiten (Organisationen und Vereine), bereits Engagierten oder dem Chemnitzer Freiwilligenzentrum spezifiziert werden. Wie sind die jeweiligen Akteure organisiert? Sank oder stieg die Nachfrage an Freiwilligenarbeit in den letzten Jahren? Werden seitens der offiziellen Einrichtungen Bedarfe formuliert und öffentlich gemacht, sodass potentiell Engagierte Zugang finden können?

Weiterhin scheint es sinnvoll in Erfahrung zu bringen, wie die Bürger den Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements in Chemnitz einschätzen. Die Bearbeitung gesellschaftspolitischer Probleme wird oftmals in Zusammenhang mit Ehrenamt gebracht.¹⁴⁹ In diesem Zusammenhang könnte man der aktuellen Frage nach der Bewältigung der Flüchtlings-

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 16.

¹⁴⁶ Siehe www.caritas-chemnitz.de/angebote/freiwilligenzentrum/freiwilligenzentrum.

¹⁴⁷ Siehe www.buergerstiftung-chemnitz.de/.

¹⁴⁸ Vgl. Kapitel 1.2.

¹⁴⁹ Vgl. Lessenich, Stephan: Deutschland sucht den Aktivbürger, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Die Bürger und ihr Staat. Ein Verhältnis am Wendepunkt?, Bad Homburg 2013, S. 84.

situation nachgehen. Wo liegen die Grenzen des Ehrenamts? Bedeutet Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit gleichzeitig auch die Chance auf Integration (brückenbildendes Sozialkapital)¹⁵⁰?

Generell lässt sich ein Wandel vom Sozialstaat zur aktiven Bürgergesellschaft konstatieren. Staatliche Regulative werden zugunsten einer breiteren Aktionsfreiheit von Bürgerinnen und Bürgern zurückgeschraubt, so heißt es von offizieller Seite. Damit geht jedoch ein wachsendes Aufgabenspektrum der Ehrenamtlichen einher. Nicht selten wird der Vorwurf laut, dass Freiwilligenarbeit als Lösung für finanzielle Engpässe und Personalmangel missverstanden wird.¹⁵¹ Um Rückschlüsse auf die Auswirkungen des Ehrenamts in Bezug auf die Zivilgesellschaft treffen zu können, bedarf es auch eines Fragenkatalogs.

Ein letzter wichtiger Aspekt ist die Anerkennung im Ehrenamt. Anerkennung bedeutet nicht nur die Würdigung durch offizielle Stellen (z. B. der Stadt), sondern auch die Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten für ehrenamtlich Engagierte.¹⁵² Der Wunsch nach Verbesserung der Anerkennung wird auch bei Engagierten laut, die sich die freiwillige Tätigkeit gern in Form von Praktika oder Weiterbildungen anerkennen lassen würden. Laut Freiwilligensurvey kritisieren die Ehrenamtlichen auch die mangelhafte Wertschätzung in Presse und Medien.¹⁵³ Menschen, die sich bereits engagieren, könnte man nach der Nutzung von Weiterbildungsangeboten und nach der Anerkennung ihrer Tätigkeit befragen. Dies würde Rückschlüsse darauf geben, ob die städtischen Strukturen für den Bereich des Ehrenamts an einer Weiterqualifizierung und Wertschätzung der Engagierten interessiert sind.

¹⁵⁰ Vgl. Kapitel 1.2.

¹⁵¹ Vgl. Piel, Claudia: Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 14-15/2015, S. 51 ff.

¹⁵² Vgl. BMFSFJ Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, S. 36.

¹⁵³ Vgl. ebd., S. 46.

II Literaturverzeichnis

- Agentur für Arbeit: Arbeitsmarkt im Überblick - Berichtsmonat Februar 2016 – Chemnitz, online abzurufen unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/BA-Gebietsstruktur/Sachsen/C_hemnitz-Nav.html (15. März 2016)
- Breukelchen, Tanja: Die Zivilgesellschaft erforschen. Wie sieht die Zivilgesellschaft aus und woran lässt sie sich messen? Interview mit Prof. Dr. Helmut Arnheier, in: change. Das Magazin der Bertelsmann Stiftung Nr. 3/2012, S. 54-57.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung, Berlin 2012.
- Dies.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. München 2005.
- Dies.: Hauptbericht des Freiwilligensurveys, Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, München 2010.
- Dies.: Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland, Bericht der Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“, Berlin 2004.
- Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen. Methoden. Anwendungen, 19. Aufl., Hamburg 2008.
- Evers, Adalbert et al.: Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 14-15/2015, S. 3-9.
- FAZ Online (2016): Perspektiven der Stadt: Chemnitz, Geriatriker aller Länder: Vereinigt euch!, online abzurufen unter: www.faz.net/aktuell/reise/perspektiven-der-stadt-9-chemnitz-geriatriker-aller-laender-vereinigt-euch-11505562.html (8. März 2016).
- Gabriel, Oscar W./Kerstin Völkl: Politische und soziale Partizipation, in: ders./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Aufl., München 2005, S. 523-574.
- Gensicke, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 12/2006, S. 9-16.
- Hanifan, Lyda Judson: The Rural School Community Center, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 67 (1916) Heft 6, S.130-138.

- Hill, Kim Quaile/Matsubayashi, Tetsuya: Civic Engagement and Mass-Elite Policy Agenda Agreement in American Communities, in: American Political Science Review 99 (2005) Heft 2, S. 215-224.
- Klein, Ansgar (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Wiesbaden 2004; Enquetekommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestags, Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002.
- Lessenich, Stephan: Deutschland sucht den Aktivbürger, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.): Die Bürger und ihr Staat. Ein Verhältnis am Wendepunkt?, Bad Homburg 2013, S. 84-95.
- Meyer, Thomas: Einleitung: Zivilgesellschaft, Politische Kultur und Politische Bildung, in: ders./Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn 2002, S. 9-36
- Müller, Egon (Hrsg.): Demografischer Wandel – Herausforderungen für Arbeits- und Betriebsorganisation der Zukunft, Berlin 2012.
- Offe, Claus/Fuchs, Susanne: Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Putname, Robert D. (Hrsg.): Gesellschaft und Gemein-sinn. Sozialkapital im interna tionalen Vergleich, Gütersloh 2001, S. 417-514.
- Piel, Claudia: Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 14-15/2015, S. 49-54.
- Putnam, Robert D.: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York u.a. 2000.
- Putnam, Robert D./Gross, Kristin A.: Einleitung, in: Putnam, Robert D. (Hrsg.): Gesellschaft und Gemein-sinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2001, S. 15-44.
- Putnam, Robert D. (Hrsg.): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, 5. Aufl., Princeton 1994.
- Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Die Bürger und ihr Staat. Ein Verhältnis am Wendepunkt?, Bad Homburg 2013.
- Sedlmeier, Peter/Renkewitz, Frank: Forschungsmethoden und Statistik. Ein Lehrbuch für Psychologen und Sozialwissenschaftler, 2. Aufl., München 2013.
- Schultze, Rainer-Olaf: Partizipation, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2 N-Z, 4. aktual. Aufl., München 2010, S. 723-725.

- Steinebach, Mario/Andy Schäfer: Uni aktuell, Absolventen: Sie können stolz auf sich sein, online abzurufen unter: www.tu-chemnitz.de/uk/pressestelle/aktuell/1/6580 (15. März 2016).
- Stadt Chemnitz (Hrsg.): Zahlen und Fakten. Online abzurufen unter: www.chemnitz.de/chemnitz/de/die-stadt-chemnitz/stadtportrait/zahlen-fakten/ (24. März 2016).
- Teorell, Jan: Linking Social Capital to Political Participation: Voluntary Associations and Networks of Recruitment in Sweden, in: *Scandinavian Political Studies* 26 (2003) Heft 1S. 49-66.
- Volkssolidarität – Bundesverband e.V. (Hrsg.): Ehrenamt in der Volkssolidarität. Studie im Auftrag der Volkssolidarität – Bundesverband e.V., Berlin 2001.
- von Rosenblatt, Bernhard (Hrsg.): Gesamtbericht. Freiwilliges Engagement in Deutschland, Freiwilligensurvey 1999, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichen Engagement*, Schriftenreihe des BMFSFJ, Band 194.1, 2. Aufl., Stuttgart u.a. 2001, online abzurufen unter: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-24454-SR-Band-194.1.property=pdf.pdf (21. März 2016).
- Zmerli, Sonja: *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts*, Baden-Baden 2008.

Die politische Beteiligung der Chemnitzer

von *Stefan Fischer, Toni Heinze, Miriam-Lara Hohage, Sophie Pojar*

I	Inhaltsverzeichnis	
1	Einleitung.....	195
1.1	Problemstellung	195
1.2	Forschungsstand.....	195
1.3	Aufbau.....	197
2	Theoretische Grundlagen.....	198
2.1	Civic Voluntarism Model.....	199
2.2	Political Efficacy Model	205
3	Methodik.....	210
4	Befunde.....	218
4.1	Deskriptive Analysen.....	220
4.1.1	Interne und externe Efficacy auf kommunaler sowie Landesebene	220
4.1.2	Einstellungen zu direkter Demokratie auf kommunaler und Landesebene	223
4.1.3	Einstellungen zu Petitionen auf kommunaler und Landesebene	226
4.1.4	Einstellungen zu Bürgerinitiativen.....	227
4.2	Hypothesenprüfung	229
5	Die Chemnitzer und die Partizipation – Eine Schlussbetrachtung.	233
II	Literaturverzeichnis	237

1 Einleitung

„Die Scheu vor der Verantwortung ist die Krankheit unserer Zeit.“
Otto von Bismarck, 1. März 1870

Das Zitat des ersten deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck hat auch nach über 100 Jahren anscheinend noch immer Gültigkeit. Ganz im Sinne Bismarcks betrifft es auch heute nicht nur Bürger – insbesondere Protestwähler und Nichtwähler –, sondern auch Politiker – Menschen also, die im Auftrag der Bürger handeln und sich aber hinter Institutionen, Paragraphen oder politischen Floskeln verstecken, ohne Verantwortung zu übernehmen.

1.1 Problemstellung

Das Zitat zeichnet ein düsteres Bild der politischen Landschaft: Desinteresse, Lügen und Machterhalt. Untermauert wird es insbesondere in Sachsen durch Bewegungen, die statt Lösungen Probleme propagieren, und Bürgern, die – statt verantwortlich für sich und andere zu handeln – lieber denjenigen folgen, die am lautesten schreien.

Aber sieht die Gegenwart wirklich so aus? Oder stemmt sich vielmehr eine Zivilgesellschaft diesem Trend entgegen? Unsere Projektarbeit und unser Teil des Fragebogens suchen nicht nach Heilung, sondern versuchen, den Ist-Zustand abzufragen – mit Blick auf die Partizipation der Bürger. Nutzen sie die Möglichkeit zur politischen Teilhabe in ihren verschiedenen Formen und gibt es Unterschiede auf den verschiedenen Ebenen der Politik?

1.2 Forschungsstand

Das Thema „25 Jahre Deutsche Einheit“ wurde zum Jahrestag der Wiedervereinigung in Wissenschaft und Medien ausführlich erörtert. Eine breite Auswahl an überregionalen und vergleichenden Studien ist die Folge; so die Analyse „Sind wir ein Volk?“ der Bundesbeauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer¹ und die Studie des Bundesministeriums für

¹ Vgl. Zentrum für Sozialforschung Halle. e.V.: Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungspro-

Familie, Senioren, Frauen und Jugend „25 Jahre Deutsche Einheit – Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland“ von 2015.² Auch in Sachsen ging der Jahrestag mit einer Publikationsflut einher, nicht zuletzt aufgrund der Förderung des Themas „25 Jahre Deutsche Einheit und Freistaat Sachsen“ durch die Staatsregierung und die Sächsische Aufbaubank.³ Hier können zwei Werke hervorgehoben werden, die sich bereits vor dem Jahrestag der Friedlichen Revolution und Sachsen näherten. Zum einen wäre dies Eckhard Jesses „Friedliche Revolution und deutsche Einheit – Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz“, in den persönliche Erfahrungen verschiedener Akteure einfließen.⁴ Zum anderen stellt Hans Vorländer 2011 mit „Revolution und Demokratische Neugründung“ einen treffenden Sammelband auf.⁵ Aber auch auf der sozialwissenschaftlichen Ebene ist mit der „Untersuchung zur Dresdner Pegida-Demonstration“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) unter Beteiligung der TU Chemnitz ein Blick auf einen exklusiven Bereich sowohl der Gesellschaft als auch der Partizipation vorhanden.⁶ Der Fokus regionaler Studien in Sachsen liegt, nicht zuletzt wegen PEGIDA und LEGIDA, auf den Städten Dresden und Leipzig. Besonders die Diskussionen mit und um den Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt zogen weite Aufmerksamkeit auf sich.⁷ Dabei geht der Blick auf das „sächsische Manchester“ verloren. Das Label „Die vergessene Stadt“⁸, wie

jekts. Sind wir ein Volk? Herausgegeben durch: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin 2015.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ost und Westdeutschland, Berlin 2015.

³ Vgl. Sachsen.de (Hrsg.): Friedliche Revolution. Förderprogramm „25 Jahre Deutsche Einheit und Freistaat Sachsen“, online abzurufen unter: www.89-90.sachsen.de/36403.htm (1. Juni 2016).

⁴ Vgl. Jesse, Eckhard (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006

⁵ Vgl. Vorländer, Hans (Hrsg.): Revolution und Demokratische Neugründung, Dresden 2011.

⁶ Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Untersuchung zur Dresdner Pegida-Demonstration. Annäherung der Protestforschung, online abzurufen unter: www.wz.b.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zur-dresdner-pegida-demonstration (1. Juni 2016).

⁷ Vgl. Spiegel Online (2015): TU Dresden: Kollegen distanzieren sich von „Pegida-Verstehert“ Patzelt, 2015, in: www.spiegel.de/unispiegel/studium/mitarbeiter-und-studenten-protestieren-in-dresden-gegen-werner-patzelt-a-1015400.html (1. Juni 2016).

⁸ FAZ Online (2016): Chemnitz. Die vergessene Stadt, online abzurufen unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/immobilien/chemnitz-die-vergessene-stadt-14043452.html (7. Juni 2016).

die FAZ zuletzt titelte, kommt offenbar nicht von ungefähr. In diese Lücke, d.h. bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Chemnitz, sollte die studentische Umfrage ansetzen.

1.3 Aufbau

Im Anschluss an die Einleitung werden in Kapitel zwei die theoretischen Grundlagen vorgestellt. Dazu soll zuerst auf das „Civic Voluntarism Model“ von Sidney Verba, Kay Lehman Scholzman und Henry E. Brady eingegangen werden. Die Begründung für die Wahl dieses Modells liegt in dessen Wirkung. Das bisherige sozioökonomische Standardmodell sowie die Rational Choice Theory erkennen zwar einen positiven Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Situation einer Person und deren Beteiligungswahrscheinlichkeit, konnten diesen aber nicht erklären. „Voice and Equality“ von Verba et al., welches das „Civic Voluntarism Model“ erstmals vollständig aufarbeitet, konnte diesen positiven Zusammenhang begründen.

Um einen besseren Blick auf die institutionellen Bedingungen politischer Partizipation zu erhalten, wird zusätzlich das „Political Efficacy Model“ einbezogen. Dieses Modell zeichnet sich zum einen durch eine beachtliche Wirkung in der Praxis, zum anderen durch seine Beständigkeit und Entwicklung über Dekaden hinweg aus. Es wurde bereits bei den American National Election Studies (A-NES) in den 1950er Jahren eingesetzt und ist aktuell in erweiterter Form Teil der Political-Efficacy-Kurzskala (PEKS). Seine Stärke liegt in der Aufteilung in interne und externe Effektivität. Während die interne Effektivität die persönliche Betrachtungsweise einer Person beschreibt, steht die externe für die wahrgenommene Responsivität von Institutionen. Zusammen bilden das „Civic Voluntarism Model“ und das „Political Efficacy Model“ die theoretische Grundlage, auf der die Chemnitzer Bevölkerung nach 25 Jahren deutscher Einheit untersucht werden soll.

Kapitel drei geht auf die methodische Grundlage der Untersuchung ein. Dabei wird zuerst die Grundgesamtheit der Untersuchung vorgestellt. Anschließend wird die mündliche Befragung mit ihren Vor- und Nachteilen diskutiert. Weiter geht das Kapitel auf die Themenkomplexe der Untersuchung ein. Es stellt die Hypothesen und die zugehörigen Items vor. Abgeschlossen wird das Kapitel durch einen Abriss der Probleme bei der Er-

stellung des Fragebogens und der praktischen Umsetzung der Untersuchung. Dazu zählen Probleme im Feld, die der Pretest nicht erfasste.

Kapitel vier präsentiert die Auswertung: zuerst eine deskriptive Analyse der Ergebnisse, unterteilt nach Streuungs- und Lageparametern, sodann Kreuztabellen und Korrelationen, die mögliche Querverbindungen zwischen den Items aufdecken sollen. Dafür bietet sich aufgrund der Skalierung der Variablen Kendalls-Tau-b an. Bei der anschließenden Hypothesenprüfung werden die Items getrennt nach ihrer Merkmalsausprägung der internen oder externen Efficacy ausgewertet.

Kapitel fünf, das dem Verhältnis der Chemnitzer zur Partizipation nachgeht, soll zum Verständnis der Hypothesen und der Ergebnisse beitragen, indem es die bisherige Entwicklung und Förderung von Partizipationsmöglichkeiten in der und durch die Stadt beleuchtet. Dazu zählen etwa die Entstehung des Bürgerbüros und die Zusammenarbeit der Stadt Chemnitz mit dem Verwey Jonker Instituut. Den Abschluss bildet in Kapitel sechs eine kurze Fehleranalyse.

2 Theoretische Grundlagen

Im Kern der Untersuchung steht die politische Partizipation von Bürgern. Manfred G. Schmid versteht darunter

„im politisch-öffentlichen Sprachgebrauch die Institutionen und Prozesse der Teilhabe an der Meinungs- und Willensbildung und der Entscheidungsfindung in politisch-öffentlichen Angelegenheiten sowie die hierauf bezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger.“⁹

Die möglichen Formen politischer Partizipation sind vielfältig und reichen von direkt und repräsentativ, verfasst und nicht verfasst, bis konventionell und unkonventionell.¹⁰ Ebenso kann hier aber auch legale und nicht legale Partizipation hinzugefügt werden. Für diese Arbeit wichtig sind die verfasste, konventionelle Partizipation – also Beteiligung, die durch den

⁹ Schmid, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl., Stuttgart 2010.

¹⁰ Vgl. Lindner, Ralf: Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation? Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen, Wiesbaden 2007, S. 89.

Gesetzgeber vorgesehen ist, etwa durch Wahlen, Initiativen u.ä. Die forschungsleitenden Theorien der Untersuchung bilden dabei zum einen das „Civic Voluntarism Model“ von Sidney Verba, Kay L. Scholzman und Henry E. Brady und zum anderen die wahrgenommene politische Effektivität – das „Political Efficacy Model“. Diese beiden Modelle sollen sich gegenseitig ergänzen und eine einheitliche theoretische Grundlage ergeben.

Wie im Folgenden gezeigt wird, ist das „Political Efficacy Model“ stark am Rational-Choice-Modell, das Personen rationales Verhalten unterstellt, orientiert. Da Menschen aber nicht immer rational handeln oder einer anders wahrgenommenen Rationalität unterliegen, wird das „Civic Voluntarism Model“ hinzugezogen, da dabei Ressourcen, Netzwerke und Motivation, also auch eine psychologische Komponente, berücksichtigt werden. Weiter hat dieses Modell auch das sozioökonomische Standardmodell von Verba und Nie aus dem Jahr 1972, mit dem bis dahin die Partizipation in Verbindung mit der persönlichen ökonomischen Situation erklärt wurde, abgelöst.¹¹ Allerdings konnte dieses Standardmodell die Verbindung der beiden Variablen nicht eindeutig auflösen. Das „Civic Voluntarism Model“ kann dagegen politische Partizipation aus einer individuellen Position heraus erklären. Eine Dimension darüber ist das „Efficacy Model“ angesetzt. Dieses ergänzt das eigene Verständnis einer Person innerhalb des politischen Systems, die interne Efficacy, durch eine institutionelle Komponente, die externe Efficacy.

2.1 Civic Voluntarism Model

In „Voice and Equality – Civic Voluntarism in American Politics“ untersuchten Verba et al. verschiedenen Formen des „Civic Voluntarism“, also die Bereitschaft zur Teilhabe aus Überzeugung zur politischer Beteiligung und damit verbunden die Rolle politischer Institutionen, möglicher Ungleichheit bei der Beteiligung sowie die Wirkung der Wahlstimme.¹² Dazu wurden 15.053 telefonische und 2.517 persönliche Interviews ausgewertet. Verba et al. konnten neben drei essentiellen Fakto-

¹¹ Vgl. Ceyhan, Sara Yasemin: Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse der politischen Partizipation auf der Grundlage des European Social Surveys, Mainz 2012, S. 22.

¹² Vgl. Stewart, Marianne C.: Review: Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics, in: Canadian Journal of Political Science 30 (1997) Heft 2, S. 380.

ren zur politischen Partizipation – Ressourcen, psychologisches Engagement, Netzwerke – auch ein Set von „civic skills“ ausmachen.¹³ Diese sind nicht explizit politisch und auch nicht Teil einer politischen Sozialisation, vielmehr scheinen diese ihre Prägung durch die späte Sekundär-Sozialisation (Adoleszenzzeit) bis hin zur Tertiär-Sozialisation zu erhalten.¹⁴ Eine besondere Rolle bei der Prägung der „civic skills“ in den unteren Einkommensschichten wird dabei der Kirche zugeschrieben, die Mittel- und Oberschicht dagegen nimmt diese, neben der Kirche, zum Beispiel auch durch den Arbeitsplatz und Gewerkschaften auf.¹⁵ Diese Skills zählen zu den Ressourcenfaktoren der politischen Partizipation. Die Ressourcen, das psychologische Engagement und der Zugang zu Netzwerken bilden die Pfeiler des „Civic Voluntarism Model“.¹⁶ Die leitende Frage dabei lautet aber nicht etwa, warum sich manche Bürger politisch beteiligen, sondern warum manche es nicht tun. Dazu ergeben sich drei Antwortoptionen, welche die drei Säulen ableiten: „because they can’t; because they don’t want to; or because nobody asked. In other words, people may be inactive because they lack *resources*, because they lack psychological *engagement* with politics, or because they are outside of the *recruitment* networks that bring people into politics.“¹⁷

Damit wird ebenfalls deutlich, dass eine gewisse Kausalität vorliegt. Ohne Ressourcen, Engagement und/oder politische Rekrutierung findet politische Partizipation nicht statt. Somit ist auch die Richtung der Kausalität sichtbar: Die drei Säulen bedingen die Partizipation, aber müssen nicht zwangsläufig einander beeinflussen, was jedoch nicht bedeutet, dass untereinander keine Abhängigkeit vorliegt.¹⁸ Wer politisch nicht engagiert ist, wird selbst über ein Netzwerk nicht politisch zu mobilisieren sein, und ohne die nötigen Ressourcen kann politisches Engagement schwerlich umgesetzt werden, folglich findet auch keine Partizipation statt. Der stärkste Faktor des „Civic Voluntarism Model“ sind die Ressourcen, da diese ebenfalls die

¹³ Vgl. Eliasoph, Nina: Review: Voice and Equality – Civic Voluntarism in American Politics, in: Contemporary Sociology 25 (1996) Heft 6, S. 763.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 763 f.

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. Verba, Sidney/Scholzman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (Hrsg.): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, 4. Aufl., Library of Congress 2002, S. 267.

¹⁷ Ebd., S. 269; Hervorhebungen im Original.

¹⁸ Vgl. Verba/Scholzman/Brady 2002, S. 276-280.

Grundlagen der weiteren Faktoren bereitstellen. Die Ressourcen können in drei weitere Dimensionen aufgeteilt werden: Geld, Zeit und die bereits angesprochenen „Civic Skills“.¹⁹ „Geld“ wird über das Nettoeinkommen bestimmt und in Abhängigkeit zum Bildungsgrad gesehen.²⁰ Ein höherer Bildungsgrad bedingt meist ein höheres Einkommen, was wiederum zu größeren finanziellen Ressourcen führt.²¹ „Zeit“ ist ebenfalls relevant. Partizipation ist mit zeitlichem Aufwand verbunden und Zeit, die für Partizipation aufgebracht wurde, geht an anderer Stelle (Hobby, Freizeit, Familie, o.ä.) verloren.²² Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass eine Person, die mehr freie Zeit zur Verfügung hat, also Zeit nach Abzug von Arbeitsstunden, Schlaf und anderen täglichen Aktivitäten, eher bereit ist politisch zu partizipieren.²³ Verba et al. stellen hierbei jedoch heraus, dass der Faktor Zeit nahezu unabhängig vom sozioökonomischen Status einer Person betrachtet werden kann, da Zeit grundsätzlich für jeden begrenzt ist und weder wie etwa Geld gehortet noch wie „Civic Skills“ in verschiedenem Maße erlernt oder aufgenommen werden kann.²⁴

„Money and time are the resources expanded most directly in political activity. It is impossible to contribute do a campaign or other political cause without some discretionary income. Similarly, it is impossible to write a letter to a public official, attend community meetings, or work in a campaign without the free time to do so.“²⁵

Die dritte Ressource bilden die „Civic Skills“, die persönlichen Veranlagungen eines Menschen: „the communications and organizational abilities that allow citizens to use time and money effectively in political life“²⁶. Demnach bestehen die „Civic Skills“ vornehmlich aus rhetorischen bzw. allgemeinen kommunikativen Fähigkeiten, wie etwa Vokabular und Semantik, aber auch organisatorische Fähigkeiten, die überwiegend am Arbeitsplatz oder bei sozialen bzw. ehrenamtlichen Aktivitäten gefördert werden.²⁷ Diese Skills sind keine objektive Größe, sondern subjektive und nachweis-

¹⁹ Vgl. Ceyhan 2012, S. 24f.

²⁰ Vgl. ebd., S. 26.

²¹ Vgl. ebd.

²² Vgl. ebd.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Verba/Scholzman/Brady 2002, S. 289.

²⁶ Ebd., S. 304.

²⁷ Vgl. ebd., S. 304f.

bare Fähigkeiten einer Person, die nach Verba et al. über den Bildungsstand ermittelt werden können.²⁸ Die „Adult Civic Skills“²⁹, solche, die überwiegend nach der Adoleszenz erworben und oder gefördert werden, werden in der Mittelschicht weitgehend über den Arbeitsplatz vermittelt, wobei die Qualität des Arbeitsplatzes relevant ist.³⁰ Wie eingangs bereits angesprochen, ist für die unteren Einkommensschichten die Kirche besonders prägend. Vor allem Afroamerikaner nehmen Politik über die Kirche wahr, aber auch alle anderen Ethnien üben überwiegend im religiösen Bereich ehrenamtliches Engagement aus, über das wiederum die „Civic Skills“ gefördert werden.³¹ Hier muss festgehalten werden, dass die Verbindung von ethnischen Zugehörigkeit und Kirche im angloamerikanischen Raum untersucht wurde und nicht einfach übertragen werden sollte. Was die „Civic Skills“ letztlich so wichtig für die politische Partizipation macht, ist folgende Annahme:

„In our understanding, then, those who possess civic skills, the set of specific competencies germane to citizen political activity, are more likely to feel confident about exercising those skills in politics and to be effective – or, to use the economist’s term, productive – when they do.“³²

Wer also über ein ausgeprägteres Set dieser „Civic Skills“ verfügt, wird zum einen eher bereit sein sich politisch zu beteiligen, zum anderen wird dessen Beteiligung aber auch wesentlich effektiver sein. Vermutet wird, dass mit einem hohen Grad an „Civic Skills“ die Kosten für eine politische Beteiligung sinken, z.B. durch fallende Informationskosten oder einen höheren persönlichen Organisationsgrad, der den zeitlichen Aufwand verringert.³³

Neben den Ressourcen bildet auch das psychologische Engagement, also die Motivation zur politischen Beteiligung, einen wesentlichen Faktor, denn selbst wenn alle Ressourcen ausreichend vorhanden sind: Wer schlichtweg nicht motiviert ist, sich zu beteiligen, wird sich nicht beteiligen.³⁴ Kurz gesagt, geht es um die Bereitschaft der Bürger zur politischen Partizipation.

²⁸ Vgl. Ceyhan 2012, S. 27.

²⁹ Verba/Scholzman/Brady 2002, S. 313.

³⁰ Vgl. ebd., S. 313-316.

³¹ Vgl. ebd., S. 317-320.

³² Ebd., S. 305.

³³ Vgl. Ceyhan 2012, S. 27.

³⁴ Vgl. ebd., S. 27f.

Diese Bereitschaft ist abhängig von latenten persönlichen politischen Überzeugungen, die aber stärker auf das politische System gerichtet ist als auf spezifische Inhalte.³⁵ Zur Darstellung des Engagements wurden vier Dimensionen ausgewählt – politisches Interesse, politische Effektivität, politische Informiertheit und Parteienidentifikation.³⁶ Das politische Interesse ist hier subjektiv zu verstehen, da es die Selbsteinschätzung zum eigenen Interesse an politischen Themen beschreibt.³⁷ Politisches Interesse kann als Grad der Affinität, der durch die Politik hervorgerufen wird, beschrieben werden.³⁸ Eine weitere Größe ist die politische Effektivität, sie umfasst sowohl die Einschätzung der eigenen politischen Fähigkeiten (z.B. das Erfassen von Vorgängen, Ausübung politischer Teilhabe, u.ä.) als auch des effektiven Outputs politischer Prozesse und Institutionen.³⁹ Im Kern steht die Einschätzung, ein entscheidender Faktor im politischen Prozess zu sein.⁴⁰ Dementsprechend liegt die Annahme nahe, dass Bürger, die meinen, über einen hohen Grad an politischen Kompetenzen zu verfügen und somit persönliche politische Effektivität vorweisen zu können, sich eher an politischen Vorgängen beteiligen werden.⁴¹ Weniger subjektiv ist die Dimension politische Informiertheit. Dabei geht es um das allgemeine Bewusstsein über politische Strukturen, Prozesse und Institutionen, sowie Personen und politische Themen,⁴² ergo politisches Wissen. Dies umfasst im weiteren Sinne auch kognitives politisches Engagement, also einen psychologischen Bezug zusätzlich zum Wissen.⁴³ Es bleibt die Parteiidentifikation. Hier steht die affektive Bindung an eine spezifische politische Partei im Kern, nachweisbar etwa durch Mitgliedschaft oder langfristige Unterstützung, die etwaige politische Ausrichtung ist dabei nicht relevant.⁴⁴

Der Zugang zu Netzwerken bildet den letzten Faktor: die Möglichkeit zur politischen Rekrutierung. Je stärker die Einflechtung in ein soziales Netzwerk ist, so die Annahme, desto ausgeprägter ist auch die politische

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Vgl. Verba/Scholzman/Brady 2002, S. 345.

³⁷ Vgl. Ceyhan 2012, S. 28.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. ebd., S. 28f.

⁴⁰ Vgl. Verba/Scholzman/Brady 2002, S. 272.

⁴¹ Vgl. Ceyhan 2012, S. 29.

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Vgl. ebd., S. 29f.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 30.

Rekrutierung.⁴⁵ Die Wirkung der sozialen Netzwerke fällt dabei doppelt aus. Zum einen können die „Civic Skills“ in politischen und nicht-politischen Netzwerken trainiert und erweitert werden. Zum anderen gilt: Wer über größere soziale Netzwerke verfügt, wird auch öfters mit politischen und/oder gesellschaftlich relevanten Themen konfrontiert als jemand mit Zugang zu kleineren Netzwerken.⁴⁶ Dies bedeutet auch, dass mit größeren Netzwerken auch die Möglichkeit steigt, selbst politisch mobilisiert zu werden, aber auch andere aus dem eigenen Netzwerk zu mobilisieren.⁴⁷ Dabei gilt die grundlegende Annahme: „Bürger partizipieren mit einer umso höheren Wahrscheinlichkeit, je häufiger und intensiver sie von ihrem sozialen Umfeld hierzu aufgefordert werden.“⁴⁸ Die Faktoren (Ressourcen, Engagement und politische Rekrutierung) sind nicht zwangsläufig einer Reihenfolge unterlegen, doch haben Verba, Scholzman und Brady im „Civic Voluntarism Model“ eine leichte Gewichtung vorgenommen:

„All three components of the model are important. However, we place greater emphasis on the resources that facilitate participation and on the variety of psychological predispositions toward politics that we label "political engagement" than on political recruitment. Recruitment to political activity – being asked to take part – plays an important role, but participation can, and does, take place in the absence of specific request for activity.“⁴⁹

Das „Civic Voluntarism Model“ ist in der Lage, Teile der Rational-Choice-Theorie mit dem sozioökonomischen Standardmodell zu verbinden – beide Modelle konnten bisher zwar einen positiven Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Situation einer Person und der Wahrscheinlichkeit nachweisen, sich politisch zu beteiligen, aber erklären konnten diese Modelle den Zusammenhang nicht.⁵⁰ Durch die Ausarbeitung der drei Faktoren und deren Dimensionen gelingt dies jedoch dem „Civic Voluntarism Model“.

Doch bei allen Erfolgen, frei von Kritik ist das Modell nicht. In ihrer Review macht Marianne Stewart zwei generelle Probleme deutlich. Zum einen ist das Buch „Voice and Equality“ selbst nicht gradlinig genug.

⁴⁵ Vgl. Ceyhan 2012, S. 30.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 31f.

⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁸ Ebd., S. 32.

⁴⁹ Verba/Scholzman/Brady 2002, S. 270.

⁵⁰ Vgl. Ceyhan 2012, S. 22.

Besonders Theorie und methodisches Vorgehen sind zum einen über das Buch verstreut und wiederholen sich zum anderen häufig.⁵¹ Weiter wurde der sozioökonomische Status umfangreich beleuchtet, doch die Theorie rational handelnder Akteure wurde im Vergleich dazu nur marginal betrachtet und einbezogen.⁵² Die Konventionen, die mit den Anforderungen an politische Positionen verbunden sind, gehen in „Voice and Equality“ teilweise unter,⁵³ und die methodische Kritik am Modell läuft auf unbeachtete kausale Zusammenhänge zwischen den abhängigen und unabhängigen Variablen hinaus.⁵⁴ Dass der Ressourcenfaktor das Engagement und die Rekrutierung beeinflussen kann, wurde angesprochen, allerdings kann es auch einen kausalen Zusammenhang zwischen Rekrutierung und Engagement geben – das streiten die Autoren jedoch nicht ab, merken aber an, dass diese Kausalität nicht von primärem Interesse der Arbeit ist.⁵⁵ Darin steckt auch eine Schwäche des Modells – die Annahme nämlich, dass die Variablen ohne weiteres unabhängig voneinander betrachtet und empirisch analysiert werden können.⁵⁶ Der aufschlussreichste Kritikpunkt ist die Annahme, „dass die politische Partizipation ein zu heterogenes und komplexes Phänomen sei, als dass sie mithilfe einer allgemeinen Theorie erklärt werden könne – das [Civic Voluntarism Model] sei daher zwangsläufig unvollständig.“⁵⁷ Inwieweit dies wirklich möglich oder unmöglich ist, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, soll aber der Vollständigkeit halber hier Erwähnung finden.

2.2 Political Efficacy Model

„*Political efficacy* is a term used to represent an individual’s perceived ability to participate in and influence the political system.“⁵⁸ Das ursprüngliche Konstrukt stammt aus den 1950er Jahren von Angus Campbell, Gerald Gu-

⁵¹ Vgl. Stewart 1997, S. 381.

⁵² Vgl. ebd.

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Vgl. Ceyhan 2012, S. 34f.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 34.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 34f.

⁵⁷ Ebd., S. 35.

⁵⁸ Yeich, Susan/Levine, Ralph.: Political Efficacy: Enhancing the Construct and its Relationship to Mobilization of People, in: Journal of Community Psychology 22 (1994) Heft 3, S. 259; Hervorhebung im Original.

rin und Warren E. Miller und wurde erstmals in der ANES-Studie (American National Election Studies) 1952 umgesetzt.⁵⁹ Die dabei benutzten Items fließen zum Teil in diese Arbeit ein:

1. „I don't think public officials care much what people like me think.”
2. „The way people vote is the main thing that decides how things are run in this country.”
3. „Voting is the only way that people like me can have any say about how the government runs things.”
4. „People like me don't have any say about what government does.”
5. „Sometimes politics and government seem so complicated that a person like me can't really understand what's going on.”⁶⁰

Die Items fanden bis in die 1980er Jahre hinein Verwendung in den ANES- und Presidential-Election-Umfragen. Lediglich Item 2 wurde gelöscht, da der Reproduzierbarkeitskoeffizient so um 1,2 Punkte auf 93,5 anstieg.⁶¹ Neben dieser Stabilität und einer geringen Fehlerquote ist es eine doppelte Bedeutung, die dieses Modell hervorhebt. Zum einen erfassen die Items die politische Beteiligungsbereitschaft von Bürgern und zum anderen zeigt sich das Modell selbst als Einflussfaktor für den Zu- oder Widerspruch zum politischen System.⁶² Die Motivation zur Partizipation kann über den gesellschaftlichen „Anspruch an das politische System“ und das „Responsivitätsverhalten der Politiker“ erklärt werden. Dabei zeigt sich, ob eine Entfremdung von Bürgern und politischem System vorliegt.⁶³ Campbells, Gurins und Millers erste Studien konnten einen positiven Zusammenhang zwischen Political Efficacy und politischer Beteiligung ausmachen.⁶⁴ Bis in die 1970er Jahre galt dieses Modell als weitgehend eindimensional. Zwar gab es Vermutungen über weitere Dimensionen,⁶⁵ doch letztlich wurde erst durch J. Miller McPherson, Susan Welch und Cal Clark daraus ein zwei-

⁵⁹ Vgl. Vetter, Angelika: Political Efficacy – Reliabilität und Validität, Wiesbaden 1997, S. 9.

⁶⁰ Vgl. Vetter 1997, S. 9 f.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 10.

⁶² Vgl. ebd., S. 4-6.

⁶³ Vgl. ebd., S. 4 f.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 10 f.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 11.

dimensionales Konstrukt.⁶⁶ Sie ist nunmehr in eine interne und eine externe Dimension aufgeteilt. Die „internal efficacy“ beschreibt – vereinfacht gesagt – die Wahrnehmung der politischen Partizipation, wohingegen die „external efficacy“ die individuell wahrgenommene Responsivität des politischen Systems abbildet.⁶⁷ In einer Folgestudie zur Messung der politischen Effektivität formulierten Stephen C. Craig und Michael A. Maggiotto die Hypothese, die das Mobilisierungspotential von Bürgerinnen und Bürgern mit einbezieht:

„The authors hypothesized that high perceived personal competence (internal political efficacy) and low perceived system responsiveness (external political efficacy) is the optimal combination for mobilization of people. The rationale behind this hypothesis is that people are most likely to become involved in protests if (a) they feel personally competent to engage in political activity and (b) they perceive the system as unresponsive to their personal interests in the realm of conventional political relations.“⁶⁸ Damit dürfte das Modell ein geeigneter Erklärungsrahmen für typisch sächsische Phänomene sein.

AfD, PEGIDA, LEGIDA und ähnliche Ableger verfügen über ein gewachsenes Mobilisierungspotenzial. Im Zentrum der Arbeit stehen die interne und externe Effektivität, wie sie unter anderem von Angelika Vetter in vergleichenden Studien beschrieben wird:

Interne Effektivität:

„bezieht sich auf die eigenen politischen Fähigkeiten und die zur Verfügung stehenden Mittel, politischen Einfluss ausüben zu können“⁶⁹

Externe Effektivität:

„steht für die Wahrnehmung von Responsivität von Seiten des politischen Systems, d.h. seine Offenheit für die Anliegen der Bürger“⁷⁰

⁶⁶ Vgl. Yeich/Levine 1994, S. 259.

⁶⁷ Vgl. ebd.

⁶⁸ Ebd., S. 259f.

⁶⁹ Vetter, Angelika: Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellung der Bürger zur lokalen Politik, Wiesbaden 2002, S. 42.

⁷⁰ Ebd.

Die interne Effektivität ist folglich im Verhältnis zum politischen System inputorientiert, die externe eher outputorientiert.⁷¹ Zwischen beiden wurde eine positive Korrelation nachgewiesen, allerdings gingen über die Stärke dieser Korrelation die Befunde stark auseinander.⁷² Der schwedische Mathematik-Professor Karl G. Jöreskog konnte über eine Panelstudie für 1980 eine Korrelation von 0,81 nachweisen.⁷³ Zusätzlich zur Korrelation können über die Zweidimensionalität Aussagen zur Stabilität der einzelnen Dimensionen getroffen werden. Die interne Effektivität gilt als sehr stabil, da sie abhängig von der Person und deren Weltbild bzw. ihrer Wahrnehmung der Umwelt ist.⁷⁴ Die externe Effektivität ist weniger stabil, da diese durch ihre Output-Orientierung vom (tages-)politischen Geschehen abhängt.⁷⁵ Ein Faktor, der durch die Effektivität beeinflusst wird, ist die Form der Beteiligung, hier unterschieden in konventionell, bzw. verfasst (z.B. Wahlen) und in unkonventionell. Zur konventionellen Partizipation führt Angelika Vetter aus, die interne und externe Effektivität können durchaus zur Erklärung herangezogen werden.⁷⁶ Bei unkonventionellen Partizipationsformen dagegen sei nur die interne Effektivität relevant: Egal, was vom politischen System erwartet wird – letztlich sind es die persönlichen Veranlagungen, die zur unkonventionellen Partizipation motivieren.⁷⁷ In einem weiteren Sinne ist die Schlussfolgerung logisch, dass die unkonventionelle Beteiligung abnimmt, umso stärker die externe Effektivität wahrgenommen wird.⁷⁸ Angelika Vetter hat in „Political Efficacy – Reliabilität und Validität“ neun Items vorgestellt, die an den deutschen bzw. europäischen Raum angepasst sind und im Rahmen des Projektes „Politische Einstellungen und politische Partizipation im vereinigten Deutschland“ entstanden.⁷⁹

Im Rahmen dieser Umfrage sollen jedoch aktuelle und auf die Effektivität spezialisierte Items berücksichtigt werden. Die Items der Political Efficacy Kurzsкала (PEKS) von Constanze Beierlein, Christoph J. Kemper,

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. Vetter 1997, S. 14f.

⁷³ Vgl. ebd., S. 15f.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 16.

⁷⁵ Vgl. Vetter 1997, S. 16.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 35-37.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 36f.

⁷⁸ Vgl. ebd., S. 36.

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 113-117.

Anastassyia Kovaleva und Beatrice Rammstedt besteht aus vier Items, wobei jeweils zwei die interne und zwei die externe Effektivität erfassen. Die Antwortskala ist in vier Punkte (plus „weiß nicht“) unterteilt, von „stimme gar nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“.⁸⁰

PEKS-Items zur Erfassung interner Effektivität:⁸¹

1. Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
2. Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.

PEKS-Items zur Erfassung der externen Effektivität:⁸²

1. Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.
2. Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

Diese Items dienen so als „Selbsteinschätzungsinstrument zur Erfassung individueller politischer Kompetenz- und Einflussenerwartungen“⁸³. Um reliable und valide Messungen zu ermöglichen, werden die folgenden vier Gütekriterien als Anforderungen gestellt: Objektivität, Reliabilität, Validität und bereitgestellte Referenzwerte.⁸⁴

Die Herausarbeitung neuer Items durch Angelika Vetter und die überwiegende Nutzung im US-Wahlkampf zeigen, dass das ursprüngliche Konzept stark auf die Vereinigten Staaten bezogen ist und dementsprechend die Items mit Bedacht auf andere Länder übertragen werden sollten. Um solche Verzerrungen auszuschließen, empfiehlt die PEKS ein zweistufiges Übersetzungsverfahren.⁸⁵ Das zeigt einen Vorteil der Political-Efficacy-Kurzskala. Neben den Items werden Vergleichswerte, Statistiken, Stichprobenvorgaben, Gütekriterien usw. mitgegeben.

⁸⁰ Vgl. Beierlein, Constanze/Kemper, Christoph J./Kovaleva, Anastassyia/Rammstedt, Beatrice: Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskala (PEKS), in: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.): GESIS Working Papers Nr. 18/2012, S. 7f.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 8.

⁸² Vgl. ebd.

⁸³ Beierlein et al., S. 16.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 12-15.

⁸⁵ Vgl. Beierlein et al. 2012, S. 8.

3 Methodik

Ganz zu Beginn stand die Fragestellung: „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit – wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“ Hieraus ergab sich eine Grundgesamtheit aus allen Chemnitzer Bürgern im Alter von 16 und mehr Jahren: 215.493 Menschen, 49 Prozent Männer und 51 Prozent Frauen. Die Entscheidung für eine Quotierung nach Altersgruppen fiel am Ende auf drei verschiedene: junge Leute von 16 bis 29 Jahren (rund 17,2 Prozent), Probanden mittleren Alters von 30 bis 59 Jahren (rund 43,4 Prozent) und ältere Menschen über 59 (rund 39,5 Prozent). Bei 16 studentischen Projektmitarbeitern und dem Ziel, eine angemessene Zahl an Interviews zu sichern, fiel die Entscheidung auf jeweils 20 Umfragen und somit einer Gesamtzahl von 320. Entsprechend dem Quotensample ergab dies 27 Männer und 28 Frauen aus der jüngsten, 68 Männer und 71 Frauen aus der mittleren und 62 Männer und 64 Frauen aus der ältesten Altersgruppe. Das quantitative Erhebungsverfahren, also die standardisierte Einmalbefragung, sollte eine Querschnittsanalyse der Chemnitzer Bevölkerung darstellen.

Bei der Art der Befragung fiel die Wahl auf ein persönliches Face-to-Face-Interview. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile dieser Befragungsart wurde sie als am sinnvollsten empfunden. Zu ihren Schwächen gehört die Gefahr einer subjektiven Vorauswahl der Befragten. Ein weiteres Manko sind der Kosten- und der Zeitfaktor, die beide minimiert werden konnten. Die Ausdrücke der Fragebögen, kleine Präsente für den erfolgreichen Umfrageabschluss und Fahrtkosten in den Umfragebereich können genauso anfallen wie ein sehr großer Zeitaufwand während der Durchführung der Interviews. Viele potentielle Probanden lehnen ab, haben selbst keine Zeit, oder reagieren sogar genervt bis aggressiv, sodass viele Minuten der Suche nach Umfrageteilnehmern erfolglos vergehen können. Die abschließende Kehrseite stellt die Beeinflussung durch den Interviewer dar. So können bereits soziodemographische Ausprägungen des Fragestellers die Bereitschaft zur Umfrageteilnahme oder sich auf die Antworten auswirken, die in Face-to-Face-Befragungen teils ohnehin geschönt ausfallen können.⁸⁶

⁸⁶ Vgl. Artikel zu Arten der Befragung der Bundeszentrale für politische Bildung, online abzurufen unter: www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/147598/mg-02-01-arten-der-befragung (9. März 2016).

Die Vorteile der Befragungsart sind jedoch sehr vielfältig und führten am Ende zu der Entscheidung zu ihren Gunsten. Maßgeblich für die Ergebniserwartung sind die Antworten und diese werden im Fall der Straßenbefragung spontan gegeben. In der Regel ist somit die erste Intuition ausschlaggebend. Die Ausfallquote stellt sich hierbei als recht gering dar. Im Gegensatz zu beispielsweise einer Telefon- oder Onlineumfrage werden einmal begonnene Umfragen fast immer komplett abgeschlossen, da die Ausstiegsbarriere größer ist. Des Weiteren bedarf es keiner technischen Hilfsmittel zur Umsetzung (beispielsweise Nummerngeneratoren bei Telefoninterviews oder Computerprogramme für Onlinebefragungen), was Kosten spart und kein Ausfallpotential mit sich bringt. Darüber hinaus ist es möglich, die Befragten direkt im Voraus äußerlich einschätzen zu können, um ausgewogene Alters- und Geschlechtergruppen besser gewährleisten zu können. Die Einhaltung der Quoten ist von zentraler Bedeutung und kann zum Beispiel bei generierten Nummern für Telefonbefragungen vor allem gegen Ende zu einem großen Problem werden. Zudem sind Verhalten und Situation besser kontrollierbar, da der persönliche Kontakt beschwichtigend wirken kann und auch mimische bzw. gestische Unterstützungen bei Erklärungen möglich sind. Vor allem aber die Möglichkeit, dem Befragten den kompletten Bogen in die Hand zu geben und ihn mitlesen lassen zu können, hilft sehr bei der Umsetzung und dem Verständnis der Fragen. So kann im Sonderfall sogar multimediales oder visualisierendes Material eingebunden werden, um bei etwas komplexeren Fragen unterstützend einzuwirken.⁸⁷

Bevor eine Befragung jedoch starten kann, muss der Fragebogen erstellt werden, was immer die meiste Zeit in Anspruch nimmt und wobei im Laufe der Entwicklungsphase sehr viele Probleme auftreten können. Das erste mögliche Hindernis wurde glücklicherweise unbewusst umgangen. So haben sich alle vier Gruppen des Forschungsseminars unabhängig voneinander für verschiedene zu untersuchende Themenkomplexe entschieden und Überschneidungen konnten vermieden werden. Unsere Gruppe entschied sich für das Themengebiet „Teilhabemöglichkeiten auf kommunaler Ebene und auf Länderebene im Vergleich“. Die Hauptforschungsfrage lautet dabei: Wie schätzen die Befragten ihre Teilhabechancen auf kommunaler

⁸⁷ Vgl. Artikel von Informer Marktforschung zum Face-to-Face Interview (Persönliche Befragung), online abzurufen unter: www.informer-marktforschung.de/de/02/0203/020304.html (9. März 2016).

naler Ebene und auf Landesebene ein? Dazu bestehen drei Unterfragen: Welche Teilhabechancen nutzen sie? Gibt es Unterschiede zwischen den Organisationsebenen? Und welche Gründe liegen hinter der Beteiligung auf den einzelnen Organisationsebenen? Ursprünglich wurden zur Untersuchung dieser Fragen fünf Unterkomplexe mit entsprechenden Hypothesen aufgestellt, die jedoch noch umgebaut wurden. Folglich entstand ein Pool an theoretisch plausiblen Annahmen. Im Folgenden werden die erarbeiteten Fragen und die dazugehörigen Hypothesen erläutert.

Die Fragen

Im finalen Fragebogen kamen vier Fragen (23 bis 26) vor, die unsere Hypothesen abbilden. Im Zusammenhang mit den Fragen sahen sich die Probanden jeweils mehreren Aussagen gegenübergestellt. Hierfür lieferte jeweils dieselbe vierstufige Skala von „stimme zu“ über „stimme eher zu“ und „stimme eher nicht zu“ bis hin zu „stimme nicht zu“ die Bewertungsgrundlage. Zusätzlich existierte die neutrale Kategorie „keine Angabe“.

Frage 23: „Die Einstellung über den eigenen Einfluss auf die politische Praxis gehen in Deutschland zum Teil weit auseinander. Wie sehen sie Ihre Einflussmöglichkeiten auf die kommunale und Landespolitik?“⁸⁸ Zur Auswahl standen vier zu bewertende Aussagen. Die ersten beiden sollten Schlüsse zur externen Efficacy zulassen: „Die Politiker im Landtag(1)/ Stadtrat(2) bemühen sich im allgemeinen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“ Die Items drei und vier sollten Aufschluss über die Wahrnehmung der internen Efficacy geben: „Durch meine Stimmabgabe bei Landtagswahlen(3)/Kommunalwahlen(4) kann ich die künftige Landespolitik(3)/Kommunalpolitik(4) beeinflussen.“

Frage 24: „Bürgerentscheide auf Kommunalebene und Volksentscheide auf Landesebene sind die häufigsten Mittel direkter Mitbestimmung in Demokratien. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten direkter Mitbestimmung in Demokratien?“ Im Fragebogen entstanden hierfür ebenfalls vier Aussagen. Nummer eins und zwei sind auf bisheriges bzw. potientielles Verhalten gemünzt: „Ich habe mich schon einmal an einem Volksentscheid(1)/Bürger-

⁸⁸ Alle Fragen werden in diesem Fall inklusive Einleitungssatz angegeben, der so nicht auf dem Fragebogen stand, sondern maximal mündlich erwähnt wurde, um die Befragten mit der Thematik etwas vertrauter zu machen.

entscheid(2) beteiligt oder wäre dazu bereit.“ Nummer drei und vier sind auf Präferenzen gemünzt: „Ich wünsche mir mehr Volksentscheide(3)/Bürgerentscheide(4).“

Frage 25: „Durch das Petitionsrecht können einzelne Personen oder Gemeinschaften schriftliche Bitten oder Beschwerden an die zuständige Volksvertretung einreichen, solange ausreichend Unterschriften gesammelt wurden. Wie beurteilen Sie das Petitionsrecht in der Demokratie?“ Zur Ermittlung dieser Einschätzungen fiel die Wahl auf zwei Aussagen: „Ich habe mich schon einmal an einer kommunalen Petition(1)/Landespetition(2) beteiligt oder wäre dazu bereit.“

Frage 26: „Ein weiteres Mittel zur Teilhabe am politischen Prozess sind Bürgerinitiativen. Wie beurteilen Sie die Rolle von Bürgerinitiativen?“ Die beiden Aussagen, die daraus entstanden sind, gehen in eine ähnliche Richtung wie bei Frage 25: „Ich habe mich schon einmal an einer kommunalen Bürgerinitiative(1)/Bürgerinitiative auf Landesebene(2) beteiligt oder wäre dazu bereit.“

Hypothesen

Anhand der vorgestellten Items sollten nicht weniger als 16 Hypothesen untersucht werden, die alle negativ formuliert wurden, da eine Zustimmung zur Politik, politischen Ämtern und Funktionsträgern nicht bedeutet, dass andere politische Teilhabemöglichkeiten (außer Wahlen) nicht genutzt werden. Beispielsweise bei Volksentscheiden kann auch für die aktuelle Politik gestimmt werden.

Hypothese 1: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an Volksentscheiden.

Hypothese 2: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, ist eher bereit, sich an Bürgerentscheiden zu beteiligen.

Hypothese 3: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik hat, beteiligt sich eher nicht an Volksentscheiden.

Hypothese 4: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik, beteiligt sich eher nicht an Bürgerentscheiden.

Hypothese 5: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, wünscht sich mehr Volksentscheide.

Hypothese 6: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, wünscht sich mehr Bürgersentscheide.

Hypothese 7: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, spricht sich nicht für mehr Volksentscheide aus.

Hypothese 8: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik, spricht sich nicht für mehr Bürgerentscheide aus.

Hypothese 9: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an kommunalen Petitionen.

Hypothese 10: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an überregionalen Petitionen.

Hypothese 11: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik hat, beteiligt sich eher nicht an kommunalen Petitionen.

Hypothese 12: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, beteiligt sich eher nicht an überregionalen Petitionen.

Hypothese 13: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an kommunalen Bürgerinitiativen.

Hypothese 14: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an überregionalen Bürgerinitiativen.

Hypothese 15: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik hat, beteiligt sich eher nicht an kommunalen Bürgerinitiativen.

Hypothese 16: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, beteiligt sich eher nicht an überregionalen Bürgerinitiativen.

Aufschlussreich sind vor allem jene Antwortmuster, die von den Hypothesen abweichen oder inkonsistent zwischen den einzelnen Teilhabemöglichkeiten sind. Zum Beispiel im Fall von Zustimmung zu Petitionen trotz geringer interner Efficacy.

Nach mehreren Sondersitzungen und zusätzlichen Überlegungen existierte schließlich Ende November 2015 der erste Entwurf des Fragebogens. Die Umfrage, bestehend aus insgesamt 29 Fragen, beinhaltet zwischen vier und zehn Fragen je Forschungsgruppe plus einige zu soziodemografischen Angaben wie Geburtsjahr, Geschlecht, Familienstand und beruflicher

Stellung. Nun stand der Pretest an, der in den folgenden zwei Wochen durchgeführt wurde. Im Zuge eines Pretests wird der Fragebogen empirisch überprüft und dazu an Testpersonen aus einer ähnlichen (möglichst derselben) Zielgruppe erprobt. Dies ist nötig, um unter anderem zu erkennen, ob eventuell Fragen redundant oder zu schwer verständlich, gegebene Antwortmöglichkeiten erschöpfend und die Anweisungen (sowohl für Interviewer wie auch den Befragten) verständlich sind. Zudem lässt sich herausfinden, ob ein roter Faden erkennbar ist, die Texte gut lesbar sind und beim Durchführen ein gewisser Spannungsbogen erhalten bleibt. Anhand der Ergebnisse kann die Umfrage anschließend überarbeitet und auf die konkreten Bedingungen besser angepasst werden.⁸⁹ Alle Fehler und Probleme können zwar sicher auch nach diesem Prozedere nicht ausgeremert werden, aber es ist zwingend nötig, um ein allgemeines Funktionieren gewährleisten zu können.

Der Fokus lag darauf, die Fragen geschlossen zu stellen, um die Auswertung zu erleichtern. Dank der Hilfe des Evaluationszentrums der TU Chemnitz wurden uns die Fragebögen (sowohl für den Pretest als auch anschließend die endgültigen Umfragebögen) erstellt und sollten möglichst zeitsparend ausgewertet werden können. Für den Pretest-Fragebogen wurden allerdings offene Fragen eingebaut, um anhand der Antworten die optimalen geschlossenen Antwortmöglichkeiten für die endgültige Umfrage ermitteln zu können. In den zwei Wochen dieser Phase führte jedes Mitglied der Forschungsgruppe mindestens drei (selbst ausgedruckte) Umfragen auf dieser Basis durch, sodass ein Treffen Mitte Dezember aufgetretene Probleme, Fehler und nicht zuletzt auch Positives zum Vorschein bringen sollte. Der Pretest wurde dabei auf zwei verschiedene Arten angegangen. Alle weiblichen Teilnehmer des Projektes führten den Standard-Pretest durch. Dabei wird die Befragung normal durchgeführt, die Antworten des Befragten somit angekreuzt und parallel dazu werden für jedes einzelne Item Notizen zu Auffälligkeiten erstellt. Diese können von Nachfragen, über nervöse Blicke auf die Uhr, bis hin zu Problemen beim eigenen Vorlesen der Fragen gehen und sollten in der abschließenden Umfrage bestmöglich vermieden werden. Für die männlichen Mitglieder der Forschungs-

⁸⁹ Vgl. Artikel von fragebogen.de zum Thema Pretest, online abzurufen unter: www.fragebogen.de/pretest.htm (10. März 2016).

gruppe stand das Problem Coding im Fokus des Pretests. Hierbei wird die Befragung ebenfalls normal durchgeführt, das Verhalten des Probanden im Anschluss jedoch codiert. Eine Null steht dabei für „adäquates“ Verhalten, also eine klare Antwort ohne Auffälligkeiten, während die Eins den Code für eine „inadäquate“ Reaktion darstellt. Dies umfasst alles, was nicht unter einer schnellen und eindeutigen Antwort zu verstehen ist.

Das wichtigste Ergebnis des Pretests war positiv: Die Umfrage in ihrem Grundgerüst hat funktioniert. Im Schnitt dauerte eine einzelne Befragung zwischen zehn und 20 Minuten, was als verträglicher Rahmen für ein Face-to-Face Interview anzusehen ist, jedoch auch durch die Straffung einiger Fragen(komplexe) bei der Durchführung „erkauft“ wurde. Zudem führten alle Befragten die Umfrage komplett durch, es gab keine Abbrüche und somit waren die Pretestergebnisse auch reichhaltig.

Ein großes Problem zeichnete sich jedoch bereits ab: Junge Leute waren schwer zu bekommen. Der Großteil dieser ersten Erprobungsumfragen musste an Personen mittleren bis hohen Alters durchgeführt werden, was zum einen darauf zurückzuführen ist, dass (erkennbar am Quotensample) junge Menschen weniger als ein Fünftel der Grundgesamtheit ausmachen und somit schlecht anzutreffen sind, aber auch oft ablehnten – teils mangels Politikinteresses, teils aus Frustration über die deutsche Politik und ihre Köpfe. Natürlich tauchten auch im Fragebogen selbst Unstimmigkeiten auf. So fehlte beispielsweise bei der Frage nach dem Beschäftigungsstatus die Auswahlmöglichkeit Rentner, Regieanweisungen an den Interviewer waren unzureichend (z.B. „Wenn nein, dann weiter mit Frage X“), oder Unklarheiten über eventuelle Mehrfachantworten taten sich auf. Vor allem aber waren viele Fragen zu kompliziert gestellt oder schlicht zu lang, was es dem Probanden oft schwermachte, zu folgen und dem Spannungsbogen schadete. All diese Dinge wurden überarbeitet. Fragen wurden entschlackt, gekürzt und mit Zusatzinformationen (nur bei Nachfrage) ausgestattet, Antwortmöglichkeiten ergänzt, offen gestellte Fragen in geschlossene mit den meist genannten Antworten als Auswahl umgewandelt. Der Pretest erfüllte somit seinen Zweck, die Umfrage überarbeiten zu können und die Erfolgsaussichten für einen möglichst reibungslosen Ablauf im Rahmen der Umstände zu gewährleisten.

Die endgültige Umfrage stand schließlich Mitte Dezember und es wurden zwischen dem 18. Dezember 2015 und dem 13. Januar 2016 die insgesamt 320 Ergebnisse eingeholt. Um das Auftreten noch etwas seriöser zu

gestalten, bekam jeder Interviewer ein Namensschild der TU Chemnitz, ein paar kleine Geschenke als Anreiz zur Teilnahme und zum Abschluss der Umfrage für die Probanden (TU-Kugelschreiber oder Textmarker) sowie eine laminierte Kurzversion des Fragebogens mit auf den Weg, welche die Befragten in die Hand bekamen und mitlesen konnten, sodass Verständnisprobleme weiter minimiert werden konnten und der visuelle Faktor eine zusätzliche Erleichterung für beide Seiten darstellte. Sicher nicht zuletzt auf Grund des vorweihnachtlichen Stresses wurde der Großteil der Umfragen erst im Januar durchgeführt. Rund 90 Prozent der Befragungen fanden demnach zwischen dem 5. Januar und dem 13. Januar 2016 statt⁹⁰, im Schwerpunkt zwischen 10 und 17 Uhr.⁹¹ Neben diesen Informationen gibt die eingerichtete Internetseite zum Forschungsprojekt ebenfalls Aufschlüsse über die genauen Orte, an denen die Umfragen durchgeführt wurden. Das Kerngebiet stellte hierbei das Stadtzentrum dar, da es schlicht das größte Personenaufkommen gewährleistet. Ein paar wenige Ergebnisse sind jedoch auch leicht außerhalb des Stadtkerns, beispielsweise im Chemnitz Center oder in Hilbersdorf, entstanden.⁹² Die 20 Umfragen, die jeder Teilnehmer der Forschungsgruppe ableisten sollte, wurden für jeden erneut nach Quotensample aufgeschlüsselt, sodass je drei bis vier Probanden aus der jüngsten, acht bis neun aus der mittleren und sieben bis acht aus der ältesten Altersgruppe zu befragen waren. Die größten Schwierigkeiten brachte das Wetter mit sich. Straßenbefragungen mitten im Winter benötigen viel Kälteresistenz und regelmäßiges Aufwärmen zwischen mehreren Umfragen. Auch schwankte die Zeitspanne stärker als im Pretest, was es schwieriger zu berechnen machte, Aufwärmphasen vom richtigen Zeitpunkt her einzuschätzen. Entsprechend vorheriger Erwartungen lehnte der Großteil der potentiellen Umfrageteilnehmer ab, einige waren sogar verängstigt oder reagierten genervt. Positiv zu bemerken ist jedoch die Bestätigung des Pretests, dass die Befragungen in der Regel bis zum Ende geführt wurden und die Antworten auch ehrlich erschienen. Die zu Beginn angebotenen

⁹⁰ Vgl. Histogramm zum Anteil aller Feldtage auf der Projektseite zum Forschungsseminar, online abzurufen unter: www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pf/forschung/chemnitz-teilhabe.php (13. März 2016).

⁹¹ Vgl. Grafik zu den Tageszeiten der Befragungen auf der Projektseite zum Forschungsseminar, online abzurufen unter: ebd. (13. März 2016).

⁹² Vgl. Karte der Erhebungsorte auf der Projektseite zum Forschungsseminar, online abzurufen unter: ebd. (14. März 2016).

kleinen Präsente halfen dabei sicher ein wenig, genau wie das Wissen bei den Befragten, dass ein universitäres Forschungsprojekt und keine Konsumenten-Marktforschung oder indirekte Verkaufsversuche dahinterstanden.

Dank der geschlossenen Fragen und des Einheitsdesigns der Fragebögen war es anschließend ohne große Umstände möglich, die Daten im Evaluationszentrum auszulesen. Natürlich musste dieser noch etwas korrigiert werden, weil hier und da Werte fehlten (z.B. wegen undeutlicher Kreuze), die allerdings nach erneuter Betrachtung schnell zu korrigieren waren. Der entstandene SPSS-Datensatz ist auf der Internetseite zum Forschungsseminar abrufbar – gleiches gilt für den Fragebogen in seiner finalen Version. Nun stand die Analyse der Daten mittels SPSS an, um die Zahlen in Formen zu gießen und die Hypothesen zu überprüfen, womit sich das folgende Kapitel beschäftigt.

4 Befunde

Im Folgenden werden die in der Umfrage gesammelten Daten einer eingehenden Analyse unterzogen. Dabei soll zunächst eine deskriptive Analyse folgender Items erfolgen,

- „Wie sehen Sie Ihre Einflussmöglichkeiten auf die kommunale und die Landespolitik?“ (Frage 23)
- „Wie beurteilen Sie folgende Möglichkeiten direkter Mitbestimmung in der Demokratie?“ (Frage 24)
- „Wie beurteilen Sie das Petitionsrecht in der Demokratie?“ (Frage 25)
- „Wie beurteilen Sie die Rolle von Bürgerinitiativen?“ (Frage 26)

... um anschließend die Zusammenhänge entsprechend der in Kapitel 3 aufgestellten Hypothesen zu untersuchen.

Diese sollen klären, wie stark ein Zusammenhang ist und um welche Art von Zusammenhang, positiv oder negativ, es sich handelt. Ein positiver Zusammenhang sagt aus, dass ein Anstieg von X mit einem Anstieg von Y einhergeht, beispielsweise: Je mehr Befragte der Aussage „Die Politiker im Landrat bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“ zustimmen, desto mehr Befragte stimmen auch der Aussage „Die Politiker im Stadtrat bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevöl-

kerung zu vertreten“ zu. Ein negativer Zusammenhang hingegen geht davon aus, dass ein Anstieg von X mit einem Rückgang von Y verbunden ist. Also je mehr der Aussage zustimmen „Die Politiker im Landrat bemühen sich im Allgemeinen die Interessender Bevölkerung zu vertreten“, desto weniger Befragte stimmen der Aussage zu „Die Politiker im Stadtrat bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“. Abschließend folgt eine Analyse möglicher Fehlerquellen.

Für die hier vorliegenden Fälle bietet sich aufgrund des ordinalen Skalenniveaus der Variablen der Rangkorrelationskoeffizient Kendalls Tau τ_b an. Anders als bei Pearsons Korrelationskoeffizient muss hier keine Normalverteilung vorliegen. Möglich wären auch Gamma, das symmetrische Somers d und die symmetrische Rangkorrelation r . Zur besseren Übersicht beruft sich die Analyse jedoch nur auf Kendalls Tau τ_b , da von starken Bindungen ausgegangen werden kann, die dieses Maß berücksichtigt. Der Wertebereich beträgt -1 bis +1, „wobei -1 einen starken negativen Zusammenhang (immer wenn x hoch ist, ist y niedrig), 0 die Abwesenheit eines Zusammenhangs [...] und +1 einen starken positiven Zusammenhang (immer wenn x hoch ist, ist auch y hoch)“⁹³ bedeutet. Folgende Schwellenwerte dienen als Interpretationshilfen:

- $< \pm 0,3$ geringer Zusammenhang
- $< \pm 0,5$ mittlerer Zusammenhang
- $< \pm 0,7$ starker Zusammenhang
- $> \pm 0,7$ sehr starker Zusammenhang

Es gilt zu beachten, dass der Koeffizient nur dann angewendet werden kann, wenn die zugrundeliegenden Kontingenztafeln quadratisch sind, da im vorliegenden Fall jedoch die Konzeption des Fragebogens dementsprechend ausgelegt wurde, ist die Anforderung erfüllt.

Frage 23 umfasst insgesamt vier verschiedene Aussagen, denen die Befragten zustimmen bzw. die sie ablehnen können. Die ersten beiden bilden die externe, die letzten beiden die interne Efficacy ab:

⁹³ Schnell, Rainer/Hill, Paul/Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung. 7. Aufl., München 2005, S. 446.

- Frage 23 Aussage 1: extern
- Frage 23 Aussage 2: extern
- Frage 23 Aussage 3: intern
- Frage 23 Aussage 4: intern

Aus diesen Bezugsebenen heraus können nun folgende Aussagen miteinander korreliert werden, um einen Zusammenhang entsprechend der Hypothesen 1 bis 16 zu untersuchen:

- Frage 23 Aussage 1 mit Frage 24 Aussage 1
- Frage 23 Aussage 2 mit Frage 24 Aussage 2
- Frage 23 Aussage 3 mit Frage 24 Aussage 1
- Frage 23 Aussage 4 mit Frage 24 Aussage 2
- Frage 23 Aussage 1 mit Frage 24 Aussage 3
- Frage 23 Aussage 2 mit Frage 24 Aussage 4
- Frage 23 Aussage 3 mit Frage 24 Aussage 3
- Frage 23 Aussage 4 mit Frage 24 Aussage 4
- Frage 23 Aussage 2 mit Frage 25 Aussage 1
- Frage 23 Aussage 1 mit Frage 25 Aussage 2
- Frage 23 Aussage 4 mit Frage 25 Aussage 1
- Frage 23 Aussage 3 mit Frage 25 Aussage 2
- Frage 23 Aussage 2 mit Frage 26 Aussage 1
- Frage 23 Aussage 1 mit Frage 26 Aussage 2
- Frage 23 Aussage 4 mit Frage 26 Aussage 1
- Frage 23 Aussage 2 mit Frage 26 Aussage 2

Die Stichprobengröße der Analyse beträgt 320. Dies entspricht der im Rahmen der Erhebung als verwertbar befundenen Fragebögen und bildet somit den Grundstock der Analyse.

4.1 Deskriptive Analysen

4.1.1 Interne und externe Efficacy auf kommunaler sowie Landesebene

Der Analyse liegen die Fragen sowie deren Gliederung in eine vierstufige Skala, anhand derer Aussagen getroffen werden können, zugrunde. Die Ausprägungen sind ordinal und stellen sich wie folgt dar: „stimme nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme eher zu“, „stimme nicht zu“. Die

Möglichkeit, auf eine Frage nicht zu antworten, wurde durch die Option „keine Angabe“ eingeräumt.⁹⁴ Im Feld wurde in allen Fragen die volle Bandbreite der Ausprägungen ausgeschöpft. Der Analyse liegen die gültigen Prozente zugrunde. Es gibt folglich immer ein Minimum und ein Maximum in Form vom „stimme nicht zu“ und „stimme zu“. Ebenfalls wurde bei jeder Frage von einigen Befragten die Möglichkeit genutzt, keine Angaben zu machen. Frage 23 bildet die wahrgenommene Responsivität der kommunalen und der Landespolitik sowie den wahrgenommenen subjektiven Einfluss auf diese Politikebenen ab. Die graphische Darstellung vermittelt einen ersten Überblick und gewährt die Möglichkeit, die Bewertung der Interessenvertretung bezüglich des Stadtrates (dunkelgrau) und des Landtages (hellgrau) direkt zu vergleichen.

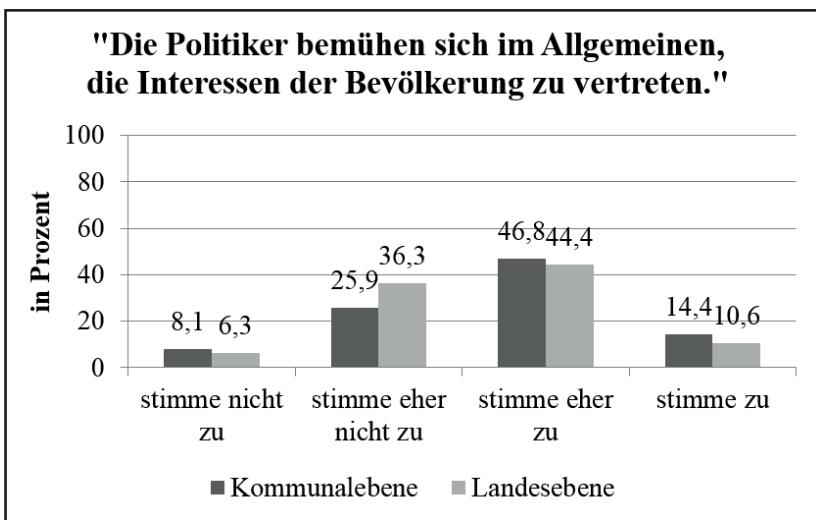


Abbildung 1: Externe Efficacy auf kommunaler und Landesebene.

⁹⁴ Für die Auswertung in SPSS wurden die Klassen kodiert, wobei 1 für „stimme nicht zu“, 2 für „stimme eher nicht zu“, 3 für „stimme eher zu“ und 4 für „stimme zu gilt“. Falls keine Angaben gemacht wurden, erhielt dies die Kodierung 0.

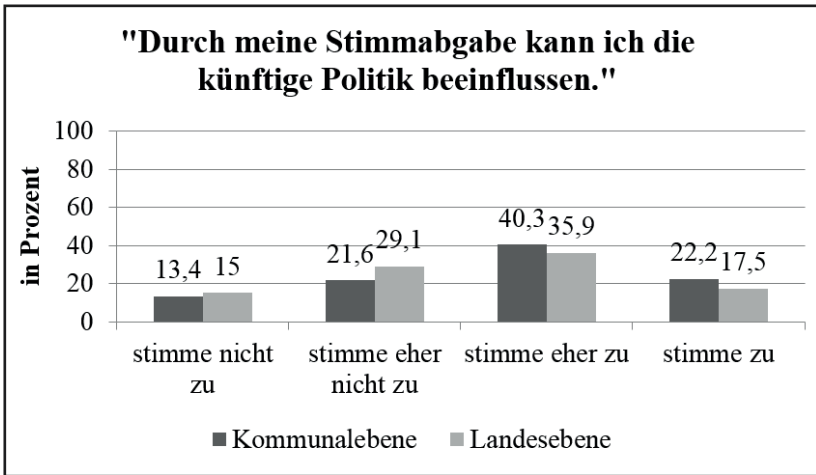


Abbildung 2: Interne Efficacy auf kommunaler und Landesebene.

Im Mittel erhielten alle vier Items – also sowohl die wahrgenommene Responsivität als auch die wahrgenommenen Einflussmöglichkeiten – eine Bewertung von 2,57 auf einer Skala von 1 („stimme nicht zu“) bis 4 („stimme zu“). Am schlechtesten (2,51) schnitt die Einflussmöglichkeit auf die Landespolitik, am besten (2,66) die Einflussmöglichkeit auf die Kommunalpolitik. Die Befragten haben im Durchschnitt hauptsächlich mit „stimme eher nicht zu“ und „stimme eher zu“ mit leichter Tendenz zu „stimme eher zu“ geantwortet. Folglich werden die Einflussmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik besser eingeschätzt denn die auf die Landespolitik. Gleichfalls werden die Bemühungen der Kommunalpolitiker (Mittelwert 2,58) – wenn auch minimal – positiver gewertet als die der Landespolitiker (2,54). Der Modalwert aller Variablen, der bei 3 liegt, unterstreicht die positive Tendenz.

Untersuchungen zu den Häufigkeiten aller Antwortoptionen stellen sich wie folgt dar: Befragt nach den Bemühungen der Politiker des Landtages, stimmten 44,4 Prozent der Leute „eher“ zu, gefolgt von „stimme eher nicht zu“ (36,3 Prozent), „stimme zu“ (10,6 Prozent) und schließlich „stimme nicht zu“ (6,3 Prozent). Keine Aussagen machten acht Personen (2,5 Prozent).

Bei der Frage nach den Bemühungen der Politiker des Stadtrates lag der Modus ebenfalls bei „stimme eher zu“; (46,9 Prozent). Ein reichliches Viertel (25,9 Prozent) „stimmte eher nicht zu“. Wie bei der ersten Variable folgt hier „stimme nicht zu“ und „stimme zu“. Im Unterschied zur ersten Variable gab es 15 Personen (4,7 Prozent), die keine Aussage treffen wollten.

Der Modus bei den eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Landespolitik mittels Stimmenabgabe liegt wiederum bei 3 („stimme eher zu“), jedoch hier mit einem deutlich geringeren Prozentsatz (35,9) im Vergleich zu den bereits analysierten Items. Es ist auffällig, dass das Feld breiter gestreut ist: 29,1 Prozent der Befragten stimmten der Einflussmöglichkeit auf Landesebene „eher nicht zu“. Die Extremwerte in Form vom „stimme nicht zu“ und „stimme zu“ liegen so dicht beieinander wie bei keiner der in dieser Frage untersuchten Variablen („stimme nicht zu“ mit 15,0 Prozent und „stimme zu“ mit 17,5 Prozent). Auch hier enthielten sich acht Personen (2,5 Prozent) der Aussage.

Der Modus bei der Einflussmöglichkeit auf die Kommunalpolitik entspricht wiederum der ersten Variable. Auch hier liegt der Modus bei „stimme eher zu“ (40,3 Prozent). Im Vergleich zur Landesebene und der vorhergehenden Variable zeichnet sich jedoch eine positivere Tendenz ab. Am zweitstärksten ist wiederum mit 21,6 Prozent „stimme eher nicht zu“ vertreten.

Am stärksten gespalten waren die Befragten bei der Stimmenabgabe bei Landtagswahlen. Am dichtesten waren sie bei der Frage nach den Bemühungen der Politiker im Stadtrat beieinander. Im Vergleich zum Mittelwert fallen die Modalwerte positiver aus.

4.1.2 Einstellungen zu direkter Demokratie auf kommunaler und Landesebene

Es schließt sich die Frage nach den Möglichkeiten direkter Mitbestimmung in der Demokratie an. Sie ist in folgende Aussagen gegliedert:

- „Ich habe mich schon einmal an einem Volksentscheid beteiligt oder wäre dazu bereit.“
- „Ich habe mich schon einmal an einem Bürgerentscheid beteiligt oder wäre dazu bereit.“

- „Ich wünsche mehr Volksentscheide.“
- „Ich wünsche mehr Bürgerentscheide.“

Die Zustimmung zur Teilnahme an Volks- und auch Bürgerentscheiden liegt bei durchschnittlich 3,25 und 3,32, ist also sehr hoch angesiedelt. Im unmittelbaren Vergleich hierzu fällt der Wunsch nach mehr Volks- beziehungsweise Bürgerentscheiden ab, und ist trotzdem mit mittleren Zustimmungswerten von 3,14 bzw. 3,15 noch verhältnismäßig hoch. Beide Werte liegen dicht beieinander und signalisieren eine große Bereitschaft der Chemnitzer zur Mitbestimmung in der Demokratie auf den unteren politischen Ebenen.

Für alle Aussagen dieses Items gilt: Der Modus ist 4. Das heißt, egal ob die Teilnehmer nach einer bereits erfolgten Partizipation oder nach ihrer Bereitschaft zu Volks- oder Bürgerentscheiden oder dem Wunsch nach mehr Volks- oder Bürgerentscheiden befragt wurden, stimmten diese mehrheitlich zu: Direkte Demokratie steht hoch im Kurs. Die folgenden Darstellungen verdeutlichen zum einen die hohe Partizipation an Bürger- und Volksentscheiden und zum anderen die hohe Bereitschaft zu einer potentiellen Partizipation.

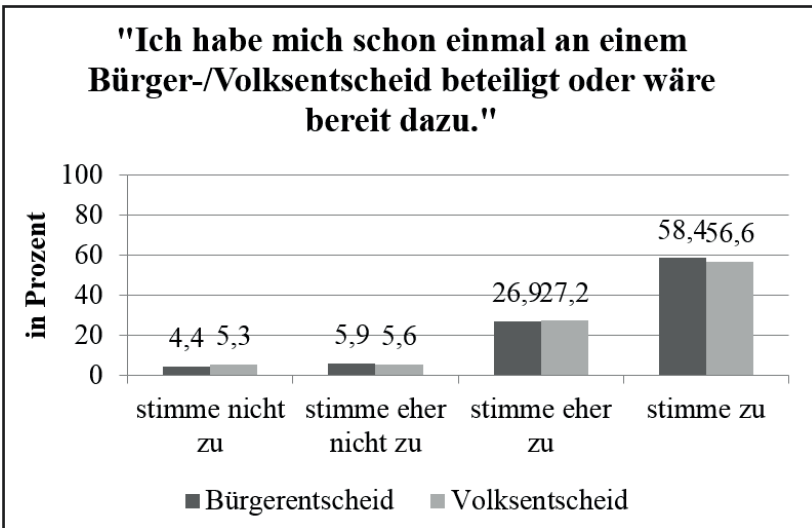


Abbildung 3: Einstellungen zu Volks- und Bürgerentscheiden.

Jeweils über die Hälfte der Befragten hat allen Aussagen zur Demokratie ausnahmslos zugestimmt. Somit tritt die „bedenkenlose“ Zustimmung am häufigsten auf. Spitzenreiter ist die bereits erfolgte bzw. geplante Teilnahme an Bürgerentscheiden mit 58,6 Prozent Zustimmung. Der Wunsch nach mehr Bürgerentscheiden wiederum erhält Zustimmung von immerhin 52,7 Prozent. Etwas mehr (53,8 Prozent) wollen mehr Volksentscheide. Die Wenigsten, nämlich 4,4 Prozent, äußerten sich ablehnend („stimme nicht zu“). Die geringste Ablehnung erfuhr die Bereitschaft zur potentiellen künftigen bzw. zur bisherigen Teilnahme an Bürgerentscheiden.

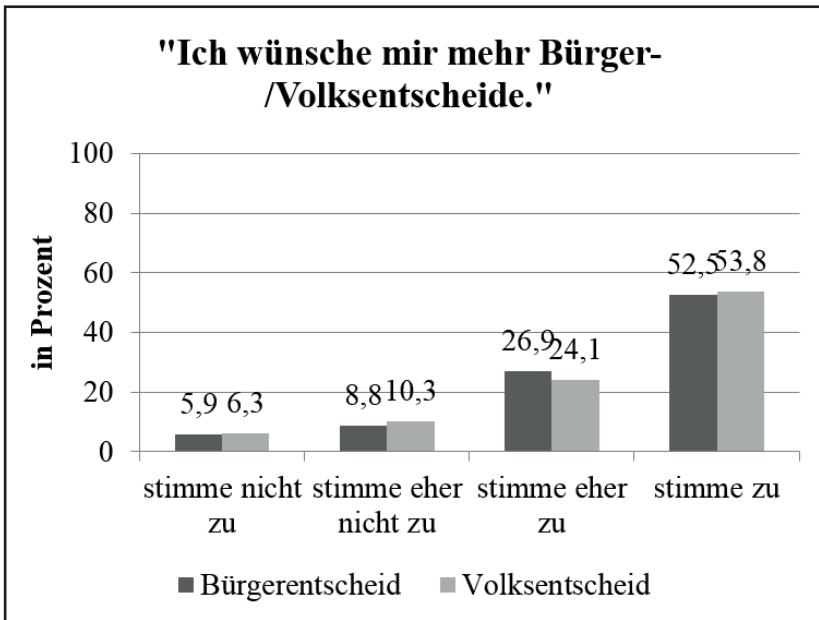


Abbildung 4: Wunsch nach mehr Volks- und Bürgerentscheiden.

4.1.3 Einstellungen zu Petitionen auf kommunaler und Landesebene

Ein weiteres Item erhebt die Beurteilung des Petitionsrechtes in der Demokratie. Es setzt sich aus zwei Aussagen zusammen: eine zur Beteiligung beziehungsweise der Bereitschaft zur Beteiligung an Kommunal- und eine zur Beteiligung an Landespetitionen.

Der Mittelwert für die Beteiligung an einer Kommunalpetition beläuft sich auf 3,05 und der für die Beteiligung an einer Landespetition auf 2,91. Das heißt, im Durchschnitt ist die Bereitschaft zu einer Petition recht hoch bzw. wurde diese schon genutzt. Auch hier macht sich wiederum eine eher positive Einstellung zur kommunalen Partizipation bemerkbar.

Der Modus bezüglich der kommunalen Petition liegt bei 4: 46,6 Prozent der Chemnitzer Befragten sind bereit, sich an kommunalen Petitionen zu beteiligen beziehungsweise haben an einer Petition bereits teilgenommen. Für die Grundgesamtheit heißt das: Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent beteiligen sich zwischen 40,8 Prozent und 52,4 Prozent der Chemnitzerinnen und Chemnitzer an einer kommunalen Petition. Lediglich 6,3 Prozent „stimmten nicht zu“. Auch hier formulierten 7,2 Prozent der Befragten keine Antwort und enthielten sich einer Einschätzung. Fast 80 Prozent der Chemnitzer sind bereit oder eher bereit sich an einer kommunalen Petition zu beteiligen oder haben dies bereits in der Vergangenheit getan.

Der Modus bezüglich der Landespetition liegt ebenfalls bei 4: 40,3 Prozent der Befragten haben mit „stimme zu“ geantwortet. Im Vergleich zur kommunalen Petition stellt sich jedoch eine höhere Ablehnung in Form von 7,5 Prozent derer dar, die „nicht zustimmen“. Auch hier enthält sich im Vergleich zu den vorher untersuchten Variablen ein höherer Prozentsatz (7,8) der Angaben. Dennoch stimmen über 70 Prozent der Befragten zu oder eher zu, wenn sie nach ihrer – bisherigen oder potentiellen – Beteiligung an Landespetitionen gefragt werden.

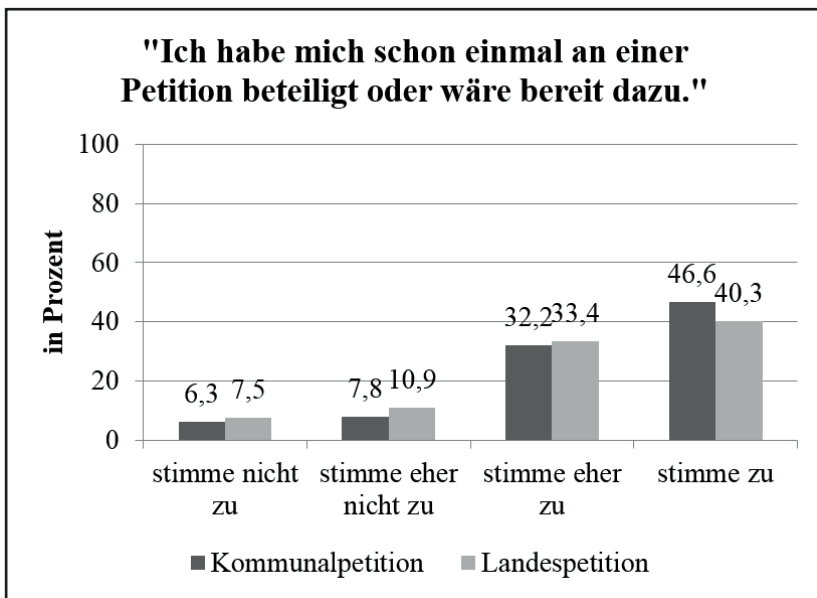


Abbildung 5: Einstellungen zu Petitionen auf kommunaler und Landesebene.

4.1.4 Einstellungen zu Bürgerinitiativen

Die Frage nach Beteiligung an Bürgerinitiativen auf Landes- und Kommunalebene (Frage Nr. 26) ist die letzte Itemkombination. Der Mittelwert bei der Frage nach einer Beteiligung beziehungsweise der Bereitschaft, sich an einer Bürgerinitiative auf kommunaler Ebene zu beteiligen, liegt bei 2,99 der auf Landesebene bei 2,76. Die Befragten haben auf die vorliegende Frage vorwiegend mit „stimme eher zu“ und „stimme zu“ geantwortet. Auch hier ist im geringen Maß wiederum eine positivere Tendenz mit Blick auf die Beteiligung im kommunalen Rahmen zu erkennen (Abb. 6).

Der Modus bei der Frage nach einer Bürgerinitiative auf kommunaler Ebene liegt bei 4, da die Ausprägung „ich stimme zu“ mit 44,1 Prozent am häufigsten gewählt wurde. 31,6 Prozent wählten „stimme eher zu“. Dadurch ergibt sich ein kumulierter Prozentsatz von 75,7, der überwiegend eine Beteiligung oder zumindest eine Bereitschaft zur Beteiligung an einer

kommunalen Bürgerinitiative signalisiert. Lediglich jeder fünfte Befragte zeigten keine oder wenig Bereitschaft sich an einer Bürgerinitiative auf kommunaler Ebene zu beteiligen.

Auf Landesebene entspricht der Modus ebenfalls der Ausprägung 4. Mit 35,4 Prozent stimmten jedoch im Vergleich zur kommunalen Bürgerbeteiligung fast zehn Prozent weniger uneingeschränkt zu. Wie auch auf kommunaler Ebene schließt sich die Ausprägung 3 in der Rangfolge der Häufigkeiten mit 29,4 Prozent an. Dies und der kumulierte Prozentsatz der beiden häufigsten Antworten (64,7 Prozent) zeichnet wiederum einheitlich ein positives Gesamtbild. Unter Berücksichtigung der Enthaltung mit 5,9 Prozent sind somit unter den Befragten 29,4 Prozent, welche die Ausprägung 1 und 2 wählten und somit der Bürgerinitiative auf Landesebene eher kritisch gegenüberstehen.

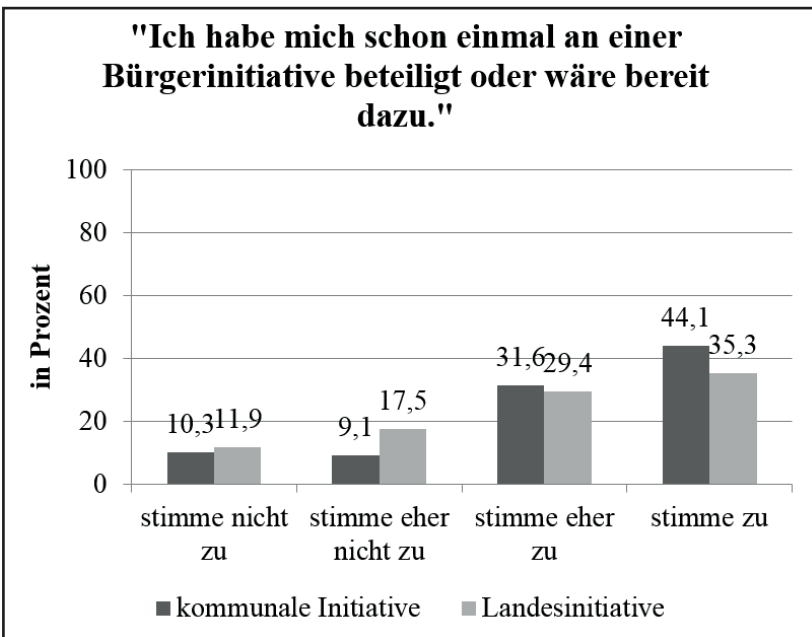


Abbildung 6: Einstellungen zu Bürgerinitiativen auf kommunaler und Landesebene.

4.2 Hypothesenprüfung

Hypothese 1: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an Volksentscheiden. – Die Korrelation von Frage 23 Aussage 1 mit Frage 24 ist schwach positiv ($\tau=0,084$), jedoch nicht signifikant ($p=.112$). Dies bedeutet, Hypothese 1 ist nicht bestätigt. Die Annahme, dass Volksentscheide als Kompensationsmittel dienen, durch welche die Landespolitik beeinflusst werden kann, wenn der Wähler die Politiker nicht als Interessenvertretung auf Landesebene anerkennt, stimmt für die Chemnitzler Bürger nicht.

Hypothese 2: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, wird eher bereit sein, sich an Bürgerentscheiden zu beteiligen. – Die Korrelation von Frage 23 Aussage 2 mit Frage 24 Aussage 2 ist schwach positiv ($\tau=0,133$) und auf dem Fünf-Prozent Niveau signifikant ($p=.012$). Aufgrund der Formulierung der Hypothese folgt daraus ein umgekehrter Zusammenhang, als zunächst angenommen. Je eher die Befragten der Aussage zustimmen, dass die Politiker im Stadtrat sich bemühen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, desto eher sind sie bereit, an einem Bürgerentscheid teilzunehmen. Bürgerentscheide werden also nicht dazu genutzt, um eine als gering empfundene Responsivität zu kompensieren, sondern dazu, die Repräsentation auf Landesebene zu ergänzen. Folglich führt auf kommunaler Ebene eine als positiv wahrgenommene externe Efficacy zu stärkerer Teilhabe. Der Hypothese kann demnach nicht bestätigt werden.

Hypothese 3: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, beteiligt sich eher nicht an Volksentscheiden. – Die Korrelation von Frage 23 Aussage 3 mit Frage 24 Aussage 1 fällt ebenfalls schwach positiv aus ($\tau=0,134$, $p=.009$). Wird das Gewicht der eigenen Stimme in der Landespolitik als hoch angesehen, folgt daraus also auch ein gesteigertes Interesse an direktdemokratischer Mitbestimmung.

Hypothese 4: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik, beteiligt sich eher nicht an Bürgerentscheiden. – Zwischen Frage 23 Aussage 4 und Frage 24 Aussage 2 ergibt sich ein schwach positiver Korrelationswert ($\tau=0,163$, $p=.001$). Je eher die Befrag-

ten die Aussage bejahen/verneinen, dass man durch die eigene Stimmabgabe bei Kommunalwahlen die Kommunalpolitik beeinflussen kann, desto eher sind sie bereit/nicht bereit, an einem Bürgerentscheid teilzunehmen. Wird das Gewicht der eigenen Stimme in der Kommunalpolitik als hoch angesehen, folgt daraus also ein gesteigertes Interesse an politischer Mitbestimmung. Eine als gering wahrgenommene interne Efficacy trägt mithin zu einer gewissen Resignation bzw. Ablehnung von Bürgerentscheiden bei, eine hohe interne Efficacy steigert wiederum das Interesse an Mitbestimmung.

Hypothese 5: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, wünscht sich mehr Volksentscheide. – Frage 23 Aussage 1 und Frage 24 Aussage 3 korrelieren schwach negativ ($\tau=-0,124$, $p=.017$). Eine geringe subjektive Responsivität auf Landesebene führt mithin zu einem verstärkten Wunsch nach direkter Demokratie, die gewissermaßen als Kompensationsinstrument dient.

Hypothese 6: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, wünscht sich mehr Bürgerentscheide. – Auch hier ergibt sich ein – schwach – negativer Zusammenhang ($\tau=-0,107$; $p=.042$). Auch auf dieser politischen Ebene dienen die Instrumente direkter Demokratie mithin als Fluchtpunkt für jene, die in den Politikern keine gemeinwohlorientierten Repräsentanten des Volkes sehen.

Hypothese 7: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, spricht sich nicht für mehr Volksentscheide aus. – Es gibt keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Frage 23 Aussage 3 und Frage 24 Aussage 3 ($\tau=-0,009$; $p=.863$). Dies bedeutet, dass die Hypothese 7 nicht bestätigt werden kann. Die Annahme, dass Volksentscheide beispielsweise aus Desinteresse, Resignation oder gar Apathie abgelehnt werden, wenn das Gewicht der eigenen Stimme auf überregionaler Ebene als gering angesehen wird, kann mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden.

Hypothese 8: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik, spricht sich nicht für mehr Bürgerentscheide aus. – Für die Korrelation von Frage 23 Aussage 4 mit Frage 24 Aussage 4 er-

gibt sich kein signifikanter Wert ($\tau=-0,048$; $p=.349$). Dies bedeutet, dass die Hypothese 8 nicht bestätigt werden kann. Die Annahme, dass Bürgerentscheide beispielsweise aus Desinteresse, Resignation oder gar Apathie abgelehnt werden, wenn das Gewicht der eigenen Stimme auf regionaler Ebene als gering angesehen wird, kann – analog zur vorherigen Hypothese – mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden.

Hypothese 9: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an kommunalen Petitionen. – Die Korrelation von Frage 23 Aussage 2 mit Frage 25 Aussage 1 ergibt keinen signifikanten Wert ($\tau=0,013$; $p=.810$). Hypothese 9 kann mithin nicht bestätigt werden. Die Annahme, dass kommunale Petitionen als Kompensationsmittel genutzt werden, um politischen Einfluss geltend zu machen, wenn die Politiker im Stadtrat nach Meinung der Befragten die Interessen der Wähler nicht wie gewünscht repräsentieren, kann mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden.

Hypothese 10: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an überregionalen Petitionen. – Für die Korrelation von Frage 23 Aussage 1 mit Frage 25 Aussage 2 ergibt sich kein signifikanter Wert ($\tau=0,079$; $p=.128$). Dies bedeutet, Hypothese 10 kann nicht bestätigt werden. Die Annahme, dass überregionale Petitionen beispielsweise als Kompensationsmittel genutzt werden, um politischen Einfluss geltend zu machen, wenn die Politiker im Landtag nach Meinung der Befragten die Interessen der Wähler nicht wie gewünscht repräsentieren, kann mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden – ähnlich also wie Hypothese 9.

Hypothese 11: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik, beteiligt sich eher nicht an kommunalen Petitionen. – Es gibt keine signifikante Korrelation von Frage 23 Aussage 4 und Frage 25 Aussage 1 ($\tau=0,048$; $p=.345$). Hypothese 11 kann demnach nicht bestätigt werden. Die Annahme, dass kommunale Petitionen weniger gewünscht werden, um politischen Einfluss geltend zu machen, wenn die Politiker im Stadtrat nach Meinung der Befragten die Interessen der Wähler nicht wie gewünscht repräsentieren – etwa aus politischem Desinteresse

oder Apathie –, kann mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden.

Hypothese 12: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, beteiligt sich eher nicht an überregionalen Petitionen. – Es ergibt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Frage 23 Aussage 3 sowie Frage 25 Aussage 2 ($\tau=0,055$; $p=.284$). Dies bedeutet, dass Hypothese 12 nicht bestätigt werden kann. Die Annahme, dass überregionale Petitionen weniger gewünscht werden, um politischen Einfluss geltend zu machen, wenn die Politiker im Landtag nach Meinung der Befragten die Interessen der Wähler nicht wie gewünscht repräsentieren, kann mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden.

Hypothese 13: Wer die Politiker im Stadtrat nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an kommunalen Bürgerinitiativen. – Eine signifikante Korrelation zwischen Frage 23 Aussage 2 und Frage 26 Aussage 1 ergibt sich nicht ($\tau=0,019$; $p=.709$). Dies bedeutet, dass Hypothese 13 nicht bestätigt werden kann. Kommunale Bürgerinitiativen vermögen folglich keineswegs eine als gering wahrgenommene Responsivität kommunaler Politiker zu kompensieren – zumindest nicht in Chemnitz.

Hypothese 14: Wer die Politiker im Landtag nicht als Interessenvertreter der Wähler sieht, beteiligt sich eher an überregionalen Bürgerinitiativen. – Für Frage 23 Aussage 1 sowie Frage 26 Aussage 2 ergibt sich ebenfalls kein signifikanter Korrelationswert ($\tau=0,008$; $p=.876$). Bürgerinitiativen werden demnach nicht als Kompensation für geringe politische Responsivität auf Landesebene genutzt.

Hypothese 15: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik hat, beteiligt sich eher nicht an kommunalen Bürgerinitiativen. – Für die Korrelation von Frage 23 Aussage 4 mit Frage 26 Aussage 1 ergibt sich kein signifikanter Wert ($\tau=0,066$; $p=.188$). Dies bedeutet, dass die Hypothese 15 nicht bestätigt werden kann. Die Annahme, dass kommunale Bürgerinitiativen weniger nachgefragt werden, um kompensatorisch Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen, wenn die Befragten das Gewicht und den Einfluss der eigenen Stimme auf

die Kommunalpolitik eher negativ sehen, kann mit dem vorliegenden Datensatz so nicht bestätigt werden.

Hypothese 16: Wer der Ansicht ist, die eigene Stimme habe keinen Einfluss auf die Landespolitik, beteiligt sich eher nicht an überregionalen Bürgerinitiativen. – Zwischen Frage 23 Aussage 2 und Frage 26 Aussage 2 ergibt sich ein schwach positiver Korrelationswert ($\tau=0,105$; $p=.035$). Demnach scheinen Bürgerinitiativen genutzt zu werden, um den Einfluss der eigenen Stimme noch zu stärken. Eine als hoch wahrgenommene Efficacy auf Landesebene stärkt mithin die politische Teilhabe wie Bürgerinitiativen. Die Hypothese ist damit bestätigt.

In der Summe ergaben sich recht inkonsistente Zusammenhänge. Die Bereitschaft zur Teilnahme an Bürgerentscheiden (Kommunalebene) fällt umso größer aus, je höher die eigenen Einflussmöglichkeiten (interne Efficacy) und die Responsivität der Kommunalpolitiker (externe Efficacy) eingeschätzt werden. Hingegen kommt der Wunsch nach dem vermehrten Einsatz solcher Instrumente bei solchen Menschen vermehrt auf, die den Politikern eine Gemeinwohlorientierung absprechen. Hier dienen direkt-demokratische Verfahren vermutlich als herbeigesehnter Ersatz repräsentativer Politik.

Den Eindruck bestätigt der Blick auf die Landesebene, wo Volksentscheide unter den von der politischen Elite Enttäuschten augenscheinlich als bessere Alternative angesehen werden. Das Gefühl, etwas bewirken zu können, wirkt sich wiederum positiv auf die Teilhabebereitschaft bei unkonventionellen Partizipationsformen aus (Volksentscheide/Bürgerinitiativen). Insgesamt beflügelt also das Gefühl, etwas bewirken zu können, auch die Bereitschaft, etwas zu bewegen – und zwar auf Landes- wie Kommunalebene.

5. Die Chemnitzer und die Partizipation - Eine Schlussbetrachtung

Die Analyse der Daten und die anschließende Überprüfung der Hypothesen zeigen, dass die Vermutung 1. die Chemnitzer Bürger seien politikverdrossen und politisch inaktiver, zurückgewiesen werden kann. Keiner der aufgestellten Hypothesen kann zugestimmt werden und es zeigt sich 2., dass

sich in der Praxis ein differenzierteres Bild ergibt, als die bisherigen Studien vermuten lassen. Zusammenfassend ergeben sich folgende Erkenntnisse:

1. Den Chemnitzer Bürgern sind ihre demokratischen Rechte wichtig.
2. Die Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung werden besonders geschätzt und es besteht der Wunsch, diese vermehrt einsetzen zu können.
3. Eine eindeutige Unterteilung der Teilhaberechte nach dem Modell der internen und externen Efficacy war nicht möglich, allerdings ist der Mitbestimmungswunsch auf kommunaler Ebene besonders stark ausgeprägt.

Diese Erkenntnisse stimmen mit einer Studie zur Chemnitzer Bürgerbeteiligung überein.⁹⁵ 2007 hat die Oberbürgermeisterin der Stadt ein Bürgerbüro eingerichtet. Hintergrund war die nach Ende des kommunistischen Regimes nachlassende Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben.⁹⁶ Gründe hierfür waren unter anderem die mangelnden Erfahrungen sowie eine unangemessene Reaktion der Politiker auf Bürgeraktionen in der Vergangenheit.⁹⁷ Da sich die modernen politischen Entscheidungsprozesse in ihrer Komplexität erhöht sowie die Einflüsse und Auswirkungen auf den Alltag intensiviert haben, wurde eben dieses Büro eingerichtet, um die Partizipation der Bürger am politische Geschehen zu intensivieren. Zur Umsetzung dieser Idee fand am 1. September 2007 ein Treffen zwischen dem Bürgerbüro, einer ortsansässigen Forscherin und zwei Forschern des Verwey Jonker Instituuts⁹⁸ statt.⁹⁹ Es wurden Möglichkeiten zur Steigerung der Bürgerbeteiligung sowie die Erwartungen der Teilnehmer diskutiert. In Folge dieses Treffens sowie der Bemühungen durch Politiker und die Dienste der Stadtverwaltung konnte festgestellt werden, dass vieles im Bereich der Konsultation der Bürger sowie im Bereich der aktiven Bürgerschaft bereits erreicht wurde.¹⁰⁰ Als Errungenschaft können vierteljährlich stattfindende Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen genannt werden.

⁹⁵ Vgl. Lammerts, Rob/Swinnen, Hugo: Chemnitzer Bürgerbeteiligung, Aktueller Stand, Chancen und Reflexion, S. 5; online abzurufen unter: www.chemnitz.de/chemnitz/media/download/buerger_und_rathaus/chemnitz_paper.pdf (17. März 2016).

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 5.

⁹⁸ Das Verwey Jonker Instituut hat seinen Sitz in den Niederlanden, forscht zu sozialen Fragen und ist in der Forschung rund um die Erhöhung der Bürgerbeteiligung etabliert.

⁹⁹ Vgl. Lammerts/Swinnen, S. 6.

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

Auch seitens der Stadtverwaltung wurde viel unternommen, um politische Prozesse transparent zu gestalten sowie die Partizipation der Bürger zu erhöhen. Die Homepage der Stadtverwaltung wurde umfangreich umgestaltet, so dass dem Bürger die Möglichkeit gegeben wurde, sich über Vorhaben und Veranstaltungen zu informieren.¹⁰¹ Ebenso wurde ein eigener Bereich zur Bürgerbeteiligung geschaffen. Hier finden sich Informationen zum Thema Bürgerbüro, Einwohnerfragestunde im Stadtrat, der Sprechstunde der Oberbürgermeisterin, den Einwohnerversammlungen, der Möglichkeit einer Petition, der Mitarbeit in Gremien des Stadtrates, zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden.¹⁰² Zu einer der entscheidendsten Errungenschaften bezüglich der Bemühungen der Stadt Chemnitz gehört die Möglichkeit seit 2013, bei der Stadtverwaltung Chemnitz Petitionen online stellen zu können.

All diese Bemühungen seitens der Stadt spiegeln sich in den Ergebnissen der zugrundeliegenden Umfrage wider. Der Chemnitzer Bürger ist auf weitem Gebiet bereit, sich zu beteiligen, und schätzt seine Einflussmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik als wichtiger ein, als die auf Landespolitik und lässt demnach diesen Beteiligungsformen in der Befragung eine höhere Wertschätzung zukommen. Deutlich werden auch die Bemühungen der Politiker im Stadtrat als höher eingeschätzt als die des Landtages. Mit den bereits zur Verfügung gestellten Beteiligungsmöglichkeiten zeigt der Befragte sich sehr zufrieden und nimmt dies gut an. Gleichfalls werden aber auch weitere Beteiligungsmöglichkeiten gewünscht, vorrangig jedoch auf dem Gebiet der Volksentscheide.

Folglich genießt die politische Partizipation in der Chemnitzer Gesellschaft eine breite Akzeptanz. Dies kann auch auf die Bemühungen der Stadt Chemnitz zurückgeführt werden. Der Wunsch nach mehr Beteiligung ist jedoch unstrittig auf die momentane Stimmung in der Bevölkerung zurückzuführen.

¹⁰¹ Zierold, Diana: Analyse der Bürgerbeteiligung in Chemnitz – Modellprojekt Bürgerplattformen, Abschlussbericht über das Modellprojekt Bürgerplattformen in Chemnitz Mitte/West und Chemnitz-Süd, S.2; online abzurufen unter: www.chemnitz.de/chemnitz/media/analyse_der_b%C3%BCrgerbeteiligung_in_chemnitz_teil_2_-_modellprojekt_b%C3%BCrgerplattformen.pdf (17. März 2016).

¹⁰² Vgl. ebd.

Mit Blick auf unsere Befragung ergibt sich ein positives Fazit. Den Studenten wurde zum Teil das erste Mal ermöglicht, ein komplettes Forschungsprojekt zu konzipieren, eine Datenerhebung durchzuführen und letztendlich die Erkenntnisse mit einem klassischen Forschungsbericht zu dokumentieren. Der oftmals bemängelte fehlende Praxisbezug in der akademischen Ausbildung konnte hier nicht bestätigt werden.

II Literaturverzeichnis

- Artikel von Informer Marktforschung zum Face-to-Face-Interview (Persönliche Befragung), online abzurufen unter: www.informer-marktforschung.de/de/02/0203/020304.html (9. März 2016).
- Artikel zu Arten der Befragung der Bundeszentrale für politische Bildung, online abzurufen unter: www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/147598/mg-02-01-arten-der-befragung (9. März 2016).
- Artikel zur Querschnittsanalyse bei Wirtschaftslexikon24.com, online abzurufen unter: www.wirtschaftslexikon24.com/d/querschnittsanalyse/querschnittsanalyse.htm (8. März 2016).
- Beierlein, Constanze/Kemper, Christoph J./Kovaleva, Anastassyia/Rammstedt, Beatrice: Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskaala (PEKS), in: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.): GESIS Working Papers Nr. 18/2012.
- Brosius, Tobias: SPSS 8, online abzurufen unter: www.molar.unibe.ch/help/statistics/spss/16_Kreuztabellen.pdf (10. März 2016).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ost und Westdeutschland, Berlin 2015.
- Ceyhan, Sara Yasemin: Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse der politischen Partizipation auf der Grundlage des European Social Surveys, Mainz 2012.
- Eliasoph, Nina: Review: Voice a. Equality. Civic Voluntarism in American Politics, in: Contemporary Sociology 25 (1996) Heft 6, S. 763-764.
- Jesse, Eckhard (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006.
- Lammerts, Rob/Swinnen, Hugo: Chemnitzler Bürgerbeteiligung, Aktueller Stand, Chancen u. Reflexion, online abzurufen unter: www.chemnitz.de/chemnitz/media/download/buerger_und_rathaus/chemnitz_paper.pdf (17. März 2016).
- Lindner, Ralf: Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation? Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen, Wiesbaden 2007.

- Projektseite zum Forschungsseminar, online abzurufen unter: www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pf/forschung/chemnitz-teilhabe.php (14. März 2016).
- Sachsen.de (Hrsg.): *Friedliche Revolution. Förderprogramm »25 Jahre Deutsche Einheit und Freistaat Sachsen«*, 2009, online abzurufen unter: www.89-90.sachsen.de/36403.htm (1. Juni 2016).
- Schmidt, Manfred G.: *Wörterbuch zur Politik*, 2. Aufl., Stuttgart 2010.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul/Esser, Elke: *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 7. Aufl., München 2005.
- Steward, Marianne C.: *Review: Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, in: *Canadian Journal of Political Science* 30 (1997) Heft 2, S. 380-381.
- Vorländer, Hans (Hrsg.): *Revolution und Demokratische Neugründung*, Dresden 2011.
- Verba, Sidney/Scholzman-Lehman, Kay/Brady, Henry E. (Hrsg.): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*, 4. Aufl., Library of Congress 2002.
- Vetter, Angelika: *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellung der Bürger zur lokalen Politik*, Wiesbaden 2002.
- Dies.: *Political Efficacy. Reliabilität und Validität*, Wiesbaden 1997.
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): *Untersuchung zur Dresdner Pegida-Demonstration*, 2015, online abzurufen unter: www.wzb.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zur-dresdner-pegida-demonstration (1. Juni 2016).
- Yeich, Susan/Levine, Ralph: *Political Efficacy: Enhancing the construct and its relationship to mobilization of people*. In: *Journal of Community Psychology* 22 (1994) Heft 3, S. 259-271.
- Zentrum für Sozialforschung Halle. e.V.: *Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Sind wir ein Volk?* Herausgegeben durch: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin 2015.
- Zierold, Diana: *Analyse der Bürgerbeteiligung in Chemnitz – Modellprojekt Bürgerplattformen. Abschlussbericht über das Modellprojekt Bürgerplattformen, in Chemnitz Mitte/West und Chemnitz-Süd*, online abzurufen unter: www.chemnitz.de/chemnitz/media/analyse_der_b%C3%BCrgerbeteiligung_in_chemnitz__teil_2__modellprojekt_b%C3%BCrgerplattformen.pdf (17. März 2016).

Anhang 1: Fragebogen für Interviewpartner

EvaSys	Juniorprofessur Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden an der TU Chemnitz	Electric Paper
Fragebogen zum Forschungsseminar „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit“		
Bitte so markieren: <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Bitte verwenden Sie einen Kugelschreiber oder nicht zu starken Filzstift. Dieser Fragebogen wird maschinell erfasst.		
Korrektur: <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Bitte beachten Sie im Interesse einer optimalen Datenerfassung die links gegebenen Hinweise beim Ausfüllen.		
Name, Vorname Interviewer: Ort des Interviews:		Datum, Uhrzeit des Interviews: Nummer des Interviews:
Entschuldigen Sie, wir führen an der Juniorprofessur Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden an der TU Chemnitz eine anonyme Umfrage unter Chemnitzer Bürgern durch – zum Thema „Chemnitz nach 25 Jahren Deutscher Einheit - wie sehen die Bürger die deutsche Demokratie, Politiker und Teilhabechancen?“. Das Interview dauert etwa 5 bis 10 Minuten. Wären Sie bereit, mitzumachen?		
1. Wohnen Sie in Chemnitz? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>[Wenn nein, Befragung beenden.]</i>		
2. Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		
3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?		
<input type="checkbox"/> vor 1950 <input type="checkbox"/> 1951-1960 <input type="checkbox"/> 1961 - 1970		
<input type="checkbox"/> 1971 - 1980 <input type="checkbox"/> 1981 - 1990 <input type="checkbox"/> 1991 - 2000 <i>[mit Frage 5 weiter]</i>		
<input type="checkbox"/> nach 2000 <i>[Befragung beenden]</i>		
4. Haben Sie Ihre Kindheit und Jugend [≥15a] in der DDR verbracht? <input type="checkbox"/> ja <i>[inkl. Ostblock]</i> <input type="checkbox"/> nein		
5. Ist ehrenamtliches Engagement für Chemnitz unverzichtbar oder eher nicht?		
<input type="checkbox"/> unverzichtbar <input type="checkbox"/> verzichtbar <input type="checkbox"/> keine Angabe		
6. Engagieren Sie sich zur Zeit irgendwo ehrenamtlich – wenn ja, wo? [Antwortvorgabe erst bei Nachfrage]		
<input type="checkbox"/> Sport <input type="checkbox"/> Umwelt- und Naturschutz <input type="checkbox"/> Kultur		
<input type="checkbox"/> pol. Engagement <input type="checkbox"/> soz. Bereich <input type="checkbox"/> Sonstiges		
<input type="checkbox"/> nein <i>[weiter mit Frage 9]</i> <input type="checkbox"/> keine Angabe		
7. Wie ist ihr Engagement organisiert?		
<input type="checkbox"/> regelmäßig und fest (z.B. jedenMittwoch) <input type="checkbox"/> regelmäßig und spontan (z.B. jede Woche an einem beliebigen Tag) <input type="checkbox"/> unregelmäßig und fest (z.B. verteilte Termine im Jahr)		
<input type="checkbox"/> Unregelmäßig und spontan (z. B. Ad-hoc-Engagement)		
8. Menschen verfolgen mit ihrem Engagement ganz verschiedene Ziele. Wie ist das bei Ihnen – warum engagieren Sie sich ehrenamtlich? [Antwort nicht vorlesen]		
<input type="checkbox"/> Eigennutz <input type="checkbox"/> Gemeinnützigkeit		
9. Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden dürfen oder nicht? [Antworten nicht vorlesen; bei Nachfrage: z.B. Terroranschlag, wirtsch. Rezession etc.]		
<input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> weiß nicht		

[Fortsetzung]

10. Halten Sie die folgenden Institutionen für vertrauenswürdig?

	sehr vertrauenswürdig	eher vertrauenswürdig	überh. nicht vertrauenswürdig	k.A.
BVerfG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundespräsident	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundestag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesregierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. ...und wie sieht es mit folgenden Politikern aus?

Angela Merkel (CDU)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sigmar Gabriel (SPD)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gregor Gysi (Die Linke)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Claudia Roth (B'90/Die Grünen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Haben die neuen Bundesländer Ihrer Meinung nach von der Wende profitiert? ja eher ja eher nein
 nein keine Angabe

13. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation in Deutschland auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) ein?

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

14. Über welche Medien informieren Sie sich über das politische Geschehen?

TV Radio Zeitung
 Internet

15. Wie häufig sehen Sie die Nachrichten von Fernsehsendern? täglich mehrmals wöchentlich gelegentlich
 nie

16. Viele TV-Sender bieten weiterführende Informationsmöglichkeiten an. Nutzen Sie diese hin und wieder?

nein ja, und zwar Webportale Mediatheken
 Social Networks (Facebook, Twitter etc.) Teletext HbbTV (SmartTV/Digitaltext)

17. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten?

nein ja, und zwar Online-Kommentare (zu Videos/Artikeln) Online-Bewertungen (z.B. Sterne-Rating)
 Emails an TV-Sender etc. Briefe an TV-Sender Anrufe bei der Redaktion
 Chat

[Fortsetzung]

18. Wie oft verfolgen Sie Polit-Talkshows (wie z.B. Hart aber fair, Menschen bei Maischberger oder Anne Will)?

- mehrmals wöchentlich 1x wöchentlich gelegentlich
 nie [weiter mit Frage 23]

19. Wie häufig sehen Sie in Polit-Talkshows durch bestimmte Gäste Ihre Meinung vertreten?

- so gut wie immer manchmal so gut wie nie

20. Würden Sie die Möglichkeit nutzen, selbst Gäste bei Polit-Talkshows vorzuschlagen?

- ja nein weiß nicht

21. Finden Sie die aktive Teilhabemöglichkeit an Talkshows (z.B. über Twitter oder Zuschriften) sinnvoll?

- ja nein weiß nicht

22. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei Polit-Talkshows?

- nein ja, und zwar Online-Kommentare (zu Videos/Artikeln) Online-Bewertungen (z.B. Sterne-Rating)

- Emails an TV-Sender etc. Briefe an TV-Sender Anrufe bei der Redaktion
 Chat

23. Wie sehen Sie Ihre Einflussmöglichkeiten auf die kommunale und die Landespolitik? Bewerten sie dazu folgende Aussagen auf einer vierstufigen Skala:

	stimme eher nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	k.A.
Die Politiker im Landtag bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Politiker im Stadtrat bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Durch meine Stimmabgabe bei Landtagswahlen kann ich die künftige Landespolitik beeinflussen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Durch meine Stimmabgabe bei Kommunalwahlen kann ich die künftige Kommunalpolitik beeinflussen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Wie beurteilen Sie folgende Möglichkeiten direkter Mitbestimmung in der Demokratie? Bewerten Sie auf einer vierstufigen Skala bitte folgende Aussagen [Bürgerentscheid = kommunale Abstimmung; Volksentscheid = direkte Gesetzgebung auf Landesebene]

Ich habe mich schon einmal an einem Volksentscheid beteiligt oder wäre dazu bereit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe mich schon einmal an einem Bürgerentscheid beteiligt oder wäre dazu bereit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

[Fortsetzung]

	stimme eher nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	k.A.
Ich wünsche mehr Volksentscheide.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich wünsche mehr Bürgerentscheide.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25. Wie beurteilen Sie das Petitionsrecht in der Demokratie? Bewerten Sie auf einer vierstufigen Skala bitte folgende Aussagen [<i>Petitionsrecht = Schreiben an Volksvertretung mit Beschwerde oder dem Wunsch nach gesetzl. Regelung</i>]					
Ich habe mich schon einmal an einer kommunalen Petition beteiligt oder wäre dazu bereit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe mich schon einmal an einer Landespetition beteiligt oder wäre dazu bereit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26. Wie beurteilen Sie die Rolle von Bürgerinitiativen? Bewerten Sie auf einer vierstufigen Skala bitte folgende Aussagen [<i>Bürgerinitiative = längerfristige Interessenvereinigung von Bürgern für bestimmten pol./soz./ökol. Zweck</i>]					
Ich habe mich schon einmal an einer kommunalen Bürgerinitiative beteiligt oder wäre dazu bereit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe mich schon einmal an einer Bürgerinitiative auf Landesebene beteiligt oder wäre dazu bereit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
27. Nur noch ein paar letzte Fragen zu Ihrer Person – in welcher beruflichen Stellung sind Sie derzeit beschäftigt?					
<input type="checkbox"/> in Ausbildung/Studium	<input type="checkbox"/> Angestellt	<input type="checkbox"/> Selbständig			
<input type="checkbox"/> Verbeamtet	<input type="checkbox"/> Arbeitslos	<input type="checkbox"/> Rentner/Pensionär			
<input type="checkbox"/> keine Angabe					
28. Bitte geben Sie Ihren Familienstand an. [<i>offen abfragen, aber ankreuzen</i>]					
<input type="checkbox"/> alleinstehend	<input type="checkbox"/> verheiratet/feste Partnerschaft	<input type="checkbox"/> keine Angabe			
29. Leben Kinder oder Enkelkinder in Ihrem Haushalt?					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Angabe			

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!
[kleines Geschenk zum Abschluss nicht vergessen]

Anhang 2: Fragebogen für Straßenbefragung



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Philosophische Fakultät
Institut für Politikwissenschaft
Juniorprofessur Politikwissenschaftliche
Forschungsmethoden

3. In welchem Jahr wurden Sie geboren?
4. Haben Sie Ihre Kindheit *und* Jugend in der DDR verbracht?
ja nein
5. Ist ehrenamtliches Engagement für Chemnitz unverzichtbar, oder eher nicht?
unverzichtbar verzichtbar keine Angabe
6. Engagieren Sie sich zur Zeit irgendwo ehrenamtlich – wenn ja, wo?
Ja, und zwar ... nein
7. Wie ist ihr Engagement organisiert?
Regelmäßig und fest (z.B. jeden Mittwoch)
Regelmäßig und spontan (z.B. jede Woche an einem beliebigen Tag)
Unregelmäßig und fest (z.B. 4 verteilte Termine im Jahr)
Unregelmäßig und spontan (z.B. Ad-hoc-Engagement)
8. Menschen verfolgen mit ihrem Engagement ganz verschiedene Ziele. Wie ist das bei Ihnen – warum engagieren Sie sich ehrenamtlich?
9. Sollten die Werte der Demokratie in Gefahrensituationen aufgeweicht werden dürfen oder nicht?
eher ja eher nein weiß nicht
10. Halten Sie die folgenden Institutionen für vertrauenswürdig?
sehr – eher ja – eher nein – überhaupt nicht – keine Angabe

Bundesverfassungsgericht
Bundespräsident
Bundestag
Bundesregierung
11. ... und was ist mit folgenden Politikern?
sehr – eher ja – eher nein – überhaupt nicht – keine Angabe
Angela Merkel (CDU)
Sigmar Gabriel (SPD)
Gregor Gysi (Linke)
Claudia Roth (B'90/Grüne)

12. Haben die neuen Bundesländer Ihrer Meinung nach von der Wende profitiert?
ja eher ja eher nein nein keine Angabe
13. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation in Deutschland auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) ein?
14. Über welche Medien informieren Sie sich über das politische Geschehen?
TV – Radio – Zeitung – Internet
15. Wie häufig sehen Sie die Nachrichten von Fernsehsendern?
täglich mehrmals wöchentlich gelegentlich nie
16. Viele TV-Sender bieten weiterführende Informationsmöglichkeiten an. Nutzen Sie diese hin und wieder?
Nein Ja, und zwar: Webportale
Mediatheken
Social Networks (Facebook, Twitter etc.)
Teletext
HbbTV (SmartTV/Digitaltext)
17. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei TV-Nachrichten aktiv?
Nein Ja, und zwar: Online-Kommentare (zu Videos/Artikeln)
Online-Bewertungen (z.B. Sterne-Rating)
E-Mails an TV-Sender etc.
Briefe an TV-Sender
Anrufe bei der Redaktion
18. Wie oft verfolgen Sie Polit-Talkshows (wie z.B. Hart aber fair, Menschen bei Maischberger oder Anne Will)?
mehrmals wöchentlich 1x wöchentlich gelegentlich nie
19. Wie häufig sehen Sie in Polit-Talkshows durch bestimmte Gäste Ihre Meinung vertreten?
so gut wie immer manchmal so gut wie nie
20. Würden Sie die Möglichkeit nutzen, selbst Gäste bei Polit-Talkshows vorzuschlagen?
ja nein weiß nicht
21. Finden Sie die aktive Teilhabemöglichkeit an Talkshows (z.B. über Twitter oder Zuschriften) sinnvoll?
ja nein weiß nicht

22. Nutzen Sie Ihre Teilhabemöglichkeiten bei Polit-Talkshows aktiv?

Nein

Ja, und zwar:

Online-Kommentare (zu Videos/Artikeln)
Online-Bewertungen (z.B. Sterne-Rating)
E-Mails an TV-Sender etc.
Briefe an TV-Sender
Anrufe bei der Redaktion
Chats

23. Wie sehen sie ihre Einflussmöglichkeiten auf die kommunale und regionale Politik? Bewerten Sie dazu folgende Aussagen auf einer vierstufigen Skala:

stimme nicht zu – stimme eher nicht zu – stimme eher zu – stimme zu – keine Angabe

- Die Politiker im **Landtag** bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.
- Die Politiker im **Stadtrat** bemühen sich im allgemeinen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.
- Durch meine Stimmabgabe bei **Landtagswahlen** kann ich die künftige Landespolitik beeinflussen.
- Durch meine Stimmabgabe bei **Kommunalwahlen** kann ich die künftige Kommunalpolitik beeinflussen.

24. Und wie bewerten Sie folgende Möglichkeiten direkter Mitbestimmung? Beurteilen Sie auf einer vierstufigen Skala folgende Aussagen:

stimme nicht zu – stimme eher nicht zu – stimme eher zu – stimme zu – keine Angabe

- Ich habe mich schon einmal an einem **Volksentscheid** beteiligt oder wäre dazu bereit.
- Ich habe mich schon einmal an einem **Bürgerentscheid** beteiligt oder wäre dazu bereit.
- Ich wünsche mehr **Volksentscheide**.
- Ich wünsche mehr **Bürgerentscheide**.

25. Und wie sieht es mit Petitionen aus? Bewerten sie dazu folgende Aussagen auf einer vierstufigen Skala:

stimme nicht zu – stimme eher nicht zu – stimme eher zu – stimme zu – keine Angabe

- Ich habe mich schon einmal an einer **kommunalen Petition** beteiligt oder wäre dazu bereit.
- Ich habe mich schon einmal an einer **Landespetition** beteiligt oder wäre dazu bereit.

26. Und wie ist es mit Bürgerinitiativen? Bewerten sie dazu folgende Aussagen auf einer vierstufigen Skala:

stimme nicht zu – stimme eher nicht zu – stimme eher zu – stimme zu – keine Angabe

- Ich habe mich schon einmal an einer **kommunalen Bürgerinitiative** beteiligt oder wäre dazu bereit.
- Ich habe mich schon einmal an einer **Bürgerinitiative auf Landesebene** beteiligt oder wäre dazu bereit.

27. In welcher beruflichen Stellung sind Sie derzeit beschäftigt?

In Ausbildung/Studium

Angestellt

Selbstständig

Verbeamtet

Arbeitslos

In Rente/Pension

Keine Angabe

28. Bitte geben Sie Ihren Familienstand an.

29. Leben Kinder oder Enkelkinder in Ihrem Haushalt

Ja

nein

keine Angabe

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Anhang 3: Karte der Erhebungsorte mit Interviewhäufigkeiten



<i>Befragungsorte im Stadtgebiet Chemnitz</i>	<i>Absolute Häufigkeiten der durchgeführten Interviews</i>	<i>Relative Häufigkeiten der durchgeführten Interviews</i>
Unicampus	13	4,01%
Andrépark	2	0,63%
Neumarkt	76	23,75%
Galenzcenter	13	4,06%
Bahnhofsvorplatz	20	6,25%
Sachsen-Allee	13	4,06%
Rosenhof	21	6,56%
Theaterplatz	10	3,13%
Roter Turm	22	6,88%
SMAC	2	0,63%
Chemnitz-Center	1	0,31%
Zentralhaltestelle	16	5,00%
Südbahnhof	2	0,63%
Karl-Marx-Monument	1	0,31%
Reitbahnstraße	3	0,94%
Grenzgraben	1	0,31%
Straße der Nationen	12	3,75%
Düsseldorfer Platz	1	0,31%
Webergasse	1	0,31%
Bornaer Straße	2	0,63%
Getreidemarkt	1	0,31%
Wilhelm-Külz-Platz	1	0,31%
Bernsdorf	35	10,94%
Kaßberg	18	5,63%
Sonnenberg	4	1,25%
Yorckgebiet	1	0,31%
Kappel	7	2,19%
Lutherviertel	4	1,25%
Hilbersdorf	1	0,31%
Zentrum	8	2,50%
Chemnitz	7	2,19%

